

Konfliktregelung in der Erdölindustrie am Beispiel der Vorhaben im ecuadoriani- schen Amazonasgebiet und dem venezolanischen Orinokobecken

Bedingungen, Regeln und Instrumente für die Konfliktregelung
zwischen indigenen Völkern, Erdölunternehmen und Staat zur
Ressourcennutzung auf indigenen Territorien

Heidi Feldt

Entwicklungsperspektiven Nr. 96
Kassel 2008

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich 06, Studiengang Landschaftsplanung der Universität Kassel als Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors (Dr.-Ing.) angenommen.

Erster Gutachter: Prof. Dr. Robert Mayer
Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Clarita Müller-Plantenberg
Tag der mündlichen Prüfung: 17. Dezember 2007

kassel university press GmbH
www.upress.uni-kassel.de

ISBN print: 978-3-89958-632-9
ISBN online: 978-3-89958-633-6

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Titelfoto: Thomas J. Müller

Umschlaggestaltung: Jörg Batschi Grafikdesign, Kassel

Gedruckt bei: Unidruckerei der Universität Kassel

Universität Kassel
FB 05
Nora-Platiel-Str. 5
34127 Kassel
Tel.: 0049 561 804 3152
Fax: 0049 561 804 3464
<http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/>

- Die Debatte über *Entwicklungsperspektiven* steht überall auf der Tagesordnung. Einseitig an wirtschaftlichem Wachstum orientierte Vorstellungen haben verheerende materielle, soziale und psychische Auswirkungen in Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa und den USA. Obwohl das am Wirtschaftswachstum orientierte Konzept längst kritisiert wurde, ist es nach wie vor für die Richtung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen nach innen und außen maßgeblich.
- Die Kritik muss mit konkreten *Entwicklungsperspektiven* für eine humane Entwicklung verbunden werden. Technokratische Politik zur Entwicklung reicht ebenso wenig aus wie politische Utopien. Die Erarbeitung der Perspektiven ist in Wirklichkeit ein umfassender Lernprozess, der ein neues Verständnis von Politik und nicht zuletzt auch ein neues Rollenverständnis von Technikern und Sozialwissenschaftlern erfordert.
- So geht es in dieser Reihe *Entwicklungsperspektiven* darum, emanzipatorische Prozesse im Produktions- und Reproduktionsbereich (bzw. Ursachen für ihre Verhinderung) aufzuzeigen. In ihnen wird an die eigene Geschichte angeknüpft und die eigene Identität erneut gefunden. Die Analyse emanzipatorischer Erfahrungen in verschiedenen Bereichen (Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung, Produktionsorganisation ...) können hier wie dort Schritte auf dem Weg der Lösung von Abhängigkeiten hin zur Selbstbestimmung klären helfen.

Entwicklungsperspektiven sind heute schwer zu erkennen, daher suchen wir

- Berichte aus der Erfahrung demokratischer Organisationen, Analysen anderer Gesellschaften und Kulturen sowie ihrer Wirtschafts- und Lebensweisen.
- Auswertungen von Erfahrungen in Entwicklungsprojekten.
- Dokumente mit Hilfe derer die Lernprozesse aus diesen Erfahrungen von Europa nach Lateinamerika und vice versa vermittelt werden können.

LATEINAMERIKA-DOKUMENTATIONSSTELLE

Universität Kassel

FB 5

34109 Kassel

Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich allen danken, die mich in der Fertigstellung der Arbeit unterstützt haben:

Frau Prof. Dr. Müller Plantenberg und Herrn Prof. Dr. Robert Mayer für ihre Betreuung und Begleitung, ihre kritischen Anmerkungen und Geduld, Dr. Alexander Mansutti von der Universidad Experimental de Guayana, Venezuela, der meine Arbeit in Venezuela begleitet hat, Frau Dr. Christina Kamlage, InWEnt, und Frau Silke Spohn, GTZ , haben mir erlaubt, auf Arbeiten zurückzugreifen, die ich im Auftrag der genannten Institutionen durchgeführt habe; Frau Karin Kopshoff für das Aufspüren der Rechtschreibfehler und Frau Silvana Lammers für das Formatieren der Arbeit; und natürlich meinem Mann, der geduldig mit mir die Arbeit immer wieder diskutiert hat.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung.....	13
2.	Ziele der Untersuchung	15
3.	Vorgehen	17
3.1	Analyse der Rahmenbedingungen der Erdölförderung	17
3.1.1	Methodischer Ansatz zur Bewertung der Rahmenbedingungen	17
3.2	Auswahl der Fallbeispiele	18
3.2.1	Ecuador.....	18
3.2.2	Venezuela	19
3.2.3	Regionaler Dialogprozess „Energie – Umwelt – Bevölkerung“	19
3.2.4	Methodischer Ansatz zur Bewertung der Fallbeispiele.....	20
3.3	Beschreibung der Intervention	23
3.3.1	Methodischer Ansatz zur Bewertung der Intervention.....	23
3.4	Konflikt, Verhandlung, Dialog – eine notwendige Definition	24
3.4.1	Umwelt- und Ressourcenkonflikte	24
3.4.2	Verhandlung und Dialog	25
4.	Erdölförderung in Ecuador und Venezuela	29
4.1	Ecuador.....	29
4.1.1	Struktur des Erdölsektors	30
4.1.2	Ausländische Erdölunternehmen.....	32
4.1.3	Einnahmen aus dem Erdölsektor und deren Verteilung	33
4.2	Venezuela	36
4.2.1	Struktur des Erdölsektors	37
4.2.2	Ausländische Erdölunternehmen und die <i>Apertura Petrolera</i>	37
4.2.3	Reform des Erdölsektors 1999 – 2002	38
4.2.4	Reform des Gassektors	39
4.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Länder	40
4.4	Erdöl und indigene Völker	42
4.4.1	Erdölförderung und indigene Völker in Ecuador	42
4.4.2	Erdölförderung und indigene Völker in Venezuela.....	45
4.4.3	Die indigene Bewegung	47
4.5	Die rechtliche Situation	49
4.5.1	Erdöl – Eigentum des Staates	50
4.5.2	Erdölgesetzgebung	50
4.6	Rechte der indigenen Völker	54

4.6.1 Selbstbestimmung	55
4.6.2 Autonomie.....	57
4.6.3 Partizipation	58
4.6.4 Freie, frühzeitige und informierte Konsultation	60
5. Internationale Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards.....	65
5.1 Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen	66
5.2 Die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen.....	70
5.3 Internationales Umweltrecht und indigene Völker	71
5.3.1 Konvention über die biologischen Vielfalt	71
5.3.2 Rahmenkonvention zum Klimaschutz und das Kyoto Protokoll	72
5.3.3 Umwelthaftung.....	73
5.3.4 Verursacherprinzip.....	73
5.4 Corporate Social Responsibility.....	74
5.4.1 Freiwillige Grundsätze zur Wahrung der Sicherheit und der Menschenrechte	74
5.4.2 Freiwillige Standards gegen das Abfackeln von Gas.....	75
5.4.3 Extractive Industry Transparency Initiative (EITI)	75
5.4.4 Global Compact	76
6. Auswirkungen der Erdölförderung	77
6.1 Auswirkungen auf das Ökosystem.....	78
6.2 Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen.....	81
6.3 Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften	82
6.4 Direkte Auswirkungen der Erdölindustrie auf die Gesundheit der Bevölkerung	83
6.4.1 Bekannte Auslöser von gesundheitlichen Schäden.....	84
6.4.2 Gesundheitliche Effekte der Erdölexploration in der Region.....	86
7. Die Akteure, ihre Interessen und Strategien	89
7.1 Die staatlichen Institutionen.....	90
7.2 Die Erdölunternehmen	91
7.3 Indigene Völker und ihre Organisationen.....	92
7.4 Siedler	93
7.5 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen.....	93
7.6 Allianzen	94
8. Fallbeispiele	95
8.1 Verhandlung eines Verhaltenskodex zwischen den Secoya und Occidental.....	95
8.1.1 Geografische Lage	95
8.1.2 Soziokulturelle Situation.....	96
8.1.3 Der Verhandlungsprozess	97
8.1.4 Resultate des Verhaltenskodex	101

8.1.5 Die UVP	102
8.1.6 Abschließende Betrachtung	103
8.2 Exkurs: Ein neuer Vorschlag aus Ecuador	106
8.3 Erdölförderung im Orinoko Delta	109
8.3.1 Geografische Lage	109
8.3.2 Soziokulturelle Situation	111
8.3.3 Erdölvorhaben im Delta	113
8.3.4 Die Beziehungen zwischen den Warao und der Erdölindustrie	114
8.3.5 Abschließende Betrachtung	119
8.4 Der Dialogprozess Energie - Umwelt - Bevölkerung	121
8.4.1 Vorgeschichte	122
8.4.2 Die Akteure	123
8.4.3 Themen des Dialogprozesses	124
8.4.4 EAP aus der Sicht des Staates	125
8.4.5 EAP aus der Sicht der Unternehmen	125
8.4.6 EAP aus der Sicht der Indigenen	126
8.4.7 Resultate des EAP	127
8.5 Abschließende Betrachtung	129
9. Intervention: Qualifizierungsprogramm	131
9.1 Ziele des Programms	132
9.2 Projektpartner	134
9.3 Zeitplanung	136
9.4 Evaluation des Programms	136
9.4.1 Auswertung der Fragebögen	137
9.5 Abschließende Betrachtung	143
10. Folgerungen für die Konfliktlösung	145
11. Literatur	155
12. Anhang	169
Interviewleitfaden	169
13. LADOK – Entwicklungsperspektiven	170

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Erdölfördergebiete in Ecuador	34
Abbildung 2 Produktionsgebiet von Petroecuador.....	35
Abbildung 3 Indigene Territorien, Naturschutzgebiete und Erdölblocks	45
Abbildung 4 Block 15 und Naturschutzgebiete	96
Abbildung 5 Erdölkonzessionen im Yasuni Biosphärenreservat.....	109
Abbildung 6 Das Orinoko Delta.....	110
Abbildung 7 Erdölfelder im Delta.....	113

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Matrix der Ressourcennutzung.....	22
Tabelle 2 Länderdaten Ecuador.....	29
Tabelle 3 Länderdaten Venezuela	36
Tabelle 4 Indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonas	43
Tabelle 5 CSR Instrumente der Erdölfirmen.....	76
Tabelle 6: Überlagerung verschiedener Produktionsweisen im Amazonasgebiet	83
Tabelle 7 Matrix zur Darstellung des Verhandlungsprozesses Secoya - OEPC / Oxy und der Interessen	103
Tabelle 8 Matrix zur Darstellung der Beziehungen Warao - BP / Perenco und der Interessen, Stand 2000	120
Tabelle 9 Ablauf des Programms 2005 - 2007.....	136
Tabelle 10 Übersicht der Teilnehmer nach Ländern	136

Verzeichnis der Abkürzungen

AIDSESEP	Indianische Vereinigung zur Entwicklung des peruanischen Waldes
APA	Vereinigung der amerindischen Völker Guyanas
API	American Petroleum Index
ARPEL	Asocioación Regional de Empresas de Petr�leo y de Gas Natural en Latino América y el Caribe – Regionale Vereinigung der Erd�l- und Erdgasindustrie in Lateinamerika und der Karibik
CDG	Carl Duisberg Gesellschaft
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe - Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
CEPE	Corporación Estatal Petrolera de Ecuador -staatliche Erd�lgesellschaft Ecuador, Vorl�ufer von Petroecuador
CGC	Compa�a General de Combustibles – argentinische Erd�lgesellschaft
CIDOB	Indianische Konf�rderation Boliviens
COIAB	Koordination der indianischen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebietes
CODENPE	Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos Indígenas in Ecuador
COICA	Coordinadora de organizaciones indígenas de la Cuenca Amazónica - Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens
CONAIE	Consejo de Nacionalidades Indígenas del Ecuador – Nationaler Rat der Indigenen in Ecuador
CONFENIAE	Confederaci�n de Nacionalidades Indigenas de la Amazon�a Ecuatoriana – Konf�rderation der indigenen Organisationen der ecuadorianischen Amazonasregion
CONIVE	Nationaler Indianerrat Venezuelas
CRIC	Regionaler Indigenenrat in Cauca, Kolumbien
DAO	Desarrollo Arm�nico del Oriente – harmonische Entwicklung des Ostens
EAP	Energ�a – Ambiente – Poblaci�n Energie – Umwelt – Bevölkerung

ECORAE	Instituto para el Ecodesarrollo Regional Amazónico – Institut für die regionale, ökologische Entwicklung Amazoniens
ECOSOC	Economic and Social Council der Vereinten Nationen
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
ENAP	Empresa Nacional de Petroleo staatliche Erdölgesellschaft Chiles
ESMAP	Energy Sector Management Assistance Programme
FCUNAE	Federación de Comunas Union de Nativos de la Amazonia Ecuatoriana – Föderation der nativen Gemeinschaften des ecuadorianischen Amazonas
FEDECAP	Federación de Desarrollo Campesino del Pastaza – Föderation der bäuerlichen Entwicklung Pastazas
FEINE	Consejos de Pueblos y Organizaciones Indígenas Evangélicas del Ecuador – Organisation der evangelischen Indigenen
FEIREP	Fondo de estabilización, inversión social y productiva y reducción del endeudamiento pública – Fonds zur Stabilisierung, für soziale und produktive Investitionen und Reduzierung der öffentlichen Schulden
FFLA	Fundación Futuro Latino Americano
FICSHA	Federación Interprovincial de Centros Shuar Achuar – Föderation der Shuar und Achuar Zentren
FLACSO	Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales – Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften
FOAG	Föderation der Indianer Französisch Guyanas
FOIN	Federación de Indígenas de Napo – Föderation der Indigenen des Napo
FONAKIN	Federacion de Organizaciones de la Nacionalidad Quichua de Napo – Föderation der Quichua am Napo
HSE	Health, Safety and Environment
IARC	International Agency for Research on Cancer
ILO	International Labor Organisation
ILV	Instituto Linguistico de Verano – Summer Institute for Linguistics
INEFAN	Instituto Ecuatoriano Forestal y de Areas Naturales y Vida Silvestre – Ecuadorianisches Institut für Wald, Naturschutzgebiete und Wild

InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IMO	International Maritime Organisation
ITT	Ishingo-Tapocoeha-Tiputini
IUCN	International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources
NGO / NRO	Non-governmental Organisation Nichtregierungsorganisation
OAS	Organisation of American States
OCP	Oleoducto de Crudos Pesados – Pipeline für Schweröl
OEPC	Occidental Exploration and Production Company, Tochtergesellschaft der Occidental Petroleum Corpo- ration
OIS	Organisation der Indianer Surinams
OISE	Organización de Indígenas Secoya – Organisation der Secoya
OLADE	Organización Latinoamericano de Energía, lateiname- rikanische Energieorganisation
ONCRAP	Organización de Nativos Residentes en la Amazonía Centro Pañacocha
OPEC	Organisation of the Petroleum Exporting Countries
OPIAC	Organisation der Indianervölker des kolumbianischen Amazonasgebietes
OPIP	Organisation der indigenen Völker Pastazas
PAH	Polynuclear Aromatic Hydrocarbons – polynukleare aromatische Kohlenwasserstoffe
PdVSA	Petroleos de Venezuela S.A.
SINOPEC	China Petroleum and Chemical Corporation
SOTE	Sistemas de Oleoducto Trans-Ecuatoriano – transecuadorianische Pipeline
TPH	Total Petroleum Hydrocarbons
UCIW	Unidad de comunidades indígenas Warao – Organisation der Warao
UN	United Nations – Vereinte Nationen
UNCTC	United Nations Centre on Transnational Corporations

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation
UTEPA	Unidad Tecnica de Ecodesarollo y Protección de la Amazonía – Technische Einheit für den Ökotourismus und den Schutz der Amazonasregion
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
WGBU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“
WWF	World Wild Fund

1. Einführung

Erdöl ist der bestimmende Energierohstoff der Erde. Durch die zunehmende Konkurrenz um diese Ressource, die durch den weiterhin steigenden Verbrauch der Industrieländer und den zunehmenden Bedarf der Schwellenländer wie Indien und China entstanden ist, stieg der Erdölpreis in den letzten Jahren rasant an. Diese relative Verknappung führt zu einer vermehrten Investition in die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, zum anderen wird die Erdölförderung in schwer zugänglichen Gebieten und die Gewinnung von qualitativ minderwertigem, schwerem Erdöl finanziell attraktiv. So hat das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage dazu geführt, dass offshore-Förderungen mittlerweile aus mehreren tausend Metern Tiefe stattfinden, dass in Kanada und Venezuela der Abbau von Ölsanden erfolgt und im ecuadorianischen Amazonasgebiet schweres Erdöl gefördert wird. Es muss befürchtet werden, dass die Wertsteigerung der Ressource Erdöl dazu führt, dass soziale und ökologische Werte noch weniger berücksichtigt werden als bisher. Die Folgen für Menschen und Ökosysteme in den Regenwald-Regionen in Ecuador und Venezuela sind gravierend. Es ist daher notwendig, entweder die sozialen und Umweltschäden präventiv zu minimieren oder gar bestimmte indigene Territorien und Naturschutzgebiete ganz aus der Förderung herauszunehmen.

An der Frage der Erdölproduktion prallen die unterschiedlichen Interessengruppen aufeinander: die Erdölkonzerne, der Staat, Wirtschaftsverbände, Umweltgruppen und Institutionen des Naturschutzes sowie die unmittelbar Betroffenen vor Ort. Dieser Zusammenstoß unterschiedlicher Interessengruppen ist von einem erheblichen Machtgefälle geprägt, das in besonderem Maße ungünstig für die Betroffenen ausfällt, wenn es sich um ethnische Minderheiten wie indigene Völker handelt. Internationale und nationale Normen, Standards und Verfahren sollen die Erdölförderung mit dem Ziel regulieren, Schäden zu minimieren. Diese Normen, Standards und Verfahren betreffen sowohl die unmittelbare technische Umsetzung der Erdölförderung als auch die Beziehung zu den Betroffenen der jeweiligen Region. Hieraus leitet sich der Rechtsanspruch ab, der den Interessengruppen als Grundlage für ihre Verhandlungen dient.

Am Beispiel der Auseinandersetzung um die Erdölförderung auf indigenen Territorien in der Amazonasregion Ecuadors und dem Orinoko Delta in Venezuela soll in der vorliegenden Arbeit die Frage beantwortet werden, welche Voraussetzungen zu erfolgreichen Verhandlungen über die Ressourcennutzung beitragen und ob und wie diese international unterstützt werden können. Die Regionen wurden gewählt, da hier die Erdölförderung in ökologisch sehr fragilen Regionen mit überwiegend indigener Bevölkerung stattfindet.

Um die Problemstellung einordnen zu können, wird die Bedeutung der Erdölproduktion für Venezuela und Ecuador erläutert sowie die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Erdölförderung für die lokale Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der indigenen Völker dargestellt.

In einem weiteren Schritt werden die internationalen und nationalen Vorgaben für die Erdölindustrie untersucht, wobei auf der internationalen Ebene sowohl *hard* wie *soft law* berücksichtigt wird. Es erfolgt eine Analyse der internationalen Rahmenbedingungen als Beitrag zur Verbesserung der Situation indigener Völker und dem Schutz ihrer Umwelt.

Die Komplexität der Verhandlungen zur Erdölförderung spiegelt sich im Interessengeflecht der Akteure wider. Eine detaillierte Analyse dieser Interessen und ihrer Gewichtung ist eine Voraussetzung zur Identifikation der Konfliktursachen und darauf aufbauend zur Entwicklung einer Konfliktlösungsstrategie. Die verschiedenen Ansätze der Hauptakteure (Staat, Industrie und indigene Völker) zur Lösung der Konflikte müssen hierbei Berücksichtigung finden.

An zwei lokalen Beispielen aus Ecuador und Venezuela werden die Konfliktursachen, die Interessen der Beteiligten und ihre Lösungsansätze untersucht. Zusätzlich wird ein regionaler Dialogprozess analysiert: Auf der Ebene der Amazonas-Anrainerstaaten wurde ein Dialogprozess zwischen Staat, Industrie und indigenen Völkern zur Frage der Minimierung von Schäden und der Verbesserung der Standards durch die Erdölförderung ins Leben gerufen, der auf nationaler Ebene in Ecuador und Venezuela aufgegriffen wurde.

Abschließend wird der Einfluss auf die Rahmenbedingungen für die Lösung der Konflikte durch internationale Standards und die Bildung von Netzwerken analysiert und Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung gezogen.

2. Ziele der Untersuchung

Das Gesamtziel der Arbeit ist, wirksame Maßnahmen zur Unterstützung von vulnerablen Gruppen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte im Rahmen der Erdöl-exploration herauszuarbeiten. Entsprechend der Untersuchungsregion und –bevölkerung werden die folgenden spezifischen Ziele verfolgt:

1. Darstellung der Bedingungen der Erdölförderung in ökologisch sensiblen Regionen mit indigener Bevölkerung:
 - a. unter Berücksichtigung vorhandener internationaler Standards sowie
 - b. unter Berücksichtigung der Rechte indigener Völker.
2. Analyse der Bedingungen von Verhandlungen zwischen indigenen Völkern, Staat und privater Erdölindustrie und die Handlungsstrategien der Akteure einschließlich der ihnen zugrunde liegenden rechtlichen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen.
3. Beurteilung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Unterstützung der im Machtgefüge der Verhandlungen schwächsten Interessengruppe, u.a. am Beispiel von *capacity building* Maßnahmen für indigene Bevölkerungsgruppen.
4. Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Verhandlungen im Sinne einer interkulturellen Verständigung über die Ressourcennutzung auf indigenen Territorien – anhand einer Matrix, die Bedingungen, Instrumente, Inhalte und Vorgehensweisen für einen interkulturellen Dialog über Ressourcennutzung aufzeigt.

Entsprechend der Komplexität und Individualität der darzustellenden Prozesse können am Ende nur wenige Kernpunkte stehen, die zur Verallgemeinerung geeignet und möglicherweise auch auf andere Situationen und Regionen übertragbar sind. Diese Arbeit will einen Beitrag zur systematischen Weiterentwicklung günstiger Rahmenbedingungen für die Verhandlungen indigener Völker in sensiblen Zonen leisten. Sie bedürfen weiterer Ergänzungen aus anderen Kontexten und Situationen, um sich einer allgemeinen Gültigkeit anzunähern.

3. Vorgehen

Zum allgemeinen Verständnis der Situation, in der sich die Konflikte und Verhandlungen zwischen indigenen Völkern, Erdölindustrie und staatlichen Institutionen vollziehen, werden auf der Grundlage von Literatur und der Auswertung der für das Thema relevanten rechtlichen Texte die Rahmenbedingungen in den Ländern Venezuela und Ecuador dargestellt. Diese werden dann an Fallbeispielen näher untersucht und Schlussfolgerungen für Dialog- und Verhandlungsprozesse unterstützende Interventionen abgeleitet. Die Intervention, in diesem Fall die Durchführung eines Programms zur „*capacity building*“ für indigene Organisationen, wird auf ihre Wirkungen überprüft und auf dieser Basis werden Möglichkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen durch Interventionen von außen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung diskutiert.

Die einzelnen Arbeitsschritte werden im Folgenden erläutert.

3.1 Analyse der Rahmenbedingungen der Erdölförderung

Zur Erfassung der Rahmenbedingungen wird zuerst der politische, wirtschaftliche und rechtliche Rahmen, in dem der Konflikt und die Verhandlungen um die Erdölförderung in Ecuador und Venezuela stattfinden, anhand der verfügbaren Dokumente analysiert. Darüber hinaus erfolgt die Darstellung der sozialen, kulturellen und Umweltauswirkungen der Erdölförderung auf die lokale Bevölkerung.

Da in der Betrachtung von der Prämisse ausgegangen wird, dass vorhandene internationale Standards im Bereich der Menschenrechte inklusive der Rechte indigener Völker sowie der Umwelt- und Sozialstandards Einfluss auf die Bedingungen der Erdölförderung auf indigenen Territorien haben, erfolgt die Darstellung einer Auswahl der relevanten internationalen Übereinkommen und Erklärungen. Laufende Prozesse zur Weiterentwicklung dieser Normen werden aufgezeigt. Dies schließt auch die Auswertung der Prozesse zur sozialen Unternehmensverantwortung (*corporate social responsibility*) ein.

3.1.1. Methodischer Ansatz zur Bewertung der Rahmenbedingungen

Die Bewertung der Rahmenbedingungen erfolgt auf der Grundlage der Auswertung der Literatur, der Umweltverträglichkeitsberichte sowie der relevanten rechtlichen Bestimmungen zur Erdölförderung, zum Umweltschutz und zu den Rechten indigener Völker.

Darüber hinaus wurden die Dokumente der einzelnen Akteure ausgewertet:

- Unternehmenszeitschriften, Zeitschriften der Branche
- Staatliche Pläne u.a. Dokumente staatlicher Institutionen
- Dokumente indigener Organisationen
- Dokumente über abgeschlossene oder laufende rechtliche Auseinandersetzungen über die Erdölförderung
- Dokumente internationaler Organisationen in Bezug auf indigene Völker
- Internationale Übereinkommen und Richtlinien
 - im Umweltbereich
 - zum Recht indigener Völker
 - zur Unternehmensverantwortung
- Berichte des UN Sonderberaters zu Wirtschaftsunternehmen und Menschenrechten
- Verhaltenskodizes der Unternehmen.

Parallel zu der Literatur- und Dokumentenauswertung wurden die Fallbeispiele ausgewählt, anhand derer dargestellt wird, wie sich die Verhandlungen zwischen den Akteuren gestalten. Aus den Fallbeispielen leitet sich wiederum die Art der Intervention zur Unterstützung von Dialog- und Verhandlungsprozessen ab.

3.2 Auswahl der Fallbeispiele

Es wurde je ein Fallbeispiel für Verhandlungen zwischen indigenen Organisationen und dem Erdölsektor aus Ecuador und Venezuela ausgewählt. Durch die Kooperation der Universität Kassel mit der Universidad Experimental de Guayana in Venezuela bot es sich an, ein Fallbeispiel aus Venezuela zu nehmen und auf Grund der eigenen Vorarbeiten ein weiteres, vergleichendes Beispiel aus Ecuador. Durch die bestehenden Kooperationen war die Möglichkeit gegeben, mit Wissenschaftlern vor Ort den Untersuchungsansatz zu diskutieren und die Ergebnisse zu überprüfen. Die spezifischen Kriterien für die Auswahl der Fallbeispiele waren, dass:

- Verhandlungen stattgefunden hatten bzw. zum Zeitpunkt des ersten Studienaufenthaltes noch im Prozess waren,
- die Mehrheit der Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet indigen ist und
- der Zugang zu den einzelnen Akteuren für Interviews möglich war.

3.2.1 Ecuador

In Ecuador kommt es zu einer weitgehenden Überlagerung von Erdölfördergebieten und indigenen Territorien im Norden und im Zentrum der Amazonasregion des Landes. Die Beziehungen zwischen der Industrie, dem Staat und den in-

digenen Völkern gestalten sich sehr unterschiedlich in den einzelnen Fördergebieten. In dieser Arbeit wird auf mehrere Konfliktsituationen und Auseinandersetzungsformen Bezug genommen. Für die detaillierte Untersuchung wurden die Verhandlungen zwischen dem indigenen Volk der Secoya und dem Konzern Occidental Petroleum um die Erdölförderung im Block 15 ausgewählt. Der Verhandlungsprozess fand zwischen 1999 und 2004 statt, die Region wurde 2001 besucht.

3.2.2 Venezuela

In Venezuela wird im Gegensatz zu Ecuador seit über 50 Jahren Erdöl auch auf indigenem Land gefördert. Verhandlungsprozesse über die Erdölförderung bzw. die Förderbedingungen zwischen indigenen Völkern und Erdölindustrie fanden zu Beginn der Förderung noch nicht statt. Es wurde daher im Sinne der Zielsetzung dieser Arbeit in Venezuela eine Region ausgesucht, in der erst seit Kurzem (seit 1997) nach Erdöl gesucht wird und in der die Beziehungen zwischen den Interessengruppen als Verhandlungsprozess gestaltet werden. Dies ist nur im Orinoko Delta bei den Warao und im Grenzgebiet zu Kolumbien auf dem Gebiet der Barí der Fall. Aufgrund der vergleichbareren Rahmenbedingungen mit der Amazonasregion (ökologisch sensible Region, Bevölkerungsmehrheit indigen) wurden die Verhandlungen über die Erdölprospektion und –förderung des Konsortiums Delta Centro und den Warao im Deltabereich des Orinoko ausgewählt. Die Region wurde während zweier Studienaufenthalte in dem Orinoko Delta (Mai 1999, November / Dezember 2000) besucht.

3.2.3 Regionaler Dialogprozess „Energie – Umwelt – Bevölkerung“

Das dritte Fallbeispiel hat einen anderen Charakter. Im Gegensatz zu den ersten beiden hat es keine konkreten Verhandlungsprozesse vor Ort zum Gegenstand sondern einen regionalen Dialogprozess auf der Ebene der Amazonas-Anrainerstaaten. Von 1999 bis 2004 fand in der Amazonasregion ein Dialogprozess mit dem Titel „Energie-Umwelt-Bevölkerung (*Energía- Ambiente- Población – EAP*)“ zwischen den Erdöl- und Bergbauministerien, der staatlichen und privaten Erdölindustrie und den indigenen Organisationen des Amazonasbeckens statt, der seine nationale Entsprechung in Ecuador und zeitversetzt in Venezuela fand. Ziel dieses Dialogprozesses war die Minimierung der Schäden durch die Erdölproduktion und die Harmonisierung der Regulierungen der Beziehungen von indigenen Völkern und Erdölindustrie. Für die Untersuchung ist der Dialogprozess deshalb interessant, weil er versuchte, auf der überregionalen Ebene Beziehungen zwischen den drei Hauptakteuren zu etablieren und Vorgaben für die Regulierung dieser Beziehungen zu machen. Der Dialogprozess EAP wurde daher für die Untersuchung der Verhandlungen und Handlungsstrategien der Akteure herangezogen.

Der Prozess wurde durch die Teilnahme an drei der fünf Konferenzen¹ und an Arbeitssitzungen² begleitet. Für die Auswertung wurden die Protokolle der Treffen des Erdöldialogs „Energie, Umwelt, Bevölkerung“ (EAP) und die Arbeitspapiere herangezogen.

Anhand der Beispiele werden Antworten auf die folgenden Fragen herausgearbeitet:

- Wer nimmt an den Verhandlungen teil;
- Welche Interessen vertreten die Teilnehmer;
- Wer sind die Mittler;
- Welches sind die Inhalte der Verhandlungen;
- Wie wird der Ablauf gestaltet;
- Welche Rolle spielen Instrumente der Planung und Partizipation wie Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung;
- Was sind die Ergebnisse;
- Welche Hindernisse und Perspektiven ergeben sich.

Außerdem wurden in Bezug auf die Fallbeispiele die jeweiligen Umweltverträglichkeitsberichte und, soweit vorhanden, die Umweltmanagementpläne ausgewertet.

3.2.4 Methodischer Ansatz zur Bewertung der Fallbeispiele

Zur Bewertung der Fallbeispiele wurde die subjektive Perspektive der einzelnen Akteure anhand von teilstandardisierten Interviews (vgl. Flick et al., 2007) erfasst. Während der Studienaufenthalte wurden Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen indigenen Gemeinschaften und ihrer Organisationen, der Bergbau- /Energie- und Umweltministerien sowie der staatlichen und privaten Erdölunternehmen durchgeführt. Bei der Auswahl der Interviewpartner wurde darauf geachtet, dass sie unmittelbar an dem Dialog- bzw. Verhandlungsprozess beteiligt waren. Neben diesen Hauptakteuren wurden mit Umweltorganisationen, Ethnologen, akademischen Institutionen und Rechtsanwälten begleitende Experteninterviews zum vertiefenden Verständnis der Situation geführt.

Aufbau der Leitfäden und Durchführung

Die Interviews erfolgten anhand von Leitfäden (siehe Anhang), die spezifisch für die einzelnen Akteure erarbeitet wurden. Es wurden offene Fragen formuliert, im Kernbereich identische Fragestellungen ermöglichten dennoch eine vergleichende Auswertung der Antworten. Zu diesem Kernbereich zählten Fra-

¹ Quito 2000, Cartagena 2001, Cuzco 2002

² Lima, 1999, Quito, 2000, Cuzco 2002

gen nach der eigenen Wahrnehmung des Konfliktes, der Wahrnehmung der eigenen Rolle in der Auseinandersetzung, der Wahrnehmung des jeweils anderen und der Erläuterung eines guten Verhandlungsergebnisses.

Die Interviews wurden transkribiert und anhand von Kategorien in Bezug auf die Themenbereiche, Definitionen etc. untersucht. Zur Auswertung (Codierung) wurde eine Matrix erstellt.

Die Daten wurden gemäß der nachfolgenden Matrix erfasst.

Tabelle 1 Matrix der Ressourcennutzung

Themen	Akteure indigene Organisa- tion / Gemein- schaft	Unternehmen	Staat
Repräsentanz im Verhandlungprozess			
Rechtliche Grundlage			
Was wäre ein gutes Verhandlungsergebnis?			
Defizite der eigenen Interessengruppe			
Defizite der Anderen			
Bewertung des Ergebnisses			
Eckpunkte der Verhandlungen			
Wahrnehmung der Struktur und Dauer des Entscheidungsprozesses			
Defizite Verhandlungsprozess			
Wahrnehmung der Normen für die Ressourcennutzung			
Wahrnehmung der Defizite bei den Normen für die Ressourcennutzung			
Wahrnehmung der regionalen Ökonomie			
Eckpunkte für das Monitoring der Umsetzung von Normen			
Wahrnehmung der Notwendigkeit einer unterstützenden Intervention von außen			

Quelle: Eigene Bearbeitung

Ausgehend von der Analyse der Interviews und der Inhaltsanalyse der Dokumente wurden die Interessen der drei Hauptakteure indigene Organisationen, Staat und der Erdölindustrie untersucht. Zur Analyse der Interessen wurde auf das Konzept der regionalen politischen Ökologie zurückgegriffen, das u. a. Blaikie und Brookfield (1987) als Konzept zur Erfassung der komplexen interaktiven Beziehungen, der Interessen sozio-ökonomischer Organisationen und den Widersprüchen zwischen sozialen und Umweltveränderungen zur Erklärung des Verhältnisses von Bodendegradierung und gesellschaftlichen Veränderungen anwandten. Die politische Ökologie verbindet die Anliegen der Ökologie mit der politischen Ökonomie und ermöglicht, die Dialektik des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Ressourcen zu erfassen. Zentral bei der Analyse ist die Darstellung der Interessen und Machtverhältnisse der beteiligten Akteure und deren Diskurse, wie sie u. a. von Little (1999) für die Aguarico Region Ecuadors vorgenommen wurde. Little verbindet die politische Ökologie mit der ethnologischen Dimension, um so ein umfangreicheres Verständnis der Auseinandersetzung um Konflikte über natürliche Ressourcen (erneuerbare wie nicht-erneuerbare) und Territorien zu ermöglichen.

3.3 Beschreibung der Intervention

Aus den Fallbeispielen leitet sich die Intervention als Teil einer Lösungsstrategie in Form einer langfristigen Fortbildungsmaßnahme ab, die von der indigenen Koordination COICA, der deutschen Organisation der Entwicklungszusammenarbeit für den Bereich Fortbildung, InWEnt, und dem Klima-Bündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder e.V. durchgeführt wurde.

Die Fortbildungsmaßnahmen fanden zwischen 2003 und 2005 in der sozialwissenschaftlichen Fakultät Lateinamerikas (FLACSO) in Quito statt, die auch für die Durchführung zuständig war und die akademische Qualität gewährleistete. Die Grundlage der Beschreibung bieten die feed back Fragebögen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die von InWEnt zur Verfügung gestellt wurden, die Unterlagen der Universität sowie die Gespräche mit den beteiligten Universitäts- und InWEnt-Mitarbeitern.

3.3.1 Methodischer Ansatz zur Bewertung der Intervention

Zur Bewertung der Intervention wurden Indikatoren für die Wirksamkeit der Intervention aufgestellt, auf deren Grundlage ein Fragebogen (siehe Anhang) verfasst wurde, den alle 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (TN) aus Ecuador und Venezuela per E-mail erhielten. Er diente der vergleichenden Beurteilung der Fortbildung durch die TN und der Erfragung der persönlichen Situation vor und nach dem Kurs. Außerdem wurden teilstrukturierte Interviews mit elf der ehemaligen TN geführt. Anhand dieser Interviews konnten die Ergebnisse des Fragebogens vertieft werden. Um die Auswirkungen der Fortbildungsmaßnahme

besser zu erfassen, wurden außerdem Interviews mit den regionalen und nationalen indigenen Organisationen sowie mit den durchführenden Organisationen geführt.

3.4 Konflikt, Verhandlung, Dialog – eine notwendige Definition

Da im folgenden Text die Begriffe Konflikt, Verhandlung und Dialog Schlüsselbegriffe sind, soll vorab eine kurze Klärung der Begrifflichkeit vorgenommen werden.

3.4.1 Umwelt- und Ressourcenkonflikte

Konflikte treten auf, wenn zwei oder mehr Parteien davon ausgehen, dass ihre Interessen inkompatibel sind, feindliche Absichten äußern oder Aktivitäten durchführen, die die Möglichkeit des anderen beschneiden, seine Interessen zu verfolgen (International Alert, 2005). Gewalt wird oft mit Konflikt gleichgesetzt, ist aber nur ein Mittel unter vielen, um Konflikte auszutragen. Gewaltlose Konflikte sind existentiell für die Entwicklung und die soziale Veränderung einer Gesellschaft. Allerdings können in Phasen tiefgreifender sozioökonomischer Veränderungen und politischer Transformationen Konflikte zu gesamtgesellschaftlichen Krisen und zu gewalttätigen Eskalationen führen - also immer dann, wenn es um die Neuverteilung von Macht, Lebenschancen und Partizipationsmöglichkeiten unterschiedlicher Gruppen geht.

Die Debatte um die Rolle von Rohstoffen in Konflikten wird vor allem in der angloamerikanischen wissenschaftlichen Diskussion geführt (Le Billon 2002, Renner 2002, Ross 2003). So ist Ross (2003) der Frage nachgegangen, ob es eine Korrelation von natürlichen Ressourcen³ und (Bürger-)Krieg gibt und kommt aufgrund der Untersuchung von 13 Fallbeispielen⁴ zu dem Schluss, dass

- es einen unmittelbaren Wirkungszusammenhang zwischen Rohstoffreichtum und bewaffnetem Konflikt gibt, der den Ausbruch, die Dauer und die Intensität eines Bürgerkriegs beeinflusst;
- mehrere Mechanismen gleichzeitig greifen (Kampf um Kontrolle über Ressourcen, Finanzierung von Rebellengruppen mittels leicht zu extrahierenden Ressourcen wie Diamanten, die oberflächennah vorkommen, Drogen und Holz);
- Umweltzerstörung, Vertreibungen, ungerechte Einnahmenverteilung und andere negative Folgen von Bergbau und Erdölförderung zu Konflikten

³ Dazu zählt er sowohl mineralische Rohstoffe und Öl als auch nachwachsende Rohstoffe wie Holz und Drogen.

⁴ Er untersuchte gewalttätige Auseinandersetzungen, die zwischen 1990 und 2000 ausgebrochen sind: Afghanistan, Angola, Kambodscha, Kolumbien, Republik Kongo, Demokratische Republik Kongo, Liberia, Peru und Sierra Leone, sowie drei separatistische Kriege (Sudan, Indonesien und Myanmar).

führen, aber nicht ursächlich für nicht-separatistische Bürgerkriege sind; und

- ungerechte Verteilungsstrukturen von Rohstoffeinnahmen in Regionen mit separatistischer Tendenz zum Ausbruch separatistischer Kriege beitragen (wie im Sudan oder in der Provinz Aceh in Indonesien).

In den beiden Beispielen aus Lateinamerika (Kolumbien und Peru) ging der Konflikt laut Ross nicht ursächlich um die Kontrolle der Rohstoffe. Erst im Kriegsverlauf wurden die Rohstoffe zu wichtigen Finanzierungsquellen⁵ für die Weiterführung des Krieges.

In der Betrachtung der Konflikte um die Nutzung nicht-erneuerbarer Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas, sowie metallische und nicht-metallische Bodenschätze in Venezuela und Ecuador ist es bisher zu keinen kriegsähnlichen Auseinandersetzungen gekommen. Allerdings muss diese Aussage insofern eingeschränkt werden, als der Krieg um die Grenzziehung zwischen Peru und Ecuador 1995 seine Ursachen unter anderem in den vermuteten Erdölreserven der umkämpften Region hatte.

Ross (2003) und Le Billon (2001, 2003) weisen nach, dass Umweltzerstörung, soziale negative Auswirkungen durch Bergbau und Erdölförderung und eine ungleiche Einnahmenverteilung zwar zu Konflikten führen, aber nicht Ursachen von Bürgerkriegen sind. Dies trifft auf die Situation in Venezuela und Ecuador zu. In beiden Ländern spricht man von sozio-ökologischen Konflikten (*conflictos socioambientales*) (Fontaine, 2003, Guerrero Arias 1999, Ortiz, 2006), in deren Mittelpunkt die Auseinandersetzung steht: Wem gehört das Land und wer hat das Nutzungsrecht? Aus dem Eingriff in das Territorium und der Bedrohung der Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung resultiert der Widerstand, der nach Martinez Alier (2002) in dem *environmentalism of the poor*⁶ gründet.

3.4.2 Verhandlung und Dialog

Eine Verhandlung im soziologischen Kontext meint den Interessenausgleich zwischen sich widersprechenden Bedürfnissen von zwei oder mehr Parteien mit Hilfe von Kommunikation und Strategien.

⁵ Im Falle Kolumbiens finanzieren sich die Rebellen zu einem guten Teil aus dem Verkauf von Edelsteinen, Drogen und vor allem aus den Sprengungen von Ölpipelines und den darauffolgenden (Schutzgeld-) Erpressungen, in Peru war die Kontrolle über die Kokafabriken eine wichtige Geldquelle für den „Leuchtenden Pfad“.

⁶ Nach Alier (2002) beruht das Überleben der Armen viel stärker auf der Umwelt als das Leben der Reichen, für die Umwelt oft ein Luxusgut darstellt. Arme tragen daher eher dazu bei, die Umwelt zu schützen. Er führt dafür eine Reihe von Beispielen an, wie der Kampf von Chico Mendez und der Kautschukzapfer für den Erhalt des brasilianischen Amazonawaldes oder der Ogoni im Nigerdelta gegen die Erdölindustrie. Die These ist jedoch nicht unumstritten, da es eine Reihe von Gegenbeispielen gibt wie die Umweltzerstörung im informellen Bergbau oder die Zerstörung von Erdölpipelines durch Organisationen der Ogoni.

Warum sich indigene Gemeinschaften für Verhandlungen entscheiden, fassen Barsh und Bastien (1997: 20-21) auf der Grundlage ihrer Erfahrungen aus den USA und Kanada wie folgt zusammen:

- *Legale Ambivalenz*: Indigene verhandeln, wenn ihre Rechte in dem nationalen Rechtssystem zwar verankert, diese aber nicht präzise definiert sind. Wenn zum Beispiel die indigenen Autoritäten zwar anerkannt sind, die Reichweite ihrer Kompetenzen jedoch unklar ist. Verhandlungen als Form der Konfliktlösungen bieten sich auch dann an, wenn das Problem sehr komplex ist, wie die Auseinandersetzungen um Landnutzung in Gebieten, in denen Indigene und Nicht-Indigene vermischt leben oder wo indigene Landrechte existieren, aber nur ungenügend definiert sind. Dies ist zum Beispiel in Kanada der Fall.
- *Ungleichgewicht der Macht*: Im Falle von legaler Ambivalenz und ungleichen Machtverhältnissen kommt Verhandlungen eine noch größere Bedeutung zu. Ähnlich wie in Lateinamerika verfügen auch die Indigenen Kanadas über Landrechte, aber nicht über die notwendige Macht sie umfassend durchsetzen und Entwicklungsprojekte wie große Infrastrukturprojekte auf ihrem Land entscheidend beeinflussen oder verhindern zu können. Sie versuchen durch Verhandlungen, ein Ko-Management der Schlüsselressourcen oder für sie günstige Bedingungen für die Durchführung der Projekte zu erreichen.
- *Delegation von Autorität*: Im Rahmen der Dezentralisierung staatlicher Funktionen werden in den USA und Kanada Zuständigkeiten an die indigenen Gemeinden zurückdelegiert. Die Geschwindigkeit und Reichweite dieser Funktionsübertragung wurden überwiegend in Verhandlungen mit den einzelnen Gemeinden festgelegt.
- *Ökologische Notsituationen*: In diesen Fällen sahen sich die Regierungen veranlasst mit Indigenen zu verhandeln, um sich deren Zusammenarbeit zu sichern. Im Norden Kanadas und Alaskas, wo Indigene von der Jagd und dem Fischfang leben, wurden mehrere Ko-Management Vereinbarungen getroffen, da die staatlichen Institutionen nicht in der Lage sind, ein Monitoring in der Wildnis durchzuführen. Hier zeigt sich eine Abwandlung des Machtverhältnisses: Verhandlungsmacht entsteht hier aus dem Wissen und der Kontrolle des Landes.
- *Politische Kultur*: Auch die Frage der politischen Kultur in einem Land spielt eine große Rolle. Anders als die indigenen Völker in den USA verhandeln die Indigenen Kanadas lieber als die Gerichte anzurufen. Die kanadischen indigenen Völker sehen ein Gerichtsverfahren als „unpersönlich, kontrolliert von Außenstehenden (Richtern und Anwälten) und verfangen in der europäischen Ideologie. Sie sehen größere Chancen, eine für sie adäquate Lösung zu erreichen, wenn sie Probleme direkt verhandeln.

Vor allem die Fragen legaler Ambivalenzen und der Ungleichverteilung von Macht sind Beweggründe für die indigenen Organisationen in Ecuador und Venezuela zu verhandeln, wobei die venezolanischen indigenen Organisationen eher den Verhandlungsweg wählen als die ecuadorianischen.

In Abgrenzung zur Verhandlung, bei dem zum Abschluss des Prozesses ein konkretes Ergebnis zur Konfliktlösung erwartet wird, wird hier der Dialog als nicht ergebnisorientiert im Sinne einer Vereinbarung zur Beilegung eines Konfliktes definiert. Der Dialog dient dem Kennenlernen, dem Abbau von Vorurteilen und kann wegbereitend für einen Verhandlungsprozess sein.

4. Erdölförderung in Ecuador und Venezuela

Zum besseren Verständnis der Auseinandersetzung um die Erdölförderung in Ecuador und Venezuela werden in diesem Kapitel die geografische Lage der Erdöllagerstätten, die institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Umwelt kurz beschrieben.

4.1 Ecuador

Tabelle 2 Länderdaten Ecuador

Gesicherte Erdölreserven	4,5 Milliarden Barrel
Erdölproduktion 2007	512.000 Barrel pro Tag
Export 2007	345.000 Barrel pro Tag weitere Exportgüter sind Bananen, Schnittblumen und Shrimps, Erdöl macht 40% der Exporteinnahmen aus
Eigenverbrauch 2006	152.000 Barrel pro Tag
Gesicherte Erdgasreserven	345 Milliarden Kubikfuß
Erdgasproduktion 2007	10 Milliarden Kubikfuß jährlich im Golf von Guayaquil Erdgas spielt bisher weder für den heimischen Markt noch für den Export eine große Rolle
Exportländer	USA mit über 50% der Produktion, mit großem Abstand gefolgt von Zentralamerika, Peru und China

Quelle: Energy Information Administration der US Regierung, Country Analysis Briefs, www.eia.doe.gov, April 2008

1911 wurde auf der Halbinsel St. Elena im Pazifik die erste Erdölquelle des Landes erschlossen. Der Fund war nicht von großer wirtschaftlicher Bedeutung und weitere Untersuchungen zeigten nicht die erhofften Resultate. Erst in den 1960er Jahren wurden im Osten des Landes, der Amazonasregion, neue Vor-

kommen entdeckt. Das Konsortium Gulf-Texaco stieß 1967 auf ein großes Erdölfeld in der Nähe von Lago Agrio⁷, weitere Funde in Shushufindi und Sacha folgten.

Nachdem 1972 der Export des Erdöls begann, wurde der Energierohstoff zum wichtigsten Faktor für die ecuadorianische Wirtschaft. Verbunden waren damit die Hoffnungen, dass das Land, das bis dato von Agrarexporten (Bananen, Kakao und Kaffee) abhängig war, seine gravierenden Entwicklungsprobleme überwinden könne. Allerdings haben weder die Militärregierungen der 70er Jahre noch die darauf folgenden gewählten Zivilregierungen es vermocht, das Entwicklungspotenzial des Erdöls weder für eine andauernde Stärkung der nationalen Produktion anderer Güter noch für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen (Hoffman, 2005:193). Durch die Erdöleinnahmen konnten die jeweiligen Regierungen auf den Ausbau einer breiteren internen Steuerbasis verzichten, was letztendlich zu einer stetig wachsenden Abhängigkeit von einem einzelnen Produkt führte und den Staat gegenüber dessen Preisvolatilität sehr anfällig machte. Verschärfend kam hinzu, dass der Staat hohe Kredite aufnahm⁸, um die Infrastruktur ausbauen und hohe Importsubventionen aufrechterhalten zu können.

Die wirtschaftliche Scheinblüte (Hoffmann, 2005) wurde in den 1980er Jahren durch die drückenden Auslandsschulden beendet. Die Kreditzinsen waren in kurzer Zeit stark gestiegen, während die Exporteinnahmen rückläufig waren. Im Laufe des Jahrzehnts brach der Erdölpreis ein: von 35,20 US\$ 1980 auf 27,60 1983 und im Jahre 1986 dann auf 12,80 US\$ (Acosta, 2006), was zu erheblichen Exporteinnahmeverlusten führte. Das Zusammenspiel der verschiedenen Ursachen führte Ecuador in seine schlimmste Wirtschaftskrise. Ende 1983 lag die öffentliche Auslandsverschuldung bei ca. 7,5 Milliarden US \$, was ungefähr 60% des BIP bzw. 275 % der Exporteinnahmen jenes Jahres entsprach (Hoffmann, 2005:208). Die darauffolgenden Regierungen wurden vom internationalen Währungsfonds zu einer rigorosen Stabilisierungs- und Sparpolitik verpflichtet. Für das größte innenpolitische Konfliktpotenzial sorgten in diesem Zusammenhang die Versuche, den Preis für subventionierten Diesel und Benzin zu erhöhen. Die Ankündigungen von Preiserhöhungen führten regelmäßig zu massiven Protesten, Streiks und Straßenblockaden.

4.1.1 Struktur des Erdölsektors

1972 wurde das staatliche Erdölunternehmen CEPE (Corporación Estatal Petrolera de Ecuador, seit 1989 Petroecuador) gegründet, das zum einen als Erdölunternehmen eigenverantwortlich im up- und downstream⁹ Sektor arbeitet, zum

⁷ Meist als Nueva Loja in den Karten verzeichnet.

⁸ Dies ist allerdings kein spezifisch ecuadorianisches Phänomen, sondern trifft auf ganz Lateinamerika zu.

⁹ Upstream: Exploration und Förderung; downstream: Transport, Raffinerie, Weiterverarbeitung und Vermarktung.

anderen staatliche Aufgaben übernimmt, da es die Verträge mit Privatunternehmen im Erdölsektor verhandelt und deren Einhaltung überprüft.

CEPE war als Partner des Konsortiums Gulf Texaco mit 25% an dem ersten großen Erdölfeld Ecuadors beteiligt, übernahm dann den Anteil von Gulf, um schließlich 1991 die gesamte Erdölförderung von Texaco zu übernehmen. Seitdem ist Petroecuador der größte Erdölproduzent des Landes (ESMAP, 2005). Ecuador hat ein komplexes Vertragssystem mit den Erdölunternehmen im Laufe der Zeit entwickelt, in dem unterschiedliche Formen nebeneinander existieren:

- *Joint Ventures*, in denen das Privatunternehmen die Exploration und Explotation mit eigenen Mitteln durchführt. Falls kommerziell nutzbare Mengen Erdöl gefunden werden, ersetzt Petroecuador die Kosten und Investitionen sowie einen ausgehandelten Betrag pro gefördertes Barrel. Es gibt nur einen Vertrag unter diesem Modus mit der italienische AGIP (Eni).
- *Partizipationsvertrag*, in denen der Vertragspartner die Exploration und Förderung auf eigenes Risiko durchführt. Falls die Produktion gewinnbringend zu sein verspricht, wird der Vertragspartner an dem Gewinn beteiligt. Dieses Verfahren ist das häufigste. 2006 gab es 14 Verträge und neue Lizenzen werden unter diesem Vertragsmodus ausgeschrieben.
- *Marginale Felder*: Diese Vorkommen haben nur eine geringe Produktivität, die Vertragspartner führen die Arbeiten auf eigenes Risiko durch, erhalten aber von Petroecuador die Produktionskosten für eine geschätzte Basisproduktion. Falls die Produktion höher als angenommen ausfällt, beinhalten die Verträge ein Recht auf Gewinnbeteiligung. Fünf Verträge gibt es unter diesem Modus.
- *Produktionsallianzen*: Zur Entwicklung von Vorkommen, die Petroecuador bzw. dem Staat gehören, werden private Unternehmen als Serviceunternehmen unter Vertrag genommen. Drei Erdölfelder (V́ctor Hugo Ruales, Atacapi und Parahuacu) werden nach diesem Modus ausgebeutet.
- *Strategische Allianzen (Strategic Alliances)*, in denen Projekte gemeinsam mit anderen staatlichen Unternehmen durchgeführt werden. Zur Zeit gibt es solche Übereinkommen mit der chilenischen ENAP, der brasilianischen Petrobras und der chinesischen SINOPEC.

Der Gewinn für den Staat fällt bei den einzelnen Vertragsformen unterschiedlich hoch aus. Gordillo (2004) wirft allen vorausgegangenen Regierungen vor, die Interessen Ecuadors in den Vertragsverhandlungen schlecht vertreten und einen zu geringen Prozentsatz an den Gewinnen erreicht zu haben. Mit durchschnittlich 9,14 US \$ Gewinn pro Barrel (Stand Juli 2006) liegt der Anteil Ecuadors allerdings wesentlich höher als in den Nachbarstaaten. Dies liegt u.a. an den niedrigen Produktionskosten und an dem hohen Produktionsanteil (46%) von Petroecuador.

Ecuador fördert zwei unterschiedliche Erdölqualitäten: Napo und Oriente. Napo ist schweres Erdöl mit einem API¹⁰ von 19° und 2% Schwefel; Oriente ist mittelschweres Öl, API 29° und 1% Schwefelgehalt. Das Vorkommen in dem neuen Erdölfeld Ishingo-Tapocoeha-Tiputini (ITT) im Yasuni Nationalpark enthält geschätzte 920 Millionen Barrel Öl, dessen Qualität allerdings noch schlechter (schwerer) als Napo ist. Um das relativ schwere Öl aus den neuen Funden überhaupt transportieren zu können, musste eine neue Pipeline, die OCP (Oleoducto de Crudos Pesados), gebaut werden, da das bisherige Pipelinesystem der SOTE nicht für den Transport schweren Öls ausgelegt ist.

Ecuador war bis 1992 Mitglied der OPEC. Als Grund für den Austritt nannte der damalige Präsident Sixto Durán die auferlegten Produktionsbeschränkungen durch das Anbieterkartell. Laut Hoffmann (2005) sahen jedoch konservative Kreise des Landes in der OPEC ein Hindernis für Direktinvestitionen ausländischer Konzerne und hatten daher seit Jahren den Austritt des Landes gefordert. Die jetzige Regierung unter Rafael Correa ist der OPEC wieder beigetreten.

4.1.2 Ausländische Erdölunternehmen

Die Erdölförderung war in den 1970er Jahren von dem Konsortium Gulf-Texaco und, nach der Übernahme des Anteils von Gulf durch Petroecuador, dann von Texaco - Petroecuador bestimmt. Im Jahr 2007 sind die wichtigsten Erdölunternehmen im Land: Repsol YPF mit 11% der Produktion, gefolgt von Andes Petroleum¹¹ mit 10,9 %, Perenco mit 4,7 % und AGIP mit 4,4 % der nationalen Produktion.

Die Lizenzen werden in sogenannten Bierrunden ausgeschrieben. Bisher wurden acht Bierrunden abgeschlossen, in der neunten Runde wurden marginale Felder und mögliche Erdölfelder an der Küste ausgeschrieben. Diese musste jedoch mangels an internationalem Interesse eingestellt werden. 2006 wurde das Lizenzverfahren für das ITT Erdölfeld eröffnet und die staatlichen Unternehmen SINOPEC (China), Petrobras (Brasilien) und ENAP (Chile) sind bereits in Verhandlungen getreten. Die Teilnahme dieser drei Unternehmen verdeutlicht eine Verschiebung der internationalen Präsenz im Erdölsektor Ecuadors. Es lassen sich drei Tendenzen feststellen:

1. Während in den 1990er Jahren die US amerikanischen Unternehmen dominierten (Texaco, Arco (jetzt BP) und Occidental), wurden die Lizenzen in diesem Jahrzehnt von lateinamerikanischen Konzernen (der argentin-

¹⁰ American Petroleum Index, international anerkanntes Maß für die Viskosität des Erdöls, einem der wesentlichen Qualitätsmerkmale.

¹¹ Andes Petroleum ist ein Konsortium aus der Chinesischen National Petroleum Corporation (CNPC) mit 55% Anteil und der chinesischen SINOPEC mit 45%. Das Konsortium hat im September 2005 die Anlagen von EnCana übernommen, das kanadische Unternehmen ist damit nicht mehr in Ecuador vertreten. Andes Petroleum arbeitet über zwei Tochterunternehmen im Land, der Andes Petroleum und der PetroOriental. Letztere hält 36,2 % Besitzanteile an der OCP Pipeline.

sche Compañía General de Combustibles (CGC), der brasilianischen Petrobras und der spanisch-argentinischen Repsol-YPF) übernommen.

2. Der Anteil der ausländischen staatlichen Unternehmen an der Erdölproduktion wird größer. So sind die chinesischen Staatsunternehmen Sinopec und CNPC neue Akteure in der ecuadorianischen Erdölindustrie.
3. Petroecuador übernimmt auslaufende Lizenzen und baut seinen Anteil an der Produktion beständig aus.

Ob und welche Auswirkungen diese Veränderungen auf das Verhältnis zwischen indigenen Völkern, dem Staat und der Erdölindustrie haben werden, lässt sich heute noch nicht sagen. Das Verhältnis von Petroecuador und indigenen Gemeinschaften ist unter anderem durch die Doppelrolle des Unternehmens als Vertreter des Staates in den Erdölregionen und als Wirtschaftsunternehmen sehr angespannt.

4.1.3 Einnahmen aus dem Erdölsektor und deren Verteilung

Die Einnahmen des ecuadorianischen Staates aus dem Erdölsektor lagen zwischen 1998 und 2003 bei durchschnittlich 1.149,8 Mio. US \$ pro Jahr. 2006 betrug der Anteil der Erdölgewinne ein Drittel des Staatsbudgets. Die Einnahmen in Form von Royalties¹² gehen direkt an die ecuadorianische Zentralbank. Die Gewinne von Petroecuador, zu denen auch die Erlöse aus der Kommerzialisierung des Erdöls aus den Partizipationsverträgen gehört, werden von Petroecuador verwaltet. Da Petroecuador seine up- und downstream Aktivitäten mischt, ist eine Rückverfolgung der Einnahmen nicht möglich ist. Die Autoren der ESMAP Studie (2005) bewerten daher die Verwaltung der Einnahmen aus dem Erdölsektor als intransparent und Nichtregierungsorganisationen, die sich zum *observatorio de la politica fiscal* (Organisation zur Beobachtung staatlicher Finanzpolitik) zusammengeschlossen haben, fordern eine transparente und nachvollziehbare Verwaltung der öffentlichen Einnahmen.

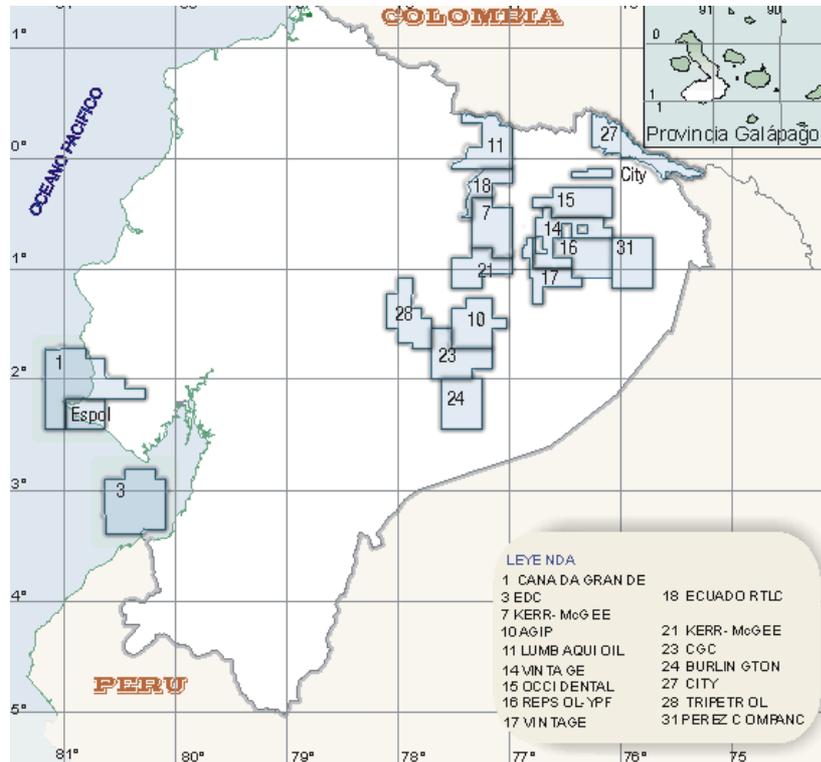
Die Einnahmen aus dem Erdölsektor fließen zu 100% an die Zentralregierung und werden nach einem festgelegten Verteilerschlüssel wie folgt aufgeteilt: 81% verbleiben bei der Zentralregierung, 2% gehen an die betroffenen Regionen, 12% in unterschiedliche Fonds¹³ und 5% werden anderen Zwecken zugeführt. Bis 2003 ging auch ein festgesetzter Betrag an die Armee. Mit lediglich 2% für die betroffenen Regionen sind die Einnahmen in Ecuador viel stärker auf

¹² Royalties = Förderzins, meist als Abgabe auf den Produktionswert oder Produktionsvolumen strukturiert, historisch entstanden als der Anteil, der an den König abgeführt werden musste als Abgabe auf die Erlaubnis, Rohstoffe abzubauen.

¹³ Die Fonds dienen entweder entwicklungsorientierten Zielen wie ECORAE (Instituto para el codesarrollo regional amazónico), oder der Stabilisierung der Wirtschaft wie FEIREP (Fondo de estabilización, inversión social y productiva y reducción del endeudamiento pública).

den zentralen Staatshaushalt konzentriert als dies in den anderen lateinamerikanischen Ländern der Fall ist¹⁴.

Abbildung 1 Erdölfördergebiete in Ecuador



Quelle: www.petroecuador.com.ec (15.5.2007)

Die Karte ist von 2004. Die vorgenommene Zuordnung der Blocks zu den einzelnen Erdölunternehmen ist nicht mehr aktuell.

¹⁴ Zum Vergleich: In Kolumbien fließen 62% in die Regionen und Kommunen.

4.2 Venezuela

Tabelle 3 Länderdaten Venezuela

Gesicherte Erdölreserven	79,7 Milliarden Barrel (ohne extra schwere Ölsande, die auf weitere 270 Milliarden Barrel geschätzt werden)
Erdölproduktion 2006	2,8 Millionen Barrel pro Tag
Export 2006	2,2 Millionen Barrel pro Tag weitere Exportgüter sind Bauxit und Aluminium, Stahl, Chemikalien und landwirtschaftliche Produkte, Erdöl macht 75% der Exporteinnahmen aus
Eigenverbrauch	620.000 Barrel pro Tag
Gesicherte Erdgasreserven	151.4 Billionen Kubikfuß
Erdgasproduktion	960 Milliarden Kubikfuß pro Jahr
Exportländer	USA mit über 58% der Produktion, mit großem Abstand gefolgt von Südamerika, der Karibik und China

Quelle: Energy Information Administration der US Regierung www.eia.doe.gov, Oktober 2007, CEPAL 2004

Das Maracaibo Becken und die Flussebene des Orinoko in Venezuela enthalten mit gesicherten Reserven in Höhe von 78,9 Milliarden Barrel konventionellem Öl und 270 Milliarden Barrel Schweröl am mittleren und unteren Orinoko die größten bekannten Vorkommen Lateinamerikas. Venezuela gehört damit zu den fünf größten Erdölförderländern der Welt. Außerdem verfügt das Land über die größten Erdgasvorkommen des Kontinents.

Die Erdölindustrie ist der bedeutendste Wirtschaftssektor des Landes. Sie erwirtschaftet ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes, die Hälfte der Staatseinnahmen und 75 % der Exportgewinne (CEPAL, 2004). Venezuela lebt von den Royalties, Abgaben und Unternehmenssteuern aus dem Erdölgeschäft (Karl 1997). Die Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung zahlt kaum Einkommenssteuern, Steuern auf einheimische Produkte und Dienstleistungen oder Im-

portsteuern. Dadurch wird die Abhängigkeit des Staates von einer einzelnen Produktgruppe noch erhöht. Venezuela hat es versäumt, seine Steuerpolitik zu demokratisieren und der Mittel- und Oberschicht ihren Beitrag zu den Staatsfinanzen abzuverlangen. Karl (1997) hat die venezolanische Wirtschaft als Rentenökonomie klassifiziert.

4.2.1 Struktur des Erdölsektors

Die Erdölindustrie des Landes wurde 1975 nationalisiert. *Petroleos de Venezuela S.A. (PdVSA)* wurde das Monopol für Exploration und Förderung, dem so genannten upstream Sektor, übertragen. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich das Unternehmen zu einem Staat im Staat. PdVSA war und ist der größte Arbeitgeber des Landes und kontrolliert nicht nur die Exploration und Produktion sondern über seine Filialen auch die Weiterverarbeitung und den Vertrieb des Öls. Durch diese Monopolstellung hatte PdVSA den entscheidenden Einfluss auf die nationale Erdölpolitik (Melcher 2005:143). Außerdem war die Buchführung der PdVSA zu einer „black box“ mutiert, die vom Staat nicht mehr zu kontrollieren war. Karl (1997) hat in ihren Untersuchungen über die Finanzen des größten venezolanischen Unternehmens herausgefunden, dass PdVSA weder dem Energie- und Bergbauministerium, das eigentlich die vorgesetzte Instanz wäre, noch dem Finanzministerium und der Zentralbank gegenüber Rechenschaft über die Finanzen ablegte. Die öffentliche Kontrolle über den Konzern wiederherzustellen, war eines der zentralen Wahlversprechen des amtierenden Präsidenten Hugo Chavez Frías.

Anfang der 1990er Jahre wurde in Venezuela - wie in anderen lateinamerikanischen Ländern auch - im Rahmen der Öffnung der Märkte und der weltweiten, von Weltbank und internationalem Währungsfonds geforderten Privatisierung staatlicher Unternehmen der Erdölsektor für Privatinvestitionen geöffnet. Diese Öffnung wurde von PdVSA aktiv vorbereitet und betrieben.

4.2.2 Ausländische Erdölunternehmen und die *Apertura Petrolera*

Die *Apertura Petrolera*, die Öffnung des Erdölsektors für Privatkapital, wurde laut *Plan Corporativo* der PdVSA (1991) notwendig, um langfristig über die notwendige Geldmenge und das technische Wissen zu verfügen, um das Schweröl abbauen und verarbeiten zu können. Allerdings wurden die Privatinvestitionen eingeschränkt, private Unternehmen können nur in Verbindung mit PdVSA im Land operieren.

Drei Bereiche wurden in die *Apertura Petrolera* einbezogen (CEPAL, 2004):

1. Die marginalen Felder. Das sind Erdöllagerstätten, die aus technischen oder finanziellen Gründen geschlossen wurden, ohne dass das Vorkommen bereits optimal ausgebeutet worden wäre.¹⁵
2. Strategische Kooperationen zur Ausbeutung des extra schweren Rohöls und der Bitumen in der Orinokoebene.
3. Explorationsverträge mit Gewinnbeteiligung für neue Vorkommen.

In Folge der Öffnung des Erdölsektors wurden seit 1996 insgesamt 32 Förderverträge und 4 sogenannte strategische Kooperationsverträge (*asociaciones estratégicas*) geschlossen, u.a. mit British Petrol (BP), Chevron, Chinese National Petroleum Corporation (CNPC), ConocoPhillips, ExxonMobil, Repsol-YPF, Shell, Statoil, Total und weiteren kleineren Privatunternehmen u.a. der VEBA (jetzt BP) und Preussag (jetzt Gaz de France).

4.2.3 Reform des Erdölsektors 1999 – 2002

Unter Präsident Chavez wurde die Öffnung des Sektors für das Privatkapital schrittweise wieder rückgängig gemacht. Gleichzeitig wurde PdVSA unter die stärkere Kontrolle des Ministeriums für Energie und Erdöl gestellt. Unmittelbarer Anlass für letzteres war die Rolle des Unternehmensmanagements bei dem Putschversuch im April 2002. Die Leitung von PdVSA schlug sich aktiv auf die Seite der Putschisten, verhinderte die Beladung der Tanker und legte eine Raffinerie still. Im Dezember desselben Jahres kulminierte der Streit zwischen Regierung und Unternehmen, als PdVSA zum *Paro Cívico* (politisch begründeter Streik) aufrief. Dieser Streik eskalierte zu einem offenen Machtkampf zwischen der PdVSA und dem Präsidenten. Über zwei Monate war das Land wie paralyisiert, PdVSA setzte die Erdölproduktion aus ebenso wie die Verarbeitung und Verteilung, was aufgrund fehlender Transportmöglichkeiten zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung führte. Im Februar konnten PdVSA den Streik jedoch nicht länger aufrecht erhalten. Die Regierung hatte unter anderem die Marine autorisiert, die Tanker von PdVSA zu übernehmen und eigene Transporte durchgeführt, um die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln sicher zu stellen. Die Hälfte der PdVSA Angestellten und Arbeiter (ca. 18.000) wurden entlassen, das Energie und Bergbauministerium zu einem Energie- und Erdölministerium umorganisiert und politisch gestärkt. Der Erdölminister wurde gleichzeitig zum Leiter von PdVSA bestimmt. Die Entlassung einer so hohen Zahl an Mitarbeitern wurde gleichzeitig zum Anlass genommen, das Unternehmen umzustrukturieren und zu rationalisieren.

¹⁵ Der Begriff marginale Felder hat somit in Venezuela eine etwas andere Bedeutung als in Ecuador.

Am 13. November 2001 wurde das neue Erdöl- und Erdgasgesetz¹⁶ im venezolanischen Amtsblatt veröffentlicht. Das Gesetz sieht vor, dass die bisher bestehenden Verträge mit Privatunternehmen (s.o.) in sogenannte Mischunternehmen (*empresas mixtas*) umgewandelt werden, in denen der Staat einen Mindestanteil von 50% hält. Außerdem wurden die Royalties (Abgaben, Förderzins) von 16,66% auf 30%¹⁷ erhöht und die Steuersätze verändert. Durch eine erneute Gesetzesänderung wurde der Spielraum ausländischer Konzerne weiter eingeengt.

Im Gegensatz zu Ecuador sind die venezolanischen Vorkommen so groß, dass es für einige transnationale Unternehmen (z.B. Statoil) auch nach der Reform des Erdölsektors interessant bleibt, im Land zu arbeiten. Andere wie ExxonMobil und ChevronTexaco haben sich aus Venezuela zurückgezogen und klagen auf Entschädigungszahlungen.

4.2.4 Reform des Gassektors

Eine etwas andere Politik wird im Gassektor verfolgt. Dieser wurde bereits 1999 reformiert¹⁸ und weitgehend liberalisiert. Anders als im Erdölsektor werden private Investitionen mit oder ohne staatlicher Beteiligung sowohl in der Förderung wie in der Verarbeitung und dem Vertrieb zugelassen. Das Gas diente bisher in erster Linie zur Deckung des nationalen Bedarfs, geplant ist aber die Ausweitung der Produktion. Durch die geplante Versorgung Brasiliens und Argentiniens mittels einer Gaspipeline¹⁹, soll die energetische Integration des lateinamerikanischen Kontinents vorangetrieben werden. Dafür wird Venezuela seine Produktionskapazitäten im Erdgassektor erheblich ausweiten müssen, wie es bereits im Mündungsbereich des Orinoko an der Grenze zu Trinidad and Tobago geschieht.

Im Rahmen des Gesetzes wurde im Ministerium eine neue Einheit, die *Ente Nacional del Gas*, gegründet, die anstelle von PdVSA für die Regulierung des Gassektors zuständig ist.

¹⁶ Ley Orgánica de Hidrocarburos, Dekret Nr. 1510 / 2001.

¹⁷ Dieser Anteil kann im Falle des Abbaus von Bitumen wieder bis auf 16,66% sinken.

¹⁸ Ley Orgánica de Hidrocarburos Gaseosas, Dekret Nr. 310 / 1999.

¹⁹ Gran Gasoducto del Sur: Im Dezember 2005 haben sich die Energieminister Venezuelas, Brasiliens und Argentiniens darauf geeinigt, die Machbarkeit des Projektes zu prüfen. Eine über 8.000 km lange Pipeline soll vom venezolanischen Puerto Ordaz über Brasilien bis nach Buenos Aires verlaufen und den Süden mit Erdgas versorgen. Die Produktionskosten sind mit 20 bis 25 Milliarden US \$ angegeben, die Bauzeit soll mindestens 7 Jahre umfassen. Bolivien soll in das Projekt integriert werden. Der Pipelinebau ist aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Sicht sehr umstritten. Venezuela verfügt zwar über die größten Gasvorkommen des Kontinents, doch die geplante Durchflussmenge für die Pipeline ist doppelt so hoch wie die derzeitige Produktion (BGR, 2006). Alternativ zur Pipeline könnte das Gas verflüssigt werden und per Schiff in den Süden transportiert werden. Die Kosten dafür beliefen sich höchstwahrscheinlich auf die Hälfte der geplanten Produktionskosten der Pipeline. Aus ökologischer Sicht wird die Pipeline durch zwei sensible Gebiete geführt werden müssen: der Gran Sabana in Venezuela und Amazonien. Bisher haben keine Konsultationen mit der lokalen Bevölkerung und den indigenen Völkern stattgefunden. Neuere Entwicklungen deuten darauf hin, dass Brasilien und Argentinien sich nicht an der Finanzierung der Pipeline beteiligen werden. Das Vorhaben ist damit erst einmal auf Eis gelegt.

4.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Länder

In beiden lateinamerikanischen Staaten wurde es versäumt, andere Wirtschaftszweige frühzeitig zu fördern, so dass die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder vom Erdöl abhängt, ohne dass die Einnahmen den Lebensstandard der breiten Bevölkerung bisher verbessert hätten. Diese Entwicklung ist vor allem in Venezuela sehr stark ausgeprägt.

Karl (1997) hat für das Phänomen des Widerspruchs von Ressourcenreichtum und Armut den Begriff des *Paradox of Plenty*²⁰ geprägt.

Das „Paradox of Plenty“

Das „Paradox of Plenty“ beschreibt den relativen Rohstoffreichtum eines Landes bei gleichzeitig geringer gesamtwirtschaftlicher Entwicklung. Demzufolge trägt der Bergbau sowie die Erdöl- und Erdgasförderung nur in wenigen Fällen zur nachhaltigen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung eines Landes bei. So zeigen einige empirische Studien (Weltbank 2003; Leite, Weidmann, 1999; Karl, 1997), dass rohstoffreiche Entwicklungs- und Schwellenländer in den letzten Jahrzehnten sich wirtschaftlich nicht besser entwickelt haben als Länder ohne große Rohstoffvorkommen. Die Evaluierung (2003) der Weltbankvorhaben im Bereich Bergbau und Erdöl kommt daher zu dem Schluss:

„Viele ressourcenreiche Länder stehen in Schlüsselaspekten der Entwicklung einschließlich der ökonomischen, sozialen Entwicklung und der Regierungsführung schlechter dar als ressourcenarme Länder.“ (World Bank, 2003)

Andere Untersuchungen wie das Projekt Mining, Minerals and Sustainable Development (2002) des *International Institute for Environment and Development* (IIED) kommen zu durchaus gemischten Ergebnissen und heben auf die große Bedeutung funktionierender Institutionen für das Entwicklungspotenzial des extraktiven Sektors ab.

Nach dem Paradox of Plenty führt die schnelle Nutzung natürlicher Ressourcen zur Vernachlässigung anderer einheimischer Wirtschaftszweige, da lokale Ressourcen und Gelder z.B. aus der Landwirtschaft abgezogen und zur Entwicklung eines einzelnen Industriesektors genutzt werden. Der Staat wird von der Preisentwicklung einer einzigen Ware abhängig.²¹ Zur Zeit der „Rohstoffbonanza“ erhalten die Länder relativ leicht große Kredite zum Ausbau der Infrastruk-

²⁰ T. L. KARL (1997) hat eine vergleichende Untersuchung der Auswirkungen von Ressourcenreichtum auf so unterschiedliche Länder wie Nigeria, Venezuela, Nicaragua und Indonesien durchgeführt und postuliert für alle das „Paradox of plenty“.

²¹ Oft als holländische Krankheit oder Spezialisierungsfalle bezeichnet „the term Dutch Disease refers to the boom – induced rise in the real exchange rate and the associated relative decline in nonmineral traded-goods industries. It was coined to describe the effects on the Netherlands economy of the offshore gas discoveries in the late 1960s...“ (DANIEL, 1992).

tur und zur Befriedigung von Konsumbedürfnissen und sind innerhalb kurzer Zeit hoch verschuldet. So ist Ecuador heute auf den Abbau der Erdölvorkommen angewiesen, um den Schuldendienst zu tätigen. Der noch in den 60er, 70er Jahren vermutete trickle-down-Effekt aus Erdöl- und Bergbauvorhaben in die Gesellschaft, ist hingegen ausgeblieben (Goodland, 2004).

Rohstoffreichtum ist demzufolge ein zweifelhafter Segen für ein Land. Ein Problem sind dabei auch die schwachen staatlichen Institutionen und die unzureichenden demokratischen Strukturen (Karl 1997, Ross 2001, Sachs Und Warner 1995). In der Auseinandersetzung um die Kontrolle über die Ressourcen werden schwache demokratische Strukturen zusätzlich weiter geschwächt. Ross (2001) stellt in seinem Beitrag „Does oil hinder democracy“ sogar die Frage, ob Ressourcenreichtum die Herausbildung demokratischer Strukturen in einem Land eher behindert als unterstützt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass Erdöl und Bergbau einen negativen Effekt auf die Entwicklung einer Demokratie haben können - in armen Staaten stärker als in reichen. So habe in Staaten wie Indonesien, Malaysia, Mexiko, und Nigeria die Sicherung der Verfügungsgewalt über die Rohstoffe die demokratische Entwicklung verzögert. Regierungen rohstoffreicher Länder neigen dazu, die Kontrolle über die Rohstoffe militärisch zu sichern, repressiv auf Proteste zu reagieren und die Modernisierung und Diversifizierung der Wirtschaft zu vernachlässigen. (vergleiche Feldt, 2004)

Während Venezuela jedoch über ausreichend große Vorkommen verfügt, um wirtschaftliche Fehlentwicklungen mit Sozialprogrammen auch längerfristig ausgleichen zu können, ist Ecuador nur ein kleinerer Produzent, der diese Möglichkeit nicht hat.

Für die weitere Betrachtung muss festgehalten werden, dass beide Länder ein sehr großes ökonomisches Interesse am Ausbau der Erdölförderung haben. Die Gewinne aus dem Erdölsektor tragen wesentlich zur Aufrechterhaltung der staatlichen Funktionen und im Falle Ecuadors auch zum Schuldendienst bei.

4.4 Erdöl und indigene Völker

Die Beziehungen zwischen Staaten, indigenen Völkern und der Erdölindustrie sind durch widerstreitende Interessen geprägt:

- Der Staat in Venezuela und Ecuador ist Ausdruck hegemonialer und zentralisierter Kräfte²² und als solcher einem ökonomischen Prozess verpflichtet, der sein eigenes Fortbestehen und das der Gesellschaft garantiert;
- Die Erdölindustrie ist an dem größten Gewinn unter den besten Bedingungen interessiert, der ihr gleichzeitig die soziale Erlaubnis zu arbeiten (social license to operate) ermöglicht;
- Die indigenen Völker sind Beispiele für politisch dezentralisierte Gesellschaftsmodelle, die schwerlich mit den zentralisierten Interessen des Staates und der Unternehmenskultur vereinbar sind.

Dies ist für beide Länder verallgemeinerbar, trotzdem gibt es auch in der Beziehung der drei Akteure nationale Besonderheiten – wie der Vergleich zwischen Ecuador und Venezuela verdeutlicht.

4.4.1 Erdölförderung und indigene Völker in Ecuador

Die Erdölproduktion Ecuadors findet fast ausschließlich im Osten des Landes, in der Amazonasregion statt (siehe Abb. 3). Die Bevölkerung dieser Region wird mit ca. 548.000 Menschen angegeben, davon gehören laut Zensus von 2001 219.420 den indigenen Völkern Shuar, Achuar, Quichua, Huaorani, Secoya, Cofán und Siona an, die auf 4.445.288 ha, ungefähr 32% der Oberfläche der Region, leben. Die größten Völker bilden die Quichua und Shuar.

Die Geschichte der Auseinandersetzung um die Erdölförderung auf indigenem Territorium in Ecuador begann mit der Erdölexploration durch Texaco 1967. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Amazonasregion von den Regierungen als brachliegendes Land angesehen worden, das es zu erobern galt. So definierte der ehemalige Präsident Velasco Ibarra die Politik seiner Regierung als Politik der Eroberung des „immensen Amazonasraums“ durch Militärs, Missionare und Siedler. (Petroecuador, 2002c:14). Derselbe Präsident hatte zuvor das Protokoll von Rio de Janeiro (1942), das die Grenzstreitigkeiten zwischen Ecuador und Peru regelt, für ungültig erklärt. Die Erschließung des Amazonas wurde zu einem militärischen Ziel, in dem Siedler, Missionare und Militärs zusammenarbeiten sollten, die indigene Bevölkerung wurde nicht berücksichtigt. Dennoch blieben in der Folge die Besiedlungsversuche sporadisch. Erst die Erdölförderung

²² Ob sich dies in Ecuador unter der Regierung Correa und nach der Reform Verfassung ändert, bleibt abzuwarten.

leitete die reale „*Conquista*“ und die wirtschaftliche Integration des Ostens des Landes ein.

Tabelle 4 Indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonas

Nationalität	Anzahl
Quichua (Amazonas)	100.000
Shuar	110.000
Achuar	5.500
Huaorani	2.200
Cofán	1.000
Shiwiar	700
Siona	400
Secoya	380
Zápara	200

Quelle: VI Senso de Población y Vivienda 2001,
zitiert in Melo, 2006

Wichtige Wegbereiter dabei waren die katholischen und evangelikalen Missionen, die eine bedeutende Rolle für die so genannte Integration der indigenen Völker in die dominierende Gesellschaft spielten. 1952 kam das Summer Institute of Linguistics (Instituto Linguístico de Verano, ILV) in die Amazonasregion, wo es vor allem mit den Huaorani und Cofán arbeitete. Im Rahmen der Missionierung durch das ILV verloren die Cofán ihre traditionelle Form der Siedlung und wurden in Dörfern zusammengefasst. Ihre traditionellen Heiler, Träger ihres überlieferten Wissens, verloren durch die Arbeit der Missionare an Bedeutung und der christliche Glaube und die Autorität der Missionare wurden zu zentralen Figuren ihrer sozialen und kulturellen Ordnung. Das ILV hatte bereits den Boden geebnet für den Beginn der Arbeiten von Texaco auf dem Land der Cofán (Petroecuador 2002c)²³. 1964 unterschrieb die damalige Militärjunta einen Konzessionsvertrag mit dem Gulf Texaco Konsortium über knapp 1,5 Millionen ha für die Prospektion und Förderung von Erdöl in der Regenwaldregion bei Lago Agrio. Als 1972 das Konsortium dann Erdöl zu fördern begann, war dies der Anfang des ecuadorianischen Erdölbooms, in dessen Folge das Territorium der Quichua, Cofán, Siona und Secoya in der Region dramatisch reduziert wurde. Zwei Völker, die Taromenane und Tagaeri, haben sich vor dem Druck

²³ 1981 wurde das ILV auf Forderung der neugegründeten indigenen Organisation CONFENIAE des Landes verwiesen.

der Erdöl- und Holzunternehmen²⁴ in den Wald des Yasuni zurückgezogen, wo sie in so genannter freiwilliger Isolation leben.

Die Quichua, Cofán, Siona und Secoya verfügten über keine Erfahrungen mit der Erdölindustrie, waren von der herrschenden Gesellschaft marginalisiert und die Organisationen als Interessenvertretungen indigener Organisationen entstanden erst im Laufe der 1970er Jahre. Dies mögen einige Gründe dafür sein, warum die indigenen Gemeinschaften in der Gulf Texaco Konzession der Erdölförderung kaum Widerstand entgegen brachten. Dieser begann sich erst zu formieren, als die großen ökologischen Schäden offensichtlich wurden, die Texaco in der Region hinterlassen hat. Judith Kimerling hat mit ihrer Veröffentlichung *Amazon Crude* (1991) einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Umweltschäden national und international bekannt wurden und die Grundlage dafür geliefert, dass Siedler und Indigene Texaco auf Wiedergutmachung der Schäden verklagen konnten²⁵.

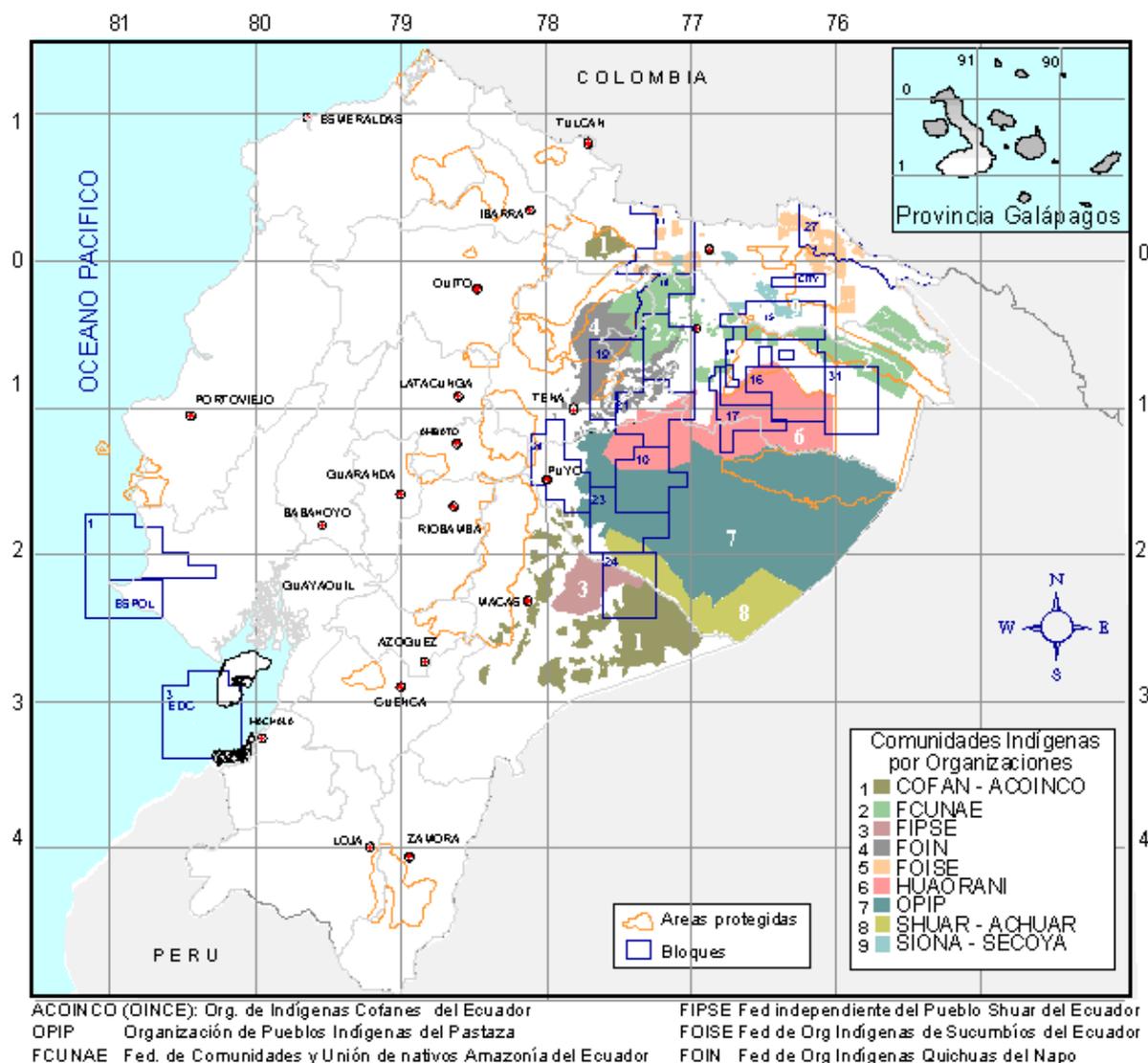
Im Gegensatz dazu vollzog sich im Süden der Amazonasregion der Organisationsprozess der indigenen Völker ohne den unmittelbaren Druck der Erdölförderung. Es entstanden fast gleichzeitig die Federación Interprovincial de Centros Shuar Achuar (FICSHA) in der Provinz Morona Santiago und die Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza (OPIP) in der Provinz Pastaza. Diese Organisationen sind führend im Kampf um die Anerkennung der territorialen Rechte. Mit den massiven Protesten der indigenen Organisationen seit Ende der 1980er Jahre und dem „Marsch für das Leben und das Territorium“ der Quichua, Shiwiar und Shuar 1992 begann sich das Konzept von indigenen Territorien durchzusetzen und erste Landtitel wurden vergeben²⁶. Als in den 1990er Jahren die Erdölförderung auch auf diesen Teil des Landes ausgeweitet wurde, stießen die Erdölunternehmen auf einen organisierten Widerstand der indigenen Bevölkerung.

Das Verhältnis zu den Erdölunternehmen ist ein zentraler Streitpunkt zwischen und in den indigenen Organisationen. Stark vereinfacht lässt sich eine Trennungslinie Nord – Süd ziehen. Während die Organisationen der Shuar und Quichua im Norden einen integrativen Kurs einschlagen, lehnen die Quichua um den Ort Sarajaku und die Achuar die Erdölförderung konsequent ab. Diese Spannungen waren ein Hauptgrund für die Spaltung der ecuadorianischen Konföderation der indigenen Organisationen der ecuadorianischen Amazonasregion, *CONFENIAE*, und der Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, *Coordinadora de organizaciones indígenas de la Cuenca Amazónica*, *COICA*, 2004/2005 (Interview mit P. Ortiz 2006).

²⁴ Weitere Gründe für den Rückzug waren die wiederholten Übergriffe der Huaorani auf die beiden Völker.

²⁵ Aguinda versus Texaco.

²⁶ 1990 wurden den Siona und Secoya 40.391 ha, den Cofán 15.830 ha und den Huaorani 771.870 ha überschrieben. Nach dem Marsch 1992 setzten die Organisationen durch, dass 1.115.000 ha in der Provinz Pastaza als indigenes Land anerkannt wurde. (Fontaine, 2003:228)

Abbildung 3: Indigene Territorien, Naturschutzgebiete und Erdölblocks

Quelle: www.petroecuador.com.ec (15.5.2007)

4.4.2 Erdölförderung und indigene Völker in Venezuela

Als das Erdöl sich ab 1928 zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung Venezuelas entwickelte, waren viele der indigenen Völker in Folge der *Conquista* und der nachfolgenden Besiedlung vernichtet oder vom Aussterben bedroht. Mit zwei großen Ausnahmen: Die Bari, die in den Regenwäldern des Maracaibobeckens lebten und die Kari'ña oder "Kariben", die verstreut über die Hochebene im Osten des Landes siedelten. Beide Völker lebten in Regionen mit großen Erdölvorkommen. Ihr Kontakt zur Gesellschaft der Weißen und Mestizen des Landes war jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt.

Die Kari'ña waren bereits im 18. Jahrhundert missioniert worden (de Civiex, 1976). Als daher die Erdölunternehmen Anfang des 20. Jahrhunderts begannen, nach Erdöl zu suchen, verfügten die Kari'ña bereits über interkulturelle Erfahrungen. Obwohl sie sehr abhängig von der Welt der Mestizen waren, hat-

ten sie doch ihre Dominanz im Orinokobecken und an der Karibikküste aufrechterhalten. Gestützt wurde ihr Anspruch durch die Übertragung des Landes durch die spanische Krone. So fanden die Erdölunternehmen im Osten Venezuelas ein Volk vor, das bereits die Sprache der westlichen Verhandlungen beherrschte und zusammen mit anderen Betroffenen, Entschädigungen und Kompensationen für die Nutzung des Landes durchsetzte. Auch wenn die Beziehungen zwischen den Kari'ña und den Unternehmen sehr angespannt waren und in Berichten immer wieder von Betrügereien, dem Versuch der Aberkennung der Rechte und der Verweigerung der Zahlungen durch die Unternehmen die Rede ist, so mussten diese doch zur Kenntnis nehmen, dass in diesem Teil des Landes Indigene lebten, die ihre Rechte einforderten (Schwerin 1966; Mansutti 1987).

Ganz anders und viel brutaler war die Situation im Westen des Landes. In der Erdölzone des Maracaibobeckens bis nach Kolumbien lebten die Barí und die Yukpa, die seit Generationen untereinander verfeindet waren. Lizarralde und Beckerman (1982) zeigen, dass zwischen 1912 und 1938 die Barí durch die Machenschaften der Standard Oil & Co. und später der Royal Dutch Shell in Venezuela und Colpet in Kolumbien 85% ihres traditionellen Landes verlieren und heute auf den restlichen 15% in der Sierra de Perijá am Rande der Erdölfelder leben. Die Barí standen in dem Ruf, widerspenstig zu sein, nach dem sie jahrhundertlang Widerstand gegen die Eroberung durch die Europäer und gegen die Missionierung geleistet hatten. Allerdings mussten sie gegen die geballte Macht der Erdölunternehmen und der Großgrundbesitzer zurückweichen. Im Falle der Bari gab es keine Verhandlungen. Sie wurden ermordet oder in die Sierra de Perijá abgedrängt.

In ein und demselben Land unter soziologisch und rechtlich gleichen Bedingungen reagierten Staat und Unternehmen sehr unterschiedlich auf die Indigenen. Wo interkulturelle Erfahrung vorhanden war, wo es Prozesse der Verhandlung und des Austauschs gab, wo der Konflikt kodifiziert und normiert war, wurde das Problem am Verhandlungstisch ausgetragen, zwar fast immer zum Nachteil der Indigenen aber anerkannt von beiden Seiten. Wo diese Erfahrung nicht existierte und es keinen Verhandlungsraum gab, mündeten die Auseinandersetzungen in einen offenen Krieg, in Folge dessen die Bari und Yupka fast ausgerottet und von ihrem Land vertrieben wurden.

Seit der Unterdrückung der Barí gab es kaum mehr offene Konflikte um die Erdölproduktion in Venezuela.

Als Anfang der 1980er Jahre Berichte über Pläne zur Erdölförderung im Delta im Gebiet der Warao (Coppens, Escalante 1980) publik wurden, akzeptierten die Warao das Vorhaben, unterstützt von einer Lobby von Ethnologen, die darin eine Chance für „das Armenhaus“ Venezuelas sahen. Sie setzten sich dafür ein, dass die Warao für eventuelle Schäden entsprechend entschädigt und für die Nutzung ihrer Region kompensiert würden.

Die indigene Bewegung Venezuelas hat sich nur sehr zögernd der Erdölproblematik angenommen, da es in dem Land einen breiten gesellschaftlichen Kon-

sens pro Erdölförderung gibt, der von einer schwachen Bewegung nur unter dem Preis der politischen Isolierung und Bedeutungslosigkeit in Frage gestellt werden kann.

4.4.3 Die indigene Bewegung

Der Zusammenschluss der indigenen Völker Amazoniens in indigene Organisationen, die vom Typ her den Nichtregierungsorganisationen in den Industrieländern entsprechen, ist eine relativ junge Entwicklung der letzten dreißig Jahre. Die Organisationsform dieser neuen indigenen Bewegung hat ihren Ursprung in der *Federación de Centros Shuar* in Ecuador, dem *Consejo Regional Indígena del Cauca* (CRIC) in Kolumbien und dem *Movimiento Katarista* in Bolivien, die sich in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts herausbildeten (Assies, 1999). Ihnen gemein war, dass sie ihre Organisation auf der Zugehörigkeit zu Ethnien gründeten und die bis dahin verbreitete Einordnung und Organisierung Indigener als *Campesinos* (Kleinbauern) ablehnten.

Ecuador

In der Amazonasregion strukturierte sich die indigene Bewegung um zwei Völker: die Shuar und die Quichua. Anders als bei den indigenen Organisationen des Andenhochlands war der Einfluss politischer Parteien und der Gewerkschaften relativ gering. Die indigenen Organisationen des Amazonastieflandes sind kleinteilig nach Ethnien oder Regionen organisiert, haben sich aber zu regionalen, nationalen und internationalen Föderationen und Konföderationen wie der Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (COICA) zusammengeschlossen.

Die meisten Organisationen bildeten sich in den 1960er Jahren und begannen sich zu größeren Einheiten zusammenzuschließen, um ihr Land zu verteidigen und um in einer gemeinsamen Organisation ihre Interessen gegenüber der zunehmenden Besiedlung aus dem Hochland und den ersten Erdölprojekten zu behaupten.

Die wichtigsten Föderationen sind die FOIN (*Federación de Inígenas de Napo*), FOISE (*Federación de Organizaciones Indígenas de Sucumbios*), FCUNAE (*Federación de Comunas Union de Nativos de la Amazonía Ecuatoriana*) sowie die OPIP (*Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza*).

1980 gründeten diese Organisationen die regionale Konföderation CONFENAIE, zu deren zentralen Forderungen von Beginn an die Anerkennung des eigenen Territoriums, der Identität und Kultur sowie die zweisprachige interkulturelle Bildung gehörte.

Angesichts der aufstrebenden indigenen Organisationen förderte der Staat in seiner Indigenenpolitik die Gründung von Parallelorganisationen. In der Amazonasregion bedeutete dies die Gründung von ONCRAP (*Organización de Nativos Residentes en la Amazonía Centro Pañacocha*) als Gegenpol zur FCUNAE, die Föderation *de Desarrollo Campesino del Pastaza* (FEDECAP) als Gegenorganisation zur OPIP. Dies ging einher mit einer zunehmenden Militarisierung

der Amazonasregion, die mit dem Grenzkonflikt zu Peru begründet wurde. Trotz dieser Bedrohung von außen schafften es die Organisationen, in den 1980er und 90er Jahren Tausende für die Forderung nach „Territorium und Würde“ erfolgreich zu mobilisieren. Die indigenen Organisationen des Hoch- und Tieflandes wurden zu der wichtigsten sozialen Kraft im Land.

Laut Fontaine (2003) basierten die indigenen Organisationen auf der Notwendigkeit, sich gegenüber der dominanten Gesellschaft abzugrenzen. Diese Differenz ist Teil der Modernität: sie müssen anders sein, um modern zu sein. Daraus leitet er ab, dass

„die Ethik der Überzeugung, die auf den Werten der Gemeinschaft basiert, sich immer stärker mit der Ethik der Verantwortung verbindet, die auf dem politischen Veränderungswillen auf der Ebene der Gesellschaft beruht.“ (2003:215)

Gerade aber an der Frage des politischen Veränderungswillens auf der Ebene der Gesellschaft spalten sich seit Anfang des Jahrzehnts die indigenen Organisationen im Tiefland. Nach dem die Forderungen nach Anerkennung der Territorien, der plurikulturellen Verfassung des Staates und nach zweisprachiger Erziehung ansatzweise erfüllt sind, fehlt den indigenen Organisationen eine gemeinsame identitätsstiftende Vision (Interview mit R. Pandam, 2005). Sie haben durch ihre erfolgreichen Kämpfe viele ihrer Forderungen erreicht und Zugang zu den Machtstrukturen des Landes erhalten, ihr Verhältnis zur herrschenden Gesellschaft und zur Macht ist jedoch nicht geklärt und sie haben keine gemeinsamen Vorstellungen entwickelt, wie dieser Zugang zur politischen Macht zu gestalten wäre. Diese Zwistigkeiten wurden durch die Regierung von L. Gutiérrez (2003 – 2006) verstärkt, die durch gezielte Begünstigungen einzelner indigener Führer (Ernennung zu Ministern, Vergabe von Posten in Ministerien), durch wechselnde Koalitionen und Förderung von einzelnen Projekten wie keine andere zur Spaltung der indigenen Organisationen beigetragen hat. Die indigene Bewegung Ecuadors ist im Jahr 2007 tief gespalten und hat damit viel von ihrer einstigen Durchsetzungskraft verloren.

Venezuela

In Venezuela stehen die indigenen Organisationen des Landes vor einer ganz besonderen Herausforderung. Innerhalb kürzester Zeit haben sich nach Jahrhunderten der Negierung ihrer Existenz mit dem Regierungswechsel 1998 Möglichkeiten der aktiven politischen Partizipation und Interessenvertretung ergeben. Diese sind in der Verfassung verankert, ihre rechtlich-administrative Umsetzung muss jedoch noch durch Gesetze geregelt werden. Die Indigenen können sich dabei im Wesentlichen nur auf eine politische Kraft innerhalb der Mehrheitsgesellschaft stützen: Den Präsidenten, Hugo Chavez, und Teile seiner Partei. Nach wie vor handelt der überwiegende Teil der Mehrheitsgesellschaft einschließlich des Verwaltungsapparates diskriminierend. So stieß das Gesetz zur Demarkie-

zung des *habitat*²⁷, einem in anderen lateinamerikanischen Ländern ungebräuchlichen Begriff für indigenes Land, und das Resultat eines Kompromisses der Parteien im Parlament, auf erhebliche Widerstände. Großgrundbesitzer und Militärs starteten eine Gegenkampagne, in der sie Landkarten Venezuelas veröffentlichten, die das ganze Land in der Hand von einigen wenigen Indigenen zeigte, während sich die Millionen von Venezolanern in ein paar Städten zusammendrängen mussten. Die indigenen Organisationen, die noch relativ jung und schwach sind, stehen also vor der großen Herausforderung den neuen Spielraum optimal zu nutzen und die erreichten Reformen zu sichern. Sie benötigen dafür eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung, die sie bisher nicht haben. Dementsprechend setzen sie auf Dialog und weniger auf Konfrontation. Ein Beispiel für den Umgang im Konfliktfall ist die umstrittene Stromleitung von Ciudad Guayana nach Brasilien und das Einlenken der indigenen Organisationen, die im Endeffekt dem Bau der Stromleitung im Versprechen auf einen regionalen Entwicklungsfonds und die Aussicht auf eine rechtliche Verankerung indigener Territorien auf nationaler Ebene zustimmten. Die Auseinandersetzung um die Stromleitung hat fast zur Spaltung der regionalen Indigenenorganisation im venezolanischen Bundesstaat Bolívar geführt.

Durch die neue Verfassung haben die Indigenen das Recht, drei Parlamentsabgeordnete zu stellen, Parlamentarier und Stadträte in die Provinz- und Kommunalparlamente zu entsenden und Institutionen für indigene Belange personell zu besetzen. Das stellt die indigenen Organisationen vor große Herausforderungen, da sie nicht über viele ausgebildete Führungspersönlichkeiten verfügen und keine politischen Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit haben. Die neuen Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb des Staatsapparates binden den größten Teil der politisch engagierten Indigenen ein, dementsprechend schwach sind die indigenen Interessenvertretungsorganisationen.

4.5 Die rechtliche Situation

Die Erdöl- und Erdgasproduktion ist potenziell umweltschädigend und wird meist von negativen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung begleitet. Da die Amazonasanrainerstaaten in den letzten Jahrzehnten ihre Erdöl- und Erdgasproduktion in ökologisch und sozial sensiblen Regionen ausgebaut haben, wurden rechtliche Instrumente geschaffen, die die Kontrolle über die Erdölproduktion verbessern soll. Die rechtlichen Rahmenbedingungen bilden die Grundlage für die indigenen Organisationen zur Verteidigung ihrer Ansprüche, verbessern die Unterstützungsmöglichkeiten indigener Ansprüche von außen und sollen den Investoren bzw. den nationalen Unternehmen klare Regeln für ihr Verhalten vorgeben.

²⁷ Gesetz zur "Demarcación y garantía del habitat y tierras de los pueblos indígenas y comunidades indígenas", Gaceta oficial Nr. 37.118, 12.1.2001.

In diesem Kapitel werden die rechtlichen Grundlagen auf der internationalen und nationalen Ebene betrachtet. Die rechtliche Situation in Ecuador und Venezuela wird basierend auf den jeweiligen Verfassungen, der Erdöl- und Erdgasgesetzgebung, der Umweltgesetzgebung und den Rechten indigener Völker zusammengefasst. Die Umsetzungsrealität wird dabei an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

4.5.1 Erdöl – Eigentum des Staates

Nicht erneuerbare natürliche Ressourcen und deren Nutzung sind in allen lateinamerikanischen Staaten Eigentum des Staates, dem das alleinige Nutzungsrecht vorbehalten ist. Dies ist in den jeweiligen Verfassungen festgeschrieben. Die Verfassung Venezuelas spricht vom Eigentum der Nation (Art. 113) und die ecuadorianische stellt im Art. 247 fest:

*„Die nicht erneuerbaren Ressourcen und generell die im Boden befindlichen Produkte, die Mineralien und Substanzen, die sich in ihrer Natur von der Erde unterscheiden einschließlich derer, die vom Wasser der territorialen Meere bedeckt werden, sind nicht veräußerbares und nicht übertragbares Eigentum des Staates. Diese Güter werden im nationalen Interesse erschlossen. Ihre Erschließung und vernünftige Förderung kann durch öffentliche, private oder gemischte Firmen in Übereinstimmung mit dem Gesetz durchgeführt werden“.*²⁸

In beiden Ländern ist der Staat alleiniger Eigentümer der nicht-erneuerbaren Rohstoffe, die Lagerstätten sind unveräußerlich und nicht übertragbar.

4.5.2 Erdölgesetzgebung

Die rechtlichen Grundlagen für die Erdöl- und Erdgasförderung in den beiden Ländern wird im jeweiligen „Kohlenwasserstoffgesetz“ festgelegt.

Ecuador

In Ecuador gehen die Grundlagen des Gesetzes auf das Jahr 1932 zurück und wurden seither mehrmals reformiert. Die zurzeit gültige Fassung wurde 1978 veröffentlicht und erfuhr 2001 durch das Dekret 2967 zur Kodifizierung des Gesetzes seine letzte Aktualisierung²⁹. Demzufolge ist der Leitgedanke für die Erdölproduktion nachhaltige Entwicklung und der Schutz der Umwelt (Art. 2). Die

²⁸ „Son de propiedad inalienable e imprescriptible del Estado los recursos naturales no renovables y, en general, los productos del subsuelo, los minerales y sustancias cuya naturaleza sea distinta de la del suelo, incluso los que se encuentran en las áreas cubiertas por las aguas del mar territorial. Estos bienes serán explotados en función de los intereses nacionales. Su exploración y explotación racional podrán ser llevadas a cabo por empresas públicas, mixtas o privadas, de acuerdo con la ley.“

²⁹ Ley de Hidrocarburos, Registro oficial No.411, 6.11.1978; Codificación de la Ley de Hidrocarburos, Decreto Supremo No. 2967, Februar 2001.

Erdölproduktion selbst wird zum öffentlichen Nutzen deklariert, auf dessen Grundlage das Land enteignet werden kann, unabhängig davon, ob der Staat, Privatpersonen oder indigene Gemeinschaften Eigentümer sind.

Der Staat exploriert und fördert Erdöl durch Petroecuador, wobei das Unternehmen selbst aktiv werden kann oder Verträge mit anderen Unternehmen schließt. Das Gesetz sieht unterschiedliche Vertragsformen vor: Beteiligung, Dienstleistung, oder auch joint venture. Erdöl wird strategische Bedeutung beigemessen, dem Militär daher erlaubt, die Anlagen zu sichern bzw. andere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. (Art.8)

Die Explorations- und Fördererlaubnis wird jeweils in sogenannten Bieterunden vergeben, in denen die Fördergebiete als „Block“ ausgewiesen werden. Jeder Block darf höchstens 200.000 ha und muss mindestens 20.000 ha umfassen. Der Zeitraum für die Exploration erstreckt sich im Normalfall auf vier Jahre und für die Förderung auf zwanzig Jahre, ist aber bei Bedarf verlängerbar. Die Royalties sind auf mindestens 12,5% der Bruttoproduktion bei einer Produktion von weniger als 30.000 Barrel pro Tag, auf 14% bei einer Produktion von 30. bis 60.000 B/T und auf mindestens 18,5% bei einer höheren Produktion festgelegt.

Das Kohlenwasserstoffgesetz schreibt vor, dass alle Erdölunternehmen inklusive Petroecuador

„Pläne, Programme und Projekte vorlegen müssen, damit die Explorations- und Förderaktivitäten die wirtschaftliche und soziale Organisation der ansässigen Bevölkerung ...nicht schädigen.“ (Art. 31 s)

Umweltverträglichkeitsuntersuchungen und Umweltmanagementpläne müssen vor jeder neuen Etappe erstellt und dem Ministerium vorgelegt werden. Zuständig für die Genehmigung ist die Dirección Nacional de Protección Ambiental des Vizeministeriums für Umweltschutz im Ministerium für Energie und Bergbau. Zwar wird eine Abstimmung mit dem Umweltministerium eingefordert, zwingend vorgeschrieben ist sie aber nur für den Fall, dass das Prospektions- oder Fördergebiet in einem Naturschutzgebiet liegt. Versuche des Umweltministeriums Anfang des Jahrzehnts einige Schutzgebiete mit besonders großer biologischer Vielfalt aus der Nutzung herauszunehmen, waren nur bedingt erfolgreich. So waren der Yasuni und der Cuyabeno Nationalpark 1999 per Dekret zwar zu unantastbaren Gebieten (*intangible*) erklärt worden, trotzdem reichen einige Konzessionsgebiete bis in die Schutzgebiete hinein, über deren genaue Grenzen bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

Die Details zur Durchführung der UVP sind im Umweltreglement für Erdölaktivitäten³⁰ aufgeführt, sozio-ökonomische und kulturelle Auswirkungen sind

³⁰ Reglamento ambiental para las operaciones hidrocarburíferas, Dekret 1215, Registro Oficial No. 265, 13.2.2001.

zu berücksichtigen. In der Beschreibung der Aufgaben in der Produktionsphase wird den lokalen Gemeinschaften die Rolle der „Beobachter“ zu geschrieben, die Unternehmen übernehmen das Monitoring und das Ministerium die Kontrolle. Ein partizipativer Ansatz in der Umweltüberwachung ist nicht vorgesehen.

Petroecuador und alle anderen Erdölunternehmen sind verpflichtet bei Erdölaktivitäten auf indigenem Land, die Rechte der indigenen Völker zu respektieren, wie es in den ecuadorianischen Gesetzen festgeschrieben ist. Wie in anderen Ländern des Amazonasbeckens so hat auch der ecuadorianische Staat sich verpflichtet, bei dem Ressourcenabbau auf indigenem Land ökonomische, soziale und kulturelle Rechte der indigenen Bevölkerung zu garantieren.

Ecuador hat 2002 die Umsetzungsbestimmungen zur Konsultierung und Partizipation bei der Realisierung von Erdölaktivitäten (*“Reglamento de Consulta y Participación para la Realización de Actividades Hidrocarburíferas”*, Dekret 3401, 2.12.2002) verabschiedet. Diese Umsetzungsbestimmung zum Recht auf Konsultation in der Verfassung definiert das Konsultationsverfahren sowie die Beteiligung der indigenen Völker³¹

“in den Konsultationsprozessen, in der Erarbeitung der Studien zur Umweltverträglichkeit, den Umweltmanagementplänen, inklusive der Pläne für Beziehungen zu den Gemeinschaften, und in der Beteiligung an den Vorteilen der Förderung.” (Roldán, 2004 :134)

Auf das Recht auf eine freie, informierte und frühzeitige Zustimmung wird im Kapitel 4.6.4. weiter eingegangen.

Venezuela

Wenn man die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Erdölförderung in Venezuela beschreibt, muss man als erstes feststellen, dass das Land seit des Inkrafttretens der Verfassung im Dezember 1999 eine rasante Entwicklung in der Anerkennung indigener Rechte und der formalen Verankerung des Umweltschutzes genommen hat. Ähnliches gilt für die Umstrukturierung im Erdölsektor. In der Untersuchung der Weltbank zu sozialen und Umweltregulierungen von 1999 hat der venezolanische Vertreter des Energieministeriums noch geantwortet, dass es in Venezuela keinerlei Referenzen zu indigenen Völkern in den Gesetzen gibt (ESMAP, 1999). Das hat sich grundlegend geändert. In der Verfassung von 2000 heißt es im Artikel 120

„Soweit der Staat die Naturreichtümer im Lebensraum der indigenen Völker nutzt, darf er dabei nicht ihre kulturelle, soziale und wirtschaftliche

³¹ *“...en los procesos relacionados con las consulta, la elaboración de los estudios de impacto ambiental, los planes de manejo ambiental, incluidos los planes de relaciones comunitarias, y de participación en los beneficios de las explotaciones.”*

*Integrität schädigen und ist dabei verpflichtet, die jeweiligen indigenen Gemeinschaften vorher zu informieren und sie hierzu anzuhören.*³²

Nicht erneuerbare Rohstoffe sind Besitz der Republik, es sind laut Verfassung von 1999 Werte im öffentlichen Eigentum und als solche unveräußerbar und nicht übertragbar.

Unter Präsident Hugo Chavez Frias wurde am 13.11.2001 ein neues Erdölgesetz³³ verabschiedet, das seit Anfang 2002 in Kraft ist. In diesem Gesetz wird die staatliche Dominanz in dem Erdölsektor festgeschrieben. So können Erdölaktivitäten im Bereich Förderung, Transport und Raffinerie nur von Unternehmen oder von Konsortien durchgeführt werden, an denen der Staat eine Beteiligung von über 50% hält.

Darüber hinaus legt das Gesetz die Höhe der Abgaben (Royalty) fest, die die Unternehmen an den Staat zahlen müssen. Sie liegt bei 30% des geförderten Volumens, mit anderen Worten, der Staat erhält 30% des geförderten Erdöls³⁴.

Die zuständige staatliche Institution ist das Ministerium für Energie und Bergbau (seit 2003 Ministerium für Energie und Erdöl). Zwar ist das Ministerium laut Gesetz für die Politik und Planung des Staates im Erdölsektor zuständig und soll die Kontrolle über die Erdölaktivitäten und die Steuern ausüben, de facto war der Erdölsektor in Venezuela aber bis 2003 durch den staatlichen Konzern Petroleos de Venezuela S.A. (PdVSA) kontrolliert. Mit über 28.000 Angestellten und Arbeitern in Venezuela war und ist PdVSA fast ein „Staat im Staat“. Nach der Umstrukturierung 2003 wurde die politische Kontrolle über das Unternehmen jedoch erheblich verstärkt.

Venezuela stellt in der Verfassung klar, dass Aktivitäten wie die Nutzung natürlicher Ressourcen auf indigenen Gebieten³⁵ nur durchgeführt werden können, wenn die soziale, ökonomische und kulturelle Integrität der Gemeinschaften nicht verletzt wird und sie frühzeitig informiert und konsultiert werden.

In Ecuador und Venezuela sind Standards und Grenzwerte für Erdölaktivitäten im Bereich Emissionen, Wasserqualität und Bodenverschmutzung festgelegt.

³² Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela vom 24.3.2000, Offizielle Übersetzung aus dem Spanischen herausgegeben von der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela in der Bundesrepublik Deutschland und Netzwerk Venezuela.

³³ Für die Gasförderung wurde analog ebenfalls ein Gesetz beschlossen.

³⁴ Wenn das Öl nur sehr schwer aufzuarbeiten ist wie im Fall des Schweröls im Orinoco Becken, kann dieser Anteil auf 20% sinken.

³⁵ In Venezuela wird für indigene Territorien der Begriff „Habitat“ gewählt, der in anderen lateinamerikanischen Ländern eher unüblich ist.

4.6 Rechte der indigenen Völker

Grundlage für die Rechte indigener Völker bei der Nutzung von nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen bildet die Konvention über indigene und in Stämmen lebende Völker der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)³⁶ von 1989. Die Konvention ist bisher das einzige internationale Regelwerk³⁷, das verbindlich das Recht indigener Völker auf ein eigenes Territorium, auf ihre Kultur und Sprache festschreibt und die Regierungen, die die Konvention ratifiziert haben, auf Mindeststandards bei der Umsetzung dieser Rechte verpflichtet³⁸.

Die Konvention 169 basiert auf der Überarbeitung der ILO Konvention 107 von 1957 (*Convention Concerning the Protection and Integration of Indigenous and other Tribal and Semi-Tribal Populations in Independent Countries*, ILO Convention 107, 1957), die sehr stark von einem integrationistischen Ansatz geprägt war. Zunehmende Kritik von indigener Seite, aber auch innerhalb der ILO und anderer UN-Organisationen machten eine Überarbeitung erforderlich. So stellt die Konvention 169 in der Präambel fest, dass es die Entwicklungen der letzten Jahre „gebieten erscheinen lassen, neue einschlägige internationale Normen anzunehmen, um die auf Assimilierung abzielende Ausrichtung der früheren Normen zu beseitigen“ und betont den besonderen Beitrag indigener Völker zur kulturellen Vielfalt.

In Bezug auf die Frage der Nutzung von nicht-erneuerbaren Ressourcen sind vor allem folgende Aspekte von Bedeutung:

1. Die Anerkennung der Eigentums- und Besitzrechte der indigenen Völker auf ihr traditionelles Land;
2. die frühzeitige, freie und informierte Konsultierung indigener Völker, bevor Vorhaben auf ihrem Gebiet genehmigt werden;
3. die Beteiligung der betroffenen indigenen Völker an den Gewinnen / Vorteilen aus der Nutzung der Bodenschätze;
4. das Recht indigener Völker auf Entschädigung.

Außerdem wird den indigenen Völkern das Recht zugesprochen, „ihre eigenen Prioritäten für den Entwicklungsprozess“ festzulegen, und sie haben das Recht bei der „Aufstellung, Durchführung und Bewertung von Plänen und Programmen für die nationale und regionale Entwicklung mitzuwirken“ (ILO Kon-

³⁶ Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labor Organisation, ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, 1919 gegründet und 1946 in die UN eingegliedert. Als einzige Organisation im UN System hat die ILO eine dreigliedrige Struktur bestehend aus Staaten, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern.

³⁷ Am 13.09.2007 wurde mit der Verabschiedung der „Allgemeinen Erklärung zu den Rechten indigener Völker“ von der Vollversammlung der Vereinten Nationen ein weiterer internationaler Referenzrahmen für indigene Rechte geschaffen.

³⁸ Die Konvention wurde ratifiziert von: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Fidschi, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Paraguay, Peru, Spanien und Venezuela (Stand: 12.Mai 2007).

vention 169, Art. 7.1). Die Betrachtung der rechtlichen Situation in den Ländern zeigt, dass sich zumindest formal die Rechtsgrundlagen für indigene Völker in den letzten zehn Jahren entscheidend verbessert haben. Der entscheidende qualitative Schritt war die Ratifizierung der ILO Konvention 169 durch die Länder. Damit haben sich die Regierungen verpflichtet, die Vorgaben der Konvention zum Konsultations- und Partizipationsrecht und das Recht auf Entschädigungen bei allen Vorhaben, die indigenes Territorium betreffen, in nationales Recht umzusetzen. Die Länder haben in den letzten Jahren begonnen, diese Vorgaben durch Gesetze zu konkretisieren. Ecuador (2002) und Venezuela (2005) haben bereits entsprechende Umsetzungsbestimmungen erlassen.

Zentrale Anliegen der indigenen Organisationen zur Wahrung ihrer Rechte sind die Forderungen nach Autonomie, nach dem Zugang zu den politischen Entscheidungen auf nationaler wie regionaler Ebene des Staates sowie die Selbstbestimmung in allen Belangen, die sie und ihr Territorium betreffen. Autonomie, Selbstbestimmung und Partizipation sind Konzepte, die in unterschiedlichen Zusammenhängen unterschiedlich verstanden werden. Auch die indigenen Organisationen verbinden damit unterschiedlich weitreichende Vorstellungen. Deshalb soll an dieser Stelle eine Begriffsklärung vorgenommen werden.

4.6.1 Selbstbestimmung

Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker ist eines der grundlegenden Prinzipien der internationalen Staatengemeinschaft. Im Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche soziale und kulturelle Rechte (1966) und im Pakt über zivile und politische Rechte (1966) wird dieses Recht festgehalten. Im gemeinsamen Art. 1 steht:

- (1) „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
- (2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenz beraubt werden.“

Dieses Recht auf Selbstbestimmung war ein sehr wichtiges Prinzip in dem Prozess der Unabhängigkeitsbestrebungen vieler Kolonialstaaten und spielte in der Anerkennung der neuen Nationalstaaten durch die Vereinten Nationen eine große Rolle. Das Recht auf Selbstbestimmung findet nach dem Völkerrecht bisher seine Anwendung nur bei Nationalstaaten. Inwieweit dieses Konzept auch auf indigene Völker angewendet werden kann, ist Gegenstand einer kontroversen Debatte. Kern dieser Debatte ist die Definition des Begriffs „indigene Völker“. Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die die

entscheidende Grundlage für alle internationalen Vereinbarungen bezüglich indigener Völker bildet, spricht zwar von indigenen Völkern schränkt aber in Art. 1.3 ein: „Die Verwendung des Ausdrucks „Völker“ in diesem Übereinkommen darf nicht so ausgelegt werden, als hätte er irgendwelche Auswirkungen hinsichtlich der Rechte, die nach dem Völkerrecht mit diesem Ausdruck verbunden sein können.“ Der Begriff ‚indigene Völker‘ beinhaltet also keinen Rechtsanspruch als Volk im völkerrechtlichen Sinne und die ILO Konvention 169 vermeidet konsequent den Begriff der Selbstbestimmung. Damit soll vor allem verhindert werden, dass Separationsbewegungen indigener Völker sich auf die ILO Konvention berufen können. Im Kontext der Amazonasvölker kann dieser Gesichtspunkt der Separationsbewegungen vernachlässigt werden. Auch die indigenen Völker, die sich selbst als „Nationen“ bezeichnen wie in Ecuador, definieren sich als indigene Nationen innerhalb eines unabhängigen Nationalstaates. Selbstbestimmung wird in erster Linie gefordert als das Recht, über das eigene Land und seine Ressourcen selbst zu bestimmen, die eigene Kultur, die eigenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme zu erhalten und weiterzuentwickeln (COICA, 2004). Diese Forderungen stehen im Einklang mit dem Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung zu den Rechten indigener Völker der Vereinten Nationen:

„Indigene Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihren politischen Status und gehen frei ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung nach.“ (Art. 3)

Das Recht auf Selbstbestimmung ist auch in der vorgeschlagenen Erklärung zu indigenen Rechten der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) umstritten. Auf der Sitzung Ende 2003 der Arbeitsgruppe der OAS zu dieser Erklärung wurde von Seiten der Delegation der USA der Begriff der ‚internen oder qualifizierten Selbstbestimmung‘ eingeführt. Dies wurde von der COICA vehement zurückgewiesen:

„Wir stellen fest, dass die damit gegebene „Qualifizierung“ des Rechtes auf freie Selbstbestimmung ein Ausdruck schwerwiegender Diskriminierung ist, weil alle Völker der Welt das Recht auf freie Selbstbestimmung haben – ohne Unterschied...“ (COICA, 2004).

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich einige wenige indigene Völker vor allem aus dem Tiefland de facto den herrschenden Strukturen entziehen und so ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen. Dazu gehören die Völker, die in Isolation leben wie die Tagaeri und Taromane im Amazonasgebiet von Peru, Brasilien und Ecuador. Die Tagaeri leben u.a. im ecuadorianischen Erdölgebiet ITT, das sich mit Teilen des Yasuni Nationalparks überlagert und neu für die Erdölförderung erschlossen werden soll.

Die Debatte, ob indigene Völker ein Recht auf Selbstbestimmung als Völker haben oder nicht und wenn ja, wie dieses definiert wäre, ist noch nicht beendet. Häufig wird der Ausweg in der Unterscheidung zwischen interner und externer Selbstbestimmung gesucht, wobei die Inhalte der internen Selbstbestimmung dem Konzept der Autonomie entsprechen (Sieder, 2002). Die Forderung nach Autonomie vieler indigener Organisationen scheint demzufolge auch leichter durchsetzbar, da der (liberale) Staat viele Formen der Autonomie innerhalb seines politischen Systems kennt.

4.6.2 Autonomie

Nach Serrano (2002) umfasst Autonomie für indigene Völker: Die „Anerkennung der Territorien, Nutzungs- und Nießrecht über die Ressourcen, Anerkennung der eigenen Autoritäten im Einklang mit der Tradition, Jurisdiktion im Einklang mit „Gewohnheiten und Normen“, die eigene Sprache sowie die Ausübung kultureller Praktiken wie z.B. Medizin und Bildung.

Gonzalez, ehemaliger indigener Abgeordneter in Venezuela, definiert Autonomie im Interview wie folgt³⁹:

„Die Autonomie der indigenen Völker muss als das Recht verstanden werden, frei über ihre eigenen internen Angelegenheiten zu entscheiden, die Ausübung ihrer eigenen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Organisation ebenso wie die Nutzung, Verwaltung und Kontrolle ihres Landes.

Für dieses Konzept ist es existenziell, dass die indigenen Völker in der Verfassung des Landes anerkannt sind, um auch so die Einheit und Unteilbarkeit der Republik zu demonstrieren. Vor diesem Hintergrund ist die Autonomie innerhalb eines Nationalstaates zu verstehen.“

Beide Beschreibungen gehen von autonomen Einheiten innerhalb eines souveränen Staates aus. Die Autonomie ist durch das indigene Territorium und seine Grenzen sowie durch das soziale Gefüge des indigenen Volkes bestimmt. Die Autonomie richtet sich im Wesentlichen nach innen, es werden keine hoheitlichen Aufgaben des Staates im Rahmen der Sicherheits- und Außenpolitik beansprucht. Allerdings wird das Gewaltmonopol des Staates in den indigenen Territorien nur bedingt anerkannt.

Eine besondere Situation ist die der indigenen Völker, die in zwei oder mehr Staaten leben. Im Krieg zwischen Peru und Ecuador wurde diese spezielle Problematik offensichtlich. Daher wurde im Waffenstillstandsabkommen der spezifischen Situation Rechnung getragen und eine spezielle Vereinbarung für die in-

³⁹ Interview Dezember 2004.

digenen Völker in der Grenzregion aufgenommen, die ihnen die freie Kommunikation untereinander erlaubt.

Grundvoraussetzung für die Autonomie ist den Definitionen zufolge ein abgrenzbares Territorium, das ausschließlich oder mehrheitlich von einem indigenen Volk bewohnt wird.

Dies ist im Tiefland Amazoniens möglich, wo Territorien eindeutig abgrenzbar sind. Im Hochland der Anden oder aber in den Städten des Kontinents sieht die Realität anders aus. Roldán erweitert daher den Autonomiebegriff:

„Autonomie umfasst die Fähigkeit, die Kommunen, Regionen, Provinzen oder andere Einheiten innerhalb eines Staates ausüben können, um mittels Normen und einer eigenen Regierung ihre Interessen im Inneren regeln zu können. Außerdem beinhaltet sie die Möglichkeit eines Volkes, politische Unabhängigkeit zu leben und die eines Individuums, in einigen Aspekten seines Lebens unabhängig von anderen zu sein. Im Falle der indigenen Völker und Gemeinschaften trifft ersteres zu. Die Autonomie ist relativ und variiert von Land zu Land“ (Roldán, 2005:363).

Zur Ausübung der autonomen Verwaltung eines indigenen Territoriums gehört auch die Anwendung eigener Normen zur Regelung der internen Beziehungen, das Gewohnheitsrecht. Unter Gewohnheitsrecht versteht man nicht schriftlich fixierte rechtliche Normen, die sich aus der Tradition entwickelt haben. Im öffentlichen Recht (*derecho público*) der Länder findet das Gewohnheitsrecht keine Anwendung, im Zivilrecht nur in wenigen Ausnahmefällen. Innerhalb der indigenen Völker jedoch regelt das Gewohnheitsrecht die Beziehungen nach innen und nach außen (Roldán, 2005).

In Ecuador und Venezuela wird das Gewohnheitsrecht indigener Völker als Rechtsnorm zur Regelung interner Angelegenheiten auf ihrem Gebiet anerkannt. Allerdings herrscht Unsicherheit, wie weit der Anspruch auf autonome Rechtsausübung reicht (Roldán, 2005). In der Rechtsauffassung herrscht zwar der Grundsatz vor, dass die Menschenrechte und das nationale Recht dem Gewohnheitsrecht übergeordnet sind, aber in der Praxis ist dies nicht immer eindeutig und es fehlt an entsprechenden Gesetzen und Institutionen, um die Normbereiche zu harmonisieren.

4.6.3 Partizipation

Das Recht auf Partizipation indigener Völker bezieht sich laut ILO Konvention auf alle Entscheidungen, die sie direkt betreffen (Art. 7.1). Die Konvention verpflichtet daher die Regierungen,

„Mittel zu schaffen, durch die diese Völker sich im mindestens gleichen Umfang wie andere Teile der Bevölkerung ungehindert auf allen Ent-

scheidungsebenen an den auf dem Wahlprinzip beruhenden Einrichtungen sowie an Verwaltungs- und sonstigen Organen beteiligen können, die für sie betreffende Maßnahmen und Programme verantwortlich sind“ (Art.6).

Allgemein setzt eine wirkungsvolle Partizipation die rechtliche Verankerung, die Einbettung in die politischen Strukturen des Landes, die politische Legitimität und eine hinreichend große Handlungsfähigkeit der zu beteiligenden Akteure voraus. Partizipation ist also nicht die staatlich gewährte Teilnahme an Entscheidungsprozessen, sondern die rechtlich abgesicherte Teilhabe. Im Folgenden geht es im Wesentlichen um die Partizipationsmöglichkeiten indigener Völker an den politischen Entscheidungen auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen.

Die Antwort der lateinamerikanischen Staaten auf die Forderung indigener Organisationen nach politischer Teilhabe und Zugang zu den politischen Entscheidungsstrukturen war in den meisten Ländern die Einrichtung staatlicher oder autonomer Stellen für „indigene Angelegenheiten“ wie der Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos Indígenas (CODENPE) in Ecuador. Der politische Einfluss dieser Institution ist gering. Die Indigenen haben zwar ein Mitspracherecht, was die personelle Besetzung der Institutionen betrifft, bestimmen diese Politik aber nicht. Von daher erfüllt diese Institution den Anspruch indigener Partizipation an den Entscheidungen des Staates nicht.

Um sich die politische Partizipation in den Ländern zu erkämpfen, haben Indigene unterschiedliche Optionen entwickelt. Grundvoraussetzung all dieser Optionen ist die Existenz starker regionaler und / oder nationaler indigener Organisationen.

- Die Bildung einer eigenständigen indigenen Partei
Ein Beispiel dafür ist Pachakutik⁴⁰ in Ecuador, die das erste Mal 1996 an den Kongresswahlen teilgenommen und 8 Sitze gewonnen hat. Die Partei hat innerhalb kurzer Zeit eine wichtige Stellung für Indigene im parlamentarischen Raum einnehmen können. Dieser Erfolg war jedoch nur möglich durch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organisationen von Indigenen aus dem Andenraum und dem Amazonas.⁴¹
- Die Nutzung kommunaler Strukturen
- Der Aufbau autonomer völkerübergreifender Selbstverwaltungsstrukturen
Ansätze gibt es dazu in Ecuador mit dem „indigenen Parlament“. Allerdings sind die Abgrenzungen zwischen den indigenen Organisationen

⁴⁰ Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik – Nuevo Pais war zu Beginn ein Bündnis von Indigenen und anderen Sektoren der Gesellschaft, mittlerweile haben die nicht-indigenen Sektoren die Partei verlassen.

⁴¹ Allerdings hat Pachakutik das gewonnene politische Ansehen wieder verspielt. Die Spaltungen in der indigenen Bewegung haben auch die Weiterentwicklung der Partei verhindert, die im Wahlkampf 2006 chancen- und bedeutungslos blieb.

CONAIE, dem *Consejo de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, und CONFENIAE, der *Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía Ecuatoriana*, einerseits und dem indigenen Parlament andererseits unscharf, so dass an dieser Stelle wenig darüber gesagt werden kann, welchen Beitrag das Parlament zur politischen Teilhabe und Selbstverwaltung leistet bzw. leisten kann, der über den der Organisationen hinausgeht.

- Das „klassische Mittel“ des sozialen Protestes
Beispiele dafür sind die sozialen Protestbewegungen in Ecuador. Diese Proteste haben in Ecuador zu tiefen Regierungskrisen bis hin zur Absetzung einer amtierenden Regierung geführt und national wie international das Augenmerk auf die soziale und politische Marginalisierung der indigenen Völker gerichtet.
- Bildung von Interessenvertretungen und Nichtregierungsorganisationen auf überregionaler Ebene. Die gewachsene Präsenz indigener Organisationen auf den internationalen Foren sollte in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden. Die internationale Debatte um die Rechte indigener Völker in den Vereinten Nationen und in der Konvention über die biologische Vielfalt hat zur Stärkung der indigenen Organisationen und ihren Partizipationsmöglichkeiten beigetragen.

In der Praxis schließen sich die einzelnen Optionen nicht aus sondern ergänzen sich vielmehr. Die indigenen Organisationen kombinieren daher gleichzeitig mehrere Ansätze in ihrer Politik.

4.6.4 Freie, frühzeitige und informierte Konsultation

Ein zentrales Instrument der Partizipation indigener Völker ist die freie, frühzeitige und informierte Konsultation indigener Gemeinschaften zu Vorhaben, die ihre Angelegenheiten bzw. ihre Territorien betreffen, mit dem Ziel ihre Zustimmung zu den Maßnahmen zu erhalten. Das Konzept der freien, frühzeitigen und informierten Konsultation wurde in die internationale Debatte über die Menschenrechte indigener Völker durch die Auseinandersetzung um die Zwangsumsiedlungen bei Großprojekten eingeführt. Bereits 1984 hat die interamerikanische Menschenrechtskommission darauf hingewiesen, dass Umsiedlungen indigener Gemeinschaften generell deren Zustimmung bedürfen⁴² und Zwangsumsiedlungen unrechtmäßig sind. Während im Falle der Umsiedlungen die ILO Konvention klarstellt, dass es der Zustimmung der indigenen Völker bedarf, ist

⁴² Report on the Situation of Human Rights of a Segment of the Nicaraguan Population of Miskito Origin, OEA/Ser.L/V/II.62, doc.26. (1984), 120.

die Formulierung bezüglich anderer Vorhaben, die die Territorien Indigener betreffen, weniger eindeutig. So wird im Artikel 6,1a der ILO Konvention 169 festgestellt, dass die Regierungen verpflichtet sind,

„...die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Maßnahmen, die sie unmittelbar betreffen können, erwogen werden;..“ und legt fest (Art.6, 2): „Die in Anwendung dieses Übereinkommens vorgenommenen Konsultationen sind in gutem Glauben und in einer den Umständen entsprechenden Form mit dem Ziel durchzuführen, Einverständnis oder Zustimmung bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen zu erreichen.“

Diese Formulierung wurde auch in der Allgemeinen Erklärung zu indigenen Rechten der Vereinten Nationen (2007) übernommen. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass die Konsultation mit dem Ziel, die Zustimmung einzuholen (*free, prior and informed consent*, im spanischen *consentimiento bzw. consulta previa, libre e informada*), das Recht der indigenen Völker auf umfassende Informationen rechtzeitig vor Beginn des jeweiligen Vorhabens und auf genügend Zeit für eine freie Meinungsbildung umfasst (Salim, 2003, UN, 2004, Environmental Law Institute, 2004). Unterschiedliche Auffassungen gibt es jedoch bezüglich der Reichweite des Rechtes. Während zum Beispiel die Arbeitsgruppe über die indigene Bevölkerung der UN ausdrücklich das Veto-Recht einfordert, spricht die Weltbank (2004:21) von einem Konsultationsprozess, der Bedingungen für eine breite Zustimmung der betroffenen Bevölkerung ermöglicht. Ein Veto-Recht wird explizit abgelehnt.

In der lateinamerikanischen Praxis konzentriert sich das Recht auf freie, frühzeitige und informierte Konsultation auf das Informationsrecht.

Sowohl in Venezuela als auch in Ecuador ist das Recht indigener Völker, konsultiert zu werden, in der Verfassung festgeschrieben. So besagt Art.58 der ecuadorianischen Verfassung von 2008:

„der Staat anerkennt und garantiert das Recht der indigenen Völker – in Einklang mit der Verfassung und dem Gesetz, dem Respekt der öffentlichen Ordnung und der Menschenrechte – die folgenden kollektiven Rechte....

(7) Frühzeitige, freie und informierte Konsultierung – in einem vernünftigen Zeitrahmen – über Pläne und Programme der Prospektion, Ausbeutung und Kommerzialisierung nicht erneuerbarer Ressourcen, die sich auf ihrem Land befinden und sie kulturell oder von den Umweltbedingungen her betreffen werden; an den Vorteilen, die diese Projekte angeben, soweit es möglich ist teilzuhaben und Entschädigungen zu erhalten für die Umwelt- und sozialen Schäden, die sie verursachen“.

Die venezolanische Verfassung bekräftigt in Art. 120, dass der Staat verpflichtet ist, „die jeweiligen indigenen Gemeinschaften vorher zu informieren und sie hierzu anzuhören.“

Die Umsetzung der freien, frühzeitigen und informierten Konsultation war Bestandteil des regionalen dreigliedrigen Dialogprozesses *Energía Ambiente Población* und der nationalen Dialogprozesse in Ecuador und Venezuela, in denen die Gesetzesvorlagen zur Umsetzung dieses Rechtes diskutiert wurden. Auf den Dialogprozess wird in dem Kapitel 8.4 vertieft eingegangen. An dieser Stelle soll nur kurz eine Zusammenfassung der Umsetzungsgesetze gegeben werden.

Das ecuadorianische Gesetz 3401 vom 2.12.2002 bezieht sich ausschließlich auf die „Konsultierung und Beteiligung“ (*consulta y participación*) im Erdöl- und Erdgassektor und schreibt die Beteiligung indigener Völker am Konsultationsprozess, an der Erstellung der Umweltverträglichkeitsberichte, den Umweltmanagementplänen und Plänen für die Beziehung zu den lokalen Gemeinschaften vor (Art. 1). Die Verantwortung für die Durchführung der Konsultierung wird Petroecuador oder dem durchführenden privaten Erdölunternehmen übertragen. Diese Verlagerung der Verantwortlichkeit von dem Staat auf das Wirtschaftsunternehmen und die Einschränkung auf den Erdölsektor sind zwei der Hauptkritikpunkte von indigener Seite an diesem Gesetz.

Außerdem wird von indigener Seite die unzureichende Information über geplante Vorhaben und der fehlende Zugang zu den Entscheidungsebenen beklagt. Es fehlt nach wie vor an klaren Regelungen für ein partizipatives, rechtlich abgesichertes Monitoringsystem der Aktivitäten und an Mechanismen der Konfliktlösung sowie der Kompensations- und Entschädigungszahlungen. In dem Gesetz zur Konsultation sind Verträge oder andere Übereinkünfte zwischen Unternehmen und Indigenen oder Unternehmen, Staat und Indigenen nur auf freiwilliger Ebene vorgesehen.

In der Debatte um die Konsultation in Ecuador werden die unterschiedlichen Konzepte der Indigenen einerseits und der Unternehmen andererseits deutlich. Für die indigenen Organisationen beinhaltet die Konsultation explizit, dass sie die Zustimmung zu dem geplanten Projekt geben müssen, bevor es realisiert werden kann und dass sie das Recht haben, diese Zustimmung zu verweigern⁴³. Sie gehen dabei von einem Selbstbestimmungsrecht über ihr Territorium aus. Demgegenüber sehen die Unternehmen in der Konsultation die Pflicht, zu informieren und die Meinung der indigenen Gemeinschaften einzuholen⁴⁴, ohne ihnen ein Mitentscheidungsrecht über die Art und Weise der Durchführung einzuräumen.

In Venezuela ist das Recht auf Konsultation im „Gesetz der indigenen Völker und Gemeinschaften“ (*Ley orgánica de pueblos y comunidades indígenas*,

⁴³ Interview mit Rodrigo de la Cruz, 2006.

⁴⁴ Interview mit R.Ortiz, Asociación de la Industria Hidrocarburífera del Ecuador (AIHE), 2006.

8.12.2005) für alle Aktivitäten, die Indigene direkt oder indirekt betreffen, festgeschrieben. Vorhaben, die schwerwiegende oder irreparable negative Auswirkungen auf die indigenen Völker haben, sind verboten (Art.12). Indigene können den Entzug der Konzession oder der Genehmigung beantragen, falls die Verantwortlichen der Vorhaben die Vereinbarungen, die im Rahmen der Konsultierung getroffen wurden, verletzen (Art. 19). Damit hat Venezuela die weitreichendsten gesetzlichen Vorgaben zur Konsultierung indigener Völker in Lateinamerika gemacht. Allerdings gibt es Umsetzungsdefizite: Das größte geplante Infrastrukturvorhaben in der Geschichte Lateinamerikas, die Erdgaspipeline von Venezuela nach Argentinien, wird mitten durch indigenes Land führen. Die ersten Untersuchungen laufen bereits, aber bis Dezember 2006 hatte noch keine Konsultierung der betroffenen Völker stattgefunden.⁴⁵

Bis zu einem wirklichen Konsultations- und Zustimmungsrecht, das auf dem Recht der Partizipation auf der Entscheidungsebene basiert, ist es noch ein weiter Weg. Es ist daher wichtig, die bestehenden Ansätze zur Partizipation weiter zu entwickeln. In Kapitel 9 soll die Frage näher untersucht werden, inwieweit unterstützende Maßnahmen von außen dazu beitragen können.

Die praktische Wahrnehmung der Rechte und die damit verbundene Einflussnahme auf Erdölexploration und Förderung soll an den Fallbeispielen konkret dargestellt werden.

⁴⁵ Interview mit José Luis Gonzalez und Yaritza Aray, 12.12.2006.

5. Internationale Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards

Der Sonderbeauftragte für Menschenrechte und Unternehmen des UN-Generalsekretärs, John Ruggie, stellte in seinem Zwischenbericht an den Menschenrechtsrat 2006 fest,

„[d]ass der extraktive Sektor – Öl, Gas und Bergbau – mit zwei Drittel der Fälle die berichteten Menschenrechtsverletzungen dominiert. Die extraktive Industrie steht außerdem für die schlimmsten Fälle von Menschenrechtsverletzungen inklusive der Komplizenschaft in Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sie ist typisch für Menschenrechtsverletzungen begangen durch staatliche oder private Sicherheitskräfte, die die Anlagen beschützen, Korruption im großen Umfang, Verletzung von Arbeitsrechten und ein breites Spektrum an Missachtung der Rechte lokaler Gemeinschaften, speziell indigener“ (Commission on Human Rights, Sixty-second session E/CN.4/2006/97, Februar 2006:8).

Die extraktive Industrie steht daher besonders im Fokus der laufenden Debatte darüber, ob und wie sozialverantwortliches Handeln von Unternehmen völkerrechtlich verankert werden soll. Bereits in den 1960er Jahren schlug Wolfgang Friedmann (1964) vor, dass Privatunternehmen in der Entwicklung des modernen Völkerrechts zu berücksichtigen seien. Während Autoren wie Antonio Cassese (1986) argumentierten, dass multinationale Konzerne keine internationalen Rechte und Pflichten hätten, weil dies allein der Zuständigkeitsbereich von Staaten sei.

Bis vor kurzem war die vorherrschende Meinung internationaler Organisationen wie der UN,⁴⁶ ILO,⁴⁷ OECD⁴⁸ and EU⁴⁹, dass die soziale Unternehmensverantwortung am besten der Selbstregulierung der Unternehmen überlassen bleibt und internationale Vereinbarungen wie der *Global Compact* der Vereinten Nationen freiwilligen Charakter haben sollten. Frühere Versuche im Rahmen des *United Nations Centre on Transnational Corporations* (UNCTC), einem kleinen Sekretariat des *Economic and Social Council der Vereinten Nati-*

⁴⁶ UN Global Compact (2000), www.unglobalcompact.org.

⁴⁷ ILO Tripartite Declaration of Principles Concerning Multinational Enterprises and Social Policy (1977), www.ilo.org.

⁴⁸ OECD Declaration on International Investment and Multinational Enterprises (1976), www.oecd.org.

⁴⁹ Promoting a European Framework for Corporate Social Responsibility, European Commission Green Paper (2001), www.europa.eu.int/comm/employment_social/soc-dial/csr/greenpaper_en.pdf.

onen (ECOSOC), einen weltweit gültigen Verhaltenskodex für Unternehmen zu entwickeln, scheiterten Mitte der 1980er Jahre. Als Wegbereiter der Globalisierung stand die Deregulierung von Handels- und Investitionsbeziehungen und nicht die Regulierung von Unternehmensverhalten im Vordergrund der internationalen Debatte, was u.a. auch dazu führte, dass die UNCTC 1992 aufgelöst wurde.

5.1 Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen

Doch die zunehmende Sorge von Menschenrechtsorganisationen über den zunehmenden Einfluss von multinationalen Unternehmen und die abnehmende Regulierungsmacht vor allem von Regierungen in Entwicklungsländern belebte die Debatte um die Regulierung von Unternehmensverhalten im Menschenrechtsbereich neu. 1997 erstellte die UN-Unterkommission zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte⁵⁰ eine Studie über transnationale Unternehmen und Menschenrechte. In der Folge wurde eine Arbeitsgruppe zu Methoden und Aktivitäten transnationaler Unternehmen eingerichtet, die 1999 damit begann, relevante Übereinkommen und Erklärungen zu untersuchen, und einen Vorschlag für einen Verhaltenskodex für Unternehmen zu erarbeiten.

Nach vierjähriger Arbeit und nach Abschluss eines umfassenden Konsultationsprozesses mit Unternehmen, Gewerkschaften, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen, legte die Expertengruppe 2003 die „Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“⁵¹ (im Folgenden kurz: UN Normen) vor. Sie wurden am 13. August 2003 von der UN-Unterkommission angenommen und an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zur weiteren Befassung weitergeleitet.

Inhalt der UN Normen

Die UN Normen fassen über 30 gültige internationale Übereinkommen und Erklärungen zusammen und bündeln sie in 23 Artikeln, die die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen definieren. Obwohl die Normen Unternehmen adressieren, gehen sie von der primären Verantwortung der Staaten für die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte aus. Die Staaten werden nicht aus der Verantwortung entlassen. In der Präambel erinnern die Normen daran, dass

⁵⁰ Die Unterkommission ist ein Gremium internationaler Menschenrechtsexperten, die der UN Menschenrechtskommission zugeordnet ist.

⁵¹ UN Doc. E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2 vom 26. August 2003, online abrufbar unter: <http://www1.umn.edu/humanrts/links/norms-Aug2003.html> (zuletzt besucht am 8. Dezember 2004). Der deutsche Text der Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte ist online abrufbar unter: <http://www.dgvn.de>.

„in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein von allen Völkern und Nationen zu erreichendes gemeinsames Ideal verkündet wird, damit die Regierungen, andere Organe der Gesellschaft und jeder Einzelne sich bemühen,....ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung zu gewährleisten,..“

Die Normen gehen von einem umfassenden Menschenrechtsverständnis aus. Neben der allgemeinen Verpflichtung für Unternehmen, „die im Völkerrecht wie im innerstaatlichen Recht anerkannten Menschenrechte zu fördern, ihre Einhaltung zu sichern, sie zu achten, ihre Achtung zu gewährleisten und sie zu schützen, einschließlich der Rechte und Interessen indigener Völker und anderer schwächerer Gruppen“ (UN Normen, A, 1), beinhalten sie:

- Das Recht auf Chancengleichheit und nichtdiskriminierende Behandlung der Person
- Das Recht auf Sicherheit der Person
Unternehmen beteiligen sich nicht an Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord, Folter, Zwangsarbeit und anderen Verbrechen gegen Menschen wie im Völkerrecht festgelegt und ziehen auch keinen Nutzen daraus.
- Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie sie in den wichtigsten Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegt sind.
Dazu gehört das Recht der Kinder vor wirtschaftlicher Ausbeutung, das Recht auf ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld, angemessene Entlohnung und auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Verhandlungen.
- Die Verpflichtung auf die Achtung der nationalen Souveränität und der Menschenrechte
Unternehmen verpflichten sich, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie die bürgerlichen und politischen Rechte zu achten und keine Bestechungsgelder zu zahlen. In dem Kommentar zu den Normen heißt es:

„Transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen achten die Rechte der von ihrer Tätigkeit betroffenen lokalen Gemeinschaften sowie die Rechte indigener Völker und Gemeinschaften im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen wie dem Übereinkommen (Nr. 169) über eingeborene und in Stämmen lebende Völker, 1989. Sie achten insbesondere die Rechte indigener Völker und vergleichbarer Gemeinschaften, ihr Land, ihre sonstigen natürlichen Ressourcen sowie ihr kulturelles und geistiges Eigentum zu besitzen, zu besiedeln, zu entwickeln, zu kontrollieren, zu schützen und zu nutzen. Sie achten außerdem den Grundsatz der freiwilligen vorherigen

Zustimmung in Kenntnis der Sachlage seitens der von ihren Entwicklungsprojekten betroffenen indigenen Völker und Gemeinschaften. Indigene Völker und Gemeinschaften dürfen nicht ihrer Existenzgrundlage beraubt werden und dürfen nicht in einer mit dem Übereinkommen Nr. 169 unvereinbaren Weise von dem Land vertrieben werden, das sie besiedeln. Ferner vermeiden die Unternehmen die Gefährdung der Gesundheit, der Umwelt, der Kultur und der Institutionen indigener Völker und Gemeinschaften im Zusammenhang mit Projekten, einschließlich des Straßenbaus in den Siedlungsgebieten indigener Völker und Gemeinschaften oder in ihrer Nähe. Transnationale Unternehmen und andere Wirtschaftsunternehmen lassen in Situationen, in denen indigenes Land, indigene Ressourcen oder die Rechte indigener Menschen daran nicht ausreichend abgegrenzt oder bestimmt wurden, besondere Sorgfalt walten.“⁵²

- Die Verpflichtung zum Verbraucherschutz
Unternehmen ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Sicherheit und Qualität ihrer Güter und Dienstleistungen zu garantieren.
- Die Verpflichtung zum Umweltschutz
Unternehmen führen ihre Tätigkeiten „im Einklang mit den einschlägigen internationalen Übereinkünften, Grundsätzen, Zielen, Verantwortlichkeiten und Standards in Bezug auf die Umwelt und unter Achtung der Menschenrechte, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, der Bioethik und des Vorsorgeprinzips“ durch.

Im Kontext der Erdölförderung in Venezuela und Ecuador sind vor allem die Verpflichtung auf das Vorsorgeprinzip im Umweltschutz und die Verpflichtung auf die Menschenrechte wichtig, zu denen in den UN Normen ausdrücklich auch die indigenen Rechte zählen. Damit würde die Anerkennung der indigenen Rechte, die bisher auf der staatlichen Ebene verankert ist, auch in den Zuständigkeitsbereich der Unternehmen bei ihren Aktivitäten fallen. Indigene Völker könnten dann ihre Rechte nicht nur gegenüber dem Staat sondern auch gegenüber den Unternehmen geltend machen.

Die UN Normen sehen außerdem eine Reihe von Schritten für die Überprüfung ihrer Bestimmungen vor. Dazu gehören die Entwicklung von unternehmensinternen Regelungen, eine umfassende Berichterstattung, aber vor allem die transparente und unabhängige Überwachung der Umsetzung und die Entschädigungspflicht der Unternehmen.

⁵² Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte, U.N.Doc.E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev.2, 2003 und Kommentar zu den UN Normen U.N.Doc.E/CN.4/Sub.2/2003/38/Rev.2, 2003, deutsche Übersetzung: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Blaue Reihe, Nr.88, Berlin.

Die *Business Leadership Initiative for Human Rights (BLIHR)*, der auch das norwegische Erdölunternehmen Statoil angehört, hat einen Praxistest der UN Normen durchgeführt. Statoil hat seine Aktivitäten in Venezuela einer Überprüfung nach den menschenrechtlichen Kriterien unterzogen und eine Matrix für seine Menschenrechtspolitik entwickelt. Die *Business Leadership Initiative* kommt zu dem Schluss, dass die UN Normen einen sinnvollen Rahmen für Unternehmen bieten, Menschenrechte in ihrer Managementpraxis einzubeziehen (BLIHR, 2006).

Wie jedoch bereits erwähnt wurde, ist der Diskussionsprozess innerhalb des Systems der Vereinten Nationen noch nicht abgeschlossen und es ist sehr unwahrscheinlich, dass die UN Normen oder eine vergleichbares Dokument an dessen Ende angenommen werden, da der politische Widerstand innerhalb des Menschenrechtsrates gegen verbindliche Normen für Unternehmen zu groß ist.

Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Menschenrechte hat in seinem Bericht an dem Menschenrechtsrat im April 2008 außerdem darauf hingewiesen, dass jede Auflistung von Unternehmenspflichten im Menschenrechtsbereich ungenau sein wird, da die Überschneidungen zwischen Pflichten des Staates und der Unternehmen zu groß seien, so dass es im Endeffekt „schwer, wenn nicht sogar unmöglich ist, zu sagen, wer für was in der Praxis verantwortlich ist.“ (Ruggie, 2008:4) Er schlägt daher ein Regelwerk vor, das auf drei Kernprinzipien beruht:

- Der Pflicht des Staates seine Bürger gegen Menschenrechtsverletzungen durch Dritte zu schützen;
- Die Verantwortung der Unternehmen Menschenrechte zu respektieren und
- Der Notwendigkeit, für die Betroffenen den Zugang zu Rechtsmitteln zu verbessern. Dies umfasst Entschädigungszahlungen, Wiederinsetzung, Garantien, dass sich die Menschenrechtsverletzungen nicht wiederholen, Änderungen der entsprechenden Gesetze sowie öffentliche Entschuldigungen (Ruggie, 2008:22).

Die Amtszeit des Sonderbeauftragten wurde 2008 durch den Menschenrechtsrat um weitere zwei Jahre verlängert, um dieses Regelwerk weiter zu entwickeln.

5.2 Die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen

Ein anderes Instrument, das Unternehmensverhalten regelt und bereits in Kraft ist, sind die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen, die auf eine Erklärung der OECD Minister von 1976 zurückgehen. Seit dem sind die Leitsätze mehrmals überarbeitet worden, die letzte und weitreichendste Überarbeitung wurde im Jahre 2000 verabschiedet.

Die OECD Leitsätze decken ein breites Spektrum von Standards für Unternehmen ab. In zehn Kapiteln setzen sie Maßstäbe für Unternehmensverhalten zu folgenden Themen: Einhaltung nationaler Gesetzgebung, Verbraucherschutz, Bekämpfung der Korruption, Einrichtung von Umweltmanagementsystemen, Offenlegung von Informationen, Einhaltung der Steuergesetze. Diese Breite ist ein Vorteil gegenüber anderen Instrumenten. Allerdings sind sie in Bezug auf die Menschenrechte eher unspezifisch. Zwar fordern sie in den allgemeinen Grundsätzen zur Einhaltung der Menschenrechte auf, spezifizieren dies jedoch nicht.

Die Reichweite der OECD Leitsätze geht über die 30 OECD Länder hinaus. Zum einen haben elf weitere Länder⁵³ die Leitsätze übernommen, zum anderen gelten sie auch für die weltweiten Aktivitäten der in den Unterzeichnerländern beheimateten Unternehmen. Die Förderung und Überprüfung der Leitsätze findet über nationale Kontaktstellen statt. Damit verfügen die OECD Leitsätze über ein dezentrales Beschwerdeverfahren in den OECD Ländern.

Die Leitsätze sind freiwillige Empfehlungen der Staaten, die sie unterzeichnet haben, an die Unternehmen. Sie gelten außerdem nur für Investitionen, die Verantwortung von Unternehmen in den Handelsbeziehungen wird bisher weitgehend ausgeblendet.

Die OECD Leitsätze sind ein wichtiges Instrument zur Unternehmensverpflichtung, sie stellen aber kein international verpflichtendes Regelwerk zur menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen dar. Bei Verletzungen der Bestimmungen der OECD Leitsätze können betroffene Gruppen Beschwerde vor der nationalen Kontaktstelle des Heimatlandes des besagten Unternehmens führen. Sie haben allerdings keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung oder auch nur darauf, dass ihr Fall behandelt wird. Von indigene Organisationen wird dieses Instrument nicht genutzt. Ein Grund dafür ist, dass dieses Instrument kaum bekannt ist⁵⁴.

⁵³ Ägypten, Argentinien, Brasilien, Chile, Estland, Israel, Lettland, Litauen, Peru, Rumänien und Slowenien (Stand November 2008).

⁵⁴ Interview R. de la Cruz, 2006.

5.3 Internationales Umweltrecht und indigene Völker

Die Entwicklung des internationalen Umweltrechtes und der Ausbau der dementsprechenden Institutionen ist ein dynamisches Feld, das durch die Beschlüsse der Konferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio einen entscheidenden Auftrieb erhalten hat. An dieser Stelle sollen Teilaspekte, die für die Durchführung von Aktivitäten der extraktiven Industrie auf indigenen Territorien von Belang sind, beleuchtet werden. Von zentraler Bedeutung für die indigenen Völker ist die Konvention über die biologische Vielfalt.

5.3.1 Konvention über die biologischen Vielfalt

Die Konvention über die biologische Vielfalt⁵⁵ (1992) nimmt an verschiedenen Stellen explizit Bezug auf indigene Gemeinschaften und erkennt die herausragende Bedeutung ihres traditionellen Wissens für den Erhalt der biologischen Vielfalt an. Im Artikel 8j verpflichtet es die Unterzeichnerstaaten der Konvention:

„[I]m Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche eingeborener und ortsansässiger Gemeinschaften mit traditionellen Lebensformen, die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt von Belang sind, achten, bewahren und erhalten, ihre breitere Anwendung mit Billigung und unter Beteiligung der Träger dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche begünstigen und die gerechte Teilung der aus der Nutzung dieser Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche entstehenden Vorteile fördern.“

Wie diese Beteiligungsrechte zu gestalten sind, wird u.a. in einer Arbeitsgruppe, die die Konvention mit der Beteiligung von Vertretern indigener Völker eingerichtet hat, diskutiert. Auch wenn diese Konvention sich an Staaten wendet, sind die Unternehmen aufgefordert, Formen des „*equitable sharing*“ zu garantieren und Prozesse mitzugestalten, die dies ermöglichen.

Artikel 8 der Konvention fordert die Mitgliedsstaaten auf, eine entsprechende Gesetzgebung bzw. Umsetzungsmechanismen zum Schutz bedrohter Arten zu erlassen und regulierend einzugreifen, wenn negative Auswirkungen nachgewiesen sind. Die Huaorani haben sich auf diese Konvention gestützt, als sie 1990 mit Unterstützung des Sierra Club Legal Defense Fund eine Petition gegen die Erdölexploration durch Conoco und Maxus Energy auf ihrem Territorium vor die interamerikanische Menschenrechtskommission brachten. 1991 stellte Conoco seine Aktivitäten in Ecuador ein.

⁵⁵ United Nations Conference on Environment and Development. Convention on Biological Diversity, 5.6.1992, UNEP/Bio.Div/N7-INC 5/4, 31 ILM 818, 1992.

5.3.2 Rahmenkonvention zum Klimaschutz und das Kyoto Protokoll

Auf den ersten Blick gibt es wenige Berührungspunkte in der Klimarahmenkonvention⁵⁶ sowie den Zielen und Instrumenten des Kyoto Protokolls⁵⁷ und den Anliegen der indigenen Völker. In den letzten Jahren haben aber sowohl indigene Völker als auch wissenschaftliche Institute wie das Tyndall Centre for Climate Change (2007) der Universität Oxford den Zusammenhang zwischen Klimaveränderung und indigenen Völkern hergestellt. Ein Grundstein dafür hat ein Workshop des Klima-Bündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder 1999 in Genf gelegt. Seit diesem Zeitpunkt nehmen Delegationen indigener Völker als Beobachter an den Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention teil. In ihren Erklärungen fordern die indigenen Völker⁵⁸ u.a., dass ihre Rolle als Opfer von Klimaveränderung aber auch ihr Beitrag zur Lösung des Klimaproblems durch den Schutz ihrer Umwelt und der Wälder in den offiziellen Verhandlungen um die Konkretisierung der Klimaschutzziele berücksichtigt werden.

Im Fokus stehen dabei die sogenannten flexiblen Mechanismen im Kyoto Protokoll und im Besonderen der „Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“ (CDM, *Clean Development Mechanism*). Der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung ist im Artikel 12 des Kyoto Protokolls festgelegt und ermöglicht es Industrie- und Entwicklungsländern gemeinsam, Klimaschutz-Projekte in den Entwicklungsländern durchzuführen⁵⁹. Bisher werden Klima- und Umweltschutzleistungen nur bei Aufforstungsmaßnahmen berücksichtigt, der Erhalt bestehender Wälder und die Vermeidung von Holzeinschlag dagegen sind nicht Bestandteil des CDM. In der Diskussion um die Anpassung der flexiblen Mechanismen wird eine Erweiterung auf diese Bereiche diskutiert (Schlick, Byp, 2007). Damit gäbe es eine Grundlage für die Berechnung von Umweltleistungen versus Vorhaben der extraktiven Industrie in Waldregionen⁶⁰.

⁵⁶ http://unfccc.int/essential_background/convention/items/2627.php (10.7.2007).

⁵⁷ Kyoto Protokoll zum internationalen Klimaschutz.

http://www.bmu.bund.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/kyoto_protokoll/doc/5802.php.

⁵⁸ siehe u.a. Tiohtiá:ke* Declaration: International Indigenous Peoples Forum on Climate Change Statement to the State Parties of the COP 11/MOP 1 of the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) Tiohtiá:ke, Kanien'kehá:ka (Mohawk) Traditional Territory, Canada November 28 – December 09, 2005.

⁵⁹ Dabei wird das Projekt (z. B. die Errichtung einer Windkraftanlage) vom Industrieland finanziert. Die hierdurch im Entwicklungsland vermiedenen Emissionen darf das Industrieland in der Verpflichtungsperiode entweder zusätzlich emittieren oder sich als Emissionsguthaben gutschreiben lassen. Ein Teil der Finanztransfers im Rahmen der CDM-Projekte ("share of proceeds") soll in einen Fonds zugunsten der am meisten vom Klimawandel betroffenen Staaten (insb. kleiner Inselstaaten) fließen. CDM-Projekte müssen beim CDM-Exekutivrat ("Executive Board") registriert werden. (Glossar des Ministeriums für Umwelt. http://www.bmu.bund.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/glossar/doc/2902.php).

⁶⁰ Auf der Vertragsstaaten Konferenz der Klimarahmenkonvention 2007 auf Bali wurde u.a. auch die Vermeidung von Entwaldung in Entwicklungsländern thematisiert. Für die Entwicklung Umsetzungsprotokoll nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls wurde der Arbeitsgruppe auch das Verhandlungsmandat erteilt, Waldschutz in das Klimaregime mit einzubeziehen.

5.3.3 Umwelthaftung

Vertragliche internationale Haftungsregeln bilden bis heute die Ausnahme. Bisher gibt es auf internationaler Ebene kein umfassendes internationales Haftungsrecht für die Verursachung grenzüberschreitender Umweltschäden. Beyerlin (2002) stellt daher ein „beträchtliches Defizit an Rechtsbefolgung“ in der Umsetzung internationaler Umweltabkommen fest.

Allerdings geht Dias (1998) davon aus, dass Erdölunternehmen beginnen, die Umwelthaftung zunehmend als eine Art der Integration von Umweltkosten in den Produktionsprozess sehen. Zwar werden in den wenigen Beispielen von Haftungsrecht im internationalen Umweltrecht vor allem Staaten in die Pflicht genommen, doch zunehmend werden in den Konventionen auch private Akteure berücksichtigt. Die ersten internationalen Konventionen, die private Akteure haftbar machten, sind die Konventionen zur Kernenergie aus den 1960er Jahren⁶¹. Direkt relevant für die Erdölindustrie sind die

- Ergänzung zum *Contract Tanker Liability for Oil Pollution*, 1987,
- Ölhaftungsübereinkommen, (*International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage*) beinhaltet Versicherungspflicht und Gefährdungshaftung des Schiffeigentümers für alle durch sein Schiff verursachten Ölverschmutzungsschäden sowie die Einrichtung eines Fonds für Ölverschmutzungsschäden. Das Übereinkommen ist seit 1969 in Kraft, die verantwortliche Institution ist die IMO (International Maritime Organization),
- Council of Europe: *Convention on civil liability damage resulting from dangerous activities to the environment*, 21.6.1993, Lugano, 32 ILM 1228, 1993.

Für die betrachteten Regionen sind die drei genannten Übereinkommen nicht von Bedeutung, da sie sich entweder auf Tankerunfälle beziehen oder – wie die Lugano Konvention – nur den europäischen Raum berücksichtigen. Sie werden hier trotzdem erwähnt, um zu zeigen, dass internationale Regeln zum Haftungsrecht auch privater Akteure möglich sind und dies auch bei grenzüberschreitenden Umweltverschmutzungen durch Erdölaktivitäten im Amazonasgebiet denkbar wäre.

5.3.4 Verursacherprinzip

Das Verursacherprinzip integriert die Umwelt- und Sozialkosten in die Produktion. Da der Verursacher für die Folgen einer Verschmutzung zahlen muss, wird Umweltschutz zu einem Marktinstrument. Das Verursacherprinzip wird in der EU, der *IMO Oil Pollution Preparedness Convention*, der Ergänzung zu dem europäischen Rom Vertrag von 1987, der Erklärung der frankophonen Umwelt-

61 Z.B. Paris Convention on third party liability in the field of nuclear energy, 55 AJIL 1082, 1961 und die Wiener Konvention on Civil Liability for nuclear damage, 2 ILM 727, 1963.

minister von 1991, der Erklärung der G7 von 1991 und der OECD Empfehlung von 1989 erwähnt. Würde das Verursacherprinzip im nationalen wie internationalen Umweltrecht konsequent entwickelt und umgesetzt, hätte es erhebliche Auswirkungen auf die Erdölindustrie.

5.4 Corporate Social Responsibility

Durch Umweltkatastrophen wie die Havarie der Exxon Valdez, durch Menschenrechtsverletzungen wie im Niger Delta, in Kolumbien oder Indonesien und durch die Zerstörung von Regenwald war die Erdölindustrie in den Focus internationaler NRO Kampagnen geraten. In einigen Fällen wurden formale Klagen gegen Konzerne eingereicht. Beispiele hierfür sind die Klagen vor US amerikanischen Gericht wegen Umweltverschmutzungen in Ecuador gegen Texaco oder die Nutznießung von Sklavenarbeit in Myanmar durch US amerikanische und französische Unternehmen.

Zur Abfederung möglicher Imageschäden haben sich fast alle transnationalen Erdölfirmer eigene unternehmensinterne Verhaltenskodizes gegeben, die meist ökologische und soziale Vorgaben zum Inhalt haben. Zusätzlich zu den Verhaltenskodizes auf Unternehmensebene haben sich international mehrere Multistakeholderinitiativen gebildet, die spezifische Probleme der Erdölindustrie beziehungsweise der extraktiven Industrie adressieren. Sie werden im Folgenden kurz erläutert.

5.4.1 Freiwillige Grundsätze zur Wahrung der Sicherheit und der Menschenrechte

Die freiwilligen Grundsätze zur Wahrung der Sicherheit und der Menschenrechte (*Voluntary Principles on Security and Human Rights*) wurden im Jahre 2000 nach Treffen zwischen Repräsentanten aus den Außenministerien der USA und Großbritanniens, Erdöl-, Bergbau- und Energieunternehmen sowie Menschenrechtsgruppen, Arbeitervertretern und Gruppen aus dem CSR-Netzwerk (Corporate Social Responsibility) aufgestellt. Die Umsetzung und Weiterentwicklung der Grundsätze soll Sicherheit und Schutz beim Abbau von Rohstoffen garantieren und dafür sorgen, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten respektiert werden. Sie sollen eine praktische Anleitung sein, die in Sicherheitsvereinbarungen von Unternehmen den Schutz der Menschenrechte stärkt und drei Bereiche anspricht:

- Einsatz privater Sicherheitsdienste,
- Einsatz öffentlicher Sicherheitskräfte,
- Risikoabschätzung, mit der Sicherheitsvereinbarungen gefördert werden sollen, die mit den Menschenrechten in Einklang stehen.

Die Erprobung der Prinzipien erfolgt in den beiden Pilotländern Indonesien und Kolumbien.

Die freiwilligen Grundsätze sind von mehreren NGOs kritisiert worden, weil sie nicht transparent gehandhabt werden und ihnen jede Art von Kontrollmechanismus fehlt. Ein anderer Kritikpunkt ist die restriktive Mitgliedschaft, da nur Unternehmen den Grundsätzen beitreten können, wenn auch ihre Regierungen Mitglied sind.

5.4.2 Freiwillige Standards gegen das Abfackeln von Gas

Die freiwilligen Standards gehen auf eine Initiative der Weltbank und der Regierung Norwegens zurück, die Länder und Industrie unterstützen wollten, das Abfackeln von Gas als einer wesentlichen Umweltverschmutzung durch die Erdölförderung zu reduzieren. Auf der UN Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg wurde die Initiative als *Private Public Partnership* vorgestellt. Partner in dieser *Private Public Partnership* sind u.a. die Weltbank, die Regierungen von Angola, dem Tschad, Kanada, Ecuador, Äquatorial Guinea, Indonesien, Nigeria, Norwegen und die USA sowie von Unternehmensseite Sonatrach (Algerien), SNH (Kamerun), BP, ChevronTexaco, Eni, ExxonMobil, NorskHydro, Royal Dutch Shell, Statoil und Total. (Stand 2008) Die freiwilligen Standards bieten denjenigen Unterstützung an, die das Abfackeln reduzieren wollen, gibt aber weder Höchstgrenzen vor, noch wird die Anwendung durch die Mitgliedsregierungen oder -unternehmen überprüft.

5.4.3 Extractive Industry Transparency Initiative (EITI)

EITI hat sich die Aufgabe gestellt, durch eine vollkommene Offenlegung und Verifizierung der Unternehmenszahlungen und Regierungseinnahmen aus der Erdöl- und Gasförderung sowie dem Bergbau in den ressourcenreichen Ländern der Erde die Transparenz und Verantwortlichkeit zu erhöhen. Weltweit haben sich – von Peru über Trinidad und Tobago, Aserbaidschan bis zu Nigeria und Ost-Timor – 23 Länder der Initiative (Stand November 2008) angeschlossen.

Die EITI erhält immer mehr Bedeutung als Teillösung für das Korruptionsproblem in energiereichen Entwicklungsländern. 2006 wurde das Direktorium mit Mitglieder aus Regierungen, der Zivilgesellschaft und der Industrie neu besetzt; ihm steht ein Sekretariat zur Seite, das für eine sehr viel besser koordinierte Unterstützung bei der weltweiten Umsetzung der EITI-Prinzipien sorgen soll, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Kritisch begleitet wird EITI von einer internationalen NRO Koalition, die sich in der *Publish what you pay* Kampagne zusammengeschlossen hat. PWYP geht in seinen Forderungen über den freiwilligen Ansatz von EITI hinaus und fordert die multinationalen und staatlichen Erdöl-, Bergbau und Erdgasunternehmen auf, die Basisdaten über Nettozahlungen an Regierungen offen zu legen.

5.4.4 Global Compact

In einer Botschaft an das Weltwirtschaftsforum hat der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, am 31. Januar 1999 Unternehmensführer aufgefordert, einer internationalen Initiative, dem Global Compact, beizutreten, der Unternehmen mit UN-Agenturen, Arbeiterverbänden und der Zivilgesellschaft zusammenbringt, um die Beachtung universeller ökologischer und sozialer Grundsätze durchzusetzen. Die Grundlage für den Global Compact sind zehn Grundsätze aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeit, Umwelt und Korruptionsbekämpfung. Der Global Compact versteht sich als eine Lernplattform, die im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt:

- Die Mitgliedsunternehmen sollen bei ihren überall auf der Welt die zehn Grundsätze beachten;
- Die Mitgliedsunternehmen sollen Aktionen zur Förderung der UN-Ziele zu initiieren.

Aus den Vorgaben und Instrumenten der Corporate Social Responsibility lässt sich für die Betroffenen kein Rechtsanspruch ableiten. Sie sind aber trotzdem wichtig, da sie einen Referenzrahmen für die Auseinandersetzung bzw. Verhandlungen mit den Erdölunternehmen bilden können.

Tabelle 5 CSR Instrumente der Erdölfirmen

Unternehmen	Land	Interner Verhaltenskodex	Mitglied im Global Compact	Mitglied freiwillige Grundsätze für Sicherheit und Menschenrecht	EITI
AGIP / Eni	Italien	Ja	Ja	Nein	Ja
BP	Großbritannien	Ja	Ja	Ja	Ja
Chevron Texaco	USA	Ja	Nein	Ja	Ja
Conoco-Philips	USA	Nein	Nein	Ja	Ja
Exxon Mobil	USA	Ja	Nein	Ja	Ja
Petrobras	Brasilien	Ja	Ja	Nein	Ja
Petrochina	China	Ja.	Nein	Nein	Nein
Repsol YPF	Spanien / Argentinien	Ja	Ja	Nein	Ja
Royal Dutch Shell	Niederlande/ Großbritannien	Ja	Ja	Ja	Ja
Statoil	Norwegen	Ja ⁶²	Ja	Ja	Ja
Total	Frankreich	Ja	Ja	Nein	Ja

⁶² Statoil ist als einziger Erdölkonzern Mitglied in der Initiative führender Unternehmer für Menschenrechte (Business Leaders Initiative on Human Rights).

6. Auswirkungen der Erdölförderung

Um einschätzen zu können, ob Defizite in der Bearbeitung der Probleme, die durch die Erdölproduktion in ökologisch sensiblen Regionen und auf indigenen Territorien hervorgerufen werden, bestehen und ob eine Intervention von außen zur Unterstützung der Artikulation indigener Interessen im Erdölsektor sinnvoll ist, müssen die Auswirkungen der Erdölprospektion und Förderung auf die betroffenen Regionen betrachtet werden. Unter den ökologischen und sozialen Auswirkungen werden hier die Folgen beschrieben, die sich direkt oder indirekt auf die Erdölprospektion und Förderung zurückführen lassen. Direkte Folgen sind zum Beispiel die Abholzung von Waldflächen für die Infrastruktur oder die Umweltverschmutzung durch Abfallprodukte der Erdölproduktion, während die indirekten Folgen u. a. die Besiedlung des Landes und die Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktionsflächen in den Waldgebieten umfassen. Es wird geschätzt, dass seit Beginn der Erdölproduktion und dem entsprechenden Ausbau der Infrastruktur über eine Million ha (von insgesamt 13 Millionen) in der ecuadorianischen Amazonasregion durch Siedler⁶³ aus anderen Landesteilen für die landwirtschaftliche Nutzung besetzt worden sind. Zwar sind die Gründe für den Zuzug von Menschen aus anderen Regionen vielfältig und nicht alleine der Erdölförderung anzulasten, Tatsache ist jedoch, dass die Besiedlung entlang den Straßen der Erdölunternehmen erfolgt und damit bisherige Waldregionen für die landwirtschaftliche Nutzung öffnet.

Zwar stehen die ökologischen und sozialen Probleme in enger Wechselwirkung zueinander und die Umweltverschmutzungen haben unmittelbaren Einfluss auf das Leben der lokalen Bevölkerung und deren Gesundheit hat, trotzdem werden sie in diesem Kapitel aus Gründen der besseren Übersicht getrennt behandelt. Die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung werden dabei besonders berücksichtigt. Die Auswirkungen werden am Beispiel der ecuadorianischen Amazonasregion beschrieben, da diese in den letzten fünfzehn Jahren ausführlich untersucht wurden (Kimerling, 1993, Fundación Natura 1996, Petroecuador, 2002f). Im Gegensatz dazu sind die Belastungen der Bevölkerung und Umwelt durch die Erdölindustrie in Venezuela nur partiell bearbeitet worden.

⁶³ Die Siedler sind überwiegend Quichua aus dem Andenraum, die auf Grund einer verfehlten Agrarpolitik und der Degradierung der Böden im Hochland in das Amazonastiefland abwandern.

6.1 Auswirkungen auf das Ökosystem

Ecuador ist eines der Länder mit der größten biologischen Vielfalt weltweit. Untersuchungen im Cuyabeno Nationalpark haben ergeben, dass in Ecuador auf einem Hektar Wald mehr Baumarten zu finden sind als sonst irgendwo auf der Welt (INEFAN, 1998). In dem gesamten Amazonasgebiet Ecuadors werden 8.200 Pflanzen-, 2.000 Fisch- und 300 Säugetierarten beschrieben, von denen geschätzte 20% endemisch sind. Nicht zuletzt diese hohe Artenvielfalt und ihr potenzieller (kommerzieller) Nutzen hat Ecuador veranlasst, sechs Naturschutzgebiete einzurichten, von denen zwei im Januar 1999 aufgrund ihres biologischen und kulturellen Reichtums als „unantastbar“ erklärt wurden. Trotz dieser Schutzbestimmungen kommt es zu Überlagerungen mit den Erdölkonzessionsgebieten (siehe Abb. Nr. 3), obwohl schwerwiegende Umweltschäden durch die Erdölprospektion- und -förderung nachgewiesen wurden.

Als eine der ersten Organisationen hat die Fundación Natura (1996) eine umfassende Bestandsaufnahme der sozialen und ökologischen Auswirkungen der Erdölförderung in der ecuadorianischen Amazonasregion veröffentlicht. Demnach ist die Zerstörung von Waldfläche der unmittelbar größte Eingriff in das Ökosystem des Waldes. Die abgeholzte Fläche pro Block, die direkt für die Erdölproduktion genutzt wird, wird mit 400 bis 2000 ha angegeben. Im Falle der Erdölförderung durch Texaco lag der Flächenverbrauch sogar bei 2.500 ha pro Block⁶⁴.

In der Prospektionsphase werden für die geophysikalische Untersuchung in regelmäßigen Abständen kleine Sprengstoffladungen gezündet, um anhand der Brechung der seismischen Wellen die verschiedenen Schichtgrenzen bestimmen zu können. Dafür müssen schmale Schneisen (im Schnitt 3 m breit) angelegt werden, Fundación Natura geht davon aus, dass dies pro Block 1.000 km sein können⁶⁵. Zusätzlich müssen temporäre Arbeitscamps und Hubschrauberlandeplätze (Flächenverbrauch ca. 0,5 ha) angelegt werden. Wie groß der verursachte Schaden durch die Abholzung von kleinen Bäumen, Sträuchern und anderer bodennaher Vegetation im Endeffekt ist, ist schwer zu präzisieren, da der Eingriff nur von kurzer Dauer ist. Allerdings hat man anhand von Luftaufnahmen über dem ehemaligen Fördergebiet der Texaco seismische Linien identifizieren können, die bereits sieben Jahre alt waren. Dies legt den Schluss nahe, dass der Wald sich nur langsam regeneriert.

In der darauffolgenden Probebohrung ist der Flächenverbrauch geringer. Man kalkuliert mit einem bis drei Hektar pro Probebohrung, dazu kommt der Bedarf an Holz, der für den Bau der Installation benötigt wird. Durch den dafür

⁶⁴ Ein Block umfasst 200.000 ha, die als Konzessionsgebiet für die Suche nach Erdöl ausgeschrieben wird. Im Falle, dass in dem ‚Block‘ Erdöl gefunden und gefördert wird, ist tatsächlich beanspruchte Fläche geringer wie die angeführten Zahlen belegen.

⁶⁵ Im Block 10 wurden z.B. 1.200 km Schneisen gelegt, der Waldverlust wird mit 366 ha und die benutzte Sprengkraft mit insgesamt 53.000 kg angegeben.

nötigen Holzeinschlag werden weitere 15 ha in Mitleidenschaft gezogen. Fundación Natura schätzt den Schaden durch die bei der Bohrung anfallenden Abfälle auf die Boden- und Wasserqualität größer ein als durch den unmittelbaren Flächenverbrauch. Dazu kommt, dass für die Bohrung 40 bis 50 Arbeiter permanent in einem Camp untergebracht sind und durch Jagd und Fischfang in die Region eingreifen. Allerdings ist auch hier nur schwer zu sagen, wie stark der Eingriff in das Ökosystem ist.

Die meisten Schäden treten in der Förderphase auf, die meist zwanzig Jahre und länger dauert. Der Flächenverbrauch ist groß, da neben der Abholzung für neue Bohrtürme, Auffangbecken, Arbeitscamps, Lagerhallen und Hubschrauberlandeplätze, der größte Teil des Waldes für die begleitende Infrastruktur abgeholzt wird: Strassen für die Versorgung, Pipelines für den Erdöltransport und Wege für deren Wartung.

Darüber hinaus verursachen die Erdölaktivitäten die folgenden Umweltschäden:

- *Luftverschmutzung*

Nach wie vor wird das bei der Erdölförderung anfallende Erdgas abgeflackelt. Petroecuador (2002f) gibt an, dass täglich knapp vier Millionen m³ assoziiertes Gas abgebrannt werden. Zusammen mit den Emissionen, die beim Betreiben des Bohrvorgangs, durch Motoren und anderes technisches Gerät anfallen, entsteht eine permanente Luftbelastung durch Stickstoffoxide, Schwefeloxide, Blei und Ruß.

- *Bodendegradierung*

Durch schlechte Wartung, Erdbeben und andere Havarien an Pipelines verseucht austretendes Erdöl den Boden. Im ecuadorianischen Amazonasgebiet ist zwischen 1972 und 1996 mehr als doppelt soviel Erdöl (581.000 Barrel, Falconí, Garzón, 1999) ausgelaufen wie bei dem bisher größten Tankerunfall, der Exxon Valdez in Alaska. Darüber hinaus kommt es durch die Entwaldung zu Bodenerosion und durch die Nutzung schwerer Maschinen und den Straßenbau zur Kompaktierung der Böden.

- *Wasserverschmutzung*

Petroecuador (2002f) listet eine Vielzahl von Ursachen für die Verschmutzung von Oberflächen- und Grundwasser auf. Diese Verschmutzungen sind Ursachen für die Verseuchung des Trinkwassers der Bevölkerung, für das Fischsterben, aber auch für viele Erkrankungen der lokalen Bevölkerung (siehe Kapitel 6.4).

Verursacht wird die Verseuchung durch unsachgemäße Entsorgung des bei der Erdölförderung anfallenden sogenannten Formationswassers, das ist stark salinisches Wasser mit Schwermetallen und toxischen Salzen, das mit dem Erdöl hochgepumpt wird. Allein Texaco hat über 600 Auffangbecken mit Formationswasser und anderen Abfällen hinterlassen, die nicht oder nur ungenügend abgedeckt waren, so dass sie bei Regenfällen überliefen. Außerdem verändern sich die Flussläufe durch die Zunahme von Sedimentationsmaterial und die Oberflächengewässer werden durch die unsachgemäße Entsorgung von Abwässern von den Bohrplattformen und Camps verschmutzt.

Auch wenn Schäden für das Ökosystem durch die Erdölproduktion unvermeidbar sind, die Ausmaße der Umweltschäden im ecuadorianischen Amazonas werden durch die unsachgemäße, oft fahrlässige Handhabung von Umweltrisiken wesentlich verstärkt. Durch den Einsatz der „best möglichen Technologie“ (Petroecuador, 2002f) könnten die Schäden jedoch reduziert werden:

- Formationswasser kann in das Bohrloch zurück injiziert werden, was bei den neueren Vorhaben laut Petroecuador (2002f) bereits geschieht;
- Das assoziierte Gas kann zur Energieversorgung genutzt oder ebenfalls zurück injiziert werden;
- Abfälle könnten behandelt und schonender entsorgt werden;
- Der Flächenverbrauch könnte entschieden verringert werden, wenn Technologien angewandt würden, die in der offshore Förderung genutzt werden und mittels derer nur eine Hauptplattform nötig ist und wenn die Versorgung der Bohrplattform nicht über Straßen sondern über Helikopter erfolgen würde.

Der Einsatz einiger dieser Technologien ist teuer und vom Gesetzgeber nicht zwingend vorgeschrieben. Im Sinne der Unternehmensverantwortung haben einige Erdölunternehmen mittlerweile ihre Umweltpolitik verbessert. So fackelte die kanadische EnCana⁶⁶ ihr Gas auf den Blocks 14, 17 und Tarapoa (s. Abb. Nr. 1) nach eigenen Aussagen nicht mehr ab, sondern nutzte das Gas für die Eigenversorgung mit Elektrizität (Benalcázar, 2006).

In Ecuador ist die Erstellung eines Umweltverträglichkeitsberichtes und eines Umweltmanagementplans zwingende Voraussetzung für die Genehmigung des Vorhabens. Beides muss beim Umweltsekretariat des Energie- und Bergbauminsterniums eingereicht werden. Die Überprüfung der Einhaltung ist jedoch nach Aussage des Ministeriums⁶⁷ ungenügend. In einer Studie der Weltbank zur Gesetzgebung im Erdölsektor gab das Ministerium als Gründe dafür an, über „zu wenig finanzielle Mittel, ungenügend ausgebildetes Personal, kaum technische

⁶⁶ EnCana bzw. Alberta Energy Company ist nicht mehr in Ecuador tätig. Das Unternehmen hat 2006 seine Fördererlaubnis im Block 14 und 17 an PetroOriente und Shiripuno bzw. Tarapoa an Andes Petroleum verkauft.

⁶⁷ Interview Lizett Torres, MEM, 2000.

Ausstattung zur Überprüfung, fehlende Koordination mit anderen Regierungsinstitutionen“ (ESMAP, 1999:68) zu verfügen. Dazu kommt ein Zielkonflikt innerhalb des Ministeriums oder wie es die Mitarbeiterin der Nationaldirektion für Umwelt des Ministeriums ausdrückte: „Das Ministerium wurde eingerichtet, um die Erdölproduktion im Land voranzutreiben und nicht um ihr Steine in den Weg zu legen.“⁶⁸

6.2 Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen

Die Folgen der Erdölförderung auf die lokale Bevölkerung können sowohl positiver als auch negativer Natur sein. Leider gibt es bisher nur wenige Untersuchungen, die die Auswirkungen auf die nicht-indigene Bevölkerung der Erdölregionen Ecuadors systematisch erfassen. Lediglich Bustamante und Jarrín (2005) haben den Versuch unternommen, auf der Grundlage der statistischen Datenerhebungen von 1974, 1982, 1990 und 2001 sowie den Angaben des ecuadorianischen Systems für Sozialindikatoren einen Vergleich zwischen den Erdölbezirken des Amazonasgebietes mit den Nicht-Erdölgebieten des Amazonas einerseits und den übrigen Regionen Ecuadors andererseits herzustellen. Im Rahmen dieser Studie haben sie vier Bezirke als Erdölbezirke⁶⁹ definiert, in denen sich zusammen genommen 80% der ecuadorianischen Bohrlöcher befinden. Es sind die Bezirke Lago Agrio (Nueva Loja), Shushufindi, Orellana und La Joya de los Sachas. In allen vier Bezirken wird bereits seit mehr als 20 Jahren Erdöl gefördert. Die Variablen, die untersucht werden, beziehen sich auf die Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und Armut. Verglichen mit dem landesweiten Durchschnitt zeichnen sich die Erdölbezirke überraschenderweise positiv in den Bereichen bessere Ernährung der Kinder (44% besser als der Landesdurchschnitt) und geringere Kindersterblichkeit (8% besser als der Landesdurchschnitt) ab. Diese positive Korrelation wird auch im Vergleich mit den anderen Amazonasbezirken bestätigt. Eine Erklärung für dieses Phänomen geben die Autoren allerdings nicht.

Im Gegensatz dazu ist die Versorgung mit Dienstleistungen wie die Gesundheitsversorgung⁷⁰, Trinkwasser- und Abwasserversorgung sowie Baumaterial wesentlich schlechter als im Landesdurchschnitt (nur 70%) und erstaunlicherweise gilt dies auch für den Vergleich mit den anderen Amazonasbezirken.

Große Hoffnungen, die oft mit der Erdölproduktion verbunden werden, beziehen sich auf die Minderung der Armut und Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in den betroffenen Gebieten. Hier kommt die Studie eindeutig zu dem Schluss, dass von der Erdölindustrie weder in die eine noch in die andere Rich-

⁶⁸ Seit Januar 2007 ist die Leitung des Ministeriums mit ausgewiesenen Umweltfachleuten besetzt, was vermuten lässt, dass das Prüfverfahren und Umweltmonitoring bei der Erdölproduktion verbessert wird.

⁶⁹ Bezirk als administrative Einheit, im Spanischen: *canton*.

⁷⁰ Gesundheitspersonal pro Einwohner.

tung Impulse ausgehen. Die vier Erdölbezirke liegen im Landesdurchschnitt (ohne die Großstädte Quito und Guayaquil) und im Amazonasvergleich leicht unter dem Durchschnitt.

Positive Effekte für den regionalen Arbeitsmarkt, wie sie auch von der Erdölindustrie betont werden, sind lediglich kurzfristig. So beschäftigte EnCana 414 Personen direkt und 221 indirekt, wobei die direkt Beschäftigten hoch spezialisierte Arbeitskräfte aus anderen Landesteilen oder aus dem Ausland waren, die auf dem jeweiligen lokalen oder regionalen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Für gering qualifizierte Arbeitsplätze und kurzfristige Arbeiten zum Bau der Infrastruktur und der Schneisen werden hingegen lokale Arbeiter eingesetzt. Laut EnCana waren dies 2004 im Block 14 1.087 Personen, die aber zum Teil nur für ein paar Wochen beschäftigt waren (Benalcázar, 2006).

Die Studie lässt den Schluss zu, dass in Bezug auf die sozialen Indikatoren die Erdölindustrie keinen entscheidenden Einfluss auf die Sozialstruktur der Bezirke ausübt. Die Studie von Bustamante und Jarrín ist allerdings erst eine erste Annäherung an das Thema. So arbeiten die Autoren leider nicht heraus, ob sich Veränderungen der sozialen Indikatoren im Laufe der Entwicklung der Erdölvorhaben ergeben haben, sondern bilden auf der Grundlage der Datenlage den Zustand zu Beginn dieses Jahrzehntes ab. Weitere Untersuchungen, die auch einen Vergleich mit Erdölregionen in anderen Amazonasländern einschließen sollten, sind daher notwendig, um zu wirklich belastbaren Aussagen zu kommen.

6.3 Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften

Die Auswirkungen von Großprojekten wie Wasserkraftwerke, Bergbau und Erdöl auf indigene Völker in der Amazonasregion wurden u. a. von Müller-Plantenberg (1988, 1995, 2003) in Brasilien und Kolumbien untersucht. Sie beobachtet eine Überlagerung der an die ökologische Situation angepassten indigenen Wirtschaftsformen und dem Wirtschaftsmodell marktgetriebener Großprojekte und transnationaler Konzerne, die gleichbedeutend ist mit dem Aufeinanderprallen kurzfristiger Wirtschaftsinteressen an den Ressourcen und dem Interesse an einer vielfältigen, schonenden Nutzung zur langfristigen Reproduktion der im Amazonas lebenden sozialen Gruppen wie den Kautschukzapfern und den indigenen Völkern (Müller-Plantenberg, 2003:101). Dabei ist die kapitalistische Wirtschaftsweise die dominante, ihre Dominanz resultiert aber nicht aus der Zerschlagung bestehender angepasster Wirtschaftsweisen sondern aus der Schaffung von Risiken für diese wie Waldzerstörung, Luft- und Wasserverschmutzung und Bodenerosion. Die Destabilisierung des Ökosystems führt zu einer zum Teil abrupten Destabilisierung indigener Wirtschaftsweisen und damit zur Schwächung der Beziehung zur Natur und der Entwurzelung der jeweils spezifischen Sozialbeziehungen. Dies ist an mehreren Beispielen wie dem Bau von Wasserkraftwerken in Venezuela und Brasilien, dem Kohlebergbau in Kolumbien sowie dem Goldbergbau in Venezuela untersucht worden (Mansutti,

1996, Roldán et al. 1999, Müller-Plantenberg, 2003). Auch von Vorhaben der Erdölförderung im ecuadorianischen Amazonas wird die Zerstörung sozialer Strukturen, die mit Alkoholismus, Prostitution und der zunehmenden Abhängigkeit von externen Unterstützungen einhergeht, von unterschiedlichen Autoren (Kimerling, 1996, Fundación Natura, 1996, Ortiz, 1999, Fontaine, 2003) als gravierend beschrieben.

Von Seiten der indigenen Organisationen in Ecuador werden zur Verbesserung der Situation der indigenen Völker unterschiedliche Strategien verfolgt. Mehrere Föderationen vor allem aus dem nördlichen Amazonasgebiet versuchen in Verhandlungen, möglichst gute Bedingungen für die betroffenen indigenen Gemeinschaften zu erzielen, während andere (vor allem aus dem mittleren und südlichen Amazonasgebiet) durch unterschiedliche Widerstandsformen, Erdölvorhaben in ihren Territorien verhindern wollen. Darauf wird in dem Kapitel 7.3. zu den Interessen und deren Beziehungen näher eingegangen.

Tabelle 6: Überlagerung verschiedener Produktionsweisen im Amazonasgebiet

	Eigentum an Produktionsmitteln	Produktionsverhältnisse	Produziertes Surplus	Technologische Entwicklung	Marktbezug	Walderhalt
Nationale Wirtschaft	Individuell Privatwirtschaftlich	Klassenstruktur	Kapitalakkumulation, Profitmaximierung	Risikoreich	100%	Walderhalt ist kein Ziel
Regionale Wirtschaften im Amazonas	Gemeinschaftlich gemäß verschiedener kulturell bestimmter Nutzungsrechte	Reziprok Arbeitsteilung nach Geschlecht und Altersgruppe	Wird für Feste angesammelt, für Tausch, weniger für den Markt	Optimierung einer langfristigen nachhaltigen Beziehung zur Natur	Vorhanden, aber Subsistenz wird beibehalten	Notwendig für Erhalt der Wirtschaftsweisen, Waldverlust bedeutet Verlust der Existenzbasis

Quelle: leicht modifiziert aus: Müller-Plantenberg (2003:103)

6.4 Direkte Auswirkungen der Erdölindustrie auf die Gesundheit der Bevölkerung

Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen der extraktiven Industrie werden von indirekten Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung begleitet. Das Auseinanderbrechen von festen sozialen Strukturen und verstärkte Migrationsbewegungen gehen in der Regel mit einem erhöhten Krankheitsrisiko einher. Strukturelle Änderungen können darüber hinaus auch mit einem Versorgungsdefizit einhergehen.

Unabhängig davon kann die Extraktion der Ressourcen direkte Auswirkungen auf die Gesundheit sowohl der unmittelbar am Arbeitsprozess Beteiligten als auch auf die Bewohner der umliegenden Region haben. Entscheidend dafür, ob und in welchem Ausmaß eine gesundheitliche Gefährdung der Arbeiter einerseits und der regional Ansässigen andererseits statt findet, sind die Sorgfalt sowie die Technologie, die dem Extraktionsprozess zugrunde liegt und die Maßnahmen, die zum Schutz der Arbeiter und Bewohner getroffen werden.

Bei der Extraktion von Erdöl beispielsweise kommt es in den verschiedenen Schritten des Prozesses zur Konzentration von gesundheitsschädlichen Substanzen (San Sebastián et al. 2001):

- Der Bohrprozess selbst geht mit verschiedenen Abfällen wie Schmier- und Dichtmitteln einher.
- Bei der Extraktion bilden sich unterirdische Wasseransammlungen, die Kohlenwasserstoffe, Schwermetalle und hohe Salzkonzentrationen enthalten,
- Die Verbrennung von Öl und Gas führt zur Bildung von Oxiden des Stickstoffs, Kohlenstoffs und Schwefels, darüber hinaus entsteht kohlenstoffhaltiger Ruß (Feinstaub),
- Das Rohöl selbst ist eine Mischung unterschiedlicher Kohlenwasserstoffe. Die flüchtigen organischen Substanzen wie Benzol, Xylol, Toluol (volatile organic chemicals, VOC) sowie PAH (polynucleare aromatische Kohlenwasserstoffe) haben die größte toxikologische Wirkung.

6.4.1 Bekannte Auslöser von gesundheitlichen Schäden

Nach einigen Autoren (San Sebastián et al. 2004) kann Rohöl im direktem Hautkontakt bei Mäusen Hautkrebs auslösen. Eine Übersichtsarbeit kam jedoch zu dem Ergebnis, dass eine Karzinogenität bei Versuchstieren nicht sicher nachweisbar ist, ebensowenig bei Menschen (International Agency for Research on Cancer, IARC, 1989).

Benzol ist ein bekannter Auslöser für Krebs, insbesondere von Leukämie und wahrscheinlich von weiteren Formen von Blutkrebs und -erkrankungen (Wong, 1987; Austin et al. 1988; Hayes et al. 1997; Savitz 1997; Ebstein et al. 2002). Benzol wirkt auf das Knochenmark toxisch und eine Exposition kann zu einer Verminderung der weißen und roten Blutkörperchen führen (Leukopenie, Lymphopenie, aplastische Anämie). Darüber hinaus wurde Benzol als Ursache der akuten myeloischen Leukämie (eine Form des Blutkrebs) seit mehr als 60 Jahren identifiziert (Ebstein et al. 2002). Benzol konnte nach Inhalation oder oraler Aufnahme als Karzinogen für unterschiedliche Tumorarten identifiziert werden. In epidemiologischen Studien konnte eine Beziehung zwischen beruflichem Kontakt mit Benzin und Leukämie festgestellt werden.

Für die anderen volatilen Kohlenwasserstoffe (Xylol, Toluol) konnte bisher keine Karzinogenität nachgewiesen werden. Dennoch wurde ein erhöhtes Risiko

bei Toluol-Exposition für Speiseröhren- und Enddarmkrankungen, bei Xylol- und Styrol-Exposition ebenfalls für Enddarmkrankungen gefunden (Gerin et al. 1998). Eine ökologische Studie zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen flüchtigen Kohlenwasserstoffen im Trinkwasser und Leukämie ergab Hinweise auf ein erhöhtes Auftreten von Leukämie bei Frauen (Gerin et al. 1998). Verschiedene epidemiologische Studien berichteten über einen direkten karzinogenen Effekt von PAH (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe) bei arbeitsbedingter Exposition insbesondere auf die Haut, die Blase und den Hodensack (Everall et al. 1978; International Agency for Research of Cancer 1983; Bonassi et al. 1989; Mastrangelo et al. 1996; Boffetta et al. 1997). Arbeiter in unterschiedlichen Industrien mit nennenswerter Exposition von PAH wiesen ein erhöhtes Risiko für Lungenkrebs auf (International Agency for Research of Cancer 1983; Mastrangelo et al. 1996; Boffetta et al. 1997; Nadon et al. 1995).

Nur wenige Studien berichten über die Risiken der Bewohner in Regionen nahe von petrochemischer Industrie. Eine ökologische Studie in den USA fand bei beiden Geschlechtern einen Zusammenhang zwischen Erdöl- und chemischen Emissionen in der Luft und Krebserkrankung. Alters- und geschlechtsadjustiert konnte ein erhöhtes Vorkommen für Krebserkrankungen des Magens, der Lunge, der Prostata, der Nieren sowie der harnableitenden Organe festgestellt werden (Kaldor et al. 1984). Ebenfalls in den USA wurden erhöhte Krebsraten für Lungen-, Nasenhöhlen-, Nasennebenhöhlen- und Hautkrebs gefunden (Blot 1977). Andere Studien in den USA fanden ein hohes Risiko für Lungen- und Hirnkrebs bei Bewohnern nahe von petrochemischen Werken (Gottlieb et al. 1982; Olin et al. 1987). Allerdings konnten wiederum andere Studien aus den USA diese Ergebnisse nicht bestätigen (Hearey et al. 1980).

In Großbritannien konnten Leukämie bei Kindern und andere kindliche Krebsarten geographisch den Verschmutzungen der Luft durch flüchtige Stoffe der Petrochemie zugeordnet werden (Knox et al. 1997, 1998), allerdings fanden andere Autoren in Wales keinen Zusammenhang zwischen dem Vorkommen von Leukämie und bösartigen Lymphknotenerkrankungen und der Nähe von petrochemischer Industrie (Lyons et al. 1995; Wilkinson, 1999).

Studien in Taiwan fanden einen Zusammenhang zwischen dem Wohnort nahe eines petrochemischen Industriestandortes und Leber- und Lungenkrebs (Yang et al. 1997, 1999). sowie an Knochen-, Hirn- und Blasenkrebs bei jungen Erwachsenen (Pan et al. 1994).

Auch hinsichtlich der Erkrankung der in der Erdölextraktion und -verarbeitung Tätigen ist die Studienlage nicht eindeutig. Eine Fall-Kontroll-Studie ergab ein vergrößertes Risiko bei Arbeitern für Hodenkrebs (Mills PK et al. 1984), eine andere konnte dieses Risiko nicht nachweisen (Sewell et al. 1986). Eine weitere Studie fand einen Zusammenhang zwischen einer Rohölexposition und Enddarm- sowie Lungenkrebs (Siemiatycki et al. 1987) eine weitere Studie an Produktions- und Pipeline-Arbeitern fand keinen Unterschied in Bezug auf die

Todesursachen zwischen Rohöl-Exponierten und anderen (Divine et al. 1987). Eine weitere Studie an Arbeitern der Öl- und Gasfelder der USA zeigte einen positiven Zusammenhang zwischen der Arbeit und dem Auftreten von akuter Leukämie (Sathiakumar et al 1995), ebenso zeigte eine Studie aus China eine hohe Rate von Leukämie bei den Arbeitern der Ölfelder (Yang, 1991).

Der durch das Abbrennen von Rohöl entstehende Feinstaub ist ursächlich für Beschwerden der Atemwege sowie für vorzeitige Todesfälle auf Grund von Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen (Peters et al. 1997). Andere Studien zeigen einen direkten Zusammenhang zwischen Asthma-Symptomen und -erkrankungen und dem Wohnort in Gegenden mit hohem Straßenverkehr (Pope 1989; Pope et al. 1991; Pope et al. 1992; Peters et al. 1997; Peters et al. 1999).

Zusammenfassend kann man sagen, dass viele Studien für eine gesundheitliche Bedrohung sowohl der Arbeiter der betreffenden Industrien als auch der Bewohner der betroffenen Regionen spricht. Da sowohl Technik als auch Prozesse der Extraktion unterschiedlicher Qualität sind, können die unterschiedlichen Studienergebnisse nicht verwundern. Trotz einiger Zweifel muss jedoch grundsätzlich von einer gesundheitlichen Gefahr ausgegangen werden. Da durchaus von unterschiedlicher technischer Qualität und Sorgfalt der Prozesse zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern ausgegangen werden muss, sind im Kontext dieser Arbeit vor allem Studien zu den Gesundheitsrisiken in der Amazonas- bzw. Orinoko-Region entscheidend.

6.4.2 Gesundheitliche Effekte der Erdölexploration in der Region

Eine der ersten grundlegenden Studien über den Zusammenhang zwischen Erdölexploration und Gesundheit in Ecuador wurde von Jochnik et al. 1994 erstellt. Die Autoren fanden, dass auf Grund von jahrzehntelang währender Vernachlässigung des Umweltschutzes zunächst durch Texaco, später auch durch Petroecuador extrem mit PAH und VOC verunreinigte Abwässer der Erdölgewinnung in die Umwelt gelangten. Die Konzentration von PAH und VOC im Trinkwasser lag um das 10- bis 1.000fache über den empfohlenen Grenzwerten der Umweltschutzbehörde der USA. Eine querschnittliche medizinische Studie ergab einen hohen Anteil von Hautkrankheiten, die als Indikator für das Risiko chronischer Krankheiten gewertet wurden. Auf der Basis der oben beschriebenen Zusammenhänge zwischen den toxischen Substanzen und der Entstehung von unterschiedlichen Krebsarten wurde die Bevölkerung damit einem hohen Krebsrisiko sowie weiteren Erkrankungsrisiken ausgesetzt (Jochnik et al. 1994, S. 17). Die Kürze der Studie erlaubte es den Autoren nicht, eine längsschnittliche Untersuchung chronischer Erkrankungen durchzuführen.

San Sebastián et al (2001) untersuchten das Wasser des Dorfes San Carlos in der Provinz Orellana im Nordosten Ecuadors und fand eine hohe Verschmutzung (10-220fach über dem europäischen Grenzwert) mit erdölbezogenen Kohlenwasserstoffen (total petroleum hydrocarbons, TPH). Im Zeitraum von 1989 bis 1998 war die Rate der Krebserkrankungen bei Männern um das 2,26fache

erhöht, die Sterblichkeit an Krebs um das 3,6fache. Betroffen waren vor allem die Organe des Magendarmtrakts (Rachen, Magen, Dünndarm, Leber). Offen bleibt die Frage, warum vor allem Männer betroffen waren. Möglicherweise spielt die stärkere Exposition der Arbeiter hier eine Rolle. Die kleine Anzahl der Bewohner des Ortes und damit die der Erkrankten reichen für eine statistische Bestätigung nicht aus. Weitere Arbeiten kamen jedoch zu ähnlichen Ergebnissen (San Sebastián et al 2004).

In einer ökologischen Studie wurde das Vorkommen von Leukämie der Jahre 1985 bis 2000 in Erdölregionen Ecuadors mit dem in anderen Regionen verglichen.

Das relative Risiko (RR) für alle Formen der Leukämie war in den Erdölregionen statistisch signifikant erhöht: Bei Kindern von 0 bis 4 Jahren beiderlei Geschlechts betrug das relative Risiko 3,48, bei Mädchen von 0 bis 14 Jahren 2,60 und kombiniert in beiden Geschlechtern 2,56. Für andere Krebsarten gab es in diesen Altersgruppen kein erhöhtes Risiko. Die Autoren fordern ein sorgfältiges Umwelt- sowie epidemiologisches Monitoring.

Hurtig et al. (2002) untersuchten ebenfalls das Auftreten von Krebs in vier Provinzen Ecuadors und verglichen Erdölregionen mit anderen ländlichen Regionen. Sie kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Das relative Risiko für alle Krebsarten war bei Frauen 1,63, bei Männern 1,40, signifikante Erhöhungen des RR wurden für Magenkrebs (RR 2,51), Enddarmkrebs (RR 10,94), Weichteilkrebs (Sarkome) (RR 15,59) und Nieren (RR 9,2) bei Männern sowie Gebärmutterhalskrebs (RR 4,01) und Lymphknotenkrebs (RR 4,74) bei Frauen nachgewiesen. Kinder beiderlei Geschlechts unter 10 Jahren hatten in exponierten Provinzen ein erhöhtes Risiko für Knochenmarkkrebs. Die Autoren kommen bezüglich eines strengen Monitorings zum gleichen Schluss wie ihre vorgenannten Kollegen.

Andere Studien untersuchen die gesundheitlichen Beschwerden von Bewohnern von Erdölregionen. Ein Haushaltssurvey bei 237 Familien und einer durchschnittlichen Anzahl von sechs Mitgliedern, die im Mittel bereits 15 Jahre in der Nähe von Erdölfeldern im „Oriente“ Ecuadors lebten, ergab, dass von den 1520 befragten Familienmitgliedern 1252 (82,4%) unter Krankheiten und Beschwerden litten, die durch Verunreinigungen durch die Erdölproduktion verursacht wurden. Die Hälfte der Betroffenen waren Kinder unter 14 Jahren, diese machten auch 51,5% der Bevölkerung aus, zu 46% waren Erwachsene betroffen und zu 4% Alte. 95,5% der Betroffenen litten unter Hautbeschwerden, 75,24% unter Atemwegsbeschwerden, 63,59% unter Beschwerden des Verdauungstraktes, 48,05% hatten ein Augenleiden, 28,6 wiesen Probleme im Hals-Nasen-Ohrenbereich auf und 8,73% hatten gynäkologische Beschwerden. Offensichtlich hatten die Betroffenen bis zu drei unterschiedliche Beschwerdebilder.

Die Rate der Krebstoten war mit 13,6 pro 10.000 Einwohner und Jahr mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt in Ecuador (5,48) und fast das Sechsfache der Region mit der niedrigsten Krebssterblichkeit (1,45). Die häufigsten

Krebskrankheiten waren die des Magens, der Leber, der Knochen und Leukämie.

Als Gründe für die Kontamination mit Erdölprodukten/-abfällen geben die Autoren vor allem inkorrekte Ausführungen der Tätigkeiten, Ignoranz, Provokation, unzureichende Materialien und Unfälle an.

1993 führte die Gesellschaft der Gesundheitsarbeiter im ecuadorianischen Amazonasbecken eine beschreibende Studie in den Gemeinden durch (*Unión de Promotores Populares de Salud de la Amazonía Ecuatoriana*, 1993). Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass in Öl-produzierenden Regionen im Vergleich zu nicht Öl-produzierenden eine höhere Rate von Fehlgeburten, Hautentzündungen, Hautpilz, Unterernährung sowie eine erhöhte Sterblichkeitsrate vorlag.

San Sebastián (2002) untersuchte in einer weiteren vergleichenden Studie von Kommunen in den Ölfeldern im Vergleich mit nicht exponierten Kommunen die Fehlgeburtsrate von Frauen zwischen 17 und 45 Jahren. Das relative Risiko für eine Fehlgeburt war bei exponierten Frauen gegenüber der Vergleichsgruppe 2,47.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass auf Grund der angewandten Verfahrenstechnik sowie menschlichem Versagen in Verbindung mit zahlreichen Unfällen mit Leckagen, die Exposition der Bevölkerung mit toxischen Substanzen der Erdölproduktion in den Erdölgebieten Ecuadors erheblich ist. Messungen in den Gewässern der betroffenen Kommunen haben dies bestätigt. Offensichtlich ist die betroffene Bevölkerung unter diesen Bedingungen einem erheblich erhöhten Krankheits- und Sterblichkeitsrisiko insbesondere für Krebskrankheiten ausgesetzt.

Die Ergebnisse der ersten Untersuchungen veranlassten die CONAIE bereits 1993 ein Moratorium für die Erdölförderung im „*Oriente*“ zu fordern, bis eine umweltgerechte und gesundheitsschonende Erdölförderung möglich sei.

7. Die Akteure, ihre Interessen und Strategien

Um die Erfordernisse einer unterstützenden Maßnahme von außen für nachhaltige Verhandlungsprozesse und -ergebnisse diskutieren zu können, ist eine Analyse der Akteure, ihrer Interessen, Strategien, Stärken und Defizite sowie ihrer (Macht-) Beziehungen zueinander notwendig. Dabei wird davon ausgegangen, dass es im Wesentlichen drei Akteure sind, die in den Konflikten um Ressourcen und den Verhandlungsprozessen eine entscheidende Rolle spielen:

- Die transnationalen Erdölunternehmen, die noch einmal in die internationale Unternehmensleitung und die Entscheidungsträger vor Ort zu unterscheiden sind;
- Der Staat, vertreten durch die einzelnen Ministerien, die auf die Erdölproduktion Einfluss ausüben. Dies sind die Erdöl- und Bergbau- sowie die Umweltministerien, die Provinz- bzw. Lokalpolitik und -verwaltung und nicht zuletzt die staatlichen Erdölunternehmen, die vielfach in einer doppelten Rolle sowohl als durchführendes Unternehmen wie auch als staatliche Vertrags- und Kontrollinstanz für Privatunternehmen fungieren;
- Die indigenen Völker, zum einen die unmittelbar betroffenen lokalen Gemeinschaften und ihre politischen Regionalorganisationen, zum anderen die Organisationen zweiten Grades, die auf der regionalen Ebene die lokalen Gemeinschaften vertreten. Sie sind meist als Föderationen von Basisorganisationen verfasst.

Jeder dieser Akteure positioniert sich in dem Konflikt und den Verhandlungen nach seinen Interessen, Bedürfnissen und Kapazitäten, aber auch nach seinen ethischen Überzeugungen. Weitere Akteure sind die Siedler in der Region und die Umweltschutz- sowie Menschenrechtsorganisationen, die im Rahmen dieser Arbeit nur kurz dargestellt werden. Andere Wirtschaftsinteressen wie Holzeinschlag und die industrielle agrarwirtschaftliche Produktion zum Beispiel von Palmenöl spielen in der Zerstörung des Amazonaswaldes eine große Rolle, sind aber in den Gebieten mit Erdölproduktion in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung dieser nachgeordnet und werden hier nicht weiterbehandelt.

7.1 Die staatlichen Institutionen

Der Staat ist in Ecuador und Venezuela Eigentümer der Ressource Erdöl mit einem großen volkswirtschaftlichen Interesse an der Förderung des Rohstoffs. In dem Kontext dieses Kapitels stehen die Energie- und Bergbauministerien im Vordergrund, da sie die Erdölförderung im Amazonas- und Orinokogebiet direkt beeinflussen. Sie sind für die Entwicklung einer nationalen Politik in dem Bereich Konzessionsvergabe, Kontrolle der Förderaktivitäten und der Energieversorgung zuständig.

Bis in die 1990er Jahre hat der Staat die Regelung der Beziehungen mit indigenen Gemeinschaften oder Siedlern vor Ort weitgehend den Unternehmen überlassen. Interessanterweise war dies auch dann der Fall, wenn das Unternehmen vor Ort in staatlicher Hand war. So ist es in Venezuela bisher PdVSA, die die Beziehungen zu den Kommunen, lokalen Organisationen und indigenen Völkern regelt und nicht das Bergbau- und Energieministerium, das eigentlich die staatliche Politik in dem Feld umsetzen soll. Nun ist das Machtgefälle zwischen Ministerium und PdVSA in Venezuela sehr groß, aber auch in Ecuador ist Petroecuador vor Ort verantwortlich für die Kommunikation mit den indigenen Völkern. Das Hauptinteresse des Staates besteht in der reibungslosen Abwicklung von Erdölaktivitäten und im Falle Ecuadors in der Sicherung ausländischer Investitionen⁷¹. So war die damalige ecuadorianische Regierung vehement dagegen, dass Siedler und Vertreter der Indigenen gegen Texaco vor einem US-amerikanischen Gericht klagten:

„...falls die Anklage vor einem amerikanischen Gericht akzeptiert wird, wird damit die nationale Souveränität und ausländische Investitionen in Frage gestellt.“ (zitiert nach Wray, 2000:39)⁷²

Mittlerweile verlagert sich der Diskurs von der Konfrontation oder Negation indigener Interessen hin zu einem Diskurs der Konsultation, des Dialogs und der Verhandlungen. Damit werden die Vorgaben in der ILO Konvention 169, die Konsultation, Teilhabe an den Gewinnen und das Recht auf Entschädigung für die Schäden aus Bergbau- und Erdölvorhaben vorsieht, aufgegriffen. Neue Gesetze zur „*consulta y participación*“ sind in Ecuador und Venezuela verabschiedet worden (siehe Kap. 4). Die Beteiligungsrechte an den Gewinnen aus der

⁷¹ Seit Amtsübernahme der Regierung Correa 2007 beginnt die ecuadorianische Regierung die Erdölverträge zu überprüfen und die Bedingungen für ausländische Investitionen zu verändern.

⁷² Die Klage richtete sich gegen die Umweltverschmutzungen, die Texaco in Ecuador hinterlassen hatte und die negativen Auswirkungen auf die Cofán und Huaorani. 1995 schloss die ecuadorianische Regierung einen Vertrag über die Zahlung von Geldern für „Umweltreparaturen“ mit Texaco, um die Klage zu unterlaufen. Einige Führer der regionalen Indigenenorganisationen FOISE und FCUNAE unterstützten das Vorgehen der Regierung. Sie hatten ein Unternehmen (Corpesege) gegründet, das einige der Umweltreparaturen durchführen sollte. Die Klage wurde mittlerweile von einem US Gericht an Ecuador zurückdelegiert und ist am Gericht in Lago Agrio, Ecuador anhängig.

Erdölförderung sind jedoch weitgehend auf den Zentralstaat fixiert. Wie die Beteiligung indigener Gemeinschaften vor Ort an den Gewinnen ausfällt, ist in Ecuador bisher immer noch von dem jeweiligen "Verhandlungsgeschick" der Indigenen abhängig.

7.2 Die Erdölunternehmen

Von Seiten der privaten Unternehmen gibt es keine gemeinsame Strategie gegenüber indigenen Völkern und Gemeinschaften. Trotzdem lassen sich bestimmte Entwicklungen und Strategien verallgemeinern.

Wie sich die Beziehungen zwischen Erdölunternehmen und indigenen Völkern in den letzten dreißig Jahren verändert haben, zeigt das Beispiel Ecuador. Dort lassen sich im Wesentlichen folgende Strategien beobachten (siehe auch Wray 2000:45-51):

- „*Gute Nachbarschaft*“

Im Sinne einer guten Nachbarschaft versuchen Konzerne (wie Texaco in den 1970er Jahren), sich mittels Geschenken die Unterstützung der indigenen Gemeinschaften zu sichern. Die Geschenke werden meist individuell oder an einzelne Dorfgemeinschaften gegeben und oft gezielt zur Spaltung von Gemeinschaften nach dem Motto „teile und herrsche“ eingesetzt. Dieses Vorgehen der Konzerne dominierte in den 1970er bis Ende der 1980er Jahre.

- „*Vom geschenkten Außenbordmotor zum Projekt*“

Die Phase wurde Mitte der 80er Jahre durch die staatliche Firma CEPE (heute Petroecuador) eingeleitet, die auf der Grundlage des neuen Erdölgesetzes einen „*Fondo de desarrollo comunal*“ auflegte, der mit 0,3 % der Einnahmen von CEPE gespeist wurde. Zu der Zeit gründeten sich die ersten indigenen Organisationen in Ecuador, die von CEPE als Gesprächspartner für Projekte anerkannt wurden.

- „*Vom Projekt zur Corporate Social Responsibility*“

Heute setzen die meisten Unternehmen auf die Entwicklung längerfristiger Beziehungen zu den indigenen Gemeinschaften. Der Diskurs der multinationalen Erdölunternehmen ist geprägt von der internationalen Debatte um soziale Unternehmensverantwortung (*Corporate Social Responsibility*). In diesem Zusammenhang haben sich alle großen internationalen Erdölkonzerne Verhaltenskodizes für ihre Umwelt- und Sozialpolitik gegeben⁷³. Einige Konzerne wie BP, Shell und PdVSA versuchen über Projekte, eine regionale Entwicklung zu unterstützen und dadurch *best practice*

⁷³ BP, 2002: Grundsätze der Geschäftspolitik, Shell, 2003: There is no alternative, Shell on sustainable development, Shell: Statement of General Principles, ENI, 1998: Codice di Comportamento, Für den Bergbau: United Nations, 2002: Guidelines for mining and sustainable development.

Beispiele zu geben. Für die Beziehung zu den indigenen Völkern und Gemeinschaften haben viele Unternehmen Ethnologen eingestellt und zuständige Abteilungen für die Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung eingerichtet. So hat Shell ganz bewusst versucht, in Camisea, dem großen Erdgasprojekt in Peru, ein Beispiel guter Praxis durch frühzeitige Verhandlungen mit den indigenen Gemeinschaften über die Durchführung der Erdgasaktivitäten und begleitende (Entwicklungs-)Projekte durchzuführen und somit einen Gegenpol zu ihrem negativen Image in Nigeria zu setzen. Da Shell sich jedoch aufgrund ökonomischer Überlegungen aus Camisea zurückgezogen hat, wurden die Ansätze nicht umgesetzt.⁷⁴ Somit steht der Beweis in Lateinamerika noch aus, dass sich extraktive Industrie und nachhaltige Regionalentwicklung vereinbaren lassen.

Inwieweit der veränderte Diskurs der Unternehmen tatsächlich auch zu einer veränderten Praxis führt, ist noch nicht absehbar. Dies wird stark von den Rahmenbedingungen, die der Staat setzen muss und der Stärkung und Artikulationsfähigkeit der indigenen Organisationen sowie der Entwicklung der internationalen Diskussion um sozialverantwortliches Unternehmenshandeln abhängen. Es wird nicht ausreichen, die Beziehung zwischen indigenen Völkern und Unternehmen dem (guten) Willen der Unternehmensleitung zu überlassen, sondern man wird die Beziehungen verrechtlichen müssen. Dazu müssen Regulierungsmechanismen, Normen, Monitoringprozesse und Sanktionen entwickelt werden, die u.a. in die Verträge zwischen Unternehmen und Staat Eingang finden könnten. Von privaten Unternehmen wird bemängelt, dass in den Verträgen über die Förderbedingungen mit dem Staat keine klaren Vorgaben bezüglich Kommunikation und Partizipation indigener Völker gemacht werden (EAP, 2003).

7.3 Indigene Völker und ihre Organisationen

Es gibt keine einheitliche Position und Strategie indigener Völker und ihrer Organisationen gegenüber dem Rohstoffabbau. Der Widerstand gegen den Abbau und die Bedingungen, unter denen der Abbau erfolgt, ist meist auf die betroffene Region begrenzt und auch die Verhandlungen zwischen indigenem Volk und dem Unternehmen werden separat pro Region beziehungsweise pro Volk geführt. Es hat erst in den letzten Jahren ein Erfahrungsaustausch über die regionalen und nationalen Grenzen hinweg zur Verständigung und Diskussion zwischen den indigenen Organisationen eingesetzt. Eine wichtige Rolle spielte dabei für das Amazonasbecken die Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA, und deren nationalen Mitgliedsorganisationen. Dieser Austausch und die Debatten zur Strategiefindung, Fortbildungsmaßnahmen über

⁷⁴ Die Anteile von Shell wurden von Tripetrol aus Argentinien übernommen, die allerdings zu einem paternalistischen Beziehungsstil zurückgekehrt sind.

die rechtliche Situation und die Unterstützung in Verhandlungsprozessen wurden vor allem durch internationale Organisationen wie Oxfam America und Ibis (Dänemark) sowie durch die Entwicklungszusammenarbeit gefördert.

Neben den Hauptakteuren gibt es eine Reihe weiterer wichtiger Akteure, die bei der Erdölförderung auf indigenen Territorien zu beachten sind.

7.4 Siedler

Die Siedler sind eine in diesem Kontext schwer zu fassende Gruppe, da ihr Organisationsgrad sehr gering ist. Ihre Situation soll am Beispiel Ecuadors kurz beschrieben werden. Little (1999:8) sieht die Siedler als Täter und Opfer zu gleich. Die Siedler sind überwiegend ehemalige Bauern aus dem Hochland Ecuadors, die durch die staatliche Agrarpolitik in den 1960 und 70er Jahren aufgefordert wurden, in der Amazonasregion neue landwirtschaftliche Flächen in Produktion zu nehmen. Sie sind meist selber Quichua Indianer aus dem Hochland, jedoch nicht mit dem tropischen Ökosystem des Tieflandes vertraut. Durch die Inbesitznahme von Land im Tiefland sind sie zwar Invasoren auf indigenem Land und werden durch die Urbarmachung des Waldes für die Landwirtschaft zu einem Faktor der Waldzerstörung. Andererseits sind sie ein marginalisierter extrem armer Teil der ecuadorianischen Gesellschaft und leiden unter der Landkonzentration, einer verfehlten Agrarpolitik und der Zerstörung der Umwelt in ihren Herkunftsregionen.

Die Erdölförderung hat die Besiedlungstendenzen des Amazonasraumes weiter verstärkt, da Ansiedlungen den Straßen der Erdölgesellschaften folgen (Petroecuador 2002c:18) und sich dann weiter entlang den Flussläufen ziehen. Laut Hicks (1990) diene die Kolonisierung des Amazonasgebietes drei Zielen: der Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktionsgrenze, der Entlastung der Agrargebiete im Hochland und an der Küste sowie der Bildung sogenannter lebender oder bewohnter Grenzen im Rahmen der Grenzstreitigkeiten mit dem Nachbarland Peru.

Die Siedler gingen in den Nordosten des Landes auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen, aber sie fanden sich konfrontiert mit der indigenen Bevölkerung, die sie als feindliche Eindringlinge betrachtete und mit ökologischen Gegebenheiten, mit denen sie nicht vertraut waren. Viele waren in der ersten Zeit davon abhängig, Arbeit in der Erdölindustrie zu finden (Petroecuador 2002c), um zu überleben. Die Haltung der Siedler gegenüber der Erdölindustrie wird daher als sehr ambivalent beschrieben (Little, 1998).

7.5 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen

Die Umweltorganisationen, die zum Amazonas- oder Orinokogebiet arbeiten, lassen sich vereinfachend zwei unterschiedlichen politisch-ideologischen Richtungen zu ordnen. Die erste Gruppe besteht aus Organisationen wie Conservation International und Nature Conservancy mit Hauptsitz in den USA sowie

WWF und IUCN mit Sitz in Europa sowie deren nationalen Dependenz. Diese Organisationen, deren Hauptanliegen der Naturschutz und die Einrichtung von Schutzgebieten sind, werden eher als Institutionen denn als Nichtregierungsorganisationen wahrgenommen. Dies ist durch ihre gute finanzielle Ausstattung, ihre Nähe zu den großen Stiftungen und ihre Integration in internationale Verhandlungsprozesse bedingt. Auf nationaler Ebene lassen sich Organisationen wie die Fundación Natura in Ecuador dieser Gruppe zurechnen. In der zweiten Gruppe befinden sich Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie das Rainforest Action Network, Cultural Survival aus den USA und das World Rainforest Movement mit Sitz in Uruguay oder Survival International aus Europa. Diese Organisationen sind eher die Aktivisten, die den Institutionen gegenüber misstrauisch sind und in ihrer Politik eher auf Aktivitäten der Strasse als auf institutionalisierte Lobbyaktivitäten setzen. Acción Ecológica in Ecuador oder Red Alerta Orinoko sind Teil dieser Gruppe.

7.6 Allianzen

Von externen Betrachtern werden sehr unterschiedliche Allianzen festgestellt: Während zum Beispiel die Universität Central de Ecuador auf der einen Seite den Staat und die Unternehmen mit ihren Verbündeten innerhalb- und außerhalb des Landes und auf der anderen Seite die Indigenen und die Siedler mit ihren Verbündeten sieht (Petroecuador 2002c:19), zieht Little (1999:16) die Trennlinie zwischen der Erdölindustrie und den Siedlern einerseits und den indigenen Gemeinschaften, Umweltgruppen und der Tourismusindustrie andererseits. Die Gruppe der Siedler wird in diesen Betrachtungen unterschiedlichen „Lagern“ zugeordnet, da ihre Interessenlage von den verschiedenen Autoren widersprüchlich eingeschätzt wird. Stellungnahmen von Siedlern selber gibt es nur auf der individuellen Ebene, da sie nicht in größeren Zusammenhängen organisiert sind.

Anhand der folgenden Fallbeispiele werden die Akteure und ihre Beziehungen näher untersucht.

8. Fallbeispiele

8.1 Verhandlung eines Verhaltenskodex zwischen den Secoya und Occidental

Zum Zeitpunkt der Untersuchung (2000, 2001) war der Konzern *Occidental Exploration and Production Company* (OEPC), das ecuadorianische Tochterunternehmen der Occidental Petroleum Corporation (Oxy) mit Sitz in Los Angeles, USA, der Betreiber der Erdölproduktion im Block 15. Grundlage war ein Vertrag über Dienstleistungen „*prestación de servicios*“ mit Petroecuador von 1985, der 1999 in einen Beteiligungsvertrag umgewandelt wurde. Laut Business Week (24.4.2006) soll die Gesamtproduktion der Oxy in Ecuador über 100.000 Barrel pro Tag betragen haben, dies entspräche 7% der weltweiten Produktion des Unternehmens. Im Jahr 2006 kündigte Ecuador die Verträge mit Oxy, nach dem der Konzern bereits 2000 40% seiner Anteile am Block 15 an die kanadische Firma EnCana verkauft hatte, ohne die ecuadorianische Regierung über die Transaktion zu informieren.⁷⁵ Der Konzern hat auf die Kündigung mit einer internationalen Klage zum Investitionsschutz gedroht, der Fall ist noch anhängig. Der Hauptbetreiber des Erdölfeldes im Block 15 ist seit Mai 2006 Petroecuador. Der im Fallbeispiel untersuchte Verhandlungsprozess bezieht sich auf den Zeitraum 1999 bis 2001, so dass die beschriebenen Auseinandersetzungen über den Verkauf der Konzession zwischen dem Staat und Oxy noch keine entscheidende Rolle gespielt haben dürften.

8.1.1 Geografische Lage

Der Block 15 umfasst 200.000 ha im Nordosten Ecuadors in den Provinzen Orellana und Sucumbios. Er überschneidet sich mit den indigenen Territorien der Secoya und der Quichua sowie dem Nationalpark Yasuní, den biologischen Reservaten Limoncocha und Cuyabeno sowie dem Schutzwald Pañacocha.

⁷⁵ EnCana wiederum hat im Februar 2006 seine Erdöllizenzen in Ecuador inkl. der Oxy Anteile an ein chinesisches Konsortium verkauft.

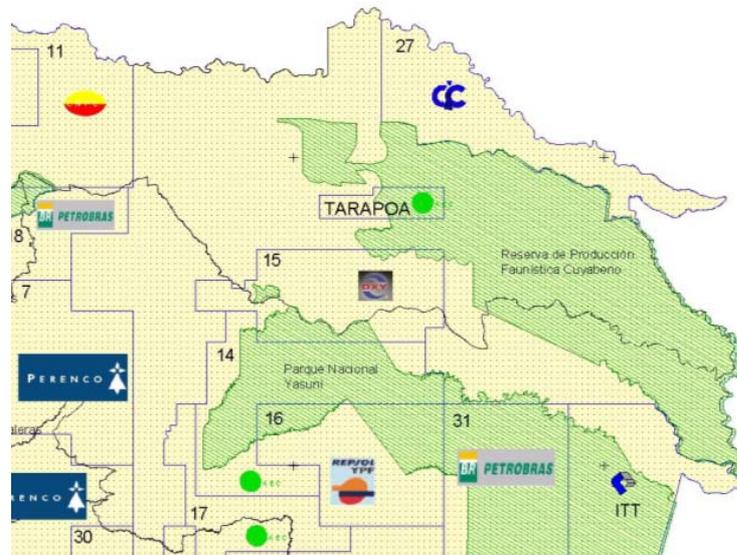


Abbildung 4 Block 15 und Naturschutzgebiete

Quelle: www.petroecuador.com (5.5.2007)

Auf dem Gebiet waren vier Erdölplattformen installiert, aus denen täglich über 25.000 Barrel gefördert wurden, eine dieser Plattformen befindet sich auf dem Gebiet der Secoya.

8.1.2 Soziokulturelle Situation

In dem Block 15 leben circa 5.000 Menschen: Die Shuar im Westen, die Quichua im Osten und die Secoya im Norden. Außerdem haben sich Siedler in mehreren Ansiedlungen über das Gebiet verteilt. Da der Verhandlungsprozess zwischen den Secoya und der OPEC / Oxy stattfand, wird diese Ethnie im Folgenden näher beschrieben. Zwar fanden auch Verhandlungen mit den Quichua im Block 15 statt, diese sind aber nicht Gegenstand dieser Betrachtung.

Die Secoya

Zusammen mit den Siona bilden die Secoya eine linguistische Gruppe bekannt als Tukano Occidental. Ihre Anzahl wird mit 350 bis 380 Personen angegeben, die sich auf drei Verwaltungseinheiten (*centros comunales: San Pablo de Cantetsiaya, Si'ecoya Remolino und Centro Eno*) verteilen. Ihre Interessenvertretungsorganisation, die OISE (*Organización de Indígenas Secoya*) vertritt sie nach außen.

Sie leben traditionell in weit voneinander entfernten Ansiedlungen in Großfamilien, die patrilinear organisiert sind (Vickers, 1989). Die einzelnen Gemeinschaften sind gleichberechtigt und politisch voneinander unabhängig. In ihrem Zentrum steht ein Schamane oder Heiler. Ihre Wirtschaft basiert auf dem Gemüseanbau, der Jagd und dem Fischfang. Zusammen mit den Siona wurde ihnen vom Staat 1993 ein Territorium von 42.000 ha zugesprochen.

Die Geschichte der unmittelbaren Auseinandersetzung mit der herrschenden ecuadorianischen Gesellschaft begann 1942 mit dem Krieg und der Schließung

der Grenze nach Peru. Dadurch wurden die Secoya, die auf beiden Seiten der Grenze lebten, getrennt, Handel, Familientreffen und Feste waren nicht mehr möglich. Außerdem nahm in Folge des Krieges die militärische Präsenz in ihrer Region zu und Ansiedlungsprojekte von Bauern aus anderen Landesteilen wurden von der Regierung propagiert, um „lebende Grenzen“ zu bilden. Die Missionierung durch das *Summer Institute of Linguistik* tat ihr Übriges, um die Kultur der Secoya zu destabilisieren. Um dem Druck auszuweichen, zogen sich die Secoya in den äußersten Westen ihres traditionellen Territoriums zurück, wo sie heute leben. Untersuchungen von de la Torre (1998) in Si'ecoya stellten fest, dass die Nahrungsgrundlage der Secoya zu 58 % durch Ackerbau, Fisch- und Viehzucht, knapp 8% durch die Jagd, Fischfang und Sammeltätigkeiten und zu 34% durch Lebensmittel, die auf dem Markt eingekauft werden, gedeckt wird. Diese Entwicklung hin zu einer verstärkten Abhängigkeit von Marktprodukten erfordert einen Gelderwerb, der zum Teil durch Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten auf den regionalen Märkten erfolgt. Allerdings beschreibt de la Torre auch, dass der Gelderwerb bis zum Eintreffen der Erdölunternehmen sekundär und die Basis der Produktion die *minga*⁷⁶ war. Der Abhängigkeitsprozess von Marktprodukten wurde durch die Präsenz der Erdölunternehmen und den damit verbundenen marktwirtschaftlichen Beziehungen⁷⁷ zu ihnen beschleunigt.

In der gleichen Zeit, in der sich die Ernährungsgewohnheiten veränderten, änderte sich auch ihr politisches System. An die Stelle des religiösen Oberhauptes, dem Schamanen, der die Gemeinschaft führt, tritt ein gewählter Vertreter der Gemeinschaft und die politische Repräsentanz übernimmt die Leitung der ethnischen Organisation OISE, die auf einer Generalversammlung gewählt wird (Fontaine, 2003).

8.1.3 Der Verhandlungsprozess

Die Vorgeschichte

1985 unterzeichnete das Tochterunternehmen von Oxy, die *Occidental Exploration and Production Company (OEPC)*, einen Vertrag mit dem nationalen ecuadorianischen Erdölunternehmen CEPE (jetzt Petroecuador) über die Exploration und Produktion von Erdöl in einem 200.000 ha großen Gebiet, dem Block 15. Das Unternehmen begann mit der Seismik und erklärte Mitte 1992, dass wirtschaftlich ausreichende Mengen Erdöl in dem Gebiet vorhanden seien. Drei Wochen später gab Petroecuador die Erlaubnis, in Produktion zu gehen (Kimerling, 2001). Die erste Bohrung wurde 1996 auf dem Gebiet der Quichua-Gemeinde El Eden durchgeführt. Seit 1995 wurden Explorationsarbeiten auf dem Gebiet der Secoya realisiert. Das Unternehmen hatte nach eigenen Angaben rechtzeitig mit den indigenen Gemeinschaften Kompensationsverträge geschlossen, um auf ihrem Gebiet arbeiten zu können. Diese Verträge wurden aber nicht

⁷⁶ Arbeit der Gemeinschaft zur Ausführung gemeinsamer Aufgaben und in der Ernte.

⁷⁷ Z.B. durch den Verkauf von Wild oder Fisch, z.T. durch Lohnarbeit.

von allen Gemeinschaften anerkannt, da das Unternehmen nur mit einer Gemeinschaft (San Pablo) verhandelt hatte. Die Secoya warfen OEPC / Oxy vor, die Gemeinschaften gegeneinander ausspielen zu wollen. Die Beziehungen zwischen den Secoya und dem Unternehmen wurden zunehmend angespannter. Die Secoya sahen sich durch die Verträge benachteiligt: Sie hätten weder Informationen über das Ausmaß der Erdölförderung noch genaue Vorstellungen, um welche Summen es in diesem Geschäft ginge. Diese Feststellung scheint angesichts der Beträge über Kompensationszahlungen berechtigt. So sah der Vertrag zwischen der OISE und OEPC / Oxy aus dem Jahre 1997 vor, dass der Konzern Zugang zu ihrem Land erhält, um Explorations- und Förderaktivitäten durchzuführen und dafür Material für Dächer, Kochtöpfe, Stacheldraht usw. den Dorfgemeinschaften zur Verfügung stellt. Mit Beginn der kommerziellen Produktion sollten weitere Projekte wie Fischzucht, Stipendien, Außenbordmotoren oder Fußballfelder folgen⁷⁸. Der finanzielle Aufwand wäre für den Konzern sehr gering gewesen. Einer der letzten Verträge vor dem Verhaltenskodex sah die Zahlung von 95.000 US \$ vor und begrenzte die Erlaubnis auf die Explorationsarbeiten. Allerdings wurden die Verträge nur partiell umgesetzt. Die Situation war von gegenseitigem Misstrauen und fehlenden Kommunikationskanälen für einen wirklichen Dialog und Verhandlungen geprägt. Der Staat spielte in der direkten Auseinandersetzung so gut wie keine Rolle. Im März 1998 entschied die Versammlung der OISE auch diesen letzten Vertrag aufzukündigen mit der Begründung, dass die Unterschriften unter den Vertrag nur durch Druck zustande gekommen wären, der Konzern die Vorgaben nicht eingehalten hätte und sie außerdem nicht über genügend Informationen über die sozialen und ökologischen Schäden der Erdölförderung verfügen würden. Für den Konzern war diese Aufkündigung ein Problem, da Oxy „Modellbeziehungen“ zu den Secoya aufbauen wollte, die als Referenz für das Gesamtunternehmen dienen sollten.

Verhandlungen für einen Verhaltenskodex

Vor diesem Hintergrund entstand 1999 die Idee eines Verhaltenskodex, der die Grundlage für transparente und gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den beiden Parteien bilden sollte. Der Vorschlag ging im Wesentlichen auf OISE zurück, die zu dem Zeitpunkt aufgrund der Partikularverhandlungen der OEPC / OXY mit einzelnen Gemeinschaften und Individuen vor der Spaltung stand.

Auf Seiten des Unternehmens bildeten zwei Rechtsanwälte, zwei Vertreter der Abteilung für Beziehungen zu den Gemeinschaften und ein Kommissionsleiter das Verhandlungsteam. Von Seiten der OISE nahmen der Präsident der Organisation sowie die Präsidenten der drei Gemeinden daran teil. Außerdem bestimmte die OISE zwei Rechtsanwälte und zwei Nichtregierungsorganisationen⁷⁹ zu ihren Beratern, die auch an den Treffen teilnehmen sollten. Der Staat nahm in der Person des Leiters der Abteilung Umwelt des Ministeriums für

⁷⁸ Convenio zwischen OISE und Oxy vom 16.5.1997.

⁷⁹ Die ecuadorianische Organisationen Centro de Derechos Económicos y Sociales und James Oldham von der US amerikanischen NRO *Las Lianas*.

Energie und Bergbau als Beobachter teil. Außerdem war der Staat über die *Unidad Tecnica de Ecodesarollo y Protección de la Amazonía* (Technische Einheit für den Ökotourismus und den Schutz der Amazonasregion) des Außenministeriums vertreten. Die Präsenz dieses Ministeriums leitete sich aus der Grenzlage der Region zu Kolumbien und Peru ab. Beide Institutionen hatten keinen aktiven Part in den Verhandlungen.

Gemeinsam benannten OISE und Oxy die Ethnologen William Vickers und Ted MacDonald zu internationalen Beobachtern. Der Prozess wurde von der NRO *Fundación Futuro Latino Americano* (FFLA) moderiert, die ihre Rolle als unparteiische „Fazilitadores“ sahen, die den Prozess erleichtern aber nicht steuern sollten.

Nach Aussage von Carlos Fierro⁸⁰, der für FFLA in dem Verhandlungsprozess von 1999 bis 2004 gearbeitet hat, kann dieser in drei Phasen unterteilt werden:

1. Die Entwicklung eines gemeinsamen Verhaltenskodex als Grundlage für weitere Verhandlungen. Dieser wurde nach vier Monaten intensiver Diskussion im September 1999 abgeschlossen. Die Prinzipien, die in dem Verhaltenskodex festgelegt wurden, umfassen die gegenseitige Anerkennung der Rechte. Konkret erkennen die Secoya, das Eigentumsrecht des Staates auf die Bodenschätze in ihrem Territorium an, während OEPC / Oxy das Recht auf Beteiligung, Konsultierung und Selbstbestimmung der Secoya achtet. Außerdem werden das Prinzip der Transparenz und Ehrlichkeit und das Recht auf Information festgeschrieben. Die OISE wird für die zukünftigen Verhandlungen als alleinige Vertreterin der Secoya vom Unternehmen anerkannt,
2. Die Verhandlung eines Übereinkommens, dass die Themen in Bezug auf die Erdölaktivitäten, die Art und Weise ihrer Durchführung und die Zahlung von Kompensationen zum Inhalt hatte,
3. Die Verhandlung eines weiteren Abkommens über Kompensationen, nach dem das Unternehmen beschlossen hatte, nach zwei produktiven Probebohrungen seine Explorationstätigkeit zu erweitern.

Der Prozess wird von den Beteiligten als positiv bewertet, es gibt jedoch unterschiedliche Sichtweisen und Interpretationen dazu:

Aus Sicht des Konzerns

Dem Unternehmen ging es nach Aussagen von Maria Elena Hurtado, verantwortlich bei der OEPC / Oxy für die Beziehungen zu den lokalen Gemeinschaften darum, eine Legitimierungsgrundlage für die Erdölarbeiten zu erhalten, die Sicherheit für die Investitionen zu erhöhen und das nationale und internationale Image zu verbessern. Sie wollten außerdem Erfahrungen für den Bereich der Beziehungen zu den lokalen Gemeinschaften im Unternehmen sammeln. Von

⁸⁰ Interview 2005

daher hatte der Prozess einen Pilotcharakter für Oxy. Parallel dazu einen ähnlichen Prozess mit den anderen indigenen Völkern in ihrem Explorationsgebiet durchzuführen, lehnte das Unternehmen ab. Mit den Quichua wurden Einzelabkommen mit den unterschiedlichen Gemeinschaften geschlossen.

Probleme sah die Vertreterin von OEPC / Oxy vor allem in dem Faktor Zeit. Die Oxy wäre vertraglich mit Petroecuador an bestimmte Zeitvorgaben für die Explorationsarbeiten gebunden und könnte daher nur schwer die langen Abstimmungsprozesse der OISE abwarten.

Aus der Sicht der OISE

Die Motivation der indigenen Organisation resultierte aus den vorangegangenen, für sie ungünstigen Verträgen, der Notwendigkeit über mehr Informationen zu verfügen und der Hoffnung, eine drohende Spaltung der Gemeinschaften abwenden zu können. Sie gingen davon, durch die veränderten, formalisierten Ausgangsbedingungen des Verhaltenskodex in Zukunft bessere Verträge aushandeln zu können.

Für die OISE war der Verhaltenskodex eine unabdingbare Voraussetzung dafür, über die Bedingungen der Erdölförderung weiter verhandeln zu können.

Die OISE sah Probleme vor allem darin, dass die Gegenseite wiederholt mit der Möglichkeit der Enteignung des Landes drohte, falls es zu keinem Ergebnis kommen sollte. Die Enteignung der Quichua Gemeinde El Eden im selben Block 15⁸¹ zeigte, dass diese Drohung real war, obwohl sie gegen den Geist des Verhaltenskodex verstieß.

Außerdem hatte OEPC / Oxy versucht, mit einzelnen Mitgliedern der OISE Delegation separat zu verhandeln, obwohl im Verhaltenskodex ausdrücklich festgelegt wurde, dass alle Verhandlungen nur mit der Kommission der OISE durchgeführt werden dürfen.

Das Unternehmen hatte versucht, Druck auszuüben, um vorzeitige Ergebnisse zu erzielen. OEPC / Oxy wollte parallel zur Diskussion des Verhaltenskodex bereits über die Erdölarbeiten verhandeln, dies wurde jedoch von der OISE abgelehnt.

Die OISE sah sich auch nach der Aushandlung des Verhaltenskodex in der schwächeren Ausgangssituation, weil die Indigenen ständig mit der Bedrohung konfrontiert waren, ihr Land zu verlieren.

Aus der Sicht des Staates

Obwohl der Staat kein aktiver Partner in den Verhandlungen war, äußerte der staatliche Vertreter im Interview⁸², dass das Energie- und Bergbauministerium auf jeden Fall ein Interesse daran habe, das Konfliktpotenzial zu senken und damit die Erdölaktivitäten in der Region zu stabilisieren. Das Ministerium habe

81 Ministerium für Energie und Bergbau, Oficio No.153 vom 16.10.1998, Erklärung des öffentlichen Interesses zum Vorteil von Petroecuador von acht Grundstücken der Gemeinde El Eden zum Nutzen der Oxy auf Verlangen von Oxy (zitiert nach Kimerling, 2001).

82 Interview Fausto Corral, 2001.

weder ein Interesse daran, dass die Secoya mit extrem hohen Forderungen oder durch Widerstand den Förderprozess blockieren, noch dass der Konzern die Umweltbestimmungen nicht einhält.

Aus der Sicht der Beobachter

Ted MacDonald hat in seiner Betrachtung des Prozesses darauf hingewiesen, dass nicht immer klar war, ob ein Dialog- oder ob ein Verhandlungsprozess stattfand. Während das Unternehmen die nächste Etappe der Förderung verhandeln wollte, schienen vor allem die beratenden NROs die grundsätzliche Frage nach der Präsenz der Erdölunternehmen in der Region klären zu wollen. Für sie war es demnach ein Dialogprozess (Fontaine, 2003).

8.1.4 Resultate des Verhaltenskodex

Auf der Grundlage des Verhaltenskodex wurde ein erstes Übereinkommen über die Durchführung von Probebohrungen verhandelt. Darin wird das Unternehmen autorisiert, auf dem Gebiet der Secoya zu arbeiten, wenn folgende Bedingungen eingehalten werden:

- In Bezug auf die Umwelt: alle festen und flüssigen Abfälle und Emissionen müssen vor ihrer Entsorgung behandelt werden, nichts davon darf in die Flüsse geleitet werden. Das Formationswasser wird zurück in das Bohrloch injiziert. Die entwaldete Fläche pro Bohrturm ist auf ein Minimum zu reduzieren und das Gebiet ist beim Verlassen desselben mit der standorttypischen Vegetation zu restaurieren. Für diese Arbeiten werden indigene Arbeiter eingestellt. Für die Überprüfung der Umweltauflagen gab es einen Monitoringplan und ein entsprechendes Komitee.
- In Bezug auf die Kultur: Das Unternehmen respektiert Kultur, Sprache, Traditionen und lokale Feste sowie die politische Organisation und die Entscheidungsprozesse der Secoya. Außerdem erkennt das Unternehmen das Recht auf Selbstbestimmung der Secoya an.
- In Bezug auf die sozialen Beziehungen: Der Aktionsradius der Arbeiter des Konzerns wird auf das unmittelbare Operationsgebiet beschränkt, es sollen Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Ansiedlungen durchgeführt werden und es soll ein Mechanismus etabliert werden, nach dem die Beschäftigung des lokalen Personals rotativ erfolgt.
- In Bezug auf Information: Es werden Informationsmechanismen etabliert und öffentliche Erklärungen, die das Verhältnis Secoya-Unternehmen betreffen, werden abgestimmt.
- In Bezug auf Kompensationszahlungen: Die Secoya erhalten Kompensationen in Höhe von 500.000 US \$, die nach einem vereinbarten Schlüssel und Zeitrahmen ausgegeben werden. Demzufolge gehen 15% direkt an die Familien, 40% werden für Gemeinschaftsaufgaben wie Gesundheit und Bildung verwandt, weitere 40% gehen an einen Projektfonds und 5% werden nicht festgelegt.

Zur Überprüfung der Einhaltung der Umweltbestimmungen wurde zusätzlich zu dem Monitoring, das gesetzlich durch den Staat erfolgen müsste, und den unternehmensinternen Kontrollmechanismen ein unabhängiges Monitoringkomitee von den Secoya und ihren Beratern etabliert. In diesem Komitee arbeiteten acht Personen, die nach einem Jahr mit anderen acht Vertretern aus den Secoya Dörfern tauschten. Während ihrer Amtszeit garantierte das Unternehmen ihnen freien Zutritt zu den Förderanlagen und anderen Installationen.

Ein zweites Übereinkommen wurde zwei Jahre später (2003) verhandelt, nach dem das Unternehmen die Seismik auch auf andere Gebiete, die im ersten Übereinkommen nicht erfasst wurden, ausgedehnt hatte. Im Wesentlichen sah dieses Übereinkommen eine Erhöhung der Kompensationszahlungen aufgrund der Ausweitung der betroffenen Fläche vor.

2004 brach OEPC / Oxy die Verhandlungen und die bestehenden Übereinkommen mit den Secoya ab, nachdem OISE öffentlich die Kampagne für die Kündigung des Vertrages zwischen Petroecuador und OEPC/ Oxy unterstützt hatte. Nur circa die Hälfte der vereinbarten Kompensationszahlungen war zur Auszahlung gekommen.

8.1.5 Die UVP

Der Umweltverträglichkeitsbericht und der Umweltmanagementplan für die ersten drei Probebohrungen wurde im Juni 1999 durch *Walsh Environmental Scientists and Engineers* im Auftrag von OEPC / Oxy vorgelegt. Danach waren die zu erwartenden Auswirkungen auf das Flusssystem wie Überschwemmungen, Flussumleitungen eher gering. Als hoch wurde jedoch das Risiko von Erosion, Bodenverschmutzung und Abnahme der Bodenfruchtbarkeit gewertet. Die Impakte der Installationen wie Hubschrauberlandeplatz, Bohrplattform etc. wurden als groß klassifiziert, beziehen sich aber nur auf einen Raum von 2 ha. Nur geringe Wirkungen wurden auf die Veränderung der Landnutzung, der lokalen Ökonomie und auf die Gesundheit vorausgesagt. Allerdings wurde die soziale Struktur der Gemeinschaften, vor allem durch den hohen Erwartungsdruck der jungen Männer auf Arbeit und Geld, als sehr gefährdet beschrieben (1999:80-86).

In die Erstellung des Umweltverträglichkeitsberichtes waren die Secoya nicht einbezogen, dementsprechend oberflächlich ist das sozio-ökonomische Kapitel des Berichtes, das gerade vier Seiten in der 80seitigen Basisbeschreibung der Region einnimmt.

Die UVP wurde den Secoya aber hinterher zur Verfügung gestellt und diente als Grundlage für eine Studie zur Bestimmung der Höher der Kompensationszahlungen, die sie auf Empfehlung ihrer Berater erstellen ließen. Finanziert wurde diese Studie von der *Unidad Tecnica de Ecodesarollo y Protección de la Amazonía* (UTEPA).

8.1.6 Abschließende Betrachtung

Wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreich verlaufenden Verhandlungen des Verhaltenskodex und des Übereinkommens waren:

- Der Wille des Unternehmens, ein *best practice* Beispiel zu etablieren und die Notwendigkeit, das internationale Image zu wahren beziehungsweise zu verbessern;
- Die Einigung der Secoya auf ein Verhandlungsteam;
- Die Möglichkeit informierte Entscheidungen zu treffen.

Im Gegensatz zu einigen anderen indigenen Völkern⁸³ in Ecuador hatten die Secoya sich für den Dialog und Verhandlungen mit der Erdölindustrie entschieden. Sie gingen davon aus, dass

„Letztendlich gab es für uns keine Alternative zu verhandeln. Unser Land liegt im Grenzgebiet zu Peru. Hier hat das Militär das Sagen und wir hätten bestimmt große Probleme bekommen. Die Erdölunternehmen hätten uns mit der Unterstützung des Staates enteignen können. Was sollen wir also machen? Für uns ist die Verhandlung die bessere Lösung“ (Interview H. Piyaguaje)

Tabelle 7 Matrix zur Darstellung des Verhandlungsprozesses Secoya - OEPC / Oxy und der Interessen

Themen	Akteure OISE	OEPC / Oxy	Staat
Repräsentanz im Verhandlungsprozess	Präsident OISE Präsidenten der Secoya Gemeinschaften	Verantwortliche für Beziehungen zu Gemeinschaften Rechtsanwälte	Leiter der Umweltabteilung im Bergbau- und Energieministerium als Beobachter Petroecuador: nicht präsent
Rechtliche Grundlage	Laut Verfassung das Recht konsultiert zu werden, das Recht in auf eine saubere Umwelt, das Recht auf Entschädigung. Rechtliche Anerkennung des Territoriums der Secoya	Vertrag zwischen Petroecuador und Oxy über Erdölexploration und -förderung im Block 15 vom 25.1.1985 und dessen Umwandlung in einen Beteiligungsvertrag am 21.5.1999	Vertrag Staat - Oxy

⁸³ Die Quichua in Sarajacu haben seit Jahren verhindert, dass die CGC in ihren Gebiet arbeitet. Auch die Shuar haben sich massiv gegen die Erdölförderung gewehrt.

Themen	Akteure OISE	OEPC / Oxy	Staat
Was wäre ein gutes Verhandlungsergebnis?	Anerkennung der Rechte der Secoya Transparenz und Gleichberechtigung der Beziehungen	Stabile Beziehungen, klare Grundlage für die Erdölproduktion geben, die nicht mehr nachverhandelt werden müssen	Garantie der Sicherheit der Erdölproduktion ohne ökologische und soziale Schäden
Defizite der eigenen Interessengruppe	Fehlende Information über den Erdölsektor und eigene Rechte	Müssen noch Erfahrungen sammeln	Fehlende Ressourcen für aktives Monitoring
Defizite der Anderen	Unkenntnis über Amazonien und indigene Völker Keine Unterstützung durch den Staat	unrealistische Kompensationsforderungen zu lange Abstimmungsprozesse Mangelnde Präsenz des Staates	
Bewertung des Ergebnisses (Skala: sehr gut – gut – zufriedenstellend – schlecht)	zufriedenstellend	gut	zufriedenstellend
Eckpunkte der Verhandlungen	Anerkennung der Rechte, Kompensationszahlungen, Monitoring	Erlaubnis für Exploration und Produktion	Erlaubnis für Exploration und Produktion
Wahrnehmung der Struktur und Dauer des Entscheidungsprozesses	Berater waren wichtig, zu großer Zeitdruck	Struktur: gut, Berater der Indigenen störend, zu lange Abstimmungsprozesse	Gut, aber Staat muss Teil des Prozesses werden
Defizite Verhandlungsprozess	Machtblock von OEPC / Oxy, Ministerium und Militär Druck durch OEPC /Oxy	Fehlende Verbindlichkeit der OISE	
Wahrnehmung der Normen für die Ressourcennutzung	Recht auf Territorium Recht auf Konsultation Recht auf Kompensation	Grundlage Vertrag mit Staat	
Wahrnehmung der Defizite bei den Normen für die Ressourcennutzung	Recht des Staates zu enteignen kein Vetorecht	Keine Regeln für Konfliktlösung, unklare Vorgaben für Beziehungen zu indigenen Völkern	Konflikte unterschiedlicher Normensetzung: indigene Rechte versus öffentliches Interesse an der Erdölförderung

Themen	Akteure OISE	OEPC / Oxy	Staat
Wahrnehmung der regionalen Ökonomie	Den Möglichkeiten angepasst besserer Zugang zu dem Markt	Armut, Verbesserung durch produktive Projekte	Armut
Eckpunkte für das Monitoring der Umsetzung von Normen	Ausbildung eines Monitoringteams Unterstützung durch Berater	Internes Monitoring	Im Rahmen der zweijährigen Überprüfung der Umweltmanagementplans, UVP
Wahrnehmung der Notwendigkeit einer unterstützenden Intervention von außen	Notwendig Informations- und Wissensvermittlung Beratung	Skeptisch, kann Verständigungsprozesse sowohl komplizieren als auch erleichtern	Skeptisch, staatliche Institutionen müssen einbezogen werden

Grundlage: Auswertung der Interviews

Die sozialen und Umweltkonflikte zwischen indigenen Völkern und der Industrie finden auf der Grundlage unterschiedlicher Werte, sozialer Strukturen, Entscheidungsprozesse und Zeitvorstellungen statt. Die Art und Weise, wie diese Konflikte ausgetragen werden, verändert sich je nach dem Grad der Einbeziehung der indigenen Völker in die Marktwirtschaft, der demografischen Situation und der Entwicklung von Organisationen der Interessenvertretung der indigenen Völker. Dabei ist für die Verhandlungen vor Ort eine starke regionale oder nationale Organisation von großem Vorteil. Von Unternehmensseite ist die Ernsthaftigkeit, mit der sie ihre eigene postulierte *Corporate Social Responsibility* und ihre ethischen Maßstäbe umsetzt, ausschlaggebend.

Grundlage für die Verhandlung bildet der Rechtsanspruch, der sich aus der nationalen Gesetzgebung ableitet und auf den sich beide Seiten berufen können, sowie die internationale Normenentwicklung. Trotzdem bleibt die Machtverteilung asymmetrisch.

Der Staat nimmt eine ambivalente Position ein, er ist sowohl Vermittler als auch Vertreter eigener Interessen. Die Entwicklung einer staatlichen Umweltpolitik und einer Indigenenpolitik findet gleichzeitig mit dem Ausbau der Erdölförderung statt. Dieser Widerspruch findet sich auch auf der juristischen Ebene wieder, nach der Land im „öffentlichen Interesse“ für die Erdölförderung enteignet werden kann, das gleichzeitig als indigenes Territorium unveräußerlich und unteilbar ist. Der Staat zog sich in diesem Fallbeispiel auf die Rolle eines Beobachters zurück. Da, wo er aktiver Teil war, hat er diese Rolle nur ungenügend wahrgenommen. Dies wirft die Frage auf, ob der Staat in der Lage wäre, adäquate Formen der Konfliktlösung zu etablieren und zu institutionalisieren. Der Staat demonstriert hier seine eigenen, internen Widersprüche.

8.2 Exkurs: Ein neuer Vorschlag aus Ecuador

Unter dem Motto „Das Öl im Boden lassen“ stellte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa am 30.3.2007 eine Alternative zur Erdölförderung im Yasuni Nationalpark vor: Statt das größte Schwerölvorkommen Ecuadors mit der Abkürzung ITT (die Ishpingo – Tambococha – Tibutini Erdölfelder) für die Konzessionsvergabe auszuschreiben, würde sich die Regierung bereit erklären, im globalen Interesse auf die Förderung zu verzichten. Die Voraussetzung dafür ist, dass Ecuador die wirtschaftlichen Verluste nicht alleine tragen muss, sondern die internationale Gemeinschaft für die Hälfte der entgangenen staatlichen Netto-Einnahmen aufkommt.

Die ecuadorianische Regierung führt drei Hauptargumente an:

1. Klimaschutz: Da das Erdöl im Boden bleibt, wird es dem Verbrauch entzogen und trägt somit zur Minderung des CO₂-Ausstoßes bei. Außerdem wird der Wald geschützt und damit ein wichtiger klimaregulierender Faktor erhalten.
2. Erhalt der biologischen Vielfalt: Der Yasuni Nationalpark ist ein globaler Hotspot der Biodiversität, der 1989 zum Biosphärenreservat erklärt wurde.
3. Schutz des Lebensraums indigener Völker: Das Gebiet ist Territorium der Huaorani sowie der in Selbstisolation lebenden Völker Taromenani und Tagaeri.

Die vermuteten Einnahmen aus dem Erdölvorkommen⁸⁴, dass über 412 Millionen Barrel gesicherte und über 920 Millionen geschätzte Reserven an Schweröl verfügt, liegen bei einem angenommenen Nettopreis von 20 US \$ pro Barrel bei 707 Millionen US \$ jährlich. Die Hälfte wäre von der internationalen Gemeinschaft zu tragen. Dieser Betrag ist jedoch bisher nur eine vorsichtige Schätzung. Eine Studie soll den monetären Wert des ITT Erdöls ermitteln. In den Betrag sollen außerdem die Umweltrisiken der Erdölförderung, der Wert des vermiedenen Verlustes an biologischer Vielfalt und alternative ökonomische Nutzungsarten wie Ökotourismus berücksichtigt werden. Die Frage, ob der Verzicht auf Förderung des Öls allein schon eine Reduzierung des CO₂ Ausstoßes bedeutet, ist umstritten, da davon ausgegangen werden kann, dass die Nachfragemenge nach fossilen Energierohstoffen weltweit durch den Förderverzicht unverändert bleibt und lediglich durch andere Quellen gedeckt werden wird. Von daher wird zu klären sein, ob die CO₂ Vermeidungskosten (abatement costs) einkalkuliert werden können.

Doch trotz dieser ungeklärten umweltökonomischen Fragestellungen stellt der ecuadorianische Vorschlag eine Änderung des Paradigmas auf, demnach fossile Brennstoffe für die Entwicklung unabdingbar sind. Die ITT-Initiative wirft die grundlegende Frage auf, inwieweit die internationale Staatengemein-

⁸⁴ Entspricht 20% der Gesamtreserven des Landes.

schaft zur gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung bereit ist und sich an der Kostenlast der Entwicklungsländer bei der Umsetzung globaler umweltpolitischer (Schutz-)Ziele beteiligt.

Ecuador will mit der Initiative neue Wege gehen:

1. Die Entwicklung alternativer Energien soll gefördert werden,
2. Der Grundstein für eine Entwicklung, die nicht auf der Erdölförderung und der Zerstörung von Umwelt beruht, und
3. Die Basis für eine gerechtere Gesellschaft soll gelegt werden (Acosta, 2007).

Das Geld soll in einen Fonds fließen, der international verwaltet wird und an internationale Konventionen angegliedert wird, die Ecuador völkerrechtlich an den dauernden Verzicht der Förderung binden. Das Geld soll nur für soziale und Umweltprojekte und für die Entwicklung alternativer Energien eingesetzt werden.

Als mögliche Finanzierungsquellen wurden bisher identifiziert:

- Erlass der Schulden des ecuadorianischen Staates bei staatlichen und privaten Gläubigern,
- Beiträge von Regierungen,
- Beiträge von Individuen z.B. durch den symbolischen Kauf von nichtgefördertem Öl sowie
- Spenden nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen.

Bislang gibt es keinen globalen Finanzierungsmechanismus, der im Falle von *nationalen Umweltgütern von globalem Wert* einen Interessenausgleich zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und dem Land, das die Kosten des Schutzes aufbringen muss, schafft. Dies ist umso folgenschwerer, als es vorrangig Entwicklungsländer sind, in denen die Kombination von großem Rohstoffreichtum und großem Artenreichtum anzutreffen ist.

In einem Sondergutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) mit dem Titel „Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter“ (2002) ist ein Kapitel dem Instrument „Entgelte für Nutzungsverzichtserklärungen“ gewidmet, das auf den Erhalt von „nationalen Umweltgütern von globalem Wert“ (*environmental goods of global value*) abzielt. Die dort diskutierten Instrumente kommen dem Vorschlag der ITT-Initiative sehr nahe.

Wie im ITT-Beispiel stellt der WBGU beim „Entgelt für Nutzungsverzichtserklärungen“ die Opportunitätskosten in den Mittelpunkt der Kompensationsberechnung. Als Grundlage der Kompensation setzt er an: Opportunitätskosten

plus Monitoringkosten des Verzichts auf zerstörerische Nutzung, abzüglich des Nutzens, den das Standortland selbst aus dem Erhalt seiner Umweltressourcen zieht. Im konkreten Fall der ITT-Initiative würde hier der Abzug der lokalen Externalitäten, d.h. vermiedene lokale Umwelt- und Sozialkosten der Ölförderung, erheblich ins Gewicht fallen.

Als zweite Option benennt Acosta (2007) die Erschließung der Ölfelder und Förderung unter Minimierung von Umwelt- und Soziallasten

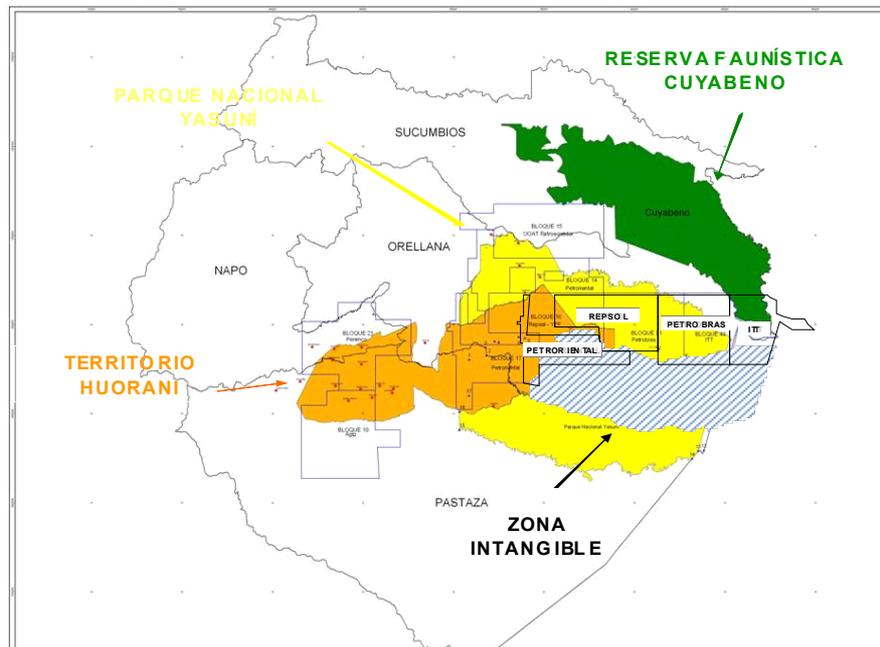
Das Öl in den ITT-Feldern zählt zu den so genannten nicht-konventionellen Erdölen: Es ist besonders schwer und zähflüssig. Zur Förderung bedarf es einer besonders großen Zahl von Bohrlöchern (der chinesische Staatskonzern SINOPEC veranschlagt in seinem Fördervorschlag 214 Bohrlöcher) und muss zunächst fließfähig gemacht werden. Gleichzeitig ist es an einen besonders hohen Anteil toxischen Formationswassers gebunden, das bei der Förderung gemeinsam mit großen Mengen toxischen Bohrschlamms freigesetzt wird und in die Erde zurückgeführt werden müsste (bei einer angenommenen Menge von 960 Mio. Barrel Öl wären dies 3,84 Mrd. Barrel toxisches Formationswasser).

Ob es unter diesen Voraussetzungen eine realistische Möglichkeit gibt, signifikante Verbesserungen der Umwelt- und Sozialverträglichkeit bei der Erdölförderung im Yasuni-Nationalpark zu erreichen, ist unwahrscheinlich.

Bisher beabsichtigt Ecuador im Falle der Erdölförderung, ausschließlich mit staatlichen Erdölkonzernen zu operieren. Mit vier Konzernen hat die staatliche Ölgesellschaft Petroecuador im März 2007 ein *Memorandum of Understanding* zur Erschließung des Ölfeldes geschlossen: Petrobras (Brasilien), SINOPEC (China), ENAP (Chile), PDVSA (Venezuela). Energiekonzerne aus Indien, Vietnam und Kolumbien haben laut Acosta (2007) ebenfalls Interesse signalisiert. Ob diese Unternehmen der Herausforderung auf technischer Ebene gewachsen sind, ist fraglich.

Die Option 1 (Das Erdöl im Boden lassen) wird zur Zeit geprüft. Die öffentliche Debatte über diesen Vorschlag läuft in Ecuador und selbst konservative Zeitungen und Politiker unterstützen ihn. Gegner des Vorschlags sind Petroecuador und die Erdölunternehmen, die bereits das *Memorandum of Understanding* unterschrieben haben. Ein breiter gesellschaftlicher Konsens in Ecuador gegen die Erdölförderung und für den Erhalt des Biosphärenreservats Yasuni scheint möglich. Von Seiten der internationalen Gemeinschaft haben Umweltorganisationen verschiedenster ideologischer Richtungen ihre Unterstützung signalisiert ebenso wie die norwegische und Schweizer Regierung.

Abbildung 5 Erdölkonzessionen im Yasuni Biosphärenreservat



Quelle: Acosta Vortrag Konferenz, Universität Maryland, 23.5.2007,
www.amazoniaporlavid.org

8.3 Erdölförderung im Orinoko Delta

Die hier zusammengetragenen Informationen basieren auf den beiden Studienaufenthalten in der Deltaregion 1999 und 2000, die nach Tucupita, Pedernales, La Ladera und in die Provinzhauptstadt von Monagas, Maturín sowie nach Caracas führten. Während des Aufenthaltes konnten Interviews mit Angehörigen der Warao und Vertreter/innen ihrer Organisationen⁸⁵ in Tucupita, Pedernales und in La Ladera geführt werden. Außerdem fanden leitfadenbasierte Gespräche mit den Ethnologen, die als Mittler zwischen der Erdölindustrie und den Warao arbeiten, mit der Kommunalverwaltung von Tucupita, den Erdölunternehmen vor Ort sowie in Caracas und Maturín, dem Energie- und Bergbauministerium, sowie dem Umweltministerium statt.

8.3.1 Geografische Lage

Das Delta wird begrenzt von den beiden Hauptarmen des Orinoko, dem Manamo im Westen und dem Rio Grande im Süden zwischen 8° 30' N und 60° 30' E. Es umfasst ein Gebiet von ungefähr 40.000 km², was in etwa der Größe Baden Württembergs entspricht. Zahllose größere und kleinere Neben- und Seitenarme entwässern in den Atlantik.

⁸⁵ UCIW (Unión de comunidades indígenas Waraos) sowie Red de Mujeres Warao, dem Netzwerk der Waraofrauen.

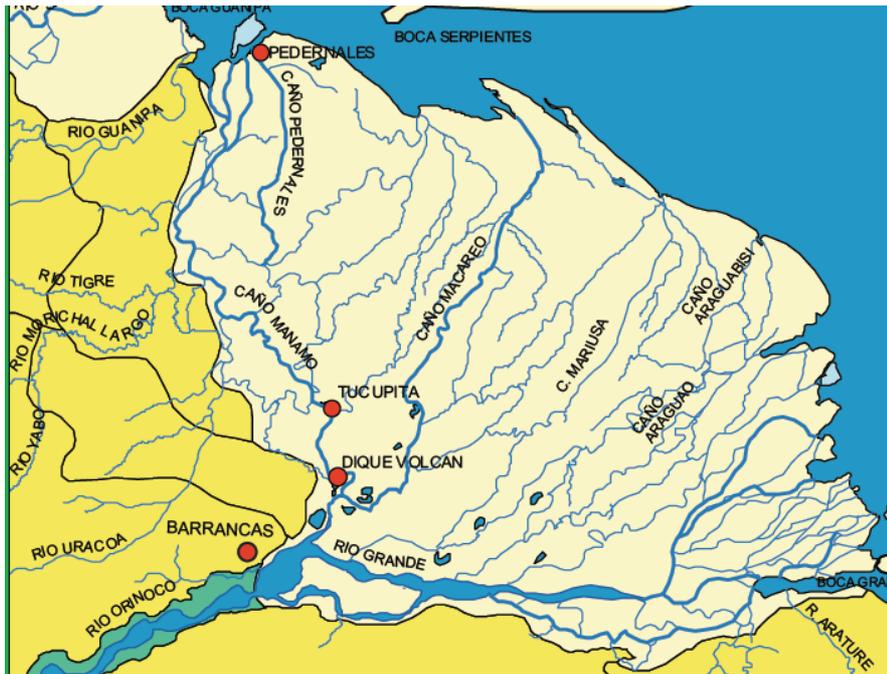


Abbildung 6 Das Orinoko Delta

Quelle: Ministerio de Ambiente y Recursos Naturales, 2006

Der größte Teil des Deltas ist ein Tidensumpf⁸⁶ ohne festen Boden. Viele der unzähligen Inseln schwimmen und werden von den Gezeiten überschwemmt.

Die Durchschnittstemperatur liegt im jährlichen Mittel bei 26°C bei einer Luftfeuchtigkeit von 60-80%. Die Niederschlagsmenge liegt bei 2.000 mm, wobei es vor allem in der Hauptregenzeit von April bis August zu Regenfällen von mehr als 10 Stunden täglich kommen kann.

Das Gebiet des Delta ist de facto identisch mit der politischen und administrativen Einheit des Bundeslandes „Delta Amacuro“ mit der Hauptstadt Tucupita. Tucupita ist das ökonomische und politische Zentrum der Region, die asphaltierte Straße geht nur noch wenige Kilometer über die Landeshauptstadt hinaus. Alle anderen Siedlungen sind dann nur noch mit dem Boot erreichbar. Lediglich Pedernales im Mündungsbereich des Manamo verfügt über einen Flugplatz, der im Rahmen der Erdölaktivitäten erstellt wurde.

Hauptverkehrsader ist der Rio Grande, über den die gesamte Lastschifffahrt abgewickelt wird. Über den Manamo läuft lediglich die Versorgung auf regionaler Ebene und die Verbindung von Tucupita nach Pedernales.

Mitte der 60er Jahre versuchte die venezolanische Zentralregierung aus dem Delta „die Kornkammer“ Venezuelas zu machen. Um das Land trocken zu legen, wurde der Manamo 1966 eingedeicht. Die erhoffte Gewinnung fruchtbaren Bodens blieb jedoch aus. Geändert hat sich aber die Wasserzusammensetzung. Der Tidenhub und damit das Salzwasser dringt weiter in das Delta ein. Folge

⁸⁶ Der Tidenhub ist bis Barrancas, das 180 km im Landesinneren liegt, nachweisbar.

davon sind u.a. der Wechsel in der Zusammensetzung des Fischbestandes und in der Vegetation, was einschneidende Folgen für die Nahrungsmittelversorgung der dort lebenden Warao hat.

8.3.2 Soziokulturelle Situation

Die Warao

Mit ca. 24.000 Angehörigen ist das Volk der Warao die zweitgrößte Ethnie in Venezuela. Ihr traditioneller Lebensraum ist mit dem Orinoko Delta identisch.

Die Selbstbezeichnung *Warao* wird heute auf das Wort *waha* zurückgeführt, das Tiefland oder Schwemmland bedeutet. Die Warao wären ihrer eigenen Bezeichnung nach also die „Bewohner des Tieflandes“, was dem Kernland ihres traditionellen Territoriums, dem unteren von Gezeiten regelmäßig überschwemmten Delta entspricht (Kalka, 1995).

Der Orinoko und das Meer bestimmen die Lebensweise der Warao. Eine wichtige Ernährungsgrundlage stellte die Morichepalme (*Mauritia flexuosa*) dar. Früher lebten die Warao semipermanent in ihren Streusiedlungen an den Flussarmen und in den Wäldern der Morichepalme, den Morichales (Kasburg, 1999). Heute leben sie überwiegend in kompakten Siedlungen, der zwischen 20 und 300 Personen angehören können, meist in Pfahlbauten an den Ufern der größeren und kleineren Flüsse und ernähren sich durch Fischfang und Gartenbau (Kalka, 1995).

Die Warao unterhalten bereits seit langem Kontakt zu anderen indigenen Völkern, Kolonisatoren, Handelsreisenden etc. Vor allem die Missionierung durch die spanischen Kapuziner hat nachhaltig in das Leben und die Kultur der Warao eingegriffen (Kasburg, 1999) Trotzdem ermöglichte das Orinoko Delta ihnen ein Art Doppelleben zwischen ihrer eigenen Kultur und der der Criollos, welches für ihre Existenz als Volk überlebenswichtig war (Heinen, 1988): Einerseits standen sie in stetem und intensivem Kontakt zu diversen Vertretern der Nicht - Warao Gesellschaft, andererseits bot ihnen das Delta mit seinem undurchdringlichen Labyrinth an Wasserwegen und den dazwischenliegenden Inseln ein hervorragendes Rückzugsgebiet. Als von den Criollos in den 1950er Jahren der Reisanbau kommerziell betrieben wurde, arbeiteten viele Warao auf den Reisfeldern oder in den Sägewerken, die sich in demselben Zeitraum im Delta etablierten. Laut Kasburg (1999) zogen nun die Waraofamilien endgültig an die großen Flussarme und gaben die semipermanente Siedlungsweise auf. Die Reisbauern und Sägewerkbesitzer waren in erster Linie an der billigen Arbeitskraft der Warao interessiert und nicht daran, in ihren Siedlungsraum einzudringen. Man geht daher davon aus, dass der Siedlungsprozess freiwilliger Natur war und die Warao neben der Lohnarbeit weiterhin dem Jagen und Fischen nachgingen (Kasburg, 1999), ihre traditionellen Wirtschaftsweisen veränderten sich jedoch radikal: „Die letzten 30 Jahre haben ein beständiges Eingreifen in das Waraoleben gesehen, das die langsame Zerstörung von Glaubensvorstellungen, Selbstwertgefühl und Harmonie mit der Umwelt bewirkte, ohne etwas an

ihre Stelle zu setzen. Sie haben Kannibalen, Kolumbus, Kolonisten, Christentum überlebt. Und können sie jetzt Coca Cola überleben?“, fragt Heinen (1988) und hat dabei vor allem den zunehmenden Tourismus im Auge. Der Bau des Manamo Deiches hat bereits enorme Auswirkungen auf ihr Leben und die Umstellung ihrer Ernährung gehabt.

Sehr viele Warao migrieren in die Städte – nicht nur in die Provinzstadt Tucupita, wo sie in dem „Haus der Warao“ Unterkunft finden, sondern weiter nach Ciudad Guyana und Ciudad Bolívar und bis nach Caracas. Dort leben sie von Almosen in den Slums, sie gehören dort zum Lumpenproletariat (Kasburg, 1999). Die Migrationsbewegung war zwischen 1995 und 1998 so groß geworden⁸⁷, dass die Bürgermeisterin von Caroní die Verantwortlichen in Delta Amacuro und den angrenzenden Provinzen aufrief, dringend etwas zu unternehmen. Sogenannte Rückführungsprogramme, mit denen die Verwaltungen die Warao aus den Städten in das Delta zurücktransportierte, blieben jedoch ohne Erfolg, weil im Delta keine begleitenden Maßnahmen stattfanden. (Interview Gimenez, 2000)

Die Warao haben kein Verständnis von Landbesitz (Heinen, 1993). Ihre Vorstellungen von Landrechten sind nicht an ein bestimmtes, abgrenzbares Stück Land gebunden, sondern sie beziehen sich auf die Nutzung des zu ihrem Flussarm (*Caño*) gehörenden Gebiet mit all seinen Ressourcen.

Die Organisation der Warao

An dem ersten nationalen Indígena-Treffen Venezuelas 1979 nahm auch eine Delegation der Warao teil, die auf diesem Treffen auf ihre prekären Lebensbedingungen aufmerksam machte. In der Folge fanden 1980 und 1986 Kongresse der Warao statt. Die unzureichende Gesundheitsversorgung im Delta, die Überausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Verdrängung aus ihren Gebieten waren die Hauptpunkte auf diesen Kongressen. 1997, auf dem 3. Warao Kongress, kam dann die Auseinandersetzung mit der Erdölförderung dazu⁸⁸. Eine politische Organisation der Warao (die UCIW, *Unidad de comunidades indígenas Warao*) wurde gegründet, obwohl eine zentrale Organisation nicht den traditionellen Organisationsformen der Warao entspricht. Die Organisation ist bis heute relativ schwach geblieben. Die traditionellen politischen Parteien Venezuelas haben versucht, sie für ihre Partikularinteressen zu instrumentalisieren und sie dadurch noch weiter geschwächt (Interview Gimenez 2000).

⁸⁷ Allerdings wurden keine konkreten Zahlen genannt.

⁸⁸ Dieser 3. Warao-Kongress wurde von der Erdölindustrie finanziert.

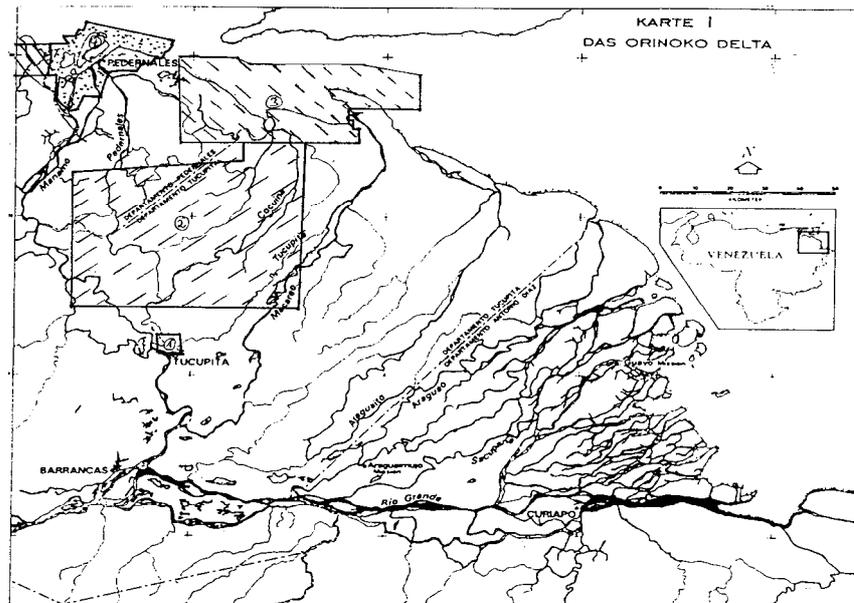


Abbildung 7 Erdölfelder im Delta⁸⁹

8.3.3 Erdölvorhaben im Delta

In die „Apertura Petrolera“⁹⁰ (1992 bis 2000), in der u.a. Konzessionen zur Ausbeutung marginaler Erdölfelder verkauft wurden, wurde auch das Delta einbezogen. Im nordwestlichen Teil des Delta und im Küstenbereich, dem Golf von Paria, wurden mehrere Konzessionsgebiete ausgeschrieben:

1. Pedernales – off shore Förderung, wurde erst von British Petrol betrieben und dann an Perenco verkauft, die auch 2006 dort noch Erdöl förderten.
2. Anschließend im Westen bereits zum Bundesstaat Sucre gehörend das Feld Guarapiche, ehemals British Petrol jetzt Maxus Venezuela
3. Punta Pescador, Amoco⁹¹
4. Delta Centro, ein Konsortium unter Leitung von Burlington Resources Ltd.

⁸⁹ Erläuterungen zur Karte:

1. Ölfeld Tucupita betrieben von Benton Vinccler
2. Explorationsfeld Delta Centro, Probebohrungen ergaben nicht die nötige Fördermenge, so dass dieses Feld wieder aufgegeben wurde. Am Rio Manamo befindet sich allerdings noch das Depot für den anfallenden Bohrschlamm aus Pedernales
3. Punta Pescador, BP-Amoco
4. Pedernales, früher BP jetzt Perenco

⁹⁰ Die „Apertura Petrolera“, die Öffnung des Erdölsektors, ist die Umschreibung für die Privatisierung dieses Industriezweiges und erfasst sämtliche Bereiche von der Exploration bis zum Vertrieb. Verbunden sind damit mehrer gleichzeitige Maßnahmen im venezolanischen Erdölsektor wie:

- Reaktivierung marginaler Erdölfelder, damit sind Vorkommen gemeint, die früher schon mal produziert haben aber nicht vollständig ausgebeutet wurden bzw. die früher als unrentabel galten
- Durchführung neuer Verhandlungsrunden zur Konzessionsvergabe
- Die Einführung sogenannter strategischer Zusammenschlüsse (*asociaciones estratégicas*) zwischen internationalen Konzernen und venezolanischen Unternehmen zur Exploration und Förderung von Erdöl, Verträge auf der Grundlage der Gewinnbeteiligung (*ganancia compartida*) zwischen Privatwirtschaft und dem venezolanischen Staat.

⁹¹ Amoco ist mittlerweile von British Petrol aufgekauft worden.

5. Vorkommen entlang des Manamo in der Nähe von Tucupita, die von Benton Vinccler betrieben werden
6. Plataforma Delta, eine offshore Gasexploration in der Küstenregion zwischen Trinidad und Delta, die von der norwegischen Statoil durchgeführt wurde⁹².

Die Hauptvorkommen liegen im Mündungsbereich des Manamo im Golfo de Paria, wo Erdöl von 18-20 API⁹³ off shore im unmittelbaren Küstenbereich gefördert wird.

Nach dreijährigen Explorationsarbeiten im zentralen Bereich des nordwestlichen Deltas (am Manamo zwischen Tucupita und Pedernales), hat Delta Centro eine Probebohrung durchgeführt, die nach ihren Aussagen keine wirtschaftlich abbaubaren Erdölmengen aufwies, so dass Delta Centro im Dezember 2000 die Installationen aufgegeben und sich aus der Region zurückgezogen hat. Im Bereich des mittleren Manamo wird es anscheinend nicht zur Erdölförderung kommen. Die Belastungen durch die Ölproduktion reduzieren sich für den Bereich dann auf die Abfalldeponie von Produktionsschlämmen aus dem Feld von Pedernales. Die Deponie liegt bei La Ladera und wird von BP betrieben.

8.3.4 Die Beziehungen zwischen den Warao und der Erdölindustrie

Aus Sicht der Konzerne

Delta Centro

Diana Gonzalo, verantwortlich für die HSE⁹⁴ Politik und die Beziehung zu der Bevölkerung vor Ort bei Delta Centro, beschreibt die Beziehung des Konsortiums mit den Dorfgemeinschaften der Warao wie folgt:

„Wir haben gute Beziehungen zu den Indígenas aufgebaut. Herr Heinen als Anthropologe und jahrzehntelanger Kenner der Warao hat uns beraten und wir haben zusätzlich vor Ort einen Verantwortlichen für die Beziehungen zu den Gemeinschaften.Ja, unsere Beziehungen sind gut, wenn die Indígenas nicht von außen aufgewiegelt werden. Aber das sind Leute, die sind keine Indígenas und die leben auch nicht da.“ (Interview, November 2000)

Die Aktivitäten des Konsortiums fasst sie in einem Bericht an die Comisión Permanente de Pueblos Indígenas⁹⁵ (7.1.2000) wie folgt zusammen:

⁹² Alle Vorkommen werden seit der weiteren Nationalisierung des Erdölsektors 2006 in Konsortien mit Mehrheitsbeteiligung der PdVSA betrieben.

⁹³ Empirische Skala des American Petroleum Institute, um das spezifische Gewicht von Erdöl zu messen. Je höher der API Grad desto leichter ist die Rohölsorte.

⁹⁴ Health, Safety and Environment: alle mir bekannten Konzerne verfügen über eine HSE Politik und dementprechende Abteilungen. Die Beziehung zu den lokalen Gemeinschaften wird meist von der HSE Abteilung mit übernommen.

1. Erstellung von Karten mit den Arbeitsgebieten und den benutzten Wegen in Warao und in spanischer Sprache,
2. Programme für die Warao Gemeinschaften zur Information über das Projekt,
3. Beschäftigung von Angehörigen der Warao bei den Arbeiten,
4. Wiederaufforstungsprogramme, Anpflanzungen von Palmen, Restaurierung der Orte, an denen Untersuchungsbohrungen durchgeführt wurden,
5. Untersuchung über die Ernährungssituation der Warao Kinder, Bereitstellung von Medizin, Weiterbildung von Krankenpflegern und Konstruktion von Gesundheitsstationen,
6. Wasserversorgung im Ort Wacajara,
7. Unterstützung des zweisprachigen Ausbildungsprogramms.

In der Vorbereitung und Durchführung der Explorationsarbeiten hat es mehrere Treffen der Warao und den Verantwortlichen für Beziehungen zu den Gemeinschaften in den betroffenen Dorfgemeinschaften gegeben. Auf diesen Treffen hat das Konsortium sein Vorhaben erklärt und seine Bereitschaft zur Unterstützung von Projekten signalisiert. Abgefragt wurden unmittelbare Bedürfnisse wie Gesundheitsversorgung, Schulbau und Wasser. Das Konsortium spricht von ‚Konsultationsprozessen‘, wobei Entscheidungen, die den operativen Bereich der Exploration betreffen, nicht zur Disposition standen ebenso wenig wie längerfristige Entwicklungsoptionen oder ökonomische Alternativen. Von den Unternehmen des Konsortiums wurden nur punktuelle Projekte der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung finanziert.

Benton Vinccler

Benton Vinccler konzentriert sich in seinen sozialen Programmen auf den Gesundheitsbereich. Auf die Frage, warum man sich gerade auf diesen Bereich konzentriert, antwortete Milagros Garcia (HSE, Benton Vinccler)

„Bei Benton Oil and Gas war man sich klar, dass man etwas machen musste. Das Ganze begann mit einem Arzt aus den USA, der sechs Monate lang die Gesundheitsversorgung in Monagas und Delta Amacuro untersuchte. Danach wurde unter den Beteiligten⁹⁶ entschieden, in die Gesundheitsversorgung vor allem in Monagas zu investieren. Dazu gehören vor allem Impfprogramme. ...Benton Vinccler ist nicht der Staat. Wir wollen auf keinen Fall die Rolle des Staates übernehmen.“ (November, 2000)

Benton Vinccler hat keine eigene Politik gegenüber den Warao entwickelt, da das Erdölfeld, welches das Unternehmen in Delta Amacuro abbaut, in unmittel-

⁹⁵ Die Comisión Permanente ist eine Kommission des venezolanischen Parlaments. 2000 führte die Abgeordnete Noeli Pocaterra, Wayuu, den Vorsitz.

⁹⁶ Benton Vinccler Venezuela, Benton Vinccler USA und die für Gesundheit zuständigen venezolanischen Institutionen.

telbarer Nachbarschaft zu Tucupita liegt. Aus ihrer Sicht haben sie es von daher nicht mit Indigenen zu tun, obwohl ein Großteil der Bevölkerung von Tucupita Warao sind. Bei der Verantwortlichen für Außenbeziehungen, Milagros Garcia, gehen nach eigenen Angaben täglich 5 bis 15 Anfragen auf finanzielle Unterstützung⁹⁷ ein, davon wird ein kleiner Teil genehmigt. Sie wollte keine Angaben bezüglich der Höhe ihres Etats für diese Zwecke machen. Da der Staat seine Rolle auf der lokalen Ebene nur ungenügend wahrnimmt, befürchtet sie, dass der Konzern immer stärker in die Rolle eines „Staatersatzes“ gezwängt wird.

BP / PERENCO

Die heutige Politik von Perenco ist die Fortsetzung der Politik von BP und gleicht dem Ansatz, der bereits bei Delta Centro beschrieben wurde. BP hat 1996 zwei ethnologische Studien in Auftrag gegeben:

- Anthropologisch biologische Untersuchung der Ethnie der Warao und ihres Lebensraums (*Diagnóstico antropológico – biológico de la Etnia Warao y su habitat*), durchgeführt von der Stiftung La Salle
- Untersuchung der sozialökonomischen und gesundheitlichen Situation (*Diagnóstico socioeconómico y sanitario*), durchgeführt von der Stiftung Zumaque.

Auf der Basis dieser Studien hat BP sein Programm zur Unterstützung von Entwicklungsprojekten entwickelt.

Außerdem haben BP und Perenco die Steuern und Abgaben, die sie an die Gemeinden Capure und Pedernales zahlen veröffentlicht (60 Mio. Bolivares vierteljährlich; ca. 97.000 €) (Anhörung Comisión Permanente, 2000). Dieses Geld scheint nicht in den Gemeindegassen anzukommen. So haben Vertreter der umliegenden Warao Dörfer eine Aufklärung über den Verbleib der Gelder und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Schulbildung gefordert (Interviews und Presseberichte, November 2000),

Ein strukturierter Dialog oder Verhandlungen zwischen BP und den indigenen Vertretern der Warao Gemeinden im Konzessionsgebiet hat nicht stattgefunden. Zwar hatte BP die Vertreter der indigenen Organisationen zu Gesprächen eingeladen, auf dem die Unternehmenspolitik erklärt und die Gemeinden nach ihren Bedürfnissen befragt wurden. Die Liste der Bedürfnisse wie Außenbordmotoren, Errichtung eines Gebäudes für ein Gesundheitszentrum, Schulgebäude u.a. wurde von BP finanziert. Es gab aber keinen Verständigungsprozess über die Art und Weise der Erdölförderung und über die Prävention oder Minimierung von negativen Auswirkungen der Explorations- und Förderarbeiten. BP sah dafür keine Notwendigkeit, da die Aktivitäten vor der Küste offshore statt-

⁹⁷ An dem Tag des Interviews war es eine Anfrage der Feuerwehr aus Maturín, des Sportvereins aus Maturín, der Polizei in Tucupita, der Asoc. Civil por la Paz, einem Kindergarten und der Rat der Stadt Tucupita.

fanden. Perenco hat in der Nachfolge von BP monatliche offene Treffen in Pedernales eingeführt, an denen die Warao ihre Probleme, Vorstellungen und Fragen äußern konnten. Ein Verhandlungsprozess zum Interessenausgleich ist daraus nicht entstanden.

Aus der Sicht der Warao

Sektor Pedernales

Die Beziehungen zwischen Warao und dem Konzern wurden von den Interviewten⁹⁸ zu Beginn der Arbeiten als gut bezeichnet. Sie hätten sich in erster Linie Arbeit von dem Erdöl versprochen und BP hätte sowohl Mestizen als auch Warao eingestellt. Das Problem wären dann eher die Gewerkschaften gewesen⁹⁹, die versuchten, die Warao von den Arbeitsplätzen zu verdrängen. Da sie in Venezuela dazu auch die Macht hatten, verlangten die Gewerkschaftsführer 300.000 Bolivares¹⁰⁰ von den Warao für jeden Arbeitsplatz, eine Summe, die für die Warao unbezahlbar war.

BP führte mehrere Treffen mit den verschiedenen Gemeinschaften (*comunidades*) durch und versprach außer Arbeit auch die Errichtung von Schulen und Gesundheitsposten, was sie auch zum größten Teil eingehalten haben. Für die befragten Personen sind die Diskriminierung durch die Gewerkschaften und durch die staatlichen Institutionen ein großes Problem. Dem Konzern billigen sie zumindest anfänglich eine größere Offenheit als den staatlichen Institutionen zu. Insgesamt beurteilen sie ihre heutige Situation schlechter als vor Beginn der Erdölaktivitäten, da der Fischbestand sehr stark zurückgegangen ist und Geschlechtskrankheiten, die vorher unbekannt waren, in den *comunidades* festgestellt wurden.¹⁰¹

Sektor La Ladera

„Mit uns hat keiner gesprochen.“ „Hier kommen Schiffe vorbei mit ganz viel Dreck, aber erklärt hat uns niemand etwas.“ „Diese Deponie war plötzlich da. Ein Mestize, dem das Land gehört, hat es ihnen wohl verkauft.“ In unmittelbarer Nähe zu der Deponie (ca. 10 Minuten Bootsfahrt entfernt) liegt das Dorf der Warao, ca. 15 Häuser schon aus Zement und mit Wellblechdach. BP als Betreiber der Deponie hat den Bewohnern nicht erklärt, was dort wie und für wie lange deponiert wird. Die Warao sehen lediglich, dass ihnen der Zugang zur Deponie verwehrt ist, dass die Deponie offen und unmittelbar am Ufer liegt und haben dementsprechend Angst, dass die Deponie überläuft und das Wasser ver-

⁹⁸ Repräsentanten der Warao aus Pedernales, Capure und der comunidad Isla.

⁹⁹ Gewerkschaften in Venezuela bestimmten bei 60% der Einstellungen darüber, wer eingestellt wird mit. Dies führt dazu, dass Gewerkschaftsführer sich die ‚Vermittlung‘ von Arbeit von Arbeitssuchenden bezahlen ließen. Die Vereinbarung mit Delta Centro sah vor, dass die Gewerkschaften 10% dieses 60%igen Kontingents den Warao zur Verfügung stellen (Interview mit Frank Higgins).

¹⁰⁰ Das entspricht zum damaligen Wechselkurs ca. 480 €.

¹⁰¹ Häufig wird in den Gesprächen auch die Befürchtung geäußert, dass AIDS aufgetreten ist. Genaue Untersuchungen gab es jedoch nicht (bis 2001).

schmutzt. Es hat Wasserverunreinigungen gegeben, die sie dieser Deponie zuordnen, aber bisher hat niemand – auch keine staatliche Stelle eine Untersuchung durchgeführt. Es fehlt daher an Beweismaterial, um die Ursache der Wasserverschmutzung zu klären und – gegebenenfalls- BP Versäumnisse in dem Management der Deponie nachweisen zu können.

Die Auseinandersetzung mit dem Erdöl bestimmte den dritten Kongress der Warao vom 20.3. bis 23.3.1997. Verschmutzungen des Wassers, Rückgang des Fischbestandes, Lärmbelästigung wurden aus unterschiedlichen Gemeinden beschrieben. Kontaminiertes Wasser in der Nähe der Deponie La Ladera und die Erkrankung vor allem von Kindern als Folge davon, war ein zentraler Anklagepunkt. Die Warao forderten eine unabhängige Kommission, die die Schäden durch die Erdölaktivitäten genau untersuchen sollte. Sie forderten außerdem, dass die Unverletzbarkeit ihrer Werte, die Basis für Kontakte von den Erdölfirmen mit ihnen sein müsste¹⁰².

Diese Forderung wurde von der Organisation der Warao (UCIW) kaum weiterverfolgt, weil sie sich als Organisation zu schwach fühlte (Interview mit der Leitung von UCIW, 2000).

„Wir haben keine Gespräche und Verhandlungen mit den Erdölkonzernen. Das ist eine Sache zwischen Regierung und Unternehmen. Wir sind darauf nicht vorbereitet. Außerdem mischen sich die politischen Parteien überall ein und wir wollen politisch nicht manipuliert werden... Die Projekte¹⁰³ führen die Anthropologen durch. Wir können das nicht. Studien über die Auswirkungen vor Ort durch das Erdöl zu erstellen, ist sehr teuer. Wir haben kein Geld. Wir können das nicht.“

Aus der Sicht des Staates

Delta Amacuro ist die Region Venezuelas, die die geringste staatliche Unterstützung erfahren hat. Zwar gab es Programme wie das *Desarrollo Armónico del Oriente* (DAO, harmonische Entwicklung des Ostens), das von Petroleos de Venezuela, PdVSA, durchgeführt wurde, aber dieses Programm steckte nach Aussagen eines Mitarbeiters von PdVSA (Interview Mai 2001) voller Probleme:

1. Das Programm wurde in Caracas entwickelt;
2. Das Programm sah überwiegend Projekte vor, die nicht zusammen mit den Warao geplant waren und die nicht an die Situation im Delta angepasst waren (z.B. Viehzuchtprojekte);
3. Kaum eins der vorgesehenen Projekte wurde wirklich bis zu seinem Abschluss durchgeführt.

Die Verträge mit den Erdölkonzernen wurden in Caracas ausgehandelt. Der Staat tritt in den Warao Gemeinden nicht in Erscheinung. Die Warao wurden

¹⁰² Protokoll des dritten Warao Kongress, Fundación La Salle.

¹⁰³ Gemeint sind die Projekte mit Finanzierung durch die Erdölindustrie.

über die Konzessionsvergabe weder informiert noch befragt. Für die interviewten Warao war der Staat im Zusammenhang mit Erdöl vor Ort nicht präsent.

8.3.5 Abschließende Betrachtung

Eine wirkliche Verständigung über die Nutzung des Deltas und seiner Ressourcen zwischen Warao und Erdölindustrie fand nicht statt. Zwar haben bei allen Vorhaben Gespräche und Treffen zwischen Indigenen und Unternehmensvertretern stattgefunden. Es wurden Informationen über die Erdölförderung in Warao übersetzt und Hilfsleistungen wie Außenbordmotoren, Baumaterial und medizinische Versorgung finanziert. In der Kommunikation ging es jedoch immer nur um die unmittelbaren Anforderungen wie Schulbau, Medikamente etc. und nicht um die langfristigen Veränderungen und die Minimierung negativer Auswirkungen, die die Region und damit die Warao durch die Erdölförderung erfahren.

Die Warao weisen eher passiv auf die möglichen Veränderungen ihrer Wirtschaftsweisen hin. Obwohl ihre Erfahrungen dagegen sprechen, scheinen sie eine Verbesserung ihrer (wirtschaftlichen) Situation zu erhoffen. Dies liegt laut Heinen¹⁰⁴ an der jahrzehntelangen Marginalisierung durch den venezolanischen Staat. Die Eindeichung des Manamo hat sie gezwungen, ihre Nahrungsgrundlage teilweise umzustellen und sich Umweltveränderungen, die ihnen von außen aufgezwungen wurden, anzupassen. Migration in die Städte scheint eine Antwort auf die sich verschlechternden Lebensbedingungen zu sein. Allerdings ist es aufgrund fehlender Untersuchungen schwer, einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der Lebensbedingungen und den Erdölkaktivitäten nachzuweisen oder zu widerlegen.

Geschwächt sind die Warao in ihrer Position gegenüber den Erdölkonzernen auf jeden Fall durch die Partikularinteressen der politischen Parteien und deren Einfluss auf die Warao in Tucupita und Pedernales sowie durch das Fehlen einer eigenen, starken Organisation.

Von Seiten der Unternehmen herrscht auf der Leitungsebene das Bild vor, mit Projekten ‚Gutes‘ zu tun, in dem man Indios westliche Errungenschaften näher bringt.

Die Grundvoraussetzung für einen wirklichen Dialog, nämlich die Warao Kultur verstehen zu wollen, wird bei den Unternehmen meist an die beratenden Anthropologen delegiert. Anthropologen mit dieser Aufgabe zu betreuen, ist an sich ein richtiger Ansatz. Es stellt sich aber die Frage, ob sie nur ein kulturgeRechtes Marketing der Exploration und Förderung entwickeln oder ob sie dazu beitragen, dass die Belange indigener Völker ernst genommen werden und in den Unternehmensentscheidungen berücksichtigt werden.

¹⁰⁴ Interview 2000.

Tabelle 8 Matrix zur Darstellung der Beziehungen Warao - BP / Perenco und der Interessen, Stand 2000

Themen	Akteure Warao	Unternehmen BP / Perenco Delta Centro	Staat repräsentiert durch PdVSA
Rechtliche Grundlage	Bis März 2000: Recht auf Kompensationszahlungen	Vertrag PdVSA - BP / Perenco	Vertrag PdVSA - BP / Perenco
Was wäre ein gutes Verhandlungsergebnis?	Sektor Pedernales: Arbeitsmöglichkeiten nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur Sektor La Ladera Schließung der Abfalldeponie	Erdölförderung in guter Nachbarschaft mit den Warao	Erdölförderung in guter Nachbarschaft mit den Warao
Defizite der eigenen Interessengruppe	Es fehlt an Information auf allen Ebenen Keine starke Organisation	Fehlende Erfahrung in der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern	Mängel in der Umsetzung des Entwicklungsprogramms für das Delta von PdVSA
Defizite der Anderen	Unkenntnis über die Warao Die Deltaregion wird nicht beachtet Korruption der staatlichen Funktionäre	Lange Liste immer wieder neuer Forderungen Keine zentralen Ansprechpartner Mangelnde Präsenz des Staates	
Bewertung der Ergebnisse	Sektor Pedernales: zufriedenstellend Sektor La Ladera Es gibt keine Ergebnisse	Gut Die Warao sind sehr dankbar	
Eckpunkte der Gespräche	Kompensationszahlungen, Vermeidung der Umweltverschmutzung	Kompensationszahlungen	
Wahrnehmung der Struktur und Dauer des Entscheidungsprozesses	Es gibt keine Struktur sondern nur Einladungen zu Treffen	Struktur: gut Delegierung von Aufgaben an Ethnologen	unbekannt
Defizite Verhandlungsprozess	Es gibt keine langfristigen Vereinbarungen Die Gewerkschaften stören	Fehlende Verbindlichkeit der Entscheidungen auf den Treffen mit den Warao	
Wahrnehmung der Normen für die Ressourcennutzung	Recht auf Kompensation Umweltschutz	Grundlage Vertrag mit PdVSA	Grundlage Vertrag

Themen	Akteure Warao	Unternehmen BP / Perenco Delta Centro	Staat repräsentiert durch PdVSA
Wahrnehmung der Defizite bei den Normen für die Ressourcennutzung	Keine Normen bezüglich indigene Völker	Keine Regeln für Konfliktlösung keine Vorgaben für Beziehungen zu indigenen Völkern überbetonte Stellung von PdVSA	
Wahrnehmung der regionalen Ökonomie	Schonende Nutzung der Ressourcen des Deltas Fischfang, Moriche Palme Lohnarbeit in Sägewerken und auf Plantagen - Armut - Migration in die Städte	Armut, Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten	Armut Notwendigkeit besserer Infrastruktur
Eckpunkte für das Monitoring der Umsetzung von Normen	Untersuchungen über die wirklichen Auswirkungen der Erdölförderung	Internes Monitoring	Überprüfung durch PdVSA
Wahrnehmung der Notwendigkeit einer unterstützenden Intervention von außen	Notwendig Informations- und Wissensvermittlung Beratung	BP /Perenco positiv, kann Kommunikation unterstützen Delta Centro ablehnend, stört die Beziehungen zu den Warao	Skeptisch, Informationsvermittlung kann PdVSA selber vornehmen

Grundlage: Auswertung der Interviews

8.4 Der Dialogprozess Energie – Umwelt - Bevölkerung

Das dritte Fallbeispiel, an dem die Akteure im Erdölbereich und ihre Interessen und Strategien untersucht werden sollen, ist im Gegensatz zu den beiden vorherigen kein Beispiel eines Verhandlungsprozesses vor Ort sondern ein internationaler, politischer Dialogprozess auf der Ebene der Amazonasanrainerstaaten. An dem Dialog waren indigene Organisationen, private und staatliche Erdölkonzern, die Energie- und Erdölministerien sowie die lateinamerikanischen Interessenvertretungsorgane der drei Akteure aktiv beteiligt.

8.4.1 Vorgeschichte

Der Dialog Energie, Umwelt und Bevölkerung (EAP – Energía – Ambiente – Población) geht auf einen Vorschlag von OLADE (*Organización Latinoamericana de Energía*, lateinamerikanische Energieorganisation) und der Weltbank aus dem Jahre 1998 zurück, dem sich ein Jahr später die regionale Vereinigung der Erdölindustrie (ARPEL – *Asociación Regional de Empresas de Petróleo y de Gas Natural en Latino América y el Caribe*) und die Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (COICA – *Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica*) angeschlossen haben. OLADE hatte bereits vorher zusammen mit der Weltbank den gesetzlichen Rahmen der Erdölförderung und die bestehenden Umwelt- und Sozialregelungen in den lateinamerikanischen Staaten in einer Studie bearbeitet, aus der folgte, dass große Unterschiede in den Umweltstandards und deren Überprüfung sowie in den Gesetzen über indigene Rechte zwischen den Ländern bestehen, und dass eine große Lücke klafft in der Regelung der Beziehungen und Konflikte zwischen indigenen Völkern und Erdölunternehmen, wenn diese auf indigenem Land arbeiten wollen. Die Studie empfiehlt eine Harmonisierung des gesetzlichen Rahmens für die Erdölförderung in Ländern mit indigener Bevölkerung, da dies zur Verbesserung der Investitionssicherheit und zur Konfliktminderung beitragen würde.

Dieser Ansatz stieß bei ARPEL auf großes Interesse, da die unklaren Bedingungen, unter denen sich Unternehmen mit den indigenen Völkern ins Einvernehmen setzen mussten, zu einem Problem für ihre Mitglieder geworden war. ARPEL hatte vor Beginn des Dialoges bereits begonnen, *best practice* Beispiele aus Industriesicht zum Verhältnis von indigenen Völkern und Unternehmen zusammenzutragen.

Die COICA ihrerseits sah sich zunehmend mit dem Problem der Erdölförderung, dass viele ihrer nationalen Mitgliedsorganisationen betraf, konfrontiert, ohne es bis 1998 zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht zu haben. Da die einzelnen nationalen Mitgliedsorganisationen intern mit unterschiedlichen Haltungen zu der Frage, wie die indigenen Organisationen auf die Erdölvorhaben reagieren sollten, konfrontiert waren, war es für die COICA sehr schwierig eine einheitliche Haltung zu formulieren und eine pro-aktive Politik zu dem Thema zu betreiben. Allerdings nahm die COICA seit 1997 an einem Diskussionsprozess auf Einladung des *Programms of nonviolent sanctions and cultural survival* des *Weatherhead Center for International Affairs* der Universität Harvard mit dem Titel „Dialog über Erdöl in einer fragilen Umwelt“ teil¹⁰⁵. An diesem Diskussionsprozess beteiligten sich Erdölunternehmen, Umwelt- und indigene Organisationen, die staatlichen Institutionen waren nicht eingeladen. Ziel des Prozesses war das Kennenlernen der jeweils anderen Positionen und das Nachden-

¹⁰⁵ Weitere Teilnehmer dieses Diskussionsrunden waren einige Mitgliedsorganisationen der COICA, die Konzerne BP, Exxon, Chevron, Occidental, Shell u.a. sowie die Nichtregierungsorganisationen WWF, Fundación Natura (Ecuador), Fundación La Salle (Venezuela), Sociedad Peruana de Derecho Ambiental.

ken über Lösungen in einem „politikfreien“ Raum. Die Teilnehmer hatten sich darauf geeinigt, dass keine Zitate nach außen dringen und kein Druck auf die Beteiligten ausgeübt wird. Dieses Programm, das vom *Weatherhead Center* von 1997 bis 1999 durchgeführt wurde, war für die COICA ein Wegbereiter für den Dialog „Energie – Umwelt – Bevölkerung“.

8.4.2 Die Akteure

OLADE ist eine Mitgliedsorganisation, die von den Erdöl- und Energieministerien Lateinamerikas und der Karibik gebildet wird. Zu den Aufgaben der Institution mit Sitz in Quito gehören in erster Linie Informationsmanagement und Fortbildungen zu Energiefragen. Die Ministerien benannten für den Dialog jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter, die sich über OLADE koordinierten, aber auf den Arbeitstreffen und Konferenzen des Dialoges eigenständig (gemäß ihren nationalen Interessen) auftraten.

ARPEL wurde 1965 gegründet und war in seinen Anfängen vor allem eine Vereinigung der staatlichen Erdölfirmer der Region. Mittlerweile gehören auch viele Privatunternehmen zu ihren Mitgliedern, da die Erdölförderung in mehreren Ländern des Kontinents (teil-) privatisiert wurde. Mitglieder von ARPEL sind u.a. die staatlichen Unternehmen Ecopetrol, Petroecuador, PdVSA, Petroperu und die Privatunternehmen BP, Chevron, Statoil, Pluspetrol, Repsol/YPF und Wintershall. Innerhalb von ARPEL beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit den Beziehungen zu indigenen Völkern und ist beauftragt, *best practice* Beispiele zu dokumentieren. Die Vertretung von ARPEL in dem Dialog wurde von dem kolumbianischen Staatsunternehmen Ecopetrol wahrgenommen. Der Vertreter von Ecopetrol hatte daher in den Dialogprozess zeitweise drei Funktionen: als Vertreter von ARPEL, von Ecopetrol und des kolumbianischen Staates. An den Treffen und Konferenzen nahmen sowohl die staatlichen als auch die privaten Unternehmen teil, allerdings wurde, von wenigen Ausnahmen wie Ecopetrol abgesehen, wenig Kontinuität in der Teilnahme des Industriesektors gewahrt.

Die Koordination der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, COICA wurde 1984 gegründet und versteht sich als koordinierende Instanz, die indigene Interessen auf der regionalen und internationalen Ebene vertritt. Mitgliedsorganisationen der COICA sind AIDASEP (Indianische Vereinigung zur Entwicklung des peruanischen Waldes), CONFENIAE (Konföderation der indianischen Nationalitäten des ecuadorianischen Amazonasgebietes), OPIAC (Organisation der Indianervölker des kolumbianischen Amazonasgebietes), CI-DOB (Indianische Konföderation Boliviens), COIAB (Koordination der indianischen Organisationen des brasilianischen Amazonasgebietes), CONIVE (Nationaler Indianerrat Venezuelas), OIS (Organisation der Indianer Surinams), APA (Vereinigung der amerindischen Völker Guyanas) und die FOAG (Föderation der amerindischen Organisationen Französisch Guyanas). Die COICA war durch ihren Generalkoordinator und meist durch den Umweltbeauftragten vertreten. Diese garantierten die Kontinuität der Diskussion mit der COICA. Darüber hinaus wechselte die Zusammensetzung der indigenen Delegation jeweils

sehr stark, da die COICA möglichst viele Mitglieder nationaler Organisationen einbinden wollte, was zu Lasten der Kontinuität der Diskussion ging.

Alle drei Organisationen hatten kein Mandat ihrer Mitgliedschaft, Verhandlungen zu führen.

Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wurden nicht hinzugezogen, da ihnen von einigen Regierungs- und Industrievertretern die Verhandlungsbereitschaft abgesprochen wurde. Zwar forderte die COICA die Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen, verfolgte diese Forderung aber nicht nachdrücklich. So wurden Vertreter von Umweltorganisationen zwar zu bestimmten Themen als Referenten geladen, sie waren aber nicht Teil des Dialoges.

8.4.3 Themen des Dialogprozesses

EAP wurde auf einer Konferenz in Cartagena de las Indias, Kolumbien, im Mai 1999 formal gegründet. Die Initiative zu dieser Konferenz ging von OLADE, der Weltbank und dem staatlichen kolumbianischen Erdölunternehmen Ecopetrol aus. Eingeladen waren die indigenen Organisationen des Amazonasbeckens, die Erdöl- und Ergasindustrie und die Energieministerien sowie mögliche Finanzierungsinstitutionen wie die Carl Duisberg Gesellschaft¹⁰⁶, mit dem Ziel zur Minimierung negativer Auswirkungen der Erdölförderung und zu einer Homogenisierung der Rahmenbedingungen beizutragen.

Die Repräsentanten der verschiedenen Interessengruppen beschlossen in Cartagena den Aufbau von drei Arbeitsbereichen im EAP:

1. Aufbau eines Informationssystems unter der Leitung von OLADE in Zusammenarbeit mit der Universität von Calgary, Kanada und der *Corporación Andina de Fomento*¹⁰⁷.
2. Erarbeitung von Richtlinien zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmen in den einzelnen Ländern. In dem Modul sollten Richtlinien für die Arbeit der Unternehmen und für die Beziehung der Unternehmen mit indigenen Völkern erarbeitet werden. Vor allem sollten die Implikationen der ILO Konvention 169 für diesen Industriesektor analysiert und in praxisorientierte Richtlinien umgesetzt werden. Mit der Erstellung der Richtlinien wurde die kanadische *Consulting E2 Environmental Alliance* beauftragt, finanziert durch ein gemeinsames Projekt der kanadischen Entwicklungszusammenarbeit (CIDA) und ARPEL. Letztere waren im EAP Kontext für dieses Modul verantwortlich.

¹⁰⁶ Die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) arbeitete u.a. für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem Schwerpunkt Fortbildung in der Entwicklungszusammenarbeit. Mittlerweile haben die CDG und die Deutschen Stiftung Entwicklung fusioniert und bilden jetzt die InWEnt gGmbH (Internationale Weiterbildung und Entwicklung). Der Hauptsitz ist Bonn, regionale Büros werden in den einzelnen Bundesländern unterhalten.

¹⁰⁷ Zusammenschluss der andinen Staaten zur Förderung der Entwicklung.

3. Entwicklung eines Fortbildungsprogramms, in dem die Basis für den Dialog gelegt werden sollte. Die Fortbildung sollte das gegenseitige Kennenlernen und den gegenseitigen Respekt ermöglichen. Auf dieser Grundlage sollte die Fähigkeit zum Dialog entwickelt werden mit dem Ziel, ein Minimum an gegenseitiger Verständigung zu erreichen. Dieses Modul wurde verantwortlich von der COICA und der Carl Duisberg Gesellschaft (jetzt InWEnt) geleitet, die Durchführung oblag einem Konsortium aus der NRO *Futuro Latinoamericano* in Quito und dem *Weatherhead Center for International Affairs* der Harvard University.

Für alle drei Bereiche wurden Arbeitsgruppen gebildet, in denen jeweils die drei Interessengruppen vertreten waren. Außerdem wurde beschlossen, eine Studie über die Verteilung der staatlichen Erdöleinnahmen in den einzelnen Ländern in Auftrag zu geben.

Die Interessen der Akteure an dem Dialog waren unterschiedlich: Die Sorge der Ministerien war die Energieversorgung und die Erhöhung der Investitionen, für die Industrie stand die Erhöhung der Präsenz des Staates in den Fördergebieten oben auf der Tagesordnung ebenso wie die Forderung nach klaren Regeln in der Beziehung zur Bevölkerung und Bestimmungen für die frühzeitige Konsultierung. Die Vertreter der Indigenen Völker forderten die Anerkennung indigener Rechten insbesondere das Recht auf ein eigenes Territorium. Darüber hinaus forderten sie mehr und bessere Informationen über die Umwelt- und Sozialauswirkungen der Erdölindustrie.

Das Thema der *Consulta previa* wurde zu einem zentralen Thema des Dialogprozesses. Sowohl die Modalitäten der Consulta als auch die Verantwortlichkeiten und die Übernahme der Kosten waren Diskussionspunkte zwischen den drei Parteien. Die COICA klagte die späte und oberflächliche Information und Konsultation der Dörfer und Gemeinschaften an und setzte sich für ein umfassendes Konsultationsrecht ein. Während ARPEL den Regierungen vorwarf, die Kosten und Verantwortung für die Durchführung der Industrie aufzubürden, obwohl es doch eine staatliche Aufgabe sei.

8.4.4 EAP aus der Sicht des Staates

Keine der drei Akteursgruppen ist homogen. Dies gilt auch für die Ministerien, die entsprechenden nationalen Interessen vertraten. Gemeinsames Interesse an dem Dialogprozess war nach Aussagen von OLADE, Investitions- und Energiesicherheit zu verbessern und Kommunikationskanäle mit indigenen Organisationen aufzubauen und Vermittler zu identifizieren, die im Falle von Konflikten Ansprechpartner sein könnten.

8.4.5 EAP aus der Sicht der Unternehmen

Nach Aussagen von ARPEL war das Interesse der Industrie, klare Regeln für das Verhältnis zu den indigenen Völkern in den Konzessionsgebieten zu etablie-

ren. Die Industrie beklagte die Abwesenheit des Staates in den Regionen. Da der Staat seinen Aufgaben in den Regionen nicht nachkomme, stellten die indigenen Gemeinschaften und Organisationen Forderungen an die Industrie, die eigentlich vom Staat erfüllt werden müssten. Es sei aber nicht Aufgabe der Unternehmen, quasi staatliche Funktionen in ihren Konzessionsgebieten zu übernehmen. Aus Sicht der Unternehmen hielten sich die indigenen Gemeinschaften nicht an einmal geschlossene Verträge, würden beliebig neue Forderungen stellen und so gäbe es keine verlässlichen Grundlagen für die Erdölarbeiten. Die Unternehmen sehen in dieser unklaren Situation ihre „*social license to operate*“ (soziale Lizenz zur Durchführung ihrer Aktivitäten) gefährdet. Sie seien bereit, im Rahmen ihrer sozialen Unternehmensverantwortung soziale Projekte zu unterstützen, sehen ihre Aufgabe aber nicht darin, staatliche Aufgaben vor Ort zu übernehmen.

8.4.6 EAP aus der Sicht der Indigenen

Die COICA sah in dem EAP einen internationalen Rahmen zur Diskussion indigener Rechte. Das EAP war ein Forum, um auf die Situation der indigenen Völker aufmerksam zu machen und das Bewusstsein der Ministerien und Unternehmen über die Auswirkungen ihres Tuns zu erweitern. Der Vorschlag der COICA für die Agenda des EAP Prozesses umfasste daher folgende Punkte, die jedoch nur zum Teil aufgegriffen wurden:

1. Garantie der Rechtssicherheit für indigene Territorien, bevor Erdölaktivitäten aufgenommen werden;
2. Institutionalisierung der frühzeitigen, freien und informierten Konsultierung und des Rechts auf Teilhabe;
3. Die gleichberechtigte Beteiligung an den Erdölgewinnen;
4. Gelder aus dem Erdöl sollen für *planes de vida*¹⁰⁸, institutionelle Stärkung der indigenen Organisationen und für Ausbildung verwendet werden;
5. Einbeziehung der indigenen Bevölkerung in das UVP Verfahren und die Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren;
6. Aufbau eines adäquaten Informationssystems;
7. Der Schutz der natürlichen Ressourcen;
8. Die Einführung von „unantastbaren“ Regionen, in denen gefährdete indigene Völker leben.

Voraussetzung für die Teilnahme der COICA am EAP war die Feststellung, dass dies ein Dialog- und kein Verhandlungsprozess sei, da sie für letzteres kein Mandat habe. Für die COICA war existenziell, dass die Teilnahme am EAP nicht mit der Akzeptanz von Erdölvorhaben auf indigenen Territorien gleichge-

¹⁰⁸ Lebenspläne, vielleicht am besten mit Pläne zur nachhaltigen Entwicklung übersetzt.

setzt wurde, um nicht den indigenen Organisationen, die sich im Widerstand zur Erdölindustrie befanden, in den Rücken zu fallen.

8.4.7 Resultate des EAP

Im Rahmen des Dialoges wurde das Training für den Dialog gemeinsam mit den drei Interessengruppen durchgeführt, eine Leitlinie für die Beziehung zwischen Unternehmen und indigenen Völkern erarbeitet und ein Informationssystem aufgebaut und ins Internet gestellt. Letzteres wurde allerdings seit 2004 nicht mehr gepflegt.

Laut Aussage der Beteiligten schuf das EAP einen Raum zum Kennenlernen und Informationsaustausch, der es den Beteiligten erlaubte, auf internationaler und auf der jeweiligen nationalen Ebene Ansprechpartner zu identifizieren. Außerdem ermöglichte das EAP nationale Dialogprozesse in Peru, Kolumbien und Venezuela. Ziel dieser nationalen Prozesse war es, Vorschläge zur Umsetzung des Konsultierungsrechtes zu entwickeln.

Trotz dieser Erfolge geriet das EAP auf der Ebene der Amazonasanrainernstaaten 2002 / 2003 an seine Grenzen. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- Die politischen Prozesse in den einzelnen Ländern entwickelten sich sehr unterschiedlich. Bolivien und Venezuela reduzierten bereits 2002 ihre Präsenz in dem Dialog. In Venezuela wurde mit Präsident Chavez eine neue Indigenen - Politik in dem Land umgesetzt, die Brisanz der Konflikte um die Ressourcennutzung nahm ab. Venezuela entwickelte auf der nationalen Ebene eigene Kommunikationswege zwischen den Akteuren, wodurch die internationale Ebene an Bedeutung verlor.

In Bolivien nahm im Gegensatz dazu der Konflikt um die Ressourcennutzung zu. In dem Land wurde die zentrale Frage nach der nationalen Verfügungsgewalt über die Ressourcen gestellt. Dies war kein Thema im EAP. Die internationale Ebene verlor für beide Staaten aus unterschiedlichen Gründen an Attraktivität.

- Die Organisationen ARPEL, OLADE und COICA hatten keine Entscheidungsbefugnis für ihre Mitglieder in dem Prozess. Die Probleme, die damit verbunden waren, verdeutlicht das Beispiel der Richtlinie, die von der EAP Arbeitsgruppe zur Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen in einem dreijährigen Diskussionsprozess erarbeitet wurde. Als der erzielte Kompromiss auf der EAP Konferenz 2002 verabschiedet werden sollte, brachen die Vertreter der Privatindustrie den Konsens und forderten eine reduzierte und weniger verbindliche Formulierung der Richtlinie, die dann nur als Leitlinie von ARPEL in deutlich reduzierter Form veröffentlicht wurde.

Das Thema „staatliche Erdöleinnahmen und ihre Verteilung“, das bereits auf der ersten Konferenz in Cartagena aufgegriffen wurde, wurde zu einem weiteren

Blockadethema – diesmal von Seiten der Ministerien. Die Ministerien weigerten sich das Thema im EAP Kontext zu bearbeiten, da sie dazu nicht autorisiert waren.

Von indigener Seite wurde wiederholt gefordert, dass Vetorecht Indigener über Vorhaben, die ihre Territorien betreffen, zu thematisieren. Dies war ohne Erfolg, da auch zu diesem Thema nicht die wirklichen Entscheidungsträger im EAP zusammenkamen.

- Die Rolle der Weltbank wurde in dem Dialog nicht offen geklärt, was Raum für Spekulationen über die Beweggründe der Weltbank, diesen Dialogprozess zu forcieren, bot. Die Weltbank trug ihr Übriges zur Verwirrung bei, da sie bilateral Projekte im Erdölsektor in Bolivien und Ecuador unterstützte, die sie nach Belieben in oder außerhalb des Kontextes von EAP stellte.
- Die COICA stand vor einer fast unlösbaren Aufgabe. Zum einen spitzten sich die Auseinandersetzungen um die Erdölprospektion auf dem Territorium der U'wa in Kolumbien, und um den Widerstand der Quichua in Sarajacu, Ecuador zu, auf der anderen Seite befanden sich andere Mitgliedorganisationen in konkreten Verhandlungsprozessen mit der Erdölindustrie. Die COICA als Vermittlerin indigener Positionen auf dem internationalen Parkett war gezwungen, im Dialogprozess diese Bandbreite der Haltungen zu repräsentieren, d.h. sie musste auf der einen Seite darauf drängen, dass das Recht der U'wa auf ihrem Territorium die Erdölförderung abzulehnen, von den Dialogpartnern akzeptiert wird¹⁰⁹, auf der anderen Seite die Debatte um „nachhaltige Erdölförderung“ mitgestalten. Diese Diversität der Ansätze führte dazu, dass die COICA keine abgestimmte Position ihrer Mitglieder vertreten konnte. Im Gegenteil: die unterschiedliche Haltung zur Erdölindustrie ist einer der wesentlichen Gründe für die tiefe Spaltung der amazonensischen indigenen Bewegung, die die Organisationen seit 2004 erschüttert.

Nach der ersten Phase des Kennenlernens und Informationsaustausches war das EAP daher nicht in der Lage, die grundlegenden Probleme der Erdölproduktion in indigenen Territorien zu bearbeiten.

2003 erklärte die COICA öffentlich ihren Rücktritt aus dem EAP. Bereits auf der zweiten Konferenz im Jahre 2000 hatte sie erklärt:

„der dreigliedrige Dialog hat nicht zur Lösung der Konflikte um das Erdöl auf indigenen Territorien geführt, sondern im Gegenteil die alten Ver-

¹⁰⁹ Die COICA hat auf den Konferenzen des EAP immer wieder Solidaritätserklärungen mit den U'wa eingereicht.

*handlungspraktiken der Industrie mit einzelnen indigenen Gemeinden werden fortgeführt. Außerdem werden nach wie vor die Vorhaben umgesetzt, denen wir uns entschieden widersetzt haben.*¹¹⁰

Von dieser Einschätzung geht die COICA auch 2003 in ihrer Begründung für den Rücktritt aus. Das EAP ist damit zum Erliegen gekommen¹¹¹.

Nach Einschätzung der COICA war eines ihrer Probleme in dem Prozess die mangelnde Information über den Erdölsektor, seine Struktur, Funktionsweise, die rechtliche Situation und die Möglichkeiten, indigene Rechte in diesem Kontext zu verteidigen. Das „Fortbildungsprogramm für den Dialog“, das im Rahmen des EAP durchgeführt wurde, konnte diese Defizite nicht abbauen. Die COICA bat daher die CDG (jetzt InWEnt) und das Klima-Bündnis ein gemeinsames Fortbildungsprogramm unter der inhaltlichen Leitung der COICA durchzuführen, um indigenen Organisationen dieses Wissen zu vermitteln. Auf dieses Fortbildungsprogramm wird im nächsten Kapitel eingegangen.

8.5 Abschließende Betrachtung

In der abschließenden Betrachtung der Verhandlungs- und Dialogprozesse lässt sich feststellen, dass

1. In Ecuador und Venezuela hat sich die formal-rechtliche Position der indigenen Völker in den letzten zehn Jahren mit der Anerkennung der ILO Konvention 169 und der Überarbeitung der Verfassungen in den beiden Ländern wesentlich verbessert. Dies impliziert eine verbesserte Ausgangslage der indigenen Völker in Verhandlungsprozessen mit der Erdölindustrie und anderen Unternehmen.
2. Es gibt nach wie vor Lücken in der Umsetzung der Gesetze. Von besonderer Bedeutung ist dabei die nach wie vor vorhandene Hierarchie, die ein postuliertes „öffentliches Interesse“ an der Erdölförderung über die Rechte indigener Völker stellt wie dies das Beispiel der Möglichkeit der Enteignung indigenen Landes im Falle der Erdölförderung in Ecuador verdeutlicht.
3. Weitere Defizite lassen sich in der Umsetzung der Beteiligungsrechte feststellen. In der Praxis ist die bisherige Form der Konsultierung indigener Völker vor Beginn der Erdölarbeiten unzureichend. Die unterschiedlichen Konzepte, die Indigene einerseits und Industrie und Staat andererseits von der Reichweite der Konsultierung haben und der Bedeutung die-

¹¹⁰ Position der indigenen Teilnehmer an dem 2. Treffen des EAP, Cartagena, Kolumbien, 7.-9.6.2000.

¹¹¹ 2006 schrieb die COICA in einem Brief an OLADE und die Weltbank, dass sie Interesse an einer Wiederaufnahme des Dialogprozesses hat. 2007/8 fanden die ersten Gespräche über die Bedingungen einer möglichen Wiederaufnahme des Dialogprozesses statt.

ses Instruments für die Entscheidungsfindung über Erdölaktivitäten, stehen bisher ungelöst nebeneinander beziehungsweise das indigene Konzept findet nur bedingt Einlass in die Dekrete zur Umsetzung des Rechtes auf Konsultierung.

4. Die Beteiligungsinstrumente, die formal im UVP Verfahren in beiden Ländern vorgesehen sind, werden nicht genutzt. Die indigenen Völker sind mit dem UVP Verfahren nicht vertraut. Erst durch den Einsatz der Berater, wie in dem Fall der OISE, wird das UVP aktiv genutzt.
5. Ein Manko des UVP Verfahrens und insgesamt des Entscheidungsverfahrens über die Konzessionsvergabe für Erdöl, aber auch für andere Sektoren der extraktiven Industrie, ist die fehlende Artikulation und Einbeziehung lokaler nachhaltiger Entwicklungspläne wie indigene *planes de vida* und die lokalen Ökonomien.
6. Es lässt sich bei den indigenen Organisationen auf regionaler Ebene eine unzureichende Kenntnis über juristische Zusammenhänge, Funktionsweisen des Industriesektors und ökonomische und ökologische Alternativen der Regionalentwicklung feststellen. Bei den Unternehmen und den staatlichen Institutionen fehlt es an Wissen über indigene Völker und ihre Kultur, über die Funktionsweisen der Flusssysteme und der tropischen Wald- bzw. Indigenenökonomie.
7. Die Auswirkungsketten von Erdölaktivitäten sind nur unzureichend bearbeitet.

9. Intervention: Qualifizierungsprogramm

Ein Ansatz, das oben genannte Informationsdefizit und die Artikulationsfähigkeit indigener Völker zu stärken, ist die Unterstützung der Organisationen vor Ort darin, dieses Wissen und die Fähigkeiten aufzubauen. Dies kann mittels Qualifizierungsmaßnahmen (im Sinne eines umfassenden *capacity building*) geschehen, wie es die Vertreter der indigenen Völker auf den Konferenzen des EAP nachdrücklich eingefordert haben (siehe Kapitel 8.4). In der Zusammenarbeit von der COICA, InWEnt¹¹², dem Klima-Bündnis und der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO) in Ecuador wurde daher 2003 ein regionales Qualifizierungsprogramm mit dem Titel „Indigene Rechte und Erdölressourcen“ entwickelt. Finanziert wurde das Programm aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Idee für ein breit angelegtes Fortbildungsprogramm wurde bereits 1995 auf einer Veranstaltung im Rahmen der Jahrestagung des Klima-Bündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder e.V. in Berlin entwickelt. Angesichts der zunehmenden Überlagerung der indigenen Territorien mit Erdöl- und Bergbaukonzessionen in der Amazonas- und Orinokoregion sowie der großen Informationsdefizite der indigenen Gemeinschaften und Organisationen, bat die COICA um Unterstützung. Sie wollte ein Fortbildungsprogramm für die indigenen Organisationen, um die Defizite in der Information über die Rechte indigener Völker auszugleichen und den Erfahrungsaustausch unter ihnen zu ermöglichen. Dadurch sollte die Ausgangsposition der indigenen Gemeinschaften für Verhandlungen oder für die Formulierung ihrer Ablehnung der Erdölförderung verbessert werden. In der ersten Etappe bestand dieses Programm in dem Training zum Dialog innerhalb des EAP Dialogprozesses (s.o.), dass alle Interessengruppen einbezog. Um jedoch zu einer Nivellierung des Informationsniveaus zu kommen, war eine eigenständige, langfristige Fortbildung indigener Organisationen notwendig. So entstand auf Anforderung der COICA das folgende Programm.

¹¹² Organisation für Weiterbildung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

9.1 Ziele des Programms

Das übergeordnete Ziel war die Stärkung der Artikulationsfähigkeit der indigenen Bevölkerung und die Nachhaltigkeit der Entwicklung der Amazonasregionen. Dieser Ansatz sollte in der Amazonasregion unter besonderer Berücksichtigung der Ressourcenkonflikte auf indigenem Territorium umgesetzt werden.

Die COICA nannte darüber hinaus das Ziel, indigene Führungskräfte zur Stärkung der Organisationen auszubilden.

Die spezifischen Ziele des Qualifizierungsprogramms waren die folgenden:

- Das Umwelt- und Ressourcenmanagement in der Nutzung erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Ressourcen im Amazonasgebiet zu verbessern;
- Einen Beitrag zur Demokratisierung und Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse in den Ländern des Amazonasgebiets mittels der Partizipation der betroffenen indigenen Völker zu leisten; sowie
- Umwelt- und Ressourcenkonflikte produktiver zu lösen.

Als Indikatoren für den Erfolg der Fortbildung wurden definiert:

- Der prozentuale Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (TN), die mit qualifiziertem Abschluss (Schreiben einer selbstständigen Abschlussarbeit über ein praxisbezogenes Thema aus ihrem Herkunftsland) den Langzeit-Weiterbildungskurs abschließen;
- Die Anzahl der TN, die nach der Maßnahme als indigene Vertreter an Dialog-/Verhandlungsprozessen beteiligt sind bzw. als Berater/-in fungieren;
- Die Präsenz indigener Vertreter und Vertreterinnen in Dialog- und Verhandlungsprozessen;
- Die Weitervermittlung des erlangten Wissens (z.B. Durchführung lokaler, nationaler Workshops durch die Multiplikatoren); und
- Die Verbesserung der Qualität der Dialog-/Verhandlungsergebnisse um Ressourcennutzung.

Da der Kurs mit einem Diplom abschließt, bietet das Qualifizierungsprogramm Angehörigen indigener Völker eine offiziell anerkannte Qualifikation, zu den Themen indigene Rechte und Ressourcenmanagement. Der Kurs dauerte sechs Monate. Es haben insgesamt drei Kurse (2004, 2005 und 2006/7) stattgefunden. Das Programm besteht aus sieben Modulen und wird ergänzt durch ein Praxisseminar und ein Propädeutikum.

Die Module umfassen inhaltlich:

1. Propädeutikum

Da das Einstiegsniveau der Studierenden sehr unterschiedlich ist, werden sie im Propädeutikum auf die akademische Arbeit vorbereitet. Inhalte sind die Einführung in die Methoden wissenschaftlichen Arbeitens und der Einsatz von Internetrecherchen zum selbstständigen Arbeiten.

2. Spanischkurs

Aufgrund der unterschiedlichen Sprachkenntnisse ist ein Spanischkurs notwendig.

3. Rechtsanthropologie und rechtlicher Pluralismus

Inhalte: Grundlegende Instrumente des nationalen und internationalen Rechts im indigenen Kontext, Prinzipien der normativen Wissensbewertung, soziale und produktive Organisationsprinzipien vor dem Hintergrund der Durchsetzbarkeit indigener Rechte.

4. Kollektivrechte

Inhalte: Unterschied von individuellen und Kollektivrechten, Schutz geistigen Eigentums und traditionellen Wissens.

5. Indigene Territorialrechte

Inhalte: Situation indigener Territorialrechte; Anwendung nationalen und internationalen Rechts zur Gewährleistung der territorialen Integrität.

6. Umweltrecht und gesetzliche Normen bei der Erdölförderung

Inhalte: Normativer Rahmen der Erdölförderungsaktivitäten; Instrumente des nationalen und internationalen Umweltrechts

7. Erdölökonomie

Inhalte: Grundlegende Konzepte und Instrumente für die Einschätzung natürlicher Ressourcen im Kontext der Diskussion über die Verteilung der Gewinne der Erdölförderung Ausschreibungs- und Vertragsabschlussverfahren; Unternehmerische Investitionspläne; Kommunale Entwicklung.

8. Sozio-ökonomische Auswirkungen der Erdölförderung

Inhalte: Instrumente und Methoden der Evaluierung, des Monitoring und der Minderung sozio-ökologischer Folgen, Umgang mit sozio-ökologischen Konflikten einschließlich der formalen Einklagbarkeit der Rechte sowie grundlegende Instrumente der Konfliktprävention und -lösung.

9. Länderspezifische Vertiefung der Themen

In diesem Modul werden die behandelten Themen länderspezifisch konkretisiert. Die Studierenden arbeiten in Gruppen jeweils zu ihrem eigenen Land. Die Schwerpunktsetzung ist bestimmt durch die jeweilige politische Situation bzw. die drängenden Probleme eines jeden Landes.

a. Praxisseminar

In dem Seminar erfolgt die praktische Anwendung der im Programm erworbenen Kenntnisse auf konkrete Situationen und Prozesse. Ein Forschungsprojekt wird eigenständig durchgeführt.

Die inhaltliche Entwicklung und Durchführung des Programms ist der FLACSO (Sitz Quito, Ecuador) übertragen, wobei die Inhalte durch die indigenen Organisationen, vor allem durch die COICA mitentwickelt wurden.

Aufgrund der anhaltenden Krise und Spaltung der COICA musste das Fortbildungsprogramm Mitte 2005 ausgesetzt werden und konnte erst Ende 2006 unter modifizierten Bedingungen weitergeführt werden¹¹³. In der Auswertung des Programms können daher nur die ersten beiden Kurse berücksichtigt werden.

b. Zielgruppe

Die Zielgruppe sind Mitglieder und Führungskräfte indigener Organisationen aus dem Amazonasgebiet. Insgesamt haben an den beiden Kursen 58 Personen teilgenommen.

9.2 Projektpartner

Die Durchführung des Programms erfolgte in Zusammenarbeit mit den folgenden Partnern:

Die COICA

Die Aufgaben der COICA umfassen die Koordination und die Kommunikation aller Projektaktivitäten mit den nationalen und lokalen indigenen Organisationen. Insbesondere nimmt die COICA in Abstimmung mit InWEnt und dem Klima-Bündnis die folgenden Aufgaben wahr:

¹¹³ Der bereits vorher schwelende Konflikt unter den Mitgliedsorganisationen der COICA brach in Vorbereitung des Kongresses der COICA im Mai 2005 offen aus und führte zur Durchführung zweier paralleler Kongresse (in Französisch Guyana und in Bolivien), die jeweils eine neue COICA Leitung wählten. Mittlerweile (2008) haben sich die Fraktionen auf eine gemeinsame Leitung der COICA geeinigt, trotzdem sind die Spannungen bei Weitem nicht überwunden. Das Managementkomitee des Projektes musste aufgrund dieser Probleme verändert werden und die COICA spielt in diesem Komitee nur eine beratende Rolle.

- Einsatz eines indigenen Programmkoordinators,
- die Koordinierung aller Aktivitäten wie
 - Projektsteuerung,
 - Zusammenarbeit mit den nationalen indigenen Organisationen,
 - nationale und regionale Maßnahmen,
 - Mitwirkung bei Ausschreibungen,
 - Auswahl der indigenen Teilnehmer auf nationaler Ebene.

Das Klima-Bündnis

Das Klima-Bündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder e.V. mit Sitz in Frankfurt / Main ist seit 1990 europäischer Bündnispartner der COICA. Das Klima-Bündnis ist ein Zusammenschluss von über 1000 Städten, Gemeinden und Landkreisen in Europa, bei dem Bundesländer und Nichtregierungsorganisationen als assoziierte Mitglieder mitarbeiten. Das Klima-Bündnis fungiert als Bindeglied zwischen der lokalen Ebene und den internationalen Politikprozessen in den Bemühungen um nachhaltige Entwicklung und Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd in den Bereichen Klimaschutz, Biodiversität und dem Erhalt der tropischen Regenwälder und ihrer biologischen Vielfalt. Das Klima-Bündnis ist ein Bindeglied zwischen der COICA und den nationalen Mitgliedsorganisationen einerseits und den europäischen Organisationen andererseits dar.

InWEnt

InWEnt ist die Organisation, die gegenüber dem BMZ für den Inhalt und die finanzielle Abwicklung des Projektes verantwortlich ist. InWEnt war bis 2005 mit einer Person vor Ort koordinierend tätig.

FLACSO

1956 entschied die UNESCO eine regionale internationale Fakultät für Sozialwissenschaften in Lateinamerika, die *Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales* (FLACSO) aufzubauen. In Ecuador wurde FLACSO 1975 als unabhängiges wissenschaftliches Institut gegründet. Die ecuadorianische Fakultät ist verantwortlich für die inhaltliche Ausgestaltung und Durchführung des Qualifizierungsprogramms.

9.3 Zeitplanung

Der geplante Ablauf der Maßnahme in Bezug auf Inhalte und Zeitrahmen geht aus der folgenden Tabelle hervor.

Tabelle 9 Ablauf des Programms 2005 – 2007

	2005	2006	2007
Bedarfsanpassung: Gutachten und Expertenmissionen	X	X	X
Durchführung der Qualifizierungskurse: „Indigene Rechte und Erdölressourcen in der Amazonasregion“ (Ecuador)	X	X	X
Umsetzungs- und Dialogmaßnahmen (Venezuela)	X	X	
2 mal jährlich Regionale Vernetzungstreffen	X	X	X
Praktika und partizipative, anwendungsbezogene Auswertung laufender und abgeschlossener Verhandlungen im Erdöl- und Bergbausektor	X	X	X

9.4 Evaluation des Programms

An den beiden ersten Kursen nahmen insgesamt 58 Personen teil, 28 (20 männlich und 8 weiblich) an dem ersten Kurs im Jahr 2004, an dem zweiten 2005 waren es 30, davon 19 männlich und 11 weiblich. Die Verteilung auf die Länder war wie folgt:

Tabelle 10 Übersicht der Teilnehmer nach Ländern

Land	Teilnehmer
Bolivien	10
Peru	11
Ecuador	12
Kolumbien	8
Venezuela	12
Brasilien	2
Surinam	2
Franz. Guyana	1
Gesamt	58

Die Evaluation des Programms erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens. Zur Vertiefung der Ergebnisse wurden anschließend mit einigen Teilnehmern leitfadensbasierte Interviews durchgeführt.

9.4.1 Auswertung der Fragebögen

Im Kontext dieser Arbeit werden nur die Fragebögen aus Venezuela und Ecuador betrachtet. Alle Teilnehmer aus Venezuela und Ecuador (je 12) erhielten einen Fragebogen, 10 Fragebögen aus Venezuela und 9 aus Ecuador wurden beantwortet zurückgegeben. Sowohl schriftlich als auch in Telefongesprächen wurde der Sinn des Fragebogens erläutert. Mit 19 von 24 Fragebögen ist der Rücklauf sehr gut. Darüber hinaus wurden mit fünf TN aus Ecuador und sechs TN aus Venezuela vertiefende Interviews anhand eines Leitfadens geführt.

Der Fragebogen war in Fragen zur aktuellen und vergangenen Arbeitssituation, zu den Möglichkeiten das Wissen weiterzugeben, zur Teilnahme an Dialog- und Verhandlungsprozessen sowie zur Bewertung der Kurse gegliedert.

Zur Arbeitssituation

Von den Teilnehmern aus Ecuador sind die meisten in ihre vorherige Arbeitsstellung zurückgegangen, von der aus sie enge Kontakte zu ihrer lokalen Organisation halten. Zwei TN geben an, durch den Kurs verantwortlichere Aufgaben innerhalb der indigenen Bewegung übernommen zu haben (Leiter des Fondo Indígena in Ecuador, Leiterin der Planung in der CONAIE).

In Venezuela wurden die Teilnehmer von dem enormen Bedarf an qualifizierten indigenen Personen für die Bekleidung von Ämtern im öffentlichen Dienst absorbiert. Bis auf einen TN, der in der Organisation der Warao arbeitet, sind alle in Ministerien oder in den Regionalinstituten für indigene Angelegenheiten beschäftigt. Dies ist nach Aussagen in den Interviews auf der individuellen Ebene ein großer Erfolg, da sich alle persönlich und finanziell stabilisieren konnten. Die Frage, ob die neuen Aufgaben ursächlich auf den Kurs zurückzuführen seien, konnten die TN nicht klar beantworten. Für sie war ausschlaggebend, dass sie durch den Kurs an Selbstvertrauen gewonnen haben (acht der elf Interviewten führte dieses Argument an) und sich eher in der Lage sahen, die neuen Aufgaben zu meistern. Somit hätte der Kurs indirekt zur Verbesserung ihrer persönlichen Situation geführt.

Wo arbeiten Sie zurzeit?	
Ecuador	<ul style="list-style-type: none"> • Leiterin der Planung in der CONAIE, bis November 2006, hat aufgrund der internen Streitigkeiten gekündigt • Präsident der CONFENIAE • Leiter des Fondo Indígena in Ecuador • Funktionärin von FEINE¹¹⁴ • Lehrer in der Provinz Sucumbios • Lehrer für zweisprachige Bildung in der Provinz Morona Santiago • Lehrer in der Provinz Pastaza • Leiter der Spar- und Kreditkooperative; FONAKIN • Leiter der Abteilung des Bildungsministeriums in der Amazonasregion¹¹⁵
Venezuela	<ul style="list-style-type: none"> • Regionalinstitut für indigene Angelegenheiten des Bundesstaates Zulia • Verwaltungsdirektor in der Nationaldirektion für indigene Gesundheit (im Gesundheitsministerium) • Sozialarbeiterin im Gesundheitsministerium, Gesundheitskoordinatorin für indigene Gemeinschaften • Zuständig für Kooperation mit dem Mercosur im Gesundheitsministerium, Abteilung internationale Kooperation, • Leiter des Instituts für ländliche Entwicklung und Mitglied der Demarkierungsorganisation, Region Anzoategui • Regionalinstitut für indigene Angelegenheiten, Bundesstaat Sucre • Dozentin an der Universität Zulia • Mitglied der Leitung der Vereinigung der Warao • Tribunal des Bundesstaates Amazonía • Erdölingenieur (hatte das Studium bereits vor dem Kurs in Quito begonnen und danach abgeschlossen, arbeitet zur Zeit aber nicht in dem Beruf), Leiter der indigenen Studentengruppe in CONIVE

¹¹⁴ Evangelische Indigenen Föderation, Konkurrenzorganisation zur CONFENIAE, dementsprechend wird der Vorwurf von der CONFENIAE erhoben, sie habe sich über die CONFENIAE den Platz im Studium erschlichen, um dann die Seiten zu wechseln.

¹¹⁵ „Ich wurde auf dem Posten sehr stark von Mestizen angegriffen, die meinten, dass ein Indigener so einen Verantwortungsbereich nicht übernehmen dürfte. Mir hat dann sehr geholfen, dass ich wusste, welche Rechte ich habe.“

Sieben der elf interviewten TH sahen sich in ihrer persönlichen Entwicklung nach dem Kurs durch die indigenen Organisationen unterstützt. Sie hatten außerdem das Gefühl von den Organisationen akzeptiert und gebraucht zu werden. Allerdings bezieht sich diese Aussage auf die regionalen Organisationen. Die überwiegende Mehrheit (acht von elf) hat jedoch Probleme mit ihrer jeweiligen nationalen indigenen Organisation. So sagte eine der Befragten aus Venezuela:

„Wir sind zum Spielball der Interessen um die Macht in CONIVE¹¹⁶ geworden. In CONIVE hat sich keiner dafür interessiert, uns in der Organisation einzusetzen. Wir wurden in der Auseinandersetzung um „alt“ gegen „jung“, „radikal“ gegen „traditionelle Arbeitsweisen“ ausgespielt. Es war keine Zeit, in der Diskussionen über die Lager hinaus möglich gewesen wäre.“

Obwohl sie ihre Beziehung zu den Organisationen überwiegend als gut bezeichnen, äußerte die Mehrheit der venezolanischen und ecuadorianischen TN in den Interviews ihre Enttäuschung über das geringe Interesse der nationalen Organisationen an ihrer Mitarbeit und über die interne Spaltung der Bewegung. Sie fühlten sich von den nationalen Organisationen im Stich gelassen.

Wie ist ihre aktuelle Beziehung zu der indigenen Organisation, die sie für den Kurs vorgeschlagen hatte?	
Sehr gute, vertrauensvolle Beziehungen haben	5
Gute Beziehungen	5
Keine Beziehungen	0
Probleme mit der aktuellen Leitung	4

Weitervermittlung des erlangten Wissens

Auf die Frage, ob sie ihr Wissen weitergeben konnten, haben alle TN mit „ja“ geantwortet. Die meisten haben in ihren Regionen Workshops oder Seminare durchgeführt. In den Interviews wurde nachgefragt, welche Themen dort behandelt wurden. Für alle war das Thema „Rechte indigener Völker“ zentral. Das spiegelt sich auch in der Frage nach der Relevanz der Kursthemen (s.u.) wieder.

¹¹⁶ Die nationale Organisation der indigenen Völker in Venezuela.

Auf die Frage, ob sie bereits vor dem Kurs Workshops zu dem Thema durchgeführt hätten, antworteten die sechs von elf mit ja. Den Unterschied zwischen „vorher“ und „hinterher“ fasste eine Teilnehmerin aus Ecuador wie folgt zusammen:

„Ich habe auch schon vorher in meiner comunidad und in der Regionalorganisation talleres¹¹⁷ gegeben. Aber jetzt bin nicht nur ich diejenige, die den taller gibt, sondern hinter mir stehen ganz viele Bücher. Die Bücher geben mir Selbstvertrauen und meine Leute erkennen mich mehr an. Ich habe jetzt mehr Autorität, weil ich so viele Bücher in dem Kurs kennen gelernt habe.“

Haben Sie in ihrer Organisation ihre Kenntnisse weitervermitteln und anwenden können? Wenn ja, wie

- In Seminaren (talleres) auf der lokalen Ebene und in den Regionalorganisation (11)
- In persönlichen Gesprächen (2)
- Redebeiträge auf Einladung auf unterschiedlichen politischen Ebenen (2)
- Bei der unmittelbaren Beratung in Verhandlungen mit staatlichen Autoritäten (3)

Auf die Frage, ob sie die Kenntnisse auch an andere Sektoren (nicht-indigene) haben weitervermitteln können, haben die meisten dies auf Verhandlungen mit staatlichen Institutionen und Unternehmen bezogen und positiv beantwortet.

Mitarbeit in Dialog- und Verhandlungsprozessen

Alle TN aus Ecuador verfügen über Erfahrungen in Konflikten mit der Erdöl- oder Bergbauindustrie in ihren Regionen. In Venezuela sieht es etwas anders aus. Wie bereits vorher beschrieben ist das Konfliktpotenzial im Erdölsektor mit indigenen Völkern zurzeit relativ gering. Nur ein Vertreter benennt die Konflikt-

¹¹⁷ Seminare, Workshop.

situation im Orinoko Delta. Allerdings weisen die anderen TN auf schwellende Konflikte mit der Regierung bezüglich der Landvermessung und der Übergabe der Besitztitel für indigenes Land hin. Für diese Teilnehmer war der Fokus des Kurses auf die extraktive Industrie und vor allem auf die Erdölindustrie nur indirekt relevant.

Gibt es in ihrer Region Konflikte mit Erdöl- oder Bergbauunternehmen bzw. mit dem Staat über Nutzungsrechte nicht-erneuerbarer Rohstoffe?

Ecuador:

- Bergbau: Umweltschäden durch das Bergbauunternehmen Cotundo (Ecuador)
- Bergbau in Morona Santiago (Ecuador)
- Erdölförderung in Sarajacu (Ecuador)
- Erdölförderung Block 10 (Ecuador)
- Erdölförderung Block 24 (Ecuador) (2)

Venezuela:

- Kohlebergbau auf dem Gebiet der Wayuu
- Illegaler Kleinbergbau im Amazonas
- Mit PdVSA im Delta des Orinoko
- Hochspannungsleitung im Bundesstaat Bolívar
- Nein (4) (benennen aber Probleme mit Infrastrukturprojekten oder Landrechte)

Acht Teilnehmer (fünf aus Ecuador und drei aus Venezuela) wurden direkt als Berater bei Konflikten einbezogen.

Haben Sie direkt an Dialog- und Verhandlungsprozessen nach dem Kurs teilgenommen?

Ja (8)

Nein (11)

Wenn ja, beschreiben Sie ihre Aufgabe?

Entwicklung einer Strategie für Verhandlungen mit Bergbauunternehmen
 Beratung der Verhandlungskommission der *comunidad* (3)
 Rechtliche Grundlagen unseres Widerstands gegen Erdölindustrie
 Entwicklung einer Strategie gegen geplanten Straßenbau
 Dialog bei Zusammenstößen zwischen Polizei und *comunidad*
 Konfliktlösung bei Landstreit zwischen *comunidades*

Bewertung der Inhalte der Kurse in Quito

Die Inhalte der Kurse wurden durchweg positiv beurteilt.

Das Erlernete war nützlich um (mehrfache Nennung möglich):	
Das Problem besser zu verstehen	7
Verhandlungsstrategien zu erarbeiten	10
Die Hauptakteure in den Konflikten besser zu identifizieren	10
Die Notwendigkeit der Anerkennung der indigenen Rechte argumentativ zu untermauern	7
Andere Gründe	<ul style="list-style-type: none"> • Erarbeiten realistischer Vorschläge • Klares Verständnis vom Umweltschutz (2) • Eigene qualifizierte Personen zu haben • Die lokalen Gemeinschaften in die Lage zu versetzen, ihre Rechte einzufordern (2)

Wie beurteilen Sie die Kurse aus der zeitlichen Distanz?	
Was war positiv?	<ul style="list-style-type: none"> • FLACSO war sehr anspruchsvoll (2) • Die Konzentration auf den Bereich der Rechtsfragen (2) • Das Wissen um die indigenen Rechte und ihre Anwendung (1) • Dass ich das Erlernete anwenden kann (1) • Sehr positiv für die persönliche Entwicklung, positiv für das Selbstwertgefühl (8) • Sehr gute Dozenten (2)
Was war negativ?	<ul style="list-style-type: none"> • Zeit war zu kurz, um die Themen ausreichend zu vertiefen (7) • Die politische Intervention von einigen indigenen Funktionären (1)

	<ul style="list-style-type: none"> • Unzureichende Auswahl der Stipendiaten (2) • Fehlende Nachbetreuung (5) • Mangelndes Interesse der indigenen Organisationen (bedingt durch die internen Spaltungen) (3) • Fehlende Praxis (1) • Das Material zu den einzelnen Ländern war nicht gleich gut (1)
--	--

Aus ihrer jetzigen Praxis heraus, welche Inhalte waren	
Sehr relevant	<ul style="list-style-type: none"> • Kollektivrechte, indigene Rechte (12) • Interkulturalität (1) • Anthropologie–Identität (1) • Umweltauswirkungen, UVP, Umweltrecht (8) • Erdöl- und Bergbaugesetzgebung (2) • Konfliktlösungsstrategien (3) • Territorialrechte (4)
Nicht oder kaum relevant	<ul style="list-style-type: none"> • Keins (9) • Die ökonomischen Themen (2) • Juristischer Pluralismus (1)

Bei der Einzelbewertung der Themen zeigt sich jedoch, dass der Komplex Rechte indigener Völker, Recht auf Territorium im Vordergrund steht. Diese Thema hat die höchste Relevanz für alle Teilnehmer.

9.5 Abschließende Betrachtung

Auf der individuellen Ebene haben alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kurse von der Weiterqualifizierung profitieren können. Die Stärkung des Selbstbewusstseins ist kein zu unterschätzender Faktor, der sich auch in Verhandlungen positiv niederschlagen kann. Profitiert von den Kursen haben außerdem die lokalen oder regionalen Organisationen, an die die TN ihr Wissen weitervermitteln konnten und die sie zum Teil auch beraten konnten.

Auf der Ebene der nationalen Organisationen hat die Spaltung der indigenen Bewegung verhindert, dass die TN in die Entwicklung von Strategien gegenüber Wirtschaftsvorhaben von außen einbezogen werden konnten. Es ist allerdings fraglich, ob im Falle vollständig funktionierender nationaler Organisationen diese tatsächlich die finanzielle und politische Kapazität gehabt hätten, die TN in die Politik- und Strategieentwicklung einzubeziehen.

Der Aufbau eines eigenen Beraterpools aus den Kreisen der TN ist leider nicht realisiert worden. In den Interviews haben die TN dies zwar als wünschenswert dargestellt, aber keine der Organisationen hatten diesen Gedanken nach Abschluss der Kurse aufgegriffen. Laut Aussage der *CONIVE* in Venezuela und der *CONFENIAE* in Ecuador lag dies vor allem an den fehlenden Finanzen. Dies wird einer der Gründe sein. Es ist aber festzustellen, dass die nationalen Organisationen bisher die lokalen und regionalen Organisationen in Fragen der Verhandlungen mit Unternehmen nicht beraten. Dies wird Umweltorganisationen, wie sie zum Beispiel der *Frente de la Defensa de la Amazonia* (Front zur Verteidigung des Amazonas) zusammengeschlossen sind, überlassen.

10. Folgerungen für die Konfliktlösung

In der Bearbeitung von Konflikten zwischen indigenen Völkern, Erdölunternehmen und Staat um die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen auf indigenen Territorien geht es im Kern um die Frage, wer entscheidet über die Eingriffe in die Natur und wie können Entscheidungsprozesse zustande kommen, die eine nachhaltige, regionale Entwicklung fördern und die Rechte der indigenen Völker wahren.

An zwei regionalen Fallbeispielen wurden die Inhalte, Bedingungen und Ergebnisse von Verhandlungs- und Konsultationsprozessen aufgezeigt. Ziel soll es sein, herauszuarbeiten, ob sich daraus für andere Verhandlungsprozesse verallgemeinerbare Aussagen treffen lassen und wie Bausteine für die Unterstützung des machtpolitisch schwächsten Glied in diesem Prozess, die indigenen Völker, gestaltet sein könnten.

Konkret sollen die folgenden Fragen beantwortet werden: Welche Aspekte sind verallgemeinerbar? Welche Besonderheiten kennzeichnen sie? Wie relevant sind diese zur Beurteilung der Voraussetzungen für Konfliktregelung?

Rechtliche Rahmenbedingungen

Durch die internationale Debatte und die Stärke der indigenen Bewegung haben sich seit den 1990er Jahren große Fortschritte in der Verankerung des indigenen Rechtes in der nationalen Gesetzgebung ergeben. Im Zentrum stand dabei für die indigenen Völker Lateinamerikas die Anerkennung der Territorien, die für sie die Basis des Überlebens als Völker bedeutet.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat mit der Konvention 169 für die Entwicklung des Rechtsanspruchs eine entscheidende Rolle gespielt (Aguilar, 2007). Diese Konvention ist nach wie vor das einzige international verbindliche Regelwerk für indigene Völker und stellt somit das wichtigste Instrument der indigenen Bewegung zur Einforderung der Rechte indigener Völker dar, auch wenn die Konvention bisher nur von lateinamerikanischen und einigen wenigen europäischen Staaten ratifiziert wurde.

Die Kodifizierung von Umweltnormen im internationalen Recht hat durch die Rio Konferenz einen entscheidenden Impuls erhalten. Die Koinzidenz zwischen Regionen mit hoher biologischer Vielfalt und indigenen Gebieten hat die indigenen Völker in Rio in den Mittelpunkt des Interesses derjenigen gerückt, die am Erhalt der Natur interessiert sind. Aber auch die Interessengruppen, die an der Ausbeutung natürlicher, erneuerbarer wie nicht-erneuerbarer Ressourcen interessiert sind, wurden durch die Konferenz in Rio in Pflicht genommen, Standards einzuhalten und die indigenen Völkern zu respektieren. In drei Do-

kumenten dieser Konferenz: der Erklärung von Rio, in der Agenda 21 und der Konvention über die biologische Vielfalt wird explizit auf indigene Völker und ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung Bezug genommen.

Die Secoya in ihrem Vertrag mit Occidental nehmen konkret Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, auf die sie sich in ihren Forderungen stützten.

Für Roldán (2005) wird der internationale Rahmen zur Sicherung indigener Rechte in dem Maße wichtiger, wie die Regierungen Regulierungsmacht gegenüber den multinationalen Unternehmen verlieren. Dies ist in Ecuador der Fall, da Ecuador als eher kleiner Anbieter von Erdöl nur über wenig Verhandlungsmacht verfügt, während Venezuela aufgrund der Stärke der nationalen Erdölindustrie unabhängiger agieren kann. Aber auch für die indigene Bevölkerung Venezuelas ist der internationale Bezugsrahmen für die Weiterentwicklung der rechtlichen Nutzungsmöglichkeiten wichtig, da im Endeffekt kein Unterschied zwischen nationaler und internationaler Erdölindustrie in ihrem Verhalten gegenüber der betroffenen, indigenen Bevölkerung besteht.

Das Wissen über die Rechte erlaubt auch den Austausch über die Umsetzung auf regionaler Ebene, deren Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Präzisierung und Weiterentwicklung der rechtlichen Normen.

Für die Staaten, die indigene Rechte in die Verfassung aufgenommen haben, ergibt sich daraus analog zu den Allgemeinen Menschenrechten die Pflicht, diese zu fördern, zu respektieren und zu gewährleisten. Aus der Gewährleistungspflicht lässt sich die Verantwortung des Staates ableiten, für Konflikte um die Ressourcennutzung auf indigenen Territorien Lösungsmechanismen zu etablieren und eine Moderatorenrolle zu übernehmen, in der die Wahrung der Rechte gewährleistet wird. Wie dies genau zu gestalten ist, bedarf es weiterer öffentlicher Debatten in den Ländern und auf internationaler Ebene.

Erhebliche Umsetzungsdefizite gibt es bei dem Konsultations- und Partizipationsrecht. Es hat sich in beiden regionalen Beispielen gezeigt, dass die Information und Konsultationen der lokalen indigenen Bevölkerung durch die Unternehmen nur ungenügend ist und der Staat seiner Aufgabe, pro-aktiv vor der Lizenzvergabe zu informieren und zu konsultieren bei Erdölvorhaben nur als Informationspflicht wahrnimmt, aber nicht die Entscheidung grundsätzlich in Frage stellt.¹¹⁸

Eine Weiterentwicklung regionaler und nationaler Normensetzung kann durch einen Dialog wie dem „Energie – Umwelt – Bevölkerung“ (EAP) Prozess erfolgen. Das EAP hatte diese Erwartungen nicht erfüllt, weil eine Reihe grundlegender Voraussetzungen für einen Dialog nicht gegeben waren. Es waren die Entscheidungsträger nicht in den ganzen Prozess involviert, die koordinierenden Institutionen hatten kein ausreichendes Mandat und es gab keine Bereitschaft von Seiten der Industrie und der staatlichen Vertreter die ursächlichen Themen

¹¹⁸ Dies gilt für Ecuador zumindest bis Ende 2006.

für die Konflikte im Dialog zu behandeln. Das EAP musste unter diesen Voraussetzungen zwangsläufig scheitern, was jedoch nicht heißt, dass unter verbesserten Ausgangsbedingungen ein internationaler Dialogprozess nicht eine sehr positive Rolle für die Harmonisierung und Weiterentwicklung von Normen zur Regulierung der Aktivitäten der extraktiven Industrie auf indigenen Territorien spielen kann.

Vorbereitung von Verhandlungen

Beiden regionalen Fallbeispielen ist gemein, dass die Kontaktaufnahme der Unternehmen mit der indigenen Bevölkerung zu einem Zeitpunkt erfolgte, als das Vorhaben (die Exploration) bereits begonnen hatte. Die Kommunikation mit den Betroffenen bestand nicht in einer Konsultierung über das *Ob* und *Wie* der Erdölförderung sondern in dem Preis, der von den Unternehmen zu zahlen wäre, um indigenes Territorium nutzen zu können und die „*social licence to operate*“ zu erhalten. Dass die Nichtbeachtung der lokalen und indigenen Bevölkerung und ihrer Interessen zu tiefen und zum Teil gewalttätigen Konflikten führen kann, lässt sich anhand vieler Beispiele belegen. Die Entwicklung der Erdölproduktion und des Konfliktes im nigerianischen Nigerdelta ist ein eklatantes Beispiel für die Eskalation eines Konfliktes, der eine seiner Wurzeln in der Negierung der lokalen Interessen hat. Die Entwicklung des Konfliktes im Nigerdelta ist sehr komplex und umfasst die Ebenen der Auseinandersetzung Unternehmen – lokale Bevölkerung, Staat – lokale Bevölkerung und den Konflikt unterschiedlicher Ethnien untereinander. Eine Ursache liegt in der fehlenden Berücksichtigung lokaler Interessen in der Planung und Durchführung der Erdölförderung (Imobighe, 2004, Shankleman, 2006). Nachsorgende Sozialprojekte, wie sie die Unternehmen nach der Eskalation des Konfliktes 2004 durchführen, scheinen eher zur Verstärkung des Problems denn zur Befriedung der Situation beizutragen (Shaxson, 2007), weil bestehende Ungerechtigkeiten weiter vertieft werden.

Ähnliches lässt sich in Peru beobachten, wo die Auseinandersetzungen um Bergbauvorhaben im Hochland seit 2003 eskalieren. Nach dem Bericht der peruanischen *Defensoria del Pueblo* vom April 2007 nimmt das Konfliktpotenzial im Bergbausektor kontinuierlich zu. Während 2003 zwei Konfliktfälle der *Defensoria* angezeigt wurden, waren es 2006 bereits elf. 2007 verzeichnete die *Defensoria* insgesamt zehn virulente und vierzehn latente Konflikte. Nur sechs wurden ihren Angaben zufolge im Zeitraum von 2003 bis Februar 2007 gelöst. Neben der Quantität nimmt auch die Härte der Auseinandersetzungen zu. Als ein Grund gibt die *Defensoria* die Arroganz, mit der Unternehmen sich über die Belange der Bevölkerung hinwegsetzen, an (*Defensoria del Pueblo*, 2007).

Die Nichtbeachtung der indigenen und lokalen Bevölkerung, eine zu späte Einbindung sowie der Versuch der Konfliktbewältigung durch soziale Projekte birgt offensichtlich das Potenzial zu einer Konfliktverschärfung.

Die Frage ist, ob der Umkehrschluss zulässig ist: dass eine frühzeitige Information und Konsultation der lokalen und indigenen Bevölkerung, Konflikte

vermeidet und dass in einem nächsten Schritt, die partizipative und frühzeitige Einbeziehung der indigenen Bevölkerung in Planungsverfahren zu einer ökonomisch, sozial und ökologisch nachhaltigen Realisierung der Erdöl- oder Bergbauvorhaben beiträgt beziehungsweise zu Alternativlösungen führt. Ansätze für eine Beteiligung der indigenen Organisationen im Planungsprozess und in der Entwicklung regionaler Alternativen hat es in Pastaza, Ecuador, in der Auseinandersetzung um die Erdölförderung im Block 10 zwischen der OPIP und Arco (jetzt BP) gegeben. In dem Erdgasprojekt Camisea, Peru, hatte Shell begonnen, frühzeitig Gespräche über die Erdgasförderung und regionale Entwicklungsprojekte mit der lokalen Bevölkerung einzuleiten. Aber beide Vorhaben wurden abgebrochen, bevor es zu langfristigen Vereinbarungen kam. Shell hat seine Anteile an Camisea verkauft, bevor die Förderung begann und Arco wurde von der BP aufgekauft, die sich danach aus Ecuador zurückgezogen hat. Bereits vorher war der Prozess durch Manipulationen und Spaltungsversuche der indigenen Bevölkerung durch Arco immer wieder ins Stocken geraten. Der Beweis, dass sich nachhaltige Regionalentwicklung und extraktive Industrie durch Konsultierung und eine partizipative Planung vereinbaren lassen, steht zumindest in Lateinamerika noch aus.

Schadensbegrenzung im Konfliktfall

Stellt sich die Frage, ob sich zumindest die Schäden minimieren lassen. Ein Ergebnis des Verhandlungsprozesses zwischen der OISE und den Secoya war der Aufbau eines partizipativen Monitoringsystems über das Umweltverhalten des Konzerns und seine Beziehungen zu den Gemeinschaften. Dies hat nach Aussage der OISE gut funktioniert, da Angehörige der Gemeinschaften für diese Aufgabe ausgebildet wurden und Zugang zu den Installationen sowie den Informationen des Unternehmens erhielten. Kimerling (2006) weist jedoch nach, dass das Unternehmen die versprochene „best mögliche Technologie“ (*best available technology*) nicht eingesetzt hat. Dies war für die Indigenen aufgrund fehlender Informations- und Vergleichsmöglichkeiten nicht überprüfbar. Verallgemeinernd lässt sich daraus folgern, dass zum einen Unternehmen nur begrenzt bereit sind, freiwillig Informationen zur Verfügung zu stellen und zum anderen diejenigen, die sie vor Ort kontrollieren sollen, umfangreiche Informationen und Erfahrungen aus anderen Regionen zur Verfügung gestellt werden müssen, um eine erfolgreiche Beteiligung am Monitoring der Unternehmensaktivitäten und am Verhandlungsprozess zu gewährleisten. Um dieses Problem zu überwinden, ist es notwendig, den Zugang zu Informationen rechtlich zu verankern und die öffentliche Debatte über Auswirkungen und ihre Vermeidung bzw. Minderung zu intensivieren (s.u.). Dafür könnte ein Forum wie der internationale Dialogprozess „Energie – Umwelt – indigene Bevölkerung“ eine Plattform bilden.

Die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte um die Ressourcennutzung

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist eine öffentliche gesellschaftliche Debatte über die Erdölförderung auf indigenem Territorium in den betroffenen Ländern notwendig. Bei den beschriebenen regionalen Beispielen blieb die Auseinandersetzung auf der Ebene zwischen Unternehmen und Indigenen. Der Staat muss eine pro-aktive Rolle einnehmen. Er ist letztendlich verantwortlich für die Bereitstellung der Informationen und die Eröffnung des partizipativen Planungsprozesses vor der Lizenzvergabe.

Angesichts der ungleichen Machtverhältnisse zwischen Unternehmen, Staat und indigenen Völkern ist die Herstellung von Öffentlichkeit eine Möglichkeit, dieses Ungleichgewicht zu verändern. Das Beispiel der öffentlichen Debatte über das Bedthi Wasserkraftwerk in Indien zeigt, welche Rolle diese für die Entwicklung des Vorhabens und möglicher Alternativen haben kann (Müller-Plantenberg, 2003). Durch die Herstellung von Öffentlichkeit, den Zusammenschluss von Bürgern, lokalen Vereinigungen und Wissenschaftlern und die Erstellung wissenschaftlicher, unabhängiger Studien über die zu erwartenden negativen Auswirkungen des geplanten Wasserkraftwerkes und möglicher Alternativen wurde der Bau verhindert und alternative Entwicklungen für eine dezentralisierte Landwirtschaft, angepasste Industrien und integrierter Energiesysteme erprobt. Die lokale Bevölkerung hat sich damit gegen das Vorhaben durchsetzen können.

Die öffentliche Debatte ist jedoch nicht nur bezüglich der Einzelprojekte notwendig. Bei der Durchführung von Vorhaben der extraktiven Industrie auf indigenen Territorien und in sensiblen ökologischen Regionen wie den tropischen Regenwaldgebieten sind Fragen der selbstbestimmten Entwicklung indigener Völker ebenso berührt wie die der Erhaltung der Wälder, ihrer Funktionen (z.B. Klimaregulierung, Vermeidung von Bodenerosion) und biologischen Vielfalt. Ob Erdölförderung (oder Bergbau) daher in der Amazonasregion betrieben wird, ist nicht nur von lokaler Bedeutung sondern eine Frage nach dem Entwicklungsmodell und seiner Nachhaltigkeit auf nationaler und globaler Ebene. Es bedarf daher einer öffentlichen Debatte in den Produktionsländern über das Entwicklungsmodell aber auch in den Verbraucherländern über die Verantwortung für die Wertschöpfungskette.

In Ecuador hat die öffentliche Debatte um die Ressourcennutzung begonnen und mit dem Vorschlag der Regierung, dass Erdöl im Biosphärenreservat Yasuni nicht anzutasten, wenn die internationale Gemeinschaft die Hälfte der verlorengangenen Gewinne aufbringt, eine neue, innovative Richtung genommen, die auch die internationale Staatengemeinschaft einbezieht. Mitte 2008 sieht es so aus, als wäre es möglich in Ecuador einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, Teile der Erdölreserven im Boden zu lassen. Dies wäre ohne die öffentliche Debatte nicht möglich.

Ein anderer Ansatz ist die Forderung vieler indigener Organisationen (COICA, 2005), das Recht auf Selbstbestimmung mit dem Recht über die Nutzung

der natürlichen Ressourcen zu verbinden. Diese Forderung geht weit über die Gesetzeslage von Ecuador und Venezuela sowie anderer lateinamerikanischer Länder hinaus, da diese Forderung das Vetorecht gegenüber einer von außen vorgenommenen Ressourcennutzung impliziert. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen über indigene Bevölkerungsgruppen zu der „Ständigen Souveränität über die natürlichen Ressourcen“ hat das Thema aufgegriffen. Die UN-Berichterstatterin Daes (2002) hat aus der Tatsache, dass die ständige Souveränität über die natürlichen Ressourcen nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem zentralen Prinzip der Entkolonisierung und einem fundamentalen Aspekt der Selbstbestimmung der Staaten wurde, abgeleitet, dass man auch indigenen Völkern die „ständige Souveränität über die natürlichen Ressourcen“ zuerkennen müsse, da auch sie wirtschaftlich, politisch und geschichtlich Kolonisierte seien. Die Frage der Nutzung natürlicher, erneuerbarer wie nicht-erneuerbarer Ressourcen wird dadurch mit der Frage der Entkolonisierung indigener Völker verknüpft – auch wenn die Zeit der Kolonialisierung längst vorbei ist. Damit wird die Nutzung natürlicher Ressourcen in den Kontext der völkerrechtlichen Anerkennung indigener Rechte gestellt. Die indigenen Völker hätten dann Anspruch auf die Ressourcen in ihren Gebieten, selbst wenn sie nicht den Vorstellungen „edler Wilder“ entsprechen (Rossbach de Olmos, 2004) beziehungsweise der Staat / Nation würde seine Hoheit über die Ressourcennutzung verlieren. Dies würde im Amazonas und am Orinoko das bestehende Machtungleichgewicht zugunsten der indigenen Völker dramatisch verschieben. Andererseits besteht durchaus die Gefahr, dass separatistische Bewegungen und Bürgerkriege, wie sie um die Kontrolle von Ressourcen in Sierra Leone, der Demokratischen Republik Kongo oder in Liberia geführt wurden, dadurch Vorschub geleistet wird. Die Grundlage für die Weiterentwicklung des Nutzungsrechtes von Ressourcen auf indigenem Territorium wäre daher, die „Souveränität über Ressourcen“ von indigenen Völkern im Unterschied zur Souveränität der Ressourcennutzung durch Staaten beziehungsweise die Souveränität von Ressourcennutzung auf der Basis der Anerkennung eines existierenden Staates eindeutig zu definieren.

Wer verhandelt mit wem?

Die Beispiele verdeutlichen Defizite in der rechtlichen Grundlage der Frage, wer mit wem verhandelt. In den meisten lateinamerikanischen Ländern ist in dem Vertrag zwischen Staat und Erdölunternehmen geregelt, dass letzteres Kontakt zur lokalen / indigenen Bevölkerung aufnehmen muss, um die Nutzungsbedingungen des Territoriums (oder Habitat in Venezuela) zu verhandeln. So sehen es auch die Regulierungen für die Konsultierungen vor. Der Staat definiert sich selber nicht als aktiver Bestandteil dieses Konsultationsprozesses. Dies verhindert bereits im Ansatz eine frühzeitige Konsultierung vor der Lizenzvergabe und eine aktive Einbeziehung der Bevölkerung in den Planungsprozess.

Dieses Modell hat im Fall der Warao und der Secoya zu einer Situation geführt, in der durch die Versprechen von Hilfsleistungen (Außenbordmotoren,

Schulbauten, individuelle Geldzahlung und Kompensationsleistungen) hohe Erwartungen geweckt wurden und die Ansprüche stiegen, da die Defizite in der Region sehr groß sind, wie die fehlende medizinische Versorgung und die mangelnde Schulbildung zeigen. Die Unternehmen sind weder ein Ersatz für Versäumnisse des Staates in der regionalen Entwicklung noch sollten sie diese Aufgabe übernehmen. Durch das Versprechen von Hilfsleistungen als Gegenleistung für die Erlaubnis, auf indigenem Gebiet möglichst ungestört operieren zu können, schaffen die Unternehmen hohe Erwartungen und Abhängigkeiten, tragen aber nicht zu einer regionalen Entwicklung bei wie Beispiele aus Ecuador (Kimerling, 2006), Nigeria (Shaxson, 2007), Peru (Sohn, 2007), und den Philippinen (ibid) belegen.

Verhaltenskodex

Der Verhandlungsprozess zwischen OISE und Occidental hat neben dem Aufbau eines Monitoringsystems eine weitere interessante Teillösung hervorgebracht:

Die Entwicklung eines Verhaltenskodex für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Unternehmen und indigener Organisation. Das war zu dem Zeitpunkt der Verhandlungen ein Novum und ist bisher in Ecuador nicht wiederholt worden. Die OISE betont, dass der Verhaltenskodex eine wichtige Maßnahme war, um die Spaltung der Secoya zu verhindern, die durch die Kontakte und Geschenke der Oxy an Teile der *comunidades* oder an Individuen drohte. Durch die Verhandlungen über den Verhaltenskodex und den dafür notwendigen internen Abstimmungsprozess konnten die Beziehungen zwischen den Secoya und dem Konzern von der individuellen Ebene auf die der drei betroffenen Dorfgemeinschaften verlagert werden. Für die Secoya war daher der Verhaltenskodex eine zentrale Voraussetzung, um Verhandlungen mit dem Unternehmen über die Bedingungen der Exploration aufzunehmen.

Internationale Netzwerke

Die Zusammenarbeit von indigenen Organisationen mit europäischen Kommunen hat in diesem Fall dazu geführt, dass eine langfristige Fortbildung für indigene Organisationen durchgeführt werden konnte. Ebenso wichtig ist die Arbeit über das Netzwerk, um in Europa Öffentlichkeit für die Belange indigener Völker und für den Tropenwalderhalt herzustellen und dabei an die Debatte um die Verantwortung der Unternehmen und indirekt auch der Konsumenten für die Wertschöpfungskette anzuknüpfen. Hier schließt sich der Kreis mit der Weiterentwicklung der Corporate Social Responsibility der Unternehmen und den Forderungen nach verbindlichen Regeln und unabhängigen Überprüfungen. Die Aufgabe der Netzwerkpartner in Europa ist daher neben der konkreten Unterstützungsarbeit für indigene Völker und der Herstellung von Öffentlichkeit, die Teilnahme an der Debatte zur Unternehmensverantwortung und deren Weiterentwicklung. Dieses Arbeitsfeld wird zum Beispiel von Organisationen wie

Global Witness, Christian Aid und Oxfam in Großbritannien im Rahmen der *Publish what you pay* Kampagne und der *Extractive Industries Transparency Initiative* sehr gut besetzt.

Netzwerkbildung ist außerdem eine wichtige Voraussetzung für Maßnahmen der Kapazitätenentwicklung indigener Organisationen. Durch Netzwerke können Expertenpool mit für die Region spezifischen Beratern zur Verfügung gestellt werden, wie dies u.a. das Forest Peoples Programme aus Großbritannien macht, das unabhängige Expertise zur Verfügung stellt.

Intervention

Bleibt die Frage, ob eine Fortbildung, wie sie von der COICA, dem Klima-Bündnis und InWEnt zur Unterstützung der lokalen und regionalen indigenen Organisationen durchgeführt wurde, einen positiven Einfluss auf Dialog- und Verhandlungsprozesse nehmen kann. In Auswertung der Teilnehmerbefragung lässt sich sagen, dass auf der lokalen Ebene das Wissen weitergegeben werden konnte und die Absolventen der Kurse aktiv an der Beratung und Formulierung von eigenen Strategien gegenüber Wirtschaftsvorhaben von außen beteiligt waren. Damit ist ein wesentlicher Aspekt, die Förderung der Artikulationsfähigkeit der indigenen Völker in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit Staat und Wirtschaftsunternehmen erfolgt. Aussagen über die Qualität der erreichten Verhandlungsergebnisse können jedoch an dieser Stelle nicht getroffen werden.

Eine Stärkung der Artikulationsfähigkeit der nationalen Organisationen durch die Fortbildung lässt sich jedoch nicht bestätigen. Die Gründe dafür liegen nur bedingt im Einflussbereich der Fortbildung. Die Teilnehmer des ersten Kurses wurden zu einem Zeitpunkt fertig, als die interne Spaltung der indigenen Organisationen sich bereits abzeichnete. Durch die Spaltungen und die damit verbundene Bindung der Kräfte innerhalb der Organisationen hatten diese so gut wie keine Aufnahmekapazität für die Absolventen der Kurse.

Was lässt sich daraus ableiten? Welche Rolle spielt eine Unterstützung von außen in Form von Fortbildung für die Artikulationsfähigkeit indigener Völker in akuten Auseinandersetzungen und in Verhandlungsprozessen? Eine unmittelbare Einwirkung auf die Veränderung der politischen oder rechtlichen Rahmenbedingungen ist nicht nachweisbar und als kausaler Zusammenhang auch eher unwahrscheinlich. In der konkreten Auseinandersetzung vor Ort jedoch trägt es zur Entwicklung eigener Strategien (vor dem Hintergrund eines verbesserten Wissens über die Funktionsweise der Erdölindustrie und -wirtschaft) und der Entwicklung von Alternativen bei.

Im Fall der beschriebenen Fortbildung waren die Organisationen nicht in der Lage die Teilnehmer zu integrieren. Sie waren durch interne Spaltung geschwächt. In Venezuela gibt zu dem die nationale politische Konjunktur die Schwerpunkte der indigenen Politik vor – nicht die indigenen Organisationen selber. Obwohl die indigenen Völker deutlich mehr Rechte haben als noch vor zehn Jahren und auch rechtlich besser gestellt sind als die Indigenen in den

meisten anderen lateinamerikanischen Ländern, haben sie nicht die Macht und Kapazität, ihre eigene Agenda zu setzen.

Die beschriebene Fortbildung verbleibt bei dem traditionellen Schema der Wissensvermittlung, obwohl von der FLACSO durchaus die Herausforderung einer interkulturellen Bildung gesehen wurde. Allerdings besteht noch ein großes Defizit in der Klärung, wie indigenes Wissen in die Universitäten integriert werden sollte. Ein erster Schritt könnte die Integration Indigener zu Fragen der Entwicklung lokaler Ökonomien und dem Management von Flusssystemen sein. Hier könnte eine wirkliche interkulturelle, universitäre Bildung entstehen.

Schlussbemerkung

In Ecuador und Venezuela herrscht nach wie vor das Paradigma der Entwicklung der nationalen Ökonomien durch den Abbau nicht-erneuerbarer Ressourcen vor. Auch die Umsetzung weitreichender Sozialprojekte in Venezuela wird aus der Erdölförderung finanziert, wodurch die Abhängigkeit vom Erdöl eher noch gesteigert wird. Die Entscheidung für die Erschließung neuer Erdölvorkommen ist in diesem Entwicklungsmodell notwendig für die Finanzierung der staatlichen Funktionen.

Alternativen müssen auch im internationalen Rahmen diskutiert werden. Der Ansatz der ecuadorianischen Regierung von der internationalen Staatengemeinschaft ihren Beitrag zur Erhaltung der Tropenwälder und der biologischen Vielfalt zu verlangen, ist wegweisend. Der Yasuni Nationalpark, der im Territorium der Huaorani, Tagaeri und Taromane liegt, soll aus der Erdölförderung herausgenommen werden, wenn die internationale Gemeinschaft für einen Teil der vergangenen Gewinne aufkommt. Dieser Vorschlag bezieht sich in erster Linie auf die Umweltleistungen des Waldes, die damit der Menschheit erhalten bleiben. Die Indigenen sind damit insofern geschützt, als sie als „Edle Wilde“ beitragen, diesen Naturraum zu erhalten. Der Vorschlag ist sehr positiv zu bewerten, ist aber im engeren Sinne kein Beitrag zur Umsetzung der Forderung indigener Völker auf Selbstbestimmung und das Recht auf Nutzung aller Ressourcen auf ihren Territorien. Dies ist nur durch eine Weiterentwicklung des Rechtsanspruchs indigener Völker möglich, wobei dem Recht auf frühzeitige, freie und informierte Konsultation bzw. Zustimmung eine zentrale Bedeutung zukommt.

11. Literatur

- Austin, H., Delzell, E., Cole, P. (1988): Benzene and leukaemia: a review of the literature and a risk assessment. *Am J Epidemiol* 127:419–39
- Acosta, A. (2006): Breve historia económica del Ecuador. Biblioteca General de Cultura, Quito, Ecuador
- Amodio, E. et al. (1992): La situación actual de los kari'ñas, Abya-Yala-MLAL, Colección 500 años Nr.60, Quito, Ecuador
- Assies, W., van der Haar, G., Hoekema, A. (Hrsg.) (1999): The challenge of diversity. Indigenous peoples and reform of the state in Latin America. Amsterdam, Niederlande
- Atkinson, A. (1991): Principles of political ecology. Belhaven Press, London, UK
- Bannon, I., Collier, P. (Hrsg) (2003): Natural resources and violent conflict. World Bank, Washington D.C.
- Barrow, C.J. (1997): Environmental and social impact assessment. London, UK
- Barsh, R. L.; Bastien, K. (1997): Effective negotiation by indigenous peoples. An action guide with special reference to North America. International Labour Organization, Genf
- Beyerlin, U. (2002): Zum gegenwärtigen Stand des internationalen Haftungsrechts. In: Greenpeace (Hrsg) Umweltverbrechen multinationaler Konzerne: Zur Notwendigkeit einer internationalen Übereinkunft zur Unternehmensverantwortung. Amsterdam
- Biermann, F. (1996): Völkerrecht und Umweltpolitik. In: Simonis, U.E. (Hrsg) Weltumweltpolitik. Wissenschaftszentrum Berlin
- Bischoff, G. Gocht, W. (1981): Das Energiehandbuch. 4. überarb. Auflage, Vieweg, Braunschweig/ Wiesbaden
- Blaikie, P., Brookfield, H. (1987): Land degradation and society. Routledge, London
- Blot, W. J., Brinton, L. A., Fraumeni, J.F. et al. (1977): Cancer mortality in US counties with petroleum industries. *Science* 198: 51–3
- Boffetta, P., Jourenkova, N., Gustavsson, P. (1997): Cancer risk from occupational and environmental exposure to polycyclic aromatic hydrocarbons. *Cancer Causes Control*;8:444-72
- Bonassi, S., Merlo, F., Pearce, N. et al. (1989): Bladder cancer and occupational exposure to polycyclic aromatic hydrocarbons. *Int J Cancer* 44:648–51

- Braithwaite, J. Drahos, P. (2000): Global business regulation. Cambridge University Press, UK
- Burchardt, H.J. (2005): Die Wirtschaftspolitik des Bolivarianismo: Von der holländischen zur venezolanischen Krankheit? In: Sevilla, R., Boekh, A. (Hrsg.) Venezuela – die bolivarianische Republik. Horlemann, Bad Honnef
- Business Leaders Initiative on Human Rights (2006): Towards a ‘Common Framework’ on Business and Human Rights: Identifying Components, London
- Business Partners for Development (2001): Measuring the ‘Added Value’ of tri-sector partnerships. Working Paper Nr. 14
- Bustamante, T., Jarrín, M.C. (2005): Impactos sociales de la actividad petrolera en Ecuador: un análisis de los indicadores. Iconos, Revista de Ciencias Sociales, No. 21, Flasco, Quito, P.19-34
- Cassese, A. (1986): International law in a divided world. Clarendon Press, Cambridge, London, U.K.
- CDHES et al. (2007): Informe sobre la situación de las personas y pueblos afectados por las actividades mineras y petroleras en el Ecuador. Informe presentado a la Comisión Interamericana de Derechos Humanos, 127. Periodo ordinario de Sesiones, 2. März 2007
- CEPAL (2004): Reformas e inversión en la industria de hidrocarburos de América Latina. CEPAL Serie: Recursos naturales e infraestructura Nr.78, Santiago de Chile
- CESR (1994): Violaciones de derechos en la Amazonía ecuatoriana. Las consecuencias humanas del desarrollo petrolero. Abya Ayala, Quito
- Civrieux, M. de (1976): Los caribes y la conquista de la Guayana española (Etnohistoria kari’ña). Universidad Católica Andrés Bello, Caracas
- Clapham, A. (2006): Human rights obligations of non-state-actors. Academy of European Law, Vol. XV/1, Oxford University Press, Oxford, UK
- COICA (2004): Derechos Indígenas en la OEA. In: Nuestra Amazonía, No.22. Quito
- COICA (2005): Volviendo a la maloca. Agenda Indígena Amazónica, Quito
- Coppens, W., Escalante B. (1980): Probables impactos socioculturales de la futura explotación petrolera entre los warao. In: 1er Congreso Warao; Actas. B. Escalante, productora general. Tucupita, Venezuela
- Daes, E.I. (2003): Indigenous peoples’ permanent sovereignty over natural resources. United Nations Economic and Social Council, E/CN.4/Sub.2/2003/20

- Dale, V. H., English, M. R. (Hrsg) (1998): Tools to aid environmental decision making. Springer Verlag, New York, USA
- Davis, S.H. (2002): Indigenous peoples. Poverty and participatory development: the experience of the World Bank in Latin America. In: Sieder, R. (Hrsg) Multiculturalism in Latin America. Institute of Latin American Studies, U.K.
- De la Torre, C. (1998): Populismo, cultura política y vida cotidiana en Ecuador. In : Burbano, F. et al. (Hrsg) Los fantasmas del populismo. Nueva Sociedad, Caracas, S.131-148
- Dias, A. (1998): The oil and gas industry in the tangled web of environmental regulation: Spider or fly? In: Kao, Chih-Kuo (Hrsg) Environmental Regulation of oil and gas. Kluwer Law, London
- Divine, B. J., Barron, V. (1987): Texaco mortality study III. A cohort study of producing and pipeline workers. Am J Ind Med 11:189–202
- EAP (2003): Marco de referencia para facilitar el proceso normativo socio-ambiental: diálogo tripartito – gobierno, pueblos indígenas e industria – en la cuenca sub-andina. Módulo: perfeccionamiento de los marcos regulatorios. Unveröffentlichtes Manuskript
- EAP (2005): Comparative analysis on the distribution of oil rents. Joint UNDP / World Bank Energy Sector Management Assistance Programme (ESMAP)
<http://www.esmap.org/filez/pubs/30405EnglishFinal.pdf>
- Energy Information Administration (2008): Ecuador Country Analysis Briefs, Energy Information Administration der US Regierung, April 2008
www.eia.doe.gov
- Energy Information Administration (2007): Venezuela Country Analysis Briefs, Energy Information Administration der US Regierung, Oktober 2007
www.eia.doe.gov
- Energy Sector Management Assistance Programme (ESMAP) (1999): Environmental and social regulation of oil and gas operations in sensitive areas of the sub-andean basin. Joint UNDP / World Bank Energy Sector Management Assistance Programme)
<http://www.esmap.org/filez/pubs/subandeanbasinesm217.pdf>
- Energy Sector Management Assistance Programme (ESMAP) (2002): El programa energía, ambiente y población. Joint UNDP / World Bank Energy Sector Management Assistance Programme, Technical Paper 027, Washington
<http://www.esmap.org/filez/pubs/02702ProgramaEnergiaAmbienteyPoblacionEAP.pdf>
- Environmental Law Institute (2004): Prior informed consent and mining: promoting the sustainable development of local communities. Washington D.C., www.elistore.org

- Epstein, P. R., Selber, J. (Hrsg.) (2002): Oil. A life cycle analysis of its health and environmental impacts. The Center for Health and the Global Environment, Harvard Medical School 32-37
- Escárzaga, F., Gutiérrez, R. (Hrsg.) (2005): Movimiento indígena en América Latina: resistencia y proyecto alternativo. Universidad Autónoma de México, México
- Everall, J. D., Dowd, P. M. (1978): Influence of environmental factors excluding ultra violet radiation on the incidence of skin cancer. *Bull Cancer* 65:241–7
- Extractive Industries Review (2002): Latin America and the Caribbean Workshop. Rio de Janeiro 15.-19. April 2002
- Feldt, H., (1995): Der Oriente wird zerstört. In: Rasper, M.: Landräuber, Gier und Macht – Bodenschätze contra Menschenrechte, focus ökozid 11, Gießen
- Feldt, H., (2004): Extraktive Industrie im Kontext von Governance und nachhaltiger Entwicklung. Diskussionspapier im Auftrag der GTZ
- Feldt, H. (2004a) Indigene Völker und Staat. In: GTZ, Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn
- Feldt, H. (2004b): Bodenschätze auf indigenem Land. In: GTZ, Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn
- Flick, U., Kardoff, von E., Steinke, I. (Hrsg) (2007): Qualitative Forschung. *rowohlts enzyklopädie*, 5. Aufl., Reinbeck bei Hamburg
- Fontaine, G. (Hrsg) (2003): *Petróleo y desarrollo sostenible en el Ecuador : las reglas del juego*. FLACSO, ILDIS, Petrobras, Quito, Ecuador
- Fontaine, G., (2003a): *El precio del petróleo – conflictos socio-ambientales y gobernabilidad en la región amazónica*. FLACSO Quito, Ecuador
- Fontaine, G. (Hrsg) (2006): *Petróleo y desarrollo sostenible en el Ecuador : las ganancias y pérdidas*. FLACSO, ILDIS, Petrobras, Quito, Ecuador
- Forest Peoples Programme (2003): *Extracting promises: indigenous peoples, extractive industries and the World Bank*.
http://bankwatch.ecn.cz/eir/reports/vol6_3.pdf
- Friedmann, W. (1964): *The changing structure of international law*. Stevens, London, U.K.
- Fundación La Salle de Ciencias Naturales (1984): *Impacto sociocultural de las inversiones petroleras sobre la cultura Kari'ña*. mimeo
- Galarza Zavala, J. (2006): *El festín del petróleo*. Ed. Letras, 8. Auflage, Quito, Ecuador
- García Serrano, F., (2002): *Política, estado y movimiento indígena: nuevas estrategias de negociación en tiempos de dolarización*. In: Ströbele-Gregor, J. *Dossier: Nuevas tendencias de los movi-*

- mientos indígenas en los países andinos y Guatemala al comienzo del nuevo siglo. INDIANA 17/18. Berlin
- Gerin, M., Siemiatycki, J., Desy, M. et al. (1998): Associations between several sites of cancer and occupational exposure to benzene, toluene, xylene, and styrene: results of a case-control study in Montreal. *Am J Ind Med* 34: 144–56
- Ghazvinian, J. (2007): *Untapped: The scramble for Africa's oil*. Orlando, USA
- Goedeking, U. (2002): Die Macht politischer Diskurse: Indigene Bewegung, lokale Proteste und die Politik indigener Führungspersönlichkeiten in Bolivien. In: Ströbele-Gregor, J. Dossier: Nuevas tendencias de los movimientos indígenas en los países andinos y Guatemala al comienzo del nuevo siglo. INDIANA 17/18, Berlin
- Goodland, R., (2004): *Policy Options for the World Bank Group in Extractive Industries. How to achieve poverty reduction and sustainable development?* Weltbank, Washington, D.C.
- Gottlieb, M. S., Shear, C. L., Seale, D. B. (1982): Lung cancer mortality and residential proximity to industry. *Environ Health Perspect* 45:157–64
- Grey Postero, N., Zamosc, L. (Hrsg) (2005): *La lucha por los derechos indígenas en América Latina*. Ediciones Abya Ayala, Quito, Ecuador
- Griffiths, T., (2000): *World Bank projects and indigenous peoples in Ecuador and Bolivia*. Paper im Auftrag des Forest Peoples Programme & Bank Information Center. Workshop: Indigenous peoples, forests and the World Bank. Washington, D.C., 9.-10.Mai 2000
- Guerra, Edmundo V. (2004): *Compañías petroleras y pueblos indígenas amazónicos: privatización de las políticas públicas?* Unveröffentlichtes Arbeitspapier, Universidad Central del Ecuador, Escuela de Sociología y Ciencias Políticas, Quito, Ecuador
- Guerrero Arias P. (1999): *Aproximaciones conceptuales y metodológicas al conflicto social*. In: Ortiz, P. *Comunidades y conflictos socioambientales*, Abya Yala, Quito, Ecuador
- Hayes, R. B., Yin, S. N, Dosemeci, M et al.: Benzene and the dose-related incidence of hematologic neoplasms in China. *J Natl Cancer Inst*. 1997; 89:1065–71.
- Hearey, C. D., Ury, H., Siegelau, A, et al.: Lack of association between cancer incidence and residence near petrochemical industry in the San Francisco Bay area. *J Natl Cancer Inst* 1980; 64:1295–9
- Heinen, H. D. (1988): *Oko Warao: Marschland people of the Orinoco delta*. *Ethnologische Studien* Bd.4, Münster
- Hicks, J.F. (1990): *La región amazónica del Ecuador. Problemas y opciones de desarrollo*. Weltbank, Washington, D.C.

- Hoffmann, K.D. (2005): Erdöl, Erdölpolitik und Wirtschaftsentwicklung. In: Sevilla, R., Acosta, A. (2005) Ecuador: Welt der Vielfalt. Horlemann Verlag, Bad Honnef
- Hurtig, A. K., San Sebastián, M. (2002): Cancer. Geographical differences in cancer incidence in the Amazon basin of Ecuador in relation to residence near oil fields. *International J Epidemiol* 31:1021–1027
- INEFAN (1998): Informe interino a la secretaría del convenio de la biodiversidad biológica. Instituto ecuatoriano forestal y de áreas y de vida silvestre, Quito, Ecuador
- International Agency for Research on Cancer (1983): Monographs on the evaluation of the carcinogenic risk of chemicals to man: polynuclear aromatic hydrocarbons. Vol 34. Lyon, France: IARC
- International Agency for Research on Cancer. Monographs. (1989): On the evaluation of the carcinogenic risk of chemicals to man: occupational exposures to petroleum refining; crude oil and major petroleum fuels. Vol 45. Lyon, France: IARC
- International Alert (2005): Conflict sensitive business practice: Guidance for extractive Industries. London, U.K.
- IUCN (2003): Mining and indigenous peoples: a brief assessment from IUCN's social policy perspective. Gland, Schweiz
- Izko, X. (2004): La consulta previa petrolera en los bloques 20 y 29 de la Amazonía ecuatoriana: entre el desafío y la nostalgia. In: Universitas, Revista de la Universidad Politécnica Salesiana del Ecuador, Jhrg.3, No.4, S.45-94
- Jochnik Ch, Normand R, Zaidi S (1994): Violaciones de derechos humanos en la Amazonía Ecuatoriana. Las consecuencias humanas des desarrollo petrolero. *Hombre y Ambiente* 30. Ediciones Abya-Yala, Quito
- Kaldor, J., Harris, J. A., Glazer, E. et al. (1984): Statistical association between cancer incidence and major-cause mortality, and estimated residential exposure to air emissions from petroleum and chemical plants. *Environ Health Perspect* 54: 319–32
- Kalka, C. (1995): Eine Tochter ist ein Haus, ein Boot und ein Garten: Frauen und Geschlechtersymmetrie bei den Warao-Indianern Venezuelas. *Ethnologische Studien* Nr. 25, Münster, Hamburg
- Karl, T. L. (1997): The paradox of plenty. Oil booms and petro-states. University of California Press, Berkeley, USA
- Kasburg, C: (1999): Akkulturation, Abwanderung und Verelendung bei den Warao im Orinoko Delta, Venezuela. *Mundus Reihe Ethnologie*, Bd.90, Bonn
- Kelly, P. (Hrsg.) (2002): Multiculturalism reconsidered. Cambridge, U.K.
- Kimerling, J. (1991): Amazon Crude. NRDC, Washington D.C.

- Kimerling, J. (1996): *El derecho del tambor: derechos humanos y ambientales en los campos petroleros de la Amazonía Ecuatoriana*. Ediciones Abya-Yala, Quito, Ecuador
- Kimerling, J. (2001): *Uncommon ground: Occidental's land access and community relations standards and practices in Quichua communities in the Ecuadorian Amazon*. in: *Law and Anthropology* Vol.11, S.179 - 252
- Kimerling, J. (2006): *Modelo o mito? Tecnología de punta y normas internacionales en los campos petroleros de la Occidental*. Ed. Abya Ayala, Quito, Ecuador
- Klare, Michael (2001): *Resource Wars: the new landscape of global conflict*. Metropolitan Books, New York
- Knox, E. G., Gilman, E. A. (1997): Hazard proximities of childhood cancers in Great Britain from 1953–80. *J Epidemiol Community Health* 51:151–9
- Knox, E. G., Gilman, E.A. (1998): Migration patterns of children with cancer in Britain. *J Epidemiol Community Health* 52: 716–26
- Kuper, A. (Hrsg) (2005): *Global responsibilities: who must deliver on human rights?* Routledge, Oxon, UK
- Kuppe, R. (2002): *Indianisches Recht und Partizipation im Rahmen der Verwirklichung eines plurikulturellen und multiethnischen Staates*. In: Ströbele-Gregor, J. *Dossier: Nuevas tendencias de los movimientos indígenas en los países andinos y Guatemala al comienzo del nuevo siglo*. INDIANA 17/18: 105-134. Berlin
- Larrea Maldonado, C. (2006): *Hacia una historia ecológica del Ecuador*. Bibliotheca General de Cultura, Quito, Ecuador
- Le Billon, P. (2001): The political ecology of war : Natural resources and armed conflicts. In: *Political Geography* 20, S.561-584
- Le Billon, P. (2003): *Getting it done : Instruments of enforcement*. In: Bannon, I., Collier, P. *Natural Resources and violent conflict*, Weltbank, Washington D.C. S.215 -286
- Le Billon, P., Sherman, J., Hartwell, M. (2002): *Controlling Resource Flows to Civil Wars: a review and analysis of current policies and legal instruments*. International Peace Academy, Background Paper, New York
- Leite, C. A., Weidmann J. 1999: *Does Mother Nature Corrupt? Natural Resources, Corruption and Economic Growth*. Working Paper 99/85, IMF, Washington D.C.
- Lizarralde, R. Beckerman S. (1982): *Historia contemporánea de los Bari*. *Antropológica* 58: 3-52

- Little, P. E. (1999): Political ecology as ethnography – The case of Ecuador's Aguarico river basin. *Série Antropología* Nr. 258, Universidade do Brasília, Brasília, Brasilien
- Llanes Suárez, H. (2006): *Oxy: contratos petroleros*. Quito, Ecuador
- Lyons, R. A., Monaghan, S. P., Heaven, M. et al. (1995): Incidence of leukaemia and lymphoma in young people in the vicinity of the petrochemical plant at Baglan Bay, South Wales, 1974–91. *Occup Environ Med* 52:225–8
- Mansutti, A. (1987): Relaciones ambientales de los Kari'ña del estado Anzoátegui. *Natura* 82: 6-8
- Mansutti, A., Silva Monterrey, N. (1996): Rohstoffabbau und indigene Völker in der Provinz Guayana, Venezuela. in: GhK / ELNI (Hrsg) *Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte indigener Völker. Entwicklungsperspektiven 59/60*, Universität Kassel, Kassel
- Martinez Alier, J. (2002): *The environmentalism of the poor : a study of ecological conflicts and valuation*. Glos, U.K.
- Mastrangelo, G., Fadda, E., Marzia, V. (1996): Polycyclic aromatic hydrocarbons and cancer in man. *Environ Health Perspect* 104:1166–70
- Melcher, D. (2005): *Petroleumrepublik Venezuela*. In: Sevilla, R., Boekh, A. (Hrsg.) *Venezuela – die bolivariische Republik*. Horlemann, Bad Honnef
- Melo, M. (2006): *Consulta previa, ambiente y petróleo en la Amazonía ecuatoriana*. Centro de derechos económicos y sociales, Quito, Ecuador
- Mills, P. K., Newell, G. R., Johnson, D. E. (1984): Testicular cancer associated with employment in agriculture and oil and natural gas extraction. *Lancet* i:207–10
- Ministerio de Ambiente y Recursos Naturales (2006): *La reserva de biosfera en el Delta del Orinoco*. Caracas
- MMSD (2002a): *Breaking New Ground: Mining, minerals, and sustainable development*, Earthscan Publication, London
- MMSD (2002b): *Report of the workshop on indigenous peoples and mining, minerals and sustainable development*, Perth, Australia
- Müller-Plantenberg, C. (1988): *Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien*, Gesamthochschule Kassel, Kassel
- Müller-Plantenberg, C. (1994): *Die Notwendigkeit der sozialen und globalen Umweltverträglichkeitsprüfung*. In: *Internationale Arbeitsgruppe Technik und Umwelt. Vorsorgen statt nur Schaden beseitigen*. UVP Spezial Nr.8, Dortmund

- Müller-Plantenberg, C. (1995): *Tierra Profanada – grandes proyectos en territorios indígenas de Colombia*. Disloque editores, Santafé de Bogotá, Kolumbien
- Müller-Plantenberg, C. (2003): *Zukunft für alle ist möglich – Soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen*. *Entwicklungsperspektiven 77/78*, Universität Kassel
- Muratorio, B. (1996): *Trabajando para la Shell: resistencia cultural a la proletarización en la amazonía ecuatoriana*. In: Santos Granero, F. (Hrsg) (1996) *Globalización y cambio en la Amazonía indígena*. Biblioteca Abya-Yala Nr.37, Quito, Ecuador, S.371-396
- Nadon, L., Siemiatycki, J., Dewar, R. et al. (1995): *Cancer risk due to occupational exposure to polycyclic aromatic hydrocarbons*. *Am J Ind Med* 28:303–24
- Neira Brito, F. (2006): *Representaciones de la naturaleza en la Amazonía ecuatoriana: subsistencia local o conversión global*. In: *Íconos, Revista de ciencias sociales*, FLACSO, Quito, Ecuador, S. 57-65
- Noreng, Ø. (2003): *Crude Power: politics and the oil market*. Tauris & Co., London
- North, L., Clark, T., Patroni, V. (Hrsg.) (2006): *Community rights and corporate responsibility: Canadian mining and oil companies in Latin America*. Toronto, Kanada
- Olin, R. G., Ahlbom, A., Lindberg-Navier, I. et al. (1987): *Occupational factors associated with astrocytomas: a case-control study*. *Am J Ind Med* 11:615–25
- Olson, S. S. (1999): *International Environmental Standards Handbook*. CRC Press, Florida, USA
- ONIC, CECOIN, GhK (Hrsg) (1995): *Tierra profanada – Grandes proyectos en territorios indígenas de Colombia*. Santafé de Bogotá, Kolumbien
- ONIC, CECOIN, Klima-Bündnis, (1999): *Minería en territorios indígenas de Colombia, Perú y Venezuela*. Santafé de Bogotá, Kolumbien
- Ortiz Tirado, P. (Hrsg) (1999): *Comunidades y conflictos socioambientales: experiencias y desafíos en America Latina*. Abya-Yala, Quito, Ecuador
- Ortiz Tirado, P. (2005): *Tres notas sobre conflictos e interculturalidad en el centro sur de la Amazonía*. In: *Universitas. Revista de la Universidad Politécnica Salesiana del Ecuador*, 3, No.4, S.129-145
- Ortiz Tirado, P. (2006): *Políticas estatales, conflictos socio ambientales y ampliación de las fronteras extractivas*. In: Fontaine, G. (Hrsg) *Petróleo y desarrollo sostenible en el Ecuador: las ganancias y pérdidas*. FLACSO, ILDIS, Petrobras, Quito, Ecuador

- Pan, B. J., Hong, Y. J., Chang, G. C. et al. (1994): Excess cancer mortality among children and adolescents in residential districts polluted by petrochemical manufacturing plants in Taiwan. *J Toxicol Environ Health* 43:117–29
- Peters, A., Wichman, H. E., Tuch, T. et al. (1997): Respiratory effects are associated with the number of ultrafine particles. *Am J Respir Crit Care Med* 155:1376-1383
- Peters, J. M., Avol, E., Gauderman, W.J. et al. (1999): A study of twelve Southern California communities with differing levels and types of air pollution. II. Effects on pulmonary function. *Am J Respir Crit Care Med* 159:768-775
- Petroecuador, Universidad Central del Ecuador (2002a): Legislación ambiental hidrocarburífera del Ecuador. Serie Petroleo y Ambiente II, Editorial Universitaria , Universidad Central del Ecuador, Quito, Ecuador
- Petroecuador, Universidad Central del Ecuador (2002b): Sistemas de gestión ambiental. Serie Petroleo y Ambiente III, Editorial Universitaria , Universidad Central del Ecuador, Quito, Ecuador
- Petroecuador, Universidad Central del Ecuador (2002c): Petróleo y comunidades en el Ecuador. Serie Petroleo y Ambiente IV, Editorial Universitaria , Universidad Central del Ecuador, Quito, Ecuador
- Petroecuador, Universidad Central del Ecuador (2002d): Desarrollo sustentable y petróleo. Serie Petroleo y Ambiente V, Editorial Universitaria , Universidad Central del Ecuador, Quito, Ecuador
- Petroecuador, Universidad Central del Ecuador (2002e): Políticas ambientales y de relacionamiento comunitario de Petroecuador. Serie Petroleo y Ambiente VI, Editorial Universitaria , Universidad Central del Ecuador, Quito, Ecuador
- Petroecuador, Universidad Central del Ecuador (2002f): El componente socioambiental en la industria hidrocarburífera. Serie Petroleo y Ambiente Nr.VII, Editorial Universitaria , Universidad Central del Ecuador, Quito, Ecuador
- Petschow, U. et al. (1998): Nachhaltigkeit und Globalisierung. Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. deutschen Bundestages, Berlin
- Pope CA 3rd.: Respiratory disease associated with community air pollution and a steel mill, Utah Valley. *Am J Public Health* 1989, 79:623-628.
- Pope, C. A.3rd, Dockery, D. W., Spengler, J. D. et al. (1991): Respiratory health and PM10 pollution. A daily time series analysis. *Am Rev Respir Dis* 144:668-674

- Pope, C. A.3rd, Dockery, D. W. (1992): Acute health effects of PM10 pollution on symptomatic and asymptomatic children. *Am Rev Respir Dis* 5:1123- 128
- Power, T.M. (2002): *Digging for development: A historical look at mining and economic development*, Oxfam America Report, New York
- Psachropoulos, G, Patrinos, H. A. (Hg.) (1994): *Indigenous people and poverty in Latin America. An empirical analysis*. World Bank Regional and Sectoral Studies. Washington D.C.
- Renner, M. (2002): *The Anatomy of Resource Wars*, Worldwatch Paper 162, Washington D.C.
- Reyes, F., Ajamil, C. (2005): *Petróleo, Amazonía y capital natural*. Quito, Ecuador
- Riedel, E., Feig, S. (2000): *Legal aspects concerning the principles for the conduct of company operations within the oil and gas industry, unveröffentlichte Studie im Auftrag von Brot für die Welt*, Stuttgart
- Roldán Ortega, R. et al. (1999): *Minería en territorios indígenas de Colombia, Perú y Venezuela*, Alianza de Clima, ONIC, CECOIN, Bogotá, Kolumbien
- Roldán Ortega, R. (2005): *Territorios, recursos naturales y convenios internacionales. Manual para la formación en derechos indígenas*. Ed. Abya Ayala, Quito, Ecuador
- Ross, M. (2001): Does oil hinder democracy? In: *World Politics* 53, S.351-61.
- Ross, M. (2001): *Extractive Sectors and the Poor*. Oxfam America, Washington D.C.
- Ross, M. (2003): *How do natural resources influence civil war?* Dept. of Political Science, UCLA, USA
- Rossbach de Olmos, L. (2004): *Reiche Natur, natürliche Reichtümer und indigene Völker*. In: *GTZ, Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*, Eschborn
- Ruggie, J. (2008): *Protect, Respect and Remedy: a framework for Business and Human Rights*, Report an den Menschenrechtsrat, A/HRC/8/5, Genf
- Sachs, J. D., Andrew M. W. (1995): *"Natural Resource Abundance and Economic Growth"* Development Discussion Paper No. 517a, Harvard Institute for International Development, Cambridge
- Salim, E. (2003): *Striking a better balance. Vol.1. The World Bank Group and extractive industries. Abschlussbericht des Extractive Industries Review*, Washington, D.C.
- San Sebastián, M., Armstrong, B., Córdoba, J. A. et al. (2001): Exposure and cancer incidence near oil fields in the Amazon basin of Ecuador. *Occup Environ Med* 58:517–522

- San Sebastián, M., Armstrong, M., Stephens, C. (2002): Outcome of pregnancy among women living in the proximity of oil fields in the Amazon basin of Ecuador. *Int J Occup Environ Health* 8:312-9
- San Sebastián, M., Hurtig, A. K. (2004): Oil exploitation in the Amazon basin of Ecuador: a public health emergency. *Rev Panam Salud Publica/Pan Am J Public Health* 15(3): 205-211
- Sathiakumar, N., Delzell, E., Cole, P. et al. (1995): A case-control study of leukemia among petroleum workers. *J Occup Environ Med* 37:1269–77
- Savitz, D. A., Andrews, K. W. (1997): Review of epidemiologic evidence on benzene and lymphatic and hematopoietic cancers. *Am J Ind Med* 31:287–95
- Schlick, J., Byp, A. (2007): Indigenous peoples and climate change. Tyndall Centre for Climate Change Research, Oxford, U.K.
- Schwerin, K. (1966): Oil and Steel: processes of Karinya culture change in response to industrial development. Latin American Center, University of California, Los Angeles
- Sewell, C. M., Castle, S. P., Hull, H. F. et al. (1986): Testicular cancer and employment in agriculture and oil and natural gas extraction. *Lancet* i:553
- Shankleman, J. (2006): Oil, profits and peace: Does business have a role in peacemaking? United States Institute of Peace Press, Washington D.C.
- Shaxson, N. (2007): Poisoned wells: the dirty politics of African oil. Palgrave, New York
- Sieder, R. (Hrsg.), (2002): Multiculturalism in Latin America. Institute of Latin American Studies, UK
- Siemiatycki, J., Dewar, R., Nadon, L. et al. (1987): Associations between several sites of cancer and 12 petroleum-derived liquids. Results from a case-referent study in Montreal. *Scand J Work Environ Health* 13:493–504
- Sohn, J. (2007): Development without conflict: The business case for community consent. World Resources Institute Report, Washington D.C.
- Stavenhagen, R. (2002): Indigenous peoples and the state in Latin America. In: Sieder, R. (Hrsg.) Multiculturalism in Latin America. Institute of Latin American Studies, England
- Ströbele-Gregor, J., (2003): La cooperación al desarrollo en Europa ha descubierto a los indígenas. *Forschungsbericht: Multicultural autonomy: a necessary condition for sustainable development in Latin America*

- Unión de Promotores Populares de Salud de la Amazonía Ecuatoriana (1993): Culturas bañadas en Petróleo: Diagnóstico de salud realizado por promotores. Ediciones Abya-Yala, Quito.
- United Nations (2002): Berlin II, Guidelines for mining and sustainable development. Division for Sustainable Development, Department of Economic and Social Affairs, New York
- United Nations (2004): Standard Setting, Commission on Human Rights, Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights, Working Group on Indigenous Populations, Genf, E/CN.4/Sub.2/AC.4/2004/4
- Vickers, W. (1989): Los Sionas y Secoyas: Adaptación al ambiente amazónico. Ediciones Bya Yala, Quito, Ecuador
- Viteri Gualinga, C. (2004): Visión Indígena del desarrollo en la Amazonía. Konferenzpapier
- Weatherhead Center for International Affairs (2000): Perspectivas sobre la consulta. Harvard University, Cambridge, Massachusetts, USA
- Weltbank (2004): Striking a better balance, The World Bank Group and Extractive Industries, The final report of the Extractive Industries Review, World Bank Management Response, Washington, D.C., USA
- Wilkinson, P., Thakrar, B., Walls, P. et al. (1999): Lymphohaematopoietic malignancy around all industrial complexes that include major oil refineries in Great Britain. *Occup Environ Med* 56:577–80
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2002): Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter. Berlin http://www.wbgu.de/wbgu_sn2002.pdf
- Wong, O. (1987): An industry wide mortality study of chemical workers occupationally exposed to benzene. I. General results. *Br J Ind Med* 44:365–81
- World Bank (2003): Summary of OED draft review of the World Bank Group's activities in the extractive industries: factoring in governance. www.eireview.org
- World Bank (2002): El programa energía, ambiente y población (EAP), una iniciativa para el entendimiento y el desarrollo sostenible en la región amazónica. ESMAP Technical Paper 027
- Wray, N. (2000): Pueblos indígenas amazónicos y actividad petrolera en el Ecuador: conflictos, estrategias e impactos. Ibis, Oxfam America, Quito, Ecuador
- Yang, C. Y., Chiu, H. F., Chiu, J. F. et al. (1997): Cancer mortality and residence near petrochemical industries in Taiwan. *J Toxicol Environ Health* 50:265–73

- Yang, C. Y., Cheng, M. F., Chiu, J. F. et al. (1999): Female lung cancer and petrochemical air pollution in Taiwan. *Arch Environ Health* 54:180–5
- Yang, C., Zhang, X. (1991): Incidence survey of leukemia in China. *Chin Med Sci J* 6:65–70.
- Yergin, D. (1991): *The prize: the epic quest for oil, money and power*. Free Press, New York, USA
- Zamosc, L. (2005): El movimiento indígena ecuatoriana: de la política de la influencia a la política del poder. In: Grey Poster, N., Zamosc, L. (2005), *La lucha por los derechos indígenas en America Latina*. Abya-Yala, Quito, Ecuador, S: 193-228

12. Anhang

Interviewleitfaden

Der Interviewleitfaden wurde für die einzelnen Interessengruppen angepasst. Die Kernbereiche, die bei allen abgefragt wurden, umfassten:

1. Fragekomplex zu den Verhandlungen:
 - a. Wie kam der Kontakt zu dem Unternehmen / der lokalen Bevölkerung / indigenen Gemeinschaft zustande?
 - b. Wie hat sich die Beziehung entwickelt?
 - c. Wurde sie formalisiert? Wie?
 - d. Wie sehen sie den Verhandlungs-/Beziehungsprozess? Was sind positive, was sind negative Elemente?
 - e. Was wird verhandelt / besprochen? Was möchten sie gerne behandeln?
 - f. Wie bewerten sie die Inhalte?
 - g. Wie bewerten Sie das Ergebnis?
 - h. Wie bewerten Sie die Struktur?
 - i. Gab es Hemmnisse?
2. Fragekomplex zu der Region:
 - a. Wie sehen Sie ihren Beitrag zur Entwicklung der Region? Was ist ihre Vorstellung vom „*plan de vida*“?
 - b. Was ist für Sie die regionale Ökonomie?
3. Fragekomplex zu den Normen:
 - a. Kennen Sie die Rechte indigener Völker im Land?
 - b. Welche Normen müssen Sie befolgen?
 - c. Gibt es Defizite bei der Normensetzung?
 - d. Wie werden die Normen überwacht?
4. Fragekomplex Unterstützung von außen?
 - a. Halten Sie eine Begleitung des Prozesses von außen für sinnvoll? Warum?
 - b. Wie könnte eine sinnvolle Unterstützung von außen aussehen?

13. LADOK – Entwicklungsperspektiven

Verzeichnis der lieferbaren Schriften

- 50 J. Dandler, J.R. Hernandez, P.L. Swepston: Rechte indigener Völker. Zum Abkommen 169 der OIT. 1994, 114 S., € 8,20
- 51/52 Alberto Chirif T., Pedro García, Richard Chase Smith (Hrsg.): Der Indianer und sein Territorium. 1994, 230 S., € 13,30
- 53 Projektgruppe: Tropenholz in Kassel. Deutschland und die Ökologie der Welt. 1994, 94 S., € 6,10
- 54 Martin Hartmann: Der moderne Kannibalismus, Futtermittelimporte und regionale Agrarstruktur. 1994, 65 S., € 5,10
- 55 Ute Wilke: Indianische Völker Boliviens und "Entwicklung" – Kritische Betrachtung des Weltbankprogrammes "Tierras Bajas del Este" und Auswirkungen auf die Ayoréo-Indianer. 1994, 144 S., € 8,20
- 56 Ute Wilke: Ein indianisches Lesebuch. Zweisprachig, 1995, 64 S., € 6,10
- 57 Guilherme Costa Delgado: Süd-Süd Dialog, Anmerkungen zu den Perspektiven portugiesischsprachiger Länder. 1995, 21 S., € 4,10
- 58 Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.): Indigene Perspektiven – Eine Debatte der Organisationen indigener Völker des Amazonasbeckens. 1996, 51 S., € 5,10
- 59/60 GhK + Elni (Hrsg.): Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte indigener Völker. 1996, 274 S., € 14,30
- 61 A. Achito, G. Alonso Velez, A. Alvarez Aristizabal u.a.: Kollektive geistige Eigentumsrechte und Biodiversität. 1997, 111 S., € 7,20
- 62 Alfredo Wagner Berno de Almeida: Soziale Bewegungen und Staat im brasilianischen Amazonasgebiet. 1998, 33 S., € 4,10
- 63 Isabel Guillen Pinto: Die Aluminiumproduktion in Venezuela. Externalisierte Kosten zu Lasten von Gesellschaft und Natur. 1998, 116 S., € 7,20
- 64 Sabine Meißner: Produktlinienanalyse als ökonomisches Instrument – exemplifiziert am Waschmitteltensid Plantaren. 1998, 145 S., € 9,20
- 65 Jörg Handrack: Genossenschaftlicher Zinnbergbau in Bolivien. Internationale Sonderstellung und Perspektiven im Vergleich zum brasilianischen Zinnbergbau. 1998, 68 S., € 5,10
- 66/67 Eva Becker: Umwelt und Konsum. Einstellung und Verhalten der Deutschen zur Umwelt. 1998, 143 S., € 9,20
- 68 Kashyapa A.S. Yapa: Prähispanische Ingenieurtechnik in Lateinamerika und ihre Bedeutung für die Gegenwart. 2000, 73 S., € 6,10
- 69/70 Wolfram Heise: Die Rechtssituation indigener Völker in Chile. Eine rechtsethnologische Analyse der chilenischen Indianergesetzgebung (Nº 19.253) von 1993 vor dem Hintergrund der Schutzbestimmungen im Völkerrecht. 2000, 365 S., € 16,40

-
- 71/72 Dieter Gawora: Urucu. Soziale, ökologische und ökonomische Auswirkungen des Erdöl- und Erdgasprojektes Urucu im Bundesstaat Amazonas (Brasilien). 2001, 314 S., € 14,30
- 73/74 Klima-Bündnis e.V., ONIC, CECOIN: Erdöl-, Erdgas-, Bauxit-, Kohle- und Goldförderung auf indigenen Territorien. Kolumbien, Peru und Venezuela. 2004, 142 S., € 15,00
- 75 Marcelo Sampaio Carneiro: Bäuerliche Landwirtschaft und Großprojekte. Die 90er Jahre im Bundesstaat Maranhão (Brasilien). 2002, 32 S., € 5,00.
- 76 Anja Umbach-Daniel: Biogasgemeinschaftsanlagen in der deutschen Landwirtschaft. Sozio-ökonomische und kulturelle Hemmnisse und Fördermöglichkeiten einer erneuerbaren Energietechnik. 2002, 194 S., € 12,00
- 77/78 Clarita Müller-Plantenberg: Zukunft für Alle ist möglich. Soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen. Kassel 2003, 206 S. plus Kartenwerk, € 25,00
- 79 DAAD: Universities and Rio + 10 – Paths of sustainability in the regions, an interdisciplinary challenge. Kassel 2003, 178 S. +plus CD-ROM, € 15,00
- 80 H. Feldt, D. Gawora, A. Nufer u.a.: Ein anderes Amazonien ist möglich. Träume, Visionen und Perspektiven aus Amazonien, Zusammengetragen zum 60. Geburtstag von Clarita Müller-Plantenberg. Kassel 2003, 176 S., € 11,00
- 81/82 Franziska Zimmermann: Baumplantagen zur Zellstoffproduktion. Sozio-ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen in Venezuela. Kassel 2005, 217 S., € 13,00
- 83/84 Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser, Locumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen: Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa – Wege zur konkreten Utopie. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2005, 229 S., € 13,00
- 85/86 Clarita Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und regionale Entwicklung. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2007, 296 S., € 15,00
- 87 Viviana Uriona: Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001. Strategische Debatten und praktische Erfahrungen. Kassel 2007, 104 S., € 10,00
- 88 Frank Muster: Rotschlamm. Reststoff aus der Aluminiumoxidproduktion – Ökologischer Rucksack oder Input für Produktionsprozesse? Kassel 2008, 136 S., € 10,-
- 89/90 Alexandra Urán Carmona: Colombia – un Estado Militarizado de Competencia. Las Fallas Estructurales para Alcanzar la Explotación Sustentable de los Recursos Naturales. Kassel 2008, 353 S., € 19,-
- 91/92 Clarita Müller-Plantenberg, Joachim Perels: Kritik eines technokratischen Europa - Der Politische Widerstand und die Konzeption einer europäischen Verfassung. Kassel 2008, 262 S., € 15,00.
- 93 Jacqueline Bernardi: Solidarische Ökonomie. Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland (erscheint demnächst).
- 94 Clarita Müller-Plantenberg, Alexandra Stenzel: Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen. Strategie für eine nachhaltige Zukunft. Kassel 2008. 127 S., € 19,00.

-
- 95 Clarita Müller-Plantenberg: Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie. KIGG-Kolloquium an der Universität Kassel im Januar 2008 (erscheint demnächst).

SONDERDRUCKE:

Clarita MÜLLER-PLANTENBERG (Hrsg.): Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien. Kassel 1988, 527 S., für Institute € 30,70, für Einzelpersonen € 25,60

Projektgruppe "Ökologie und Entwicklung" der GhK (Hrsg.): Amazonien – eine indianische Kulturlandschaft, 1988, € 5,10

Bezugsadresse:

Universität Kassel

FB 5, Lateinamerika-Dokumentationsstelle

34109 Kassel

Tel.: 0561/804-3152

Fax: 0561/804-3464

Email: eperspektiven@uni-kassel.de